

Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
Wortprotokoll
71. Sitzung

Berlin, den 13. April 2005, 10:00 Uhr
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus
Berlin,
Sitzungssaal: Raum E 600

Vorsitz: Eduard Oswald, MdB

TAGESORDNUNG:

Öffentliche Anhörung zu dem

Antrag der Abgeordneten Sören Bartol, Sabine Bätzing, Uwe Beckmeyer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Franziska Eichstädt-Bohlig, Volker Beck (Köln), Peter Hettlich, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Das Programm "Soziale Stadt" weiterentwickeln und ausweiten

BT-Drucksache 15/4660

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Berlin, den 13. April 2005

Zu der Anhörung am 13. April 2005
(Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Das Programm „Soziale Stadt“ weiterentwickeln und ausweiten) eingeladene
Sachverständige

Cornelius von Geisten	Geschäftsführer S.T.E.R.N. Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung mbH, Berlin
Prof. Dr. Hartmut Häußermann	Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Sozialwissenschaften (IfS) Stadt- und Regionalsoziologie, Berlin
Dipl. Ing. Gerhard Kier	Landeshauptstadt Hannover, Fachbereich Planung und Stadtentwicklung / Sonderplanung
Dr. jur. Rolf-Peter Löhr	Stellv. Institutsleiter Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Berlin
Dr.-Ing. Walter Metscher	Wissenschaftlicher Referent vhw – Bundesverband für Wohneigentum und Stadtentwicklung e. V., Berlin
Bernd Streitberger	Beigeordneter, Köln
Siegfried Stumpf	Landeskriminaldirektor, Stuttgart
Reinhard Thies	Geschäftsführer Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e. V., Frankfurt am Main

Fragenkatalog von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU und FDP zur Anhörung des Antrages von SPD und Bündnis 90 /Die Grünen

Fragen

Zielerreichung:

Gesetzliches Ziel des Programms „Soziale Stadt“ ist die Stabilisierung und Aufwertung von durch sozialen Missständen benachteiligten Ortsteilen oder anderen Teilen des Gemeindegebietes auf Grundlage von Entwicklungskonzepten, die Maßnahmen zur Verbesserung der Wohn- und Arbeitsverhältnisse sowie der Schaffung und Erhaltung stabiler Bewohnerstrukturen enthalten.

Konnte in den ersten 5 Jahren Programmlaufzeit das Ziel erreicht werden, der zunehmenden sozialen Segregation in den Städten entgegenzuwirken und die Lebenssituation der Bewohnern/innen in den Programmgebieten zu stabilisieren oder zu verbessern?

Wie definieren sich stabile Bewohnerstrukturen? An welchen Merkmalen lassen sich Missstände bei den Bewohnerstrukturen in Programmgebieten erkennen und worin werden die Ursachen für die Missstände gesehen? Wie haben sich die Merkmale von Missständen bei den Bewohnerstrukturen in der Programmlaufzeit geändert und können diese Änderungen der Wirkung der Programmmaßnahmen zugeordnet werden?

An welchen Umständen sollte die Zielerreichung, die letztendlich zum Ende der Programmgebietsausweisung auf Grundlage des BauGB führen müsste, festgemacht werden? Mit welchen Instrumenten kann sichergestellt werden, dass die Programmgebietsausweisung sich nicht als Dauermaßnahme verfestigt, wenn der gesetzlich festgehaltene besondere Entwicklungsbedarf als Voraussetzung nicht mehr besteht? Wie kann die Einhaltung dieser Voraussetzung gewährleistet werden?

Strategische Handlungsfelder:

- **Ressourcenbündelung und ressortübergreifende Zusammenarbeit**

Das Programm „Soziale Stadt“ setzt auf die Bündelung von Ressourcen aus verschiedenen Ressorts auf den Ebenen Bund, Land und Kommune. Investive, städtebauliche Maßnahmen werden durch nicht-investive Maßnahmen etwa im sozialen, arbeitsmarktpolitischen und kulturellen Bereich ergänzt.

In welchen Bereichen sind die Ressortkooperation und Ressourcenbündelung erfolgreich umgesetzt worden, wo besteht Nachholbedarf? Was sind die Hemmnisse für eine erfolgreiche Kooperation und Ressourcenbündelung?

Wie kann eine Vertiefung der Ressortkooperation und eine bessere Abstimmung der Förderprogramme auf Bundes- und auf Landesebene erreicht werden?

Was können die kommunalen Akteure vor Ort zur Verbesserung der Mittelbündelung tun und wie können sie dabei unterstützt werden?

Ist das Programm Soziale Stadt als Teil der Städtebauförderung das geeignete Leitprogramm, um Ressourcen aus unterschiedlichen Bereichen zu bündeln?

- **Kooperationen mit externen Akteuren**

Der integrative Ansatz des Programms Soziale Stadt beinhaltet auch, nicht-staatliche Akteure – Wohnungsunternehmen, Wohlfahrtsverbände, Träger der Gemeinwesenarbeit, Industrie- und Handelskammern, Gewerkschaften - in die Umsetzung mit einzubeziehen.

In welchen Bereichen ist die Einbeziehung der externen Akteure gut gelungen und hat das die Erreichung der Programmziele positiv beeinflusst? Wo gibt es Nachholbedarf ?

Wie kann die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit Verbänden der Wohnungswirtschaft, Wohlfahrtsverbänden u.a. für die Projektverantwortlichen vor Ort Impulse für eine bessere Einbeziehung externer Akteure setzen?

- **Aktivierung und Beteiligung**

Ist das Ziel einer aktiven Beteiligung der Bewohner/innen erreicht worden? Mündet diese Beteiligung in sich dauerhaft selbst tragende Strukturen der Bewohnerorganisation?

Wie funktioniert die Abstimmung der Bewohnerorganisationen mit den kommunalen Verwaltungen bzw. auch mit gewählten kommunalen Gremien?

Welchen Beitrag leistet das Programm Soziale Stadt zur Umsetzung des Leitbildes vom aktivierenden Staat ? Werden tatsächlich auch bisher passive Bürger aktiviert?

- **Programmbegleitung/Evaluation/Stadtentwicklungsbericht**

Die Programmbegleitung durch das Deutsche Institut für Urbanistik das Deutsche Institut für Urbanistik hat einen entscheidenden Beitrag zur Implementation des Programms geleistet.

In welcher Form sollte die Programmbegleitung fortgesetzt werden?

Wie kann die Evaluierung zu einem Instrument zur kontinuierlichen Überprüfung der Zielerreichung, der Qualitätssteuerung und als Grundlage der Politiksteuerung ausgebaut werden?

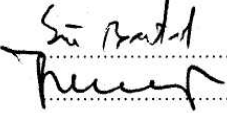
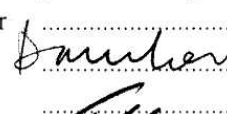

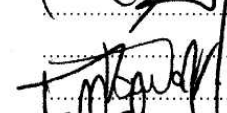
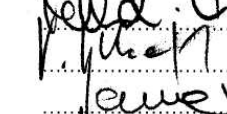
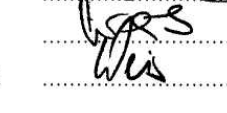
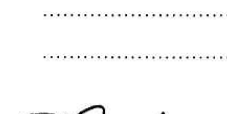

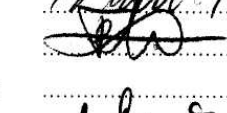
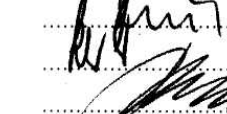
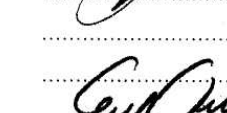
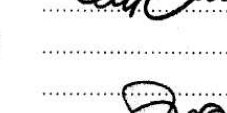
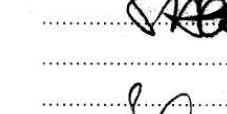



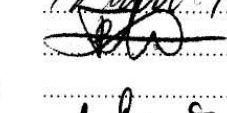
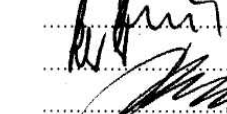
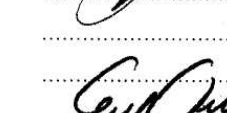

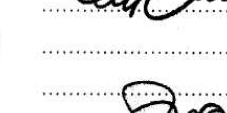
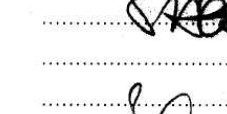


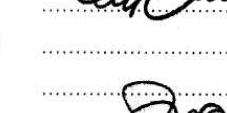
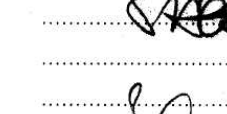

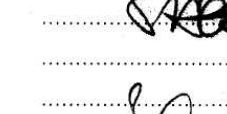


Deutscher Bundestag

Mittwoch d. 13. April 05 10 00

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Sitzung des Ausschusses Nr. 14 (Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen)

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
Abgeordnete(r)		Abgeordnete(r)	
SPD		SPD	
Bartol, Sören		Arnold, Rainer
Beckmeyer, Uwe		Bindig, Rudolf
Bruckmann, Hans-Günter		Evers-Meyer, Karin
Danckert Dr., Peter		Ferner, Elke
Faße, Annette		Graf (Rosenheim), Angelika
Fornahl, Rainer		Grasedieck, Dieter
Groneberg, Gabriele		Herzog, Gustav
Kranz, Ernst		Irber, Brunhilde
Lucyga Dr., Christine		Multhaupt, Gesine
Paula, Heinz		Ortel, Holger
Rehbock-Zureich, Karin		Reichenbach, Gerold
Scheffler, Siegfried		Rübenkönig, Gerhard
Spanier, Wolfgang		Stiegler, Ludwig
Weis, Petra		Vogelsänger, Jörg
Weis (Stendal), Reinhard		Weißgerber, Gunter
Wetzel Dr., Margrit	Westrich, Lydia
Wright, Heidi	Wittig, Barbara
CDU/CSU		CDU/CSU	
Blank, Renate		Bauer, Dr. Wolf
Brunnhuber, Georg		Börnson (Bönstrup), Wolfgang
Deittert, Hubert		Dobrindt, Alexander
Ferlemann, Enak		Dörflinger, Thomas	
Fischer (Hamburg), Dirk		Eichhorn, Maria
Götz, Peter		Girisch, Georg
Hofbauer, Klaus		Grübel, Markus
Kuhn (Zingst), Werner		Heynemann, Bernd
Lintner, Eduard	Königshofen, Norbert
Minkel, Klaus		Letzgus, Peter
Oswald, Eduard		Lippold (Offenbach), Dr. Klaus W.	
Sebastian, Wilhelm Josef	Nitzsche, Henry
Storjohann, Gero		Nooke, Günter
Strothmann, Lena		Seib, Marion
Vogel, Volkmar Uwe	Wittlich, Werner
Wächter, Gerhard		Wülfing, Elke


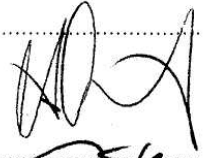


öffentlich
-2-

Deutscher Bundestag Mittwoch d. 13. April 05 10 00

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Sitzung des Ausschusses Nr. 14 (Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen)

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
Abgeordnete(r)		Abgeordnete(r)	
<u>BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</u>		<u>BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</u>	
Eichstädt- Bohlig, Franziska		Behm, Cornelia
Hettlich, Peter	Hermann, Winfried
Schmidt (Ingolstadt), Albert	Sowa, Ursula
Steenblock, Rainer	Vogel-Sperl Dr., Antje
<u>FDP</u>		<u>FDP</u>	
Friedrich (Bayreuth), Horst		Goldmann, Hans- Michael
Günther (Plauen), Joachim		Türk, Jürgen
Otto (Godern), Eberhard		Winterstein Dr., Claudia

Verkehr, Bau- u. ... (14)

Mittwoch d. 13. April 05 10⁰⁰ 0/1

	<u>Fraktionsvorsitzende:</u>	<u>Vertreter:</u>
SPD
CDU/ CSU
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
FDP

<u>Fraktionsmitarbeiter:</u>	<u>Fraktion:</u>	<u>Unterschrift:</u>
(Name bitte in Druckschrift)		
P. Neybey	SPD	17/13
.....
.....

Unterschriftenliste der Sachverständigen

zu der öffentliche Anhörung am 13. April 2005

Name	Unternehmen	Unterschrift
Cornelius vdn Geisten	Geschäftsführer S.T.E.R.N. Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung mbH, Berlin	
Prof. Dr. Hartmut Häußermann	Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Sozialwissenschaften (IfS) Stadt- und Regionalsoziologie, Berlin	
Dipl. Ing. Gerhard Kier	Landeshauptstadt Hannover, Fachbereich Planung und Stadtentwicklung / Sonderplanung	
Dr. jur. Rolf-Peter Löhr	Stellv. Institutsleiter Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Berlin	
Dr.-Ing. Walter Metscher	Wissenschaftlicher Referent vhw – Bundesverband für Wohneigentum und Stadtentwicklung e. V., Berlin	
Bernd Streitberger	Beigeordneter, Köln	
Siegfried Stumpf	Landeskriminaldirektor, Stuttgart	
Reinhard Thies	Geschäftsführer Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e. V., Frankfurt am Main	

Öffentliche Anhörung zu dem

Antrag der Abgeordneten Sören Bartol, Sabine Bätzing, Uwe Beckmeyer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Franziska Eichstädt-Bohlig, Volker Beck (Köln), Peter Hettlich, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Das Programm "Soziale Stadt" weiterentwickeln und ausweiten

BT-Drucksache 15/4660

Der **Vorsitzende**, Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, ich eröffne die 71. Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen. Wir haben heute eine Öffentliche Anhörung unseres Ausschusses zu dem Antrag der Koalitionsfraktionen „Das Programm "Soziale Stadt" weiterentwickeln und ausweiten“.

Wir begrüßen sehr herzlich vor allem die Sachverständigen, die wir als Experten eingeladen habe.

Im einzelnen begrüße ich.

- Herrn Cornelius von Geisten, Geschäftsführer der S.T.E.R.N. Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung mbH, Berlin;
- Herrn Prof. Dr. Hartmut Häußermann vom Institut für Sozialwissenschaften Stadt- und Regionalsoziologie (IFS) der Humboldt-Universität zu Berlin;
- Herrn Dipl. Ing. Gerhard Kier vom Fachbereich Planung und Stadtentwicklung / Sonderplanung der Landeshauptstadt Hannover;
- Herrn Dr. jur. Rolf-Peter Löhr, Stellvertretender Institutsleiter des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), Berlin;
- Herrn Dr.-Ing. Walter Metscher, Wissenschaftlicher Referent des Bundesverbandes für Wohneigentum und Stadtentwicklung, Berlin;
- Herrn Bernd Streitberger, Beigeordneter der Stadt Köln;
- Herrn Kriminaldirektor Siegfried Stumpf vom Baden-Württembergischen Innenministerium, Stuttgart;
- Herrn Reinhard Thies, Geschäftsführer Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e. V., Frankfurt am Main.

Ich danke Ihnen, dass Sie unserer Anhörung gefolgt sind. Ich danke Ihnen auch für die schriftlichen Stellungnahmen, die Sie uns übermittelt haben. Die Stellungnahmen sind als entsprechende Ausschussdrucksachen verteilt worden. (Anlage 1)

Ich begrüße von Seiten der Bundesregierung sehr herzlich Herrn PStS Achim Großmann, der auch im Ministerium für diese Themen zuständig ist.

Thema der Anhörung ist der Antrag der Koalitionsfraktionen zum Programm „Soziale Stadt“, welches der Bund und die Länder im Jahr 1999 auf den Weg gebracht haben. Ziel dieses Programms ist es, einer sozialen und räumlichen Polarisierung in den Städten durch ein Stadterneuerungsprogramm mit integrativem Ansatz entgegen zu wirken. Das Thema Soziale Stadt spielte auch bei der Novellierung des Baugesetzbuches im vergangenen Jahr hier in unserem Ausschuss eine bedeutende Rolle und im § 171e Baugesetzbuch sind nun die Maßnahmen der Sozialen Stadt geregelt und ich darf dies zur Einstimmung noch sagen, dort heißt es im Absatz 2: „Städtebauliche Maßnahmen der Sozialen Stadt sind Maßnahmen zur Stabilisierung und Aufwertung von durch soziale Missstände benachteiligten Ortsteilen oder anderen Teilen des Gemeindegebiets, in denen ein besonderer Entwicklungsbedarf besteht.“

Es ist jetzt nicht meine Aufgabe, schon vorher auf Einzelheiten der Programmziele, der Umsetzung des Programms, der Finanzierung, der Möglichkeiten zur Weiterentwicklung einzugehen; da werden wir Sie entsprechend hören. Ich möchte auf einen Aspekt aufmerksam machen: Seit dem Start des Programms haben sich die Entwicklungen zwischenzeitlich verstärkt, durch die in manchen Städten Krisen eben nicht auf einzelne Stadtteile beschränkt sind, sondern die Städte z. B. durch die Situation am Arbeitsmarkt, durch Deindustrialisierung, durch Bevölkerungsentwicklung, Überalterung, Wohnungsleerstand oder auch die Problematik der öffentlichen Infrastruktur insgesamt erfasst oder so viele Stadtteile betroffen werden, dass stadtteilbezogene Lösungsansätze nicht immer ausreichen. Und darüber wollen wir heute auch reden.

Das Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH (ifs) hat zu dem Programm „Soziale Stadt“ nach vier Jahren Programmlaufzeit eine Zwischenbewertung erarbeitet, die uns vorliegt, oder wie es im Sprachgebrauch der Wissenschaft heißt, eine „Zwischenevaluierung“. Eine Unterlage dazu ist an sie verteilt.

Abschließend möchte ich noch etwas zum Ablauf sagen. Ich schlage vor, dass alle Sachverständigen ihre Position in einem kurzen Eingangsstate-

ment darlegen. Sie sollten den Versuch unternehmen dies in fünf Minuten zu machen.

Ich beginne in der Reihenfolge, wie ich auch die entsprechenden Sachverständigen begrüßt habe. So, ich würde ihnen Herr Cornelius von Geisten gleich als erster das Wort geben. Bitte, Herr von Geisten, sie haben das Wort.

Cornelius von Geisten: Verehrte Abgeordnete, meine Damen und Herren. Fünf Minuten fallen jetzt ein bisschen schwer. Wir haben einen Text hier abgegeben, da kann man ja noch einmal versuchen, die verschiedenen Überlegungen, weil sie ja eine ganze Kette von Fragen gestellt haben, nachzuvollziehen. Auffällig ist aus der Entwicklung, also wir betrachten uns, die S.T.E.R.N., eben als einen Praktiker, der über viele Jahre ähnliche Arbeiten und seit 1999 sehr stark im Programm „Soziale Stadt“ arbeitet. Es ist hervorzuheben, dass dieses Programm eine neue Art von Programm gebildet hat, weil es diese Vernetzung und die Ressourcenzusammenführung zum Ziel hat. Dazu hatten sie auch Fragen gestellt. Ich würde aber im ersten Teil mich dann auf dieses Gebiet beschränken, was ich für die wichtigsten Teile halte, die in diesen Quartieren, in diesen benachteiligten Quartieren auch zu bearbeiten sind oder Arbeitsgegenstand waren und weiter zu entwickeln sind. Vorher eine Vorbemerkung. Das Programm ist nicht nur in seinem Charakter oder seiner Struktur gut, sondern es ist treffend, weil es in der Politik wieder deutlich gemacht hat, dass diese Problemquartiere, benachteiligte Quartiere, unterschiedliche Begriffe gibt es dafür, dass sie ins Zentrum der Diskussion wieder hineintrücken. Also, in Berlin ist z.B. jetzt gerade eine Untersuchung über neue Gebiete unterwegs. Und Kennzeichen ist, dass die soziale Integration in der Stadt wieder zunimmt und zwar in den Quartieren, die klassischer Innenstadtrand waren. Dass die Armut steigt, das zeigt auch der Armutsbericht der vom Bund gemacht worden ist, aber auch in der Stadt steigt und sich besonders konzentriert auf diese Gebiete. Und ich sage als dritte These, auch mehr und mehr wieder in diese Gebiete hinein verlagern wird. Das hängt zusammen mit der Mietenfrage, mit dem Stadtraum in dem man dann bei Armut auch überleben kann. Deswegen, also von uns aus, haben wir dem Programm eine relative hohe Bedeutung gegeben. Jetzt noch einmal kurz zu den für uns hervorragenden Aufgabenstellungen, um das Problem zu bewältigen. Das lässt sich in drei einfache Thesen fassen. Das eine ist die lokale Ökonomie, die kann ich mit der sozialen Stadt anregen. Es ist das Thema Bildung und es ist das Thema Integration von Migranten. Das sind wohl die wichtigsten, die Hauptsäulen der Quartiersentwicklung. Da wurden verschiedenste Projekte von uns umgesetzt und so was wie Standortmanagement und Profilierung des Gewerbestandortquartiers gemacht. Es wurden Interessengemeinschaften der örtlichen Gewerbetreibenden

gebildet. Eine Gewerberaubörse gemacht usw.. Hervorzuheben ist auch die Etablierung von lokalen Servicecentern für Beschäftigung und Qualifizierung. Insofern, bedaure ich diese Notiz der Bundesagentur für Arbeit, in der sie schreibt, eine Teilnahme nicht für erforderlich zu halten. Ich würde sagen, sie wäre eine der wichtigsten Kooperanten. Ressourcen, die wir mit einbinden könnten im Quartier, könnten von der Bundesanstalt für Arbeit kommen. Wir haben versucht, ein lokales Servicecenter für Beschäftigung und Qualifizierung und zwar auf niederschwelligem Angebot, z.B. in Berlin-Moabit zu machen. Dieses Servicecenter für Beratung und Vermittlung von Arbeitsplätzen, Qualifizierungsmaßnahmen bis hin zu einfachen Sachen, wie Praktikumsstellen für alle Interessierten, kann schon als Erfolg gewertet werden. Die hohen Besucherzahlen – in den drei Jahren die es existiert – gab es über 10.000 Besucher und 500 Vermittlungen. Und die Tatsache, dass hier meist Menschen landen, bei denen die zuständigen Institutionen, eben die Bundesagentur, keine Vermittlungserfolge hatte, zeigt den großen Bedarf in dieser Form an Beratungen. Also besonders in diesen Quartieren. Finanziert wurden diese Einrichtungen jahrelang hauptsächlich durch das Programm „Soziale Stadt“, dann ergänzt mit beschäftigungspolitischen Maßnahmen und erst im letzten Jahr ist es uns gelungen, beim Senator für Wirtschaft eine finanzielle Beteiligung oder eine überwiegende finanzielle Beteiligung zu erreichen. Aber die Finanzierung muss von Jahr zu Jahr erarbeitet werden. Die Kriterien der Bundesagentur und des Quartiersmanagements für den Mitteleinsatz standen sich bisher diametral entgegen. Ganz einfach aus den Gründen: Die Bundesanstalt geht nach Beschäftigungsfeldern, nach Altersgruppen ohne Gebietsbezug. Eine lokale Ökonomie muss sich immer ausrichten auf den Gebietsbezug und auf die Menschen, die eben in einem bestimmten Raum sich bewegen. Daher sind in die Instrumente der Arbeitsmarktförderung jetzt in der Überarbeitung auch nach stadtpolitischen Kriterien zu reformieren, um dem einerseits hohen Bedarf an Beschäftigung gerade in diesen Quartieren entgegen zu kommen und andererseits den hohen Bedarf an zusätzlicher, insbesondere gemeinnütziger Arbeit im Quartier Rechnung zu tragen. Der kurzfristige Einsatz von Arbeitslosen im sozialen Bereich, bei dem es auf die Entwicklung von vertrauensvollen Beziehungen ankommt, was wir bisher hatten, kurzfristig geht das nicht. Es wirkt eher kontraproduktiv für die Arbeit. Die Chancen des Quartiermanagements kann man aber auch auf kleinen räumlichen Gebietsebenen neue Wege beschreiten. Das ist aber hier mehr ein Appell an die Bundesanstalt. Wegen der Enge der Zeit nehme ich noch ganz kurz einen Hauptpunkt. Die Schulen sind für die Entwicklung der Gebiete einfach das Wichtigste. Und auch in der Schule kommen all die Probleme des Gebietes zusammen, die sozialen Probleme. Deshalb müssen wir es schaffen, diese Schulen

zu integrieren in die Arbeit im Quartier. Dazu gibt es Modelle. Und zwar nicht Modelle seit gestern oder vorgestern, sondern es gibt Modellschulen, die haben das seit Jahrzehnten gemacht. Die sind untersucht, die sind evaluiert. Es gibt fertige Verfahren, sowohl was die Sprachkenntnisse von Ausländerkinder angeht, wie sie qualifiziert werden als auch was die Gewaltprävention angeht, die ein Thema im Quartier sein kann. Und es geht darum, dass man jetzt versucht, die Schulen herauszulösen aus der Vorstellung nur pädagogische Inhalte zu vermitteln, und sie ins Quartier zu integrieren. Dazu ist der Bund nicht der erste Ansprechpartner, aber der Bund kann mit seinen Finanzierungsmitteln dafür sorgen, dass die Finanzierungsmittel an erprobte Modelle angebunden werden und eine klare Schwerpunktsetzung auf die Quartiersmanagement Gebiete erhalten. Danke.

Vorsitzender: Wir danken Ihnen für die erste Runde. Die Kollegen, besonders die Berichterstatter haben sich auch vorbereitet, auch mit der Hilfe der schriftlichen Unterlagen. Jetzt aber als nächster, Herr Prof. Dr. Häußermann. Sie haben nun das Wort.

Prof. Dr. Hartmut Häußermann: Ja, vielen Dank. Ich war auch beteiligt an dieser Zwischenevaluierung des Programms „Soziale Stadt“ und kann daher ein paar von dort her besonders wichtige Punkte jetzt noch einmal nennen; diese habe ich auch in der schriftlichen Stellungnahme genannt. Das erste was man festhalten muss, ist dass das Programm richtig und wichtig ist. Und von den Städten überall auch so wahrgenommen wird. Es ist ja in einem erstaunlich großen Umfang von den Städten aufgegriffen worden. Es gibt inzwischen 350 Programmgebiete und, nach unseren Beobachtungen, in allen Städten mit großem politischen Konsens. Das halte ich für sehr wichtig. Die Probleme, die in den Städten mit der wachsenden Armut, mit der Segregation von Armen in bestimmten Quartieren, mit der Integration von Migranten aufgetreten sind, werden von allen politischen Parteien mit Besorgnis und entsprechender Aufmerksamkeit beobachtet und entsprechende Maßnahmen werden auch immer einstimmig beschlossen. Das Programm als neuer Typus eines politischen Programms nicht nur für die Stadtpolitik, zeichnet sich durch den Gebietsbezug aus, nicht Klientelbezug, sondern Gebietsbezug. Deshalb ist es wichtig die Entwicklung des Programms und seine Wirkung auch zu beobachten. Durch die Idee eines schlanken Staates, der auf die Aktivierung und die Mitarbeit von Bürgern und auch nichtöffentlichen Trägern, Institution setzt und vertraut. Und dies ist tatsächlich in den Programmgebieten in unterschiedlicher Weise auch in Gang gekommen. Also es bilden sich neue Formen von politischer Aktivität auf Quartiersebene heraus. Es ist aber festzuhalten, dass es über die Ziele des Programms und über die Instrumente,

was kann wo, wie eingesetzt werden, auf der lokalen Ebene noch erhebliche Unsicherheiten und Unklarheiten gibt. Geht es bei dem Programm um die Abkoppelung von Quartieren insgesamt, also um Strukturpolitik der Stadt oder geht es darum, die Lebenschancen der Bewohner in diesem Quartier zu verbessern. Dies sind durchaus unterschiedliche Zielbestimmungen, die auch unterschiedliche Ansätze, unterschiedliche Konzepte verlangen würden. In den Städten wird das meistens nicht als Unterschied diskutiert. Es ist oft als Unterschied gar nicht bewusst. Es müsste aber in der Zukunft, finde ich, deutlicher werden, worum es bei dem Programm genau geht. Die Zielsetzung, die im § 171e des Baugesetzbuches jetzt formuliert ist, sagt es geht um soziale Missstände, die aber nicht nur durch bauliche Mittel bearbeitet werden können. An sich eine logische Sache, soziale Missstände können durch bauliche Interventionen nur marginal beeinträchtigt werden. Das Programm selber stellt aber zumindest von der Bundesebene vor allem investive Mittel zur Verfügung. Das wird von der kommunalen Ebene, von den Leuten die im Quartier arbeiten, oft als unbegreiflich, als nicht vereinbar, angesehen. Da sind Klärungen notwendig. Wir wissen oft in den Städten nicht, welches Ausmaß die Segregation angenommen hat. Wie sich tatsächlich die Entwicklung in den Städten vollzieht. Die Datengrundlagen für die Begründung der Beantragung von Mitteln sind sehr unterschiedlich, sie sind manchmal sehr dünn. Das liegt natürlich auch an der Verfügbarkeit von Daten, aber es liegt auch daran, welche Mühe man sich macht, welches Problembewusstsein man aufbringt, um die Problemlage in den Quartieren so genau zu beschreiben, dass man hinterher auch, und das halte ich für besonders wichtig, dass man hinterher auch danach fragen kann, hat sich denn an der Problemlage etwas verändert? Wenn man sie am Anfang nicht genau beschreibt, kann man auch nie hinterher fragen, was genau hat sich verändert. Weil, verändern tut sich in jedem Fall etwas. Aber verändert sich auch das, was man verändern wollte. Das ist insbesondere, wenn es um die Verbesserungen der Lebenschancen von Bewohner geht, ein Problem, dann zielt das Programm ja darauf, die so genannten Nachbarschaftseffekte zu neutralisieren, also die Tatsache, wie es in der Wissenschaft häufig formuliert wird, dass Armutsquartiere ihre schon armen Bewohner noch ärmer machen als wenn sie woanders wohnen würden. Das bezeichnet man als Nachbarschaftseffekte. Und das ist eigentlich eine zentrale theoretische Begründung für diesen Quartiersbezug, dass man diese Nachbarschaftseffekte neutralisiert; aber wie? Und darüber gibt es bisher noch sehr wenig, sowohl von der Wissenschaft als auch von der Praxis, wenig Wissen, wenig Anleitung. Insgesamt muss ich darauf hinweisen, dass ein solches Programm, dass ja auch experimentellen Charakter hat, das einen neuen Programmtypus darstellt, ein neues Problem anpackt, sehr genau beobachtet und

evaluiert werden sollte. Wir haben einen solchen Ansatz gemacht mit der Zwischenevaluation, aber das ist im Vergleich zu dem, was sonst international an Evaluation üblich ist, ein sehr kleiner Ansatz. Ich habe zufällig gestern einen Kollegen aus New York getroffen, der beteiligt ist an der Evaluation eines Programms im MTO in USA, das heißt Mobility oder „Movement to Opportunity“. Das ist ein Programm in dem Haushalte, arme Haushalte aus Armutsgebieten umziehen in Gebiete wo weniger Armut herrscht. Und die Frage ist, hat das einen Effekt, also wirkt das, sind solche Haushalte hinterher weniger arm. Das Programm umfasst in den USA 80 Mio. \$. Die Evaluation wird gefördert mit 7,5 Mio. \$. Das Programm „Soziale Stadt“ umfasst insgesamt etwas 300 Mio. €. Die Evaluation hat etwas 150.000 €. Also die Relation sind unglaublich unterschiedlich in der Bedeutung, die man der Evaluation zumisst. Und ich möchte darauf hinweisen, dass das in Zukunft erheblich verändert werden sollte.

Vorsitzender: Vielen Dank Prof. Häußermann. Jetzt gebe ich gleich weiter an Herrn Gerhard Klier.

Dipl. Ing. Gerhard Klier: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Ich arbeite für die nachhaltigintegrative Stadtteilentwicklung in Hannover. Und dort sowohl auf der praktischen, wie auf der konzeptionellen Ebene. Und ich hatte das Glück, sowohl im Neubau gestaltend mitarbeiten zu können, wie auch in bestehenden Gebieten, sozialen Stadtgebieten, dort korrigierend, reparierend. Die Stabilisierung und Aufwertung von durch sozialen und städtebaulichen Missstände benachteiligten Stadtteilen ist nicht innerhalb kurzer Zeiträume zu erreichen; auch im Bericht Zwischenevaluation ist dies ausführlich dargestellt worden. Hier sind Zeiträume von knapp 5 Jahren natürlich nicht ausreichend. Und die Erfahrung aus den klassischen Sanierungsgebieten zeigen, dass es eher um die Größenordnung von 15 Jahren geht und nicht weniger. Die Tagesarbeit der betroffenen Akteure, besonders das Quartiermanagement, leidet im Allgemeinen unter einem erhöhten frühzeitigen Erfolgsdruck. Wenn auch eine hohe Akzeptanz da ist, so ist auch die Erwartungshaltung in der Politik bei den verantwortlichen Akteuren sehr, sehr groß. Diese Erwartungshaltungen können nicht immer unmittelbar erfüllt werden. Es lässt sich auch sehr schwer feststellen, was habe ich so an Zielvereinbarung vorher gemacht und was ist da entsprechend erreicht worden. Hier ist noch die Bemerkung angebracht. Das Programm „Soziale Stadt“ kann natürlich nur in den Gebieten durchgeführt und gefördert werden, die in den jeweiligen Bund-Länder-Vereinbarung aufgeführt sind. Alle wissen, dass darüber hinaus großer Handlungsbedarf besonders in den Großstädten ist, aber die finanzielle und die personelle Kraft der Kommunen nicht ausreicht, weitere Gebiete für die Aufnahme in das Programm anzumelden. Und

selbst wenn eine Anmeldung erfolgt, ist die Aufnahme in das Programm ohnehin nicht gewährleistet. Hieraus könnte man folgern: Steigt die Finanzkraft der Kommunen, dann können sie diese Aufgaben wesentlich ausführlicher und umfangreicher wahrnehmen. Im Abschlussbericht des Netzwerkknotens Quartiermanagement, des Netzwerkes kommuner Zukunft, war ein strategischer Stadtteilentwicklungsansatz dargestellt worden, und hier sind also einige Punkte mit Ton beschrieben worden, für die Erhebung und regelmäßige Auswertung von Kontextindikatoren auf Programmebene, der Quartiersebene und Projektebene. Als beispielhafte Instrumente bieten sich hier zum Beispiel Zielvereinbarung, regelmäßige Auswertungsgespräche und einiges mehr an. Der jeweilige Fortschritt in der Gesamtgebietsentwicklung kann natürlich durch die Fortschreibung des integrierten Handlungskonzeptes, soweit eins da ist und durch eine regelmäßigen Berichterstattung gegenüber den Auftraggebern und den Stadtteilgremien dokumentiert werden. Ohne jetzt im Einzelnen diese Indikatoren dazustellen, kann sicherlich für die mir bekannten Fördergebiete festgestellt werden, dass in den Kostenzeiträumen sich z.B. in der Zusammensetzung der Bewohnerstruktur keine nennenswerten Verbesserungen ergeben haben. Dennoch ist zu spüren und teilweise auch zu messen, dass sich Veränderungen ergeben. Und für mich ist hier besonders erwähnenswert, dass erwachte oder erstmalige ehrenamtliche Engagement vieler Bewohnerinnen und Bewohner. Man kümmert sich wieder, man schimpft wieder, aber man engagiert sich auch. Die Bewohnerinnen und Bewohner sind motiviert und spüren, dass sie in der Verwaltung verlässliche Ansprechpartner haben, im Quartiermanagement offenen Ohren vorfinden und sogar Fördermittel zur Verfügung haben. Dennoch gilt, dass die Programmauswahl so nicht auf Dauer sein darf, sein kann, sondern von Anfang an der Ausstieg, bzw. das Ende des Förderprogramms mit eingeplant werden muss. Grundsätzlich kann das Programm „Soziale Stadt“ nicht die Aufgabe einer eventuell erforderlichen Verwaltungsreform übernehmen, geschweige denn dafür verantwortlich sein. Genau so wenig können kommunale Akteure vor Ort die Koordinierung oder Steuerung der Verwaltung übernehmen. Das Programm kann daher nicht als Leitprogramm dienen, konzeptionell Ressourcen aus unterschiedlichen Bereichen zu bündeln. Dieser Ressourcenbindung sehe ich als grundsätzliche Aufgabe der Kommune ohnehin an und sie wird in der Regel dort auch mehr oder weniger gut wahrgenommen. Anfänglich genoss das Programm hohe Aufmerksamkeit sowohl in der Politik als auch in der Verwaltung. Es besteht aber die Gefahr, dass mit sinkender Aufmerksamkeit auch die Bereitschaft zur Ressourcenbindung sinkt; man geht wieder zum Alltag über, weil das weniger interdisziplinären Koordinierungsaufwand erfordert. Die Zusammensetzung der verschiedenen Ressourcen darf trotz des integrativen Ansatzes

natürlich nicht dazu führen, dass investive Mittel für Sprachkurse und ähnliches ausgegeben werden. Das ist eine Sache die vor Ort immer wieder Probleme aufruft, aber es wird jetzt in der Regel relativ offen diskutiert und auch entschieden. Bei den Kooperationen liegt der Schwerpunkt, nach meiner Kenntnis, im Wesentlichen erstmal auf der Einbeziehung der Wohnungswirtschaft mit ihrem eigenen Wohnungsbestand. Das heißt, die eigene Betroffenheit ist da und in der Einbeziehung der lokalen Ökonomie, insbesondere natürlich eigentümergeführte Unternehmen. Aber auch Stadtteilkulturarbeit, Integrationsprojekte und vieles mehr können als gelungene Beispiele genannt werden. Die Praxisbeispiele sind inzwischen außerordentlich zahlreich in den Veröffentlichungen, Internet usw. zu finden. Da leisten Difu und andere Organisationen eine vernünftige gute Arbeit. Ganz, ganz wichtig für mich noch einmal: Das Ziel einer aktiven Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner ist unbestritten. Es gibt projektbezogen viele Beispiele, sich dauerhaft selbsttragender Bewohnerstrukturen, die sich nicht nur projektbezogen äußern, sondern auch stadtteilbezogen eigene Aktivitäten entwickeln. Das Programm „Soziale Stadt“ kann hier als ein besonderes Aktivierungsprogramm bezeichnet werden. Mir ist es ganz wichtig, dass diese Bewohnerstrukturen nachhaltig sind, dass man nicht sagt, nur mal eben bei der Modernisierung des Hauses, bei der Einrichtung eines Stadtteiltreffs sind die Bewohner dabei und hinterher ist es wieder vorbei, sondern wenn das Programm zu Ende ist, dass sich dann diese aktive Bürgerschaft sich weiterhin äußert. Jedermann weis aus meinem Beispiel aus dem Neubaugebiet heraus, dass in der ersten Phase ein sehr, sehr hohes Engagement der Bürger bei den Beteiligungsprojekten vorlag. Da ging es um Dreck, Schmutz und Lärm. Als dann die Phase auch der Erschaffung von Infrastruktureinrichtungen abgeschlossen war, sank die Beteiligung der Bewohner sehr, sehr stark. Es hat sich aber verlagert auf ein ehrenamtliches Engagement im sozialkulturellen Bereich. Und solch eine Überführung ist immer mit einer Talsohle verbunden, aber es ist halt wahrzunehmen und auch mit zu beschreiben.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Kier. Jetzt gebe ich gleich weiter an Sie, Herr Prof. Dr. Rolf-Peter Löhr.

Dr. jur. Rolf-Peter Löhr: Ja danke sehr Herr Oswald. Ich möchte nicht meine Stellungnahme wiederholen, sondern auf einige Aspekte hinweisen, die an das vielleicht anschließen, was hier schon gesagt wurde und dem ich mich eigentlich voll anschließen kann. Das Programm hat von seiner Intention vom Anfang her im Grunde zwei Ebenen, zwei Dimensionen. Die eine Ebene ist die Stadterneuerung, das ist das was bisher im Wesentlichen diskutiert wurde, dass andere ist aber die Ebene, und darauf will ich zum Schluss noch einmal eingehen, das Ziel Stadtpolitik zu erneuern

und mit einer besonderen Bedeutung zu versehen. Zur Stadterneuerung ist ein ganz besonderer Aspekt des Programms die Gebietsorientierung, wie sie im Städtebau ja üblich ist und dieser Sozialraumbezug ist etwas was in den anderen Politikfeldern unüblich ist. Da ist eher, der Herr Häußermann hat gesagt Klientelbezug oder Adressatenbezug, wie auch immer vorrangig. Und dieses erschwert die Kooperation zwischen verschiedenen Ressorts ganz ungeheuerlich. Und in der Stellungnahme von der Bundesagentur für Arbeit sehen sie, wo da die Ursachen für diese Probleme liegen. Sie gucken auf Individuen, nicht auf Gebiete. Und denken, wenn sie die Individuen allein angucken, lösen sie die Probleme; das tun sie nach meiner Auffassung nicht. Ein Beispiel, wie das Programm wirkungsvoll diesen Sozialraumbezug in eine Fachpolitik hineingebracht hat, ist das Jugendministerium. Im Bereich der Jugendhilfe gab es, als das Programm aufgelegt wurde, seit 10 Jahren eine Diskussion einer stärkeren Betonung von Sozialraumorientierung. Diese Diskussion hat sich nicht durchsetzen lassen innerhalb der Jugendhilfe. Das Programm „Soziale Stadt“ ist vom Ministerium dazu genutzt worden, durch die Anknüpfung an „Soziale Stadt“ und durch die Förderung von Aktivitäten in diesen Gebieten in der Jugendhilfe insgesamt den Sozialraumbezug sehr viel stärker zu orientieren, mit dem Ergebnis, dass das in vielen großen Städten mittlerweile gemacht wird. Mit dem weiteren Ergebnis, dass Jugendhilfe auf diese Weise, erstens kostengünstiger wird und zweitens effektiver. Das hängt auch damit zusammen, dass auf diese Weise ganz andere Ressourcen mit in die Bearbeitung der Probleme aufgenommen werden, nämlich die Bürgerchaftsbeteiligung, die sie mit aktivieren können, wenn sie sozialraumbezogen agieren und nicht wenn sie adressatenbezogen agieren. Trotzdem ist es so, dass die Aufmerksamkeit, die das Programm am Anfang in den anderen Ressorts gewonnen hat, mittlerweile ein bisschen wieder erlahmt. Es ist sozusagen wieder normal geworden, so wie Herr Kier das gerade auch schon gesagt hat. Und ich begrüße deswegen ausdrücklich, dass das Bauministerium sich jetzt wieder neu bemüht, diese Koordination auf Bundes-, Landes- und auch kommunaler Ebene wieder in Gang zu setzen, mit verschiedenen Initiativen über die AG Bau und auch direkt. Auch die Hans-Böckler-Stiftung betreibt ein Projekt, dass das IWO Darmstadt durchführt. Da findet am nächsten Morgen bei uns im Difu der erste Workshop statt, um einfach zu sehen, welche Entwicklungen auf diesem Gebiet möglich sind. Und das auch da auf Gebieten Entwicklungen möglich sind, an die hier in der Runde wahrscheinlich gar keiner so richtig gedacht hat. Die auch in der Zwischenevaluation nicht vorkommen, das ist das Thema Gesundheit. Gesundheit ist ein ganz relevantes Thema und viele denken daran, natürlich, weil es traditionell auch etwas adressatenorientiert ist, weil es traditionell etwas ist, was erst bei Krankheit relevant

wird. Wenn man aber Gesundheitsförderung in den Mittelpunkt stellt, dann kann man es auch gebietsbezogen machen. Und da sind verschiedene Sozialräume „Settings“ heißt das im Englischen, wo der Begriff Lebenswelten, wie es da im Gesetz heißt. Der Betrieb und sonst was. Da steht aber jetzt auch drin der Stadtteil, dass sind nicht die sozialen Stadtgebiete; da besteht immer noch ein anderes Problem: Diese Ideologie der Gleichheit, man müsse alle Menschen gleich mit Geld bedienen, was ich denke nicht der Fall ist. Man muss Prioritäten für die Benachteiligten setzen, um sie gleich zu behandeln. In diesem Bereich ist es gelungen und es zeigt, dass man mit Beharrlichkeit durchaus in anderen Bereichen deutlich machen kann, dass mit diesem Ansatz, wie er im Grundsatzprogramm „Soziale Stadt“ zu Grunde liegt, auch in anderen Bereiche etwas gewonnen werden kann. Das Zweite ist das Thema Stadtpolitik. Herr Häußermann hat in seiner Stellungnahme geschrieben, es sei ein grobes Missverständnis zu glauben, Stadterneuerung sei eine Fachpolitik, sondern es ist eine sehr viel umfassendere Politik. Ich finde sehr bemerkenswert, dass auf der Ebene des Europäischen Parlaments sich jetzt eine Arbeitsgruppe über alle politischen Parteien hinweg gebildet hat, die sich darum kümmern will, Stadtpolitik auf der EU-Ebene in besonderer Weise zu betonen. Das wäre aus meiner Sicht eine Sache, die auch im Bundestag von großer Bedeutung wäre, um einfach deutlich zu machen, in den Städten spielen sich die großen Probleme unserer Gesellschaft derzeit ab, wie in einem Brennspiegel und wenn wir es nicht schaffen, die Städte im Sinne der Tradition der europäischen Stadt als integrierte Städte, als auch integrierende Städte zu erhalten und zu sichern, dann wird es ganz schwierig werden. Und dazu gehört, dass von den verschiedenen Politikbereichen auf die Gebiete der sozialen Stadt, auf die Menschen die dort leben und benachteiligende Wirkungen erfahren, dass Schwergewicht zu legen, um auf diese Weise etwas für die Menschen in diesen Gebieten aber auch für die Stadt zu tun. Es gibt ja nicht nur die überforderten Nachbarschaften, wie sie Herr Pfeiffer von Empirika 1998 diagnostiziert hat. Schon 1994 haben Elban und Hesse den überforderten Staat diagnostiziert. Und jetzt gerade aktuell ist das überforderte Programm „Soziale Stadt“ diagnostiziert worden. Ich denke, dass Programm alleine ist überfordert, aber es kann Anstöße geben, um in diese Richtung Stadtpolitik auf Bundesebene und Landesebene zu initiieren, die notwendig ist, damit wir in dieser Gesellschaft Zusammenhalt, Sicherheit und Zukunft für alle schaffen können. Danke sehr.

Vorsitzender: Wir haben uns bei Ihnen zu bedanken Prof. Löhr, vielen Dank. Und wir gehen jetzt zu Ihnen, Herr Dr. Walter Metscher. Bitte schön.

Dr.-Ing Walter Metscher: Sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank für die Einladung und die

Gelegenheit einige Erfahrungen auf dem Gebiet der Sozialen Stadt mit Ihnen teilen zu können. Diese Erfahrungen beruhen im Wesentlichen auf der Durchführung eines Wettbewerbes, des Preises „Soziale Stadt“, der im letzten Jahr zum dritten Mal ausgelobt worden ist: Für all diejenigen, die neugierig sind und die Information noch nicht haben: Ein weißes Heft liegt auf ihrem Tischen aus, da sind die Ergebnisse des letzten Wettbewerbes dokumentiert. Im Übrigen habe ich mich gefreut, dass Sie eine ganze Reihe von Fragen zusammengestellt haben. Ich habe mich bemüht, so weit es geht, dazu Stellung zu nehmen. Ich möchte in dem Zusammenhang noch mal Ihnen die Einordnung erleichtern; im Grundsatz habe ich versucht, drei unterschiedliche Dinge zu differenzieren. Zum einen Bereiche, von denen ich meine, dass sie auf der Grundlage des Wettbewerbes überhaupt keine zielführenden Antworten geben könnten. Zum zweiten der Bereich, von dem ich meine, da habe ich relativ interessantes Material in den Wettbewerben gefunden, das uns auch weiterhilft bei der Weiterentwicklung des Programms. Und zum Dritten, wenn man sich länger damit beschäftigt, hat man auch immer Eindrücke, die wo auch immer wachsen; dass habe ich dann auch als persönliche Einschätzung titulierte, um nicht alles durcheinander zu wirbeln. In dem Sinne möchte ich jetzt aus dem was ich Ihnen als Stellungnahme habe zukommen lassen, einige Punkte herausgreifen. Ich werde nicht aufzählen, wer an dem Wettbewerb beteiligt war, um noch eine weitere Minute verstreichen zu lassen. Aber ich will noch einmal betonen, dass wir in drei Wettbewerben mehr als 500 Projekte erreicht haben. Und zwar Projekte, die zur Hälfte in Gebieten arbeiten, die offizielle Programmgebiete sind, zur anderen Hälfte aber auch Akteure und Projekte die überhaupt keine Förderung im Bereich oder im Rahmen des Bundesländer-Programms „Soziale Stadt“ erhalten. Das ist für mich schon eine zentrale Erkenntnis. Ich will damit nicht etwa zum Ausdruck bringen, das Programm sei überflüssig geworden, sondern ich will Ihnen den Gedanken nahe bringen, dass das Programm Wirkung entfaltet und überschwappt. Und das auch Aktivitäten dort gestartet werden, wo nicht von oben erst mal das Geld ausgeschüttet wird, sondern wo sich einfach Leute zusammen finden und etwas machen, etwas anfangen. Wichtig ist mir auch, noch einmal zu betonen, dass der Wettbewerb bundesweit auf Resonanz gestoßen ist, mehr als 500 Beiträge in 3 Wettbewerben aus Nord und Süd, Ost und West, kleinen Kommunen und großen Städten. Und wenn ich die regionale Verteilung mir ansehe, dann haben wir die meisten Beiträge aus Nordrhein-Westfalen, dann kommt Berlin, aber an Platz 3 und 4 kommen schon die Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg. Nun hat man sonst immer angenommen, da sei die Welt so heil und in Ordnung, dass man sich dort mit der „Sozialen Stadt“ nicht beschäftigen müsse. Es gibt aber in jedem Fall eine ganze Reihe von Projekten, die dort aktiv

sind und die ihre Aktivitäten auch im Rahmen dieser Initiative vorstellen wollten. Eines habe ich eben schon angedeutet, kleine und große Dinge. Was mir aufgefallen ist, sind auch zwei unterschiedliche Herangehensweisen. Es gibt sehr viele breite Bündnisse, die über einen intensiven Arbeitsprozess hinweg, der dann auch mal ein oder eineinhalb Jahre dauern kann, ein Netzwerk bilden. Da sind dann alle an einem Tisch oder an vielen Tischen und in Konferenzen kommen sie zusammen. Unterhalten sich über die Problemlage, über Lösungsmöglichkeiten, entwickeln Strategien. Und dann geht es los. Es gibt wieder andere Situationen, da setzen sich drei, vier Leute an einem Tisch und sagen, wir müssen hier mal was machen und dann fangen sie an und tun das in der Hoffnung, wenn andere das sehen, dann interessieren sie sich dafür und kommen dazu und machen mit und daraus wächst dann etwas, was am Ende auf das Gleiche hinausläuft. Die einen fangen oben an und setzen dann was um. Die anderen fangen unten an und hoffen, dass sie darüber ein Gesamtkonzept entwickeln können. Was der bessere Weg ist, kann ich gar nicht beurteilen. Es scheint mir schon fast eine Glaubensfrage zu sein. Es gibt aber beide Ansätze, das wollte ich Ihnen noch einmal gesagt haben. Dann zu den Überschriften, Kooperation mit externen Akteuren will ich eigentlich nur eine Botschaft noch mal aufrufen nämlich die, die auch mit Evaluierung zu tun hat, die mit der Förderung dieser und jener Strategien zu tun hat. Ich würde alle bitten wollen, zu differenzieren. Oft ist man geneigt einen einheitlichen Ansatz zu finden, wenn ich mir Großsiedlungen, Plattenbaugebiete in Ostdeutschland vorstelle, wenn ich mir innerstädtische ganz kleinteilige Strukturen andererseits vorstelle. Ich habe es immer mit unterschiedlichen Akteuren, mit unterschiedlichen baulichen, räumlichen Strukturen zu tun. Und egal, ob ich nun den Erfolg kontrollieren will, ob ich Strategien entwickeln will, wie ich vorgehe, welche Partner ich brauche, welche Projekte sinnvoll sind. Man kann dies nicht alles über einen Kamm scheren und sagen, das wären nun die besten Maßnahmen um die Soziale Stadt zu fördern. Die Ausgangslage ist überall anders und die in Betracht kommenden Lösungsmöglichkeit ebenso. Vielleicht noch eine Einschätzung zur Bürgeraktivierung. Es zeigt sich immer wieder, dass die Bürger sehr wohl und viele auch leicht zu aktivieren sind, sofern es um Dinge geht, die nicht jenseits ihres Horizontes sich abspielen. Je abstrakter der ganze Vorgang ist, desto schwieriger ist es, einzelne dafür zu begeistern, bzw. einzelne, die nicht in die Rubrik der nicht immer gern gesehenen Berufsbürger fallen, die sich überall beteiligen und überall ihre Meinung zum Ausdruck bringen. Wenn wir Willi Müller um die Ecke erreichen wollen, dann können wir ihn nicht zu einem runden Tisch einladen. Je konkreter die Dinge sind, desto eher bekommen wir alle mit dazu. Eine letzte Komponente: Migration und Integration. Wir reden immer alle von der multikul-

turellen Gesellschaft. Ich habe aber den Eindruck, dass die beiden Silben Multi oft dabei noch gar nicht so richtig durchschlagen. Es gibt sehr viele Projekte, die bei uns eingereicht worden sind, die mit dem Duktus beginnen, bei uns im Quartier wohnen Menschen aus 20, aus 30, aus 40 Nationen. Es geht also bei Leibe nicht mehr darum, wir haben hier einen räumlichen Bereich, da wohnt überwiegend deutsche Bevölkerung und dort wohnt nichtdeutsche Bevölkerung. Wir haben das besondere Problem, dass die multikulturelle Gesellschaft erst mal eine gemeinsame Sprache finden muss. Es geht nicht darum, dass wir nur 2 unterschiedliche Lebenswelten in diesen Gebieten haben, sondern wir haben wirklich sehr viele Lebenswelten und das scheint mir ein Punkt zu sein, wo wir noch nicht die Lösungen gefunden haben, wie wir da auf dem Gebiet voran kommen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Ich gebe weiter an Sie, Herr Streitberger.

Bernd Streitberger: Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren. Der Begriff Beigeordneter aus der nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung ist vielleicht etwas abstrakt. Zu meiner Person. Ich bin Dipl.-Ing. für Stadtplanung und seit 20 Jahren im kommunalen Dienst und Dezernent für Stadtentwicklung und Bauen in Köln. Es heißt, Sie haben es hier mit dem Stadtbaurat mit dem Baudezernenten der Stadt Köln zu tun, nicht mit der Sozialdezernentin. Und als Baudezernent der Stadt Köln hat man nicht so oft die Gelegenheit in einem Gremium des Deutsche Bundestages angehört zu werden. Ich benutze deswegen die Gelegenheit zu einer kurzen Eingangsbemerkung, meine Damen und Herren. Die Städte sind die Träger der Entwicklung. Das ist gerade auch von Herrn Prof. Löhr noch einmal deutlich gesagt worden. Auch gerade auf der europäischen Ebene wird das stark diskutiert. In einem Land, das seine Städte so schlecht stellt, wie die Bundesrepublik Deutschland, meine Damen und Herren, ist etwas nicht in Ordnung. Wir reden hier über die Soziale Stadt, Sie reden über gesetzliche Initiativen, über Regelungsbedarf. Ich rede davon, dass Sie Vertrauen zu den Kommunen haben sollten. Dass Sie vielleicht weniger regeln sollten. Dass Sie die Kommunen besser stellen sollten. Haben sie Vertrauen dazu, wir haben Verantwortung, wir nehmen die Verantwortung; wahr in unseren Städten und Gemeinden und wir stellen uns dieser Verantwortung. Diese Vorbemerkung lag mit am mir am Herzen, Herr Vorsitzender, ich komme aber jetzt zum Thema.

Vorsitzender: Das war sicher, wie Sie am Beifall auf der einen Seite zumindest entnehmen konnten, schon ein Thema.

Bernd Streitberger: In Köln ist es so, dass wir drei Gebiete in der Sozialen Stadt haben oder hatten. Das vielen sicherlich auch bekannte

Chorweiler, der Stadtteil Mühlheim und der Stadtteil Kalk, der Ende des vergangenen Jahres aus dem Programm ausgeschieden ist. Meine Damen und Herren, für das Programm in Kalk sind wir relativ prominent mit einer ganzen Seite in der Frankfurter Rundschau im Januar dieses Jahres kritisiert worden. Wir nehmen diese Kritik ein bisschen auch als Anerkennung, denn wir sind ganz bewusst dort kritisiert worden; dass wir unterbelichtet seien in dem sozialen Ansatz, dass wir zu wenig für Integration, zu wenig für soziale Initiativen getan hätten und ein verwaltungszentriertes, wirtschaftsorientiertes Programm dort aufgelegt haben. In der Tat, meine Damen und Herren, von den 47 Mio. €, eine sehr gewaltige Summe innerhalb von 5 Jahren, die in dieses Stadtgebiet geflossen sind, sind 36 Mio. € tatsächlich in die Strukturförderung der Wirtschaft, in die Infrastruktur geflossen. Und ich denke, dass ist richtig. Es ist richtig, wenn wir nicht ansetzen Arbeit zu schaffen, dann können wir an vielen anderen Symptomen auch rumarbeiten, ich denke, dass ist auch in Ordnung so. Aber Arbeit ist Basis von Vielem, vielleicht sogar die Basis von allem und deshalb ist es richtig, dass man hier in die Strukturen der Gebiete hineingeht. Wir haben aber mit den verbleibenden 11 Mio. € immerhin auch 1800 Wohnungen mit zu errichten helfen können. Die sind natürlich nicht von dem Geld gebaut worden, aber zum Teil in öffentlich geförderten Wohnungsbau, zum Teil durch entsprechende Flankierungen auch für freifinanzierten Wohnungsbau. Es sind natürlich auch erhebliche Mittel in die Sozialinitiativen in diesem Stadtteil geflossen. Aber auch da muss man sehr darauf achten, dass die Verknüpfung des Programms, die ich grundsätzlich für richtig halte, dass muss ich auch an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich sagen, ich halte den Ansatz für völlig richtig. Ich hatte die Chance ein Urban-Programm in Kassel mit initiieren zu können und habe diesen Ansatz der dort noch wesentlich intensiver und auch ein bisschen mehr Flexibilität beinhaltet, auch sehr genossen. Ich will das nicht in Abrede stellen, aber wie gesagt, die Orientierung in Köln und das ist auch meine Grundüberzeugung, ist richtig. Mit Hinweis auf das was ich zu Beginn gesagt habe, will ich sagen, auch in Köln wird in Zukunft die lokale Ökonomie ein gewisses Primat haben. Es geht um die Veränderung von Strukturen. Es geht darum, dass die Standortbedingungen und zwar für alle Gruppen der Bevölkerung, am Standort besser werden. Die Sozialinitiativen gehören dazu. Wenn es gelingt, diese sozialen Initiativen mit Strukturförderung zu verknüpfen, umso besser. Ich habe früher immer gesagt, soziale Stadt ist, wenn arbeitslose Jugendliche ihren Sportplatz selber bauen. Das ist im Grunde immer noch ein Idealbild von mir davon; aber sie wissen wie schwierig das heute ist. Die Arbeitsverwaltung hat sich ja heute hier auch eindeutig positioniert. Ich denke es ist wichtig, dass man klar macht, dass es keine Dauereinrichtung sein kann. Es darf kein Tropf sein, an dem

ein Stadtquartier hängt. Ich denke, dass die Zeit von vorn herein deutlich befristet werden soll, dass man sie auch einteilen soll. Es gibt eine Orientierungs-, eine Planungsphase, es gibt eine Umsetzungsphase und da muss es auch so etwas geben wie eine Auslaufphase, in der insbesondere sich darum bemüht wird, dass die Strukturen, die geschaffen worden sind, im sozialen, im kulturellen Bereich auch so ertüchtigt werden, dass sie dann nach Möglichkeit in einer Großzahl später auch selbsttragend sind. Wir wissen, dass viele dieser Initiativen dann eben mangels Gegenständen, mangels finanzieller Unterstützung und auch mangels Interesse tatsächlich nicht überleben. Und ich will noch einmal anknüpfen an das, was ich zuerst gesagt habe. Bitte regeln sie nicht noch mehr. Wir leiden bei diesem Programm auch u.a. unter einer überbordenden Bürokratie. Wir haben zwar nicht diese unglaublichen Evaluationsmittel, wie in den USA, das halte ich schon für völlig absurd. Beim 80 Mio.-Programm 7 Mio. für Evaluation. Wir haben gute Chancen dreimal geprüft zu werden, in Köln hat es früher Korruption gegeben, deswegen haben wir eine sehr intensive Prüfung durch ein Vergabeamt, ein Rechnungsprüfungsamt. Wir haben einen Landesrechnungshof. Wir haben eine Chance, dass der Bundesrechnungshof auch noch mal kommt zu uns. Wir werden evaluiert, meine Damen und Herren, dass sind auch alles Kosten, dass sind alles bürokratische Institutionen, die alle da dranhängen. Bitte leisten Sie einen Beitrag, dass wir auch da besser gestellt werden. Tun Sie was für die Städte. Dankeschön.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Streitberger. Jetzt gehen wir weiter zu Ihnen, Herr Landeskriminaldirektor Siegfried Stumpf.

Siegfried Stumpf: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Ich darf Ihnen ein Statement aus polizeilicher Sicht geben. Aus Baden-Württemberg, aus der heilen Welt, wie Herr Mettcher sagte, aber auch in der heilen Welt boomt das richtige Leben, wenn auch vielleicht auf hohem Niveau. Aber aus Sicht der Polizei, wenn ich über das Land schaue, bei uns ist es so, dass ihre Projektgebiete auch unsere Brennpunkte sind. Das heißt also, die Polizei hat ein virulentes Interesse an dem, was Sie mit Ihren Projekten tun, weil dort auch unser Klientel, unser Gegenüber zu finden ist. Von daher hat die Polizei ein großes Interesse, auch vor Ort mitzuarbeiten. Wenn ich die Verhältnisse jetzt mal unseres Landes nehme, ist es so, dass Ihre Aktivitäten korrespondieren mit der kommunalen Kriminalprävention, die bei uns flächendeckend vorhanden ist. Ihre Projekte korrespondieren bei uns mit einer Vereinbarung der Städte und Gemeinden mit der Polizei, eine gemeinsame Sicherheitsanalyse zu fertigen. Und dann kommen wir, wenn wir in den Bereich des Sozialen gehen, der Ordnungsstörungen etc. immer wieder in Ihre Projektgebiete hinein. Und die Soziale Stadt korrespondiert bei uns im Land mit

einer Vereinbarung, sicherheitsfördernde Aspekte in der Stadtentwicklung, beim Städtebau zu berücksichtigen. Eine Vereinbarung die wir letztes Jahr mit den Gemeinden, Landkreistag etc. gemacht haben. Von daher können Sie davon ausgehen, dass aus polizeilicher Sicht Ihre Projekte unterstützt werden. Für die Polizei ist mittlerweile die Frage der Prävention, der Kriminalprävention eine Kernaufgabe. Es geht uns nicht mehr nur darum, ich vereinfache jetzt, den Täter zu verfolgen, die Tat aufzuklären, sondern wir sind auch ganz weit im präventiven Bereich drinnen. Von daher sind auch fast alle Projekte, soweit ich sie jetzt im Lande kenne, von der Polizei begleitet und von daher kann man auch weiter davon ausgehen, dass die Polizei, was unser Land betrifft, dies unterstützt, weil es auf dem richtigen Weg ist. Es sind die Ansätze, der integrierte Ansatz vor Ort; von daher ist es etwas wo sich die Polizei, sage ich mal, dranhängen kann, wo die Polizei mitspielen kann und wo es auch in die polizeilichen Konzepte passt. Danke.

Vorsitzender: Vielen herzlichen Dank, Herr Landeskriminaldirektor Stumpf und jetzt Herr Reinhard Thies aus Frankfurt.

Reinhard Thies: Auch ich begrüße Sie recht herzlich. Vielen Dank für die Einladung Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Ich war, glaube ich, vor etwa 10, 15 Jahren hier einmal im Ausschuss mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe. Da ging es um die Zielgruppen der Obdachlosen in der Wohnungsversorgung. Und auch da ging es eigentlich darum, wie kriegen wir auch die Bekämpfung von Armut in Stadträumen, also in Sozialräumen hin. Und damals haben wir genau dieses Programm gefordert. Und deswegen sind wir so zufrieden und begrüßen es ausdrücklich, dass es dieses Programm gibt, weil es genau diesen Präventionsaspekt verfolgt. Sozusagen ist das Kind, also den Armen nicht in den Brunnen fallen zu lassen, sondern mit einer ganzheitlichen Strategie auf Armutphänomene in der Stadt zu reagieren. Und das Gute und Besondere ist, dass es hier im Sozialraum passiert. Das wir sozusagen in dem Quartier, wo das kumuliert, die verschiedenen Fachakteure zusammen kriegen; das ist glaube ich das Besondere was hier gelungen ist. Sozusagen in einer konzertierten Aktion vorzugehen. Dass der Städtebau das macht, finde ich hervorragend, denn ohne Investition geht es nicht. Also ich sage mal, nur mit warmen Worten und sozialer Arbeit werden wir mit den grundsätzlichen Problemen nicht fertig. Aber, und dass will ich ausdrücklich als Vertreter des sozialarbeiterischen Sektors sagen, es geht eben auch nicht ohne die Sozialarbeit. Wir nennen diese Sozialarbeit Gemeinwesenarbeit, die im Prinzip der Vorläufer oder das ist, was heute Quartiermanagement genannt wird. Und ich bin fest davon überzeugt, dass die Gemeinwesenarbeit die Perspektive für

das Programm Soziale Stadt ist. Die städtebauliche Investition hört ja nicht auf, wenn der Bund nicht mehr mitfinanziert, sondern die Stadt wird ja weiter in diesen Räumen arbeiten. Also muss durch diese Phase, die Sie hier wesentlich mit stützen, eine Struktur entwickelt werden vor Ort, die diesen Kooperationsansatz überlebensfähig macht über die Förderdauer hinaus. Das finde ich, das ist das Entscheidende und da geben mit diesem Programm Bund, Länder und Gemeinden und allen die mitmachen sehr sehr wesentliche Impulse. Und also im Bereich Polizei, der Kollege hat es eben gesagt, mit dem wir traditionell gar nicht so eng verbunden sind, aber wir kommen hier auf örtlicher Ebene zu hervorragenden Allianzen. Auch, Gräben die wohl möglich waren, werden zugeschüttet. Wir kriegen ganzheitlich so ein Quartier hin. Das finde ich das Besondere, das hier gelingt. Wichtig ist noch, dass wir Schlüsselpersonen in den Quartieren zusammen kriegen. Und das sind Kirchengemeinden, das sind Kulturvereine, das sind Migranten, die sich in den Quartieren zeigen. Und das wir die in unseren Kooperationsprozess mit hinein kriegen. Und dafür bietet dieses Programm einen hervorragenden Ansatz, dass muss ich Ihnen sagen. Das Programm gibt ja die Chance bestimmte investitionsvorbereitende Maßnahmen oder begleitende Maßnahmen auch im, ich sag mal, nicht investiven Bereich mit anzustoßen und zu stützen. Das will ich ausdrücklich begrüßen und finde ich gut. Sollte man auch weiterentwickeln. Das Problem ist nur, dass die ergänzenden Kuchenstücke aus anderen Förderprogrammen nicht in dem Maße da sind. Sie haben schon gesagt Bildung, also Schulbereich. Will auch besonders sagen Familienbildung, das ist eben nicht nur die Schule. Es ist auch die Jugendbildung, die außerhalb der Schulen stattfindet. Die Jugendhilfe insgesamt, sie muss sich aufstellen. Gesundheitshilfe. Alles muss ja zusammenkommen, dass diesen sozialräumlichen Ansatz in der Förderpolitik noch nicht hat, sowohl auf Landes-, als Bundes- und auch auf der lokalen Ebene. Also ich will darauf hinaus, dass ich die Chance sehe, wenn wir globale, also politikfeldübergreifende Stadtteilbudget kriegen, wo auch der Bund was zutun könnte, dass wir sozusagen auf dieser Ebene zu einer besseren Ressortvernetzung auch vor Ort kommen. Und ich will da hervorheben, wir haben Ressourcen in den Bereichen der Wohlfahrtsverbände, die in diesen Bereichen ihre Dienste organisieren. Wir haben Ressourcen in dem Bereich der Kirchengemeinden und anderen zivilgesellschaftlichen Bereichen, die ihre Mittel auch dann in diesen Bereich mit einbringen. Und die sind noch gar nicht summiert in der Evaluation. Die sind ja vorhanden und machen ja auch was in den Siedlungen. Und da will ich noch mal zum Schluss darauf aufmerksam machen, binden Sie oder sorgen Sie dafür, dass diese noch stärker eingebunden werden, das heißt also, die Betonung des Sozialen, trotz der städtebaulichen Investitionen, etwas höher zu schieben.

Also, Prof. Häußermann hatte das gesagt, es geht um die Investition in die Nachbarschaften nicht in die Steine und die Häuser. Obwohl da der Ansatzpunkt des Programms ist und das kriegen wir nur hin, wenn wir sozusagen mit Strukturen zusammenarbeiten, die in den Stadtteilen langfristig sind, waren und bleiben. Insofern, mein Plädoyer, lassen Sie das Programm oder besetzen Sie die Perspektive nicht, wir wollen das Programm auslaufen lassen, sondern wir haben sozusagen eine Phase eingeleitet mit diesem Programm, das nachhaltig Strukturen stärkt, die dieses fortsetzen können. Und dann hätten wir den Verstetigungsansatz für dieses Programm auch sozusagen auf dem Plan. Danke schön.

Vorsitzender: Wir danken ihnen, wir danken allen Referenten. Ich möchte noch einmal betonen, vielleicht ist es am Anfang nicht so klar herausgekommen, wir danken für ihre schriftlichen Stellungnahmen. Wir gehen jetzt in die Fraktionsrunde, die weitere Sitzung wird die Stellv. Ausschussvorsitzende Frau Dr. Margrit Wetzel zunächst auch leiten. Ich darf die Fraktionssprecher, das sind der Kollege Wolfgang Spanier für die SPD, für die CDU/CSU, Kollege Peter Götz und für Bündnis90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Franziska Eichstädt-Bohlig und für die FDP, Kollege Joachim Günther vorstellen. Und nach dieser Fraktionsrunde haben sie wieder Gelegenheit entsprechend auch zu antworten. Jetzt darf ich zunächst dem Kollegen Wolfgang Spanier das Wort geben. Die Sitzungsleitung übernimmt Frau Dr. Margrit Wetzel.

Abg. Wolfgang Spanier: Herr Vorsitzender, ich würde das gerne weitergeben an meinen Kollegen Sören Bartol, der sich besonders intensiv mit diesem Thema befasst hat.

Der **Vorsitzende**, das ist die ganz konkrete Nachwuchsarbeit, die auch innerhalb von Fraktionen stattfindet und das ist gut so, wie auch Talente in der Politik heranreifen, bitteschön Herr Kollege.

Abg. Sören Bartol: Vielen Dank, Herr Vorsitzender für das unglaubliche Vertrauen in die Jugend. Zunächst einmal möchte ich mich bei ihnen auch für ihr Erscheinen und ihre Stellungnahmen bedanken. Ich denke nach der erfolgreichen Implementierung des Programms und dieser fundierten Zwischenevaluierung durch das IFS, in der uns ja vor allem auch sehr wichtige Hinweise für die Weiterentwicklung des Programms gegeben wurden, wollen wir nun heute eine Bilanz ziehen und mit unserem Antrag bundespolitisch auch wichtige Weichen stellen, um das Programm und seinen Ansatz eben auch zu optimieren. Ich freue mich, dass eigentlich in allen Stellungnahmen deutlich gemacht wurde, dass das Programm vor Ort aktiv dazu beiträgt, die Lebenssituation der Bewohnerinnen und Bewohner in den Programmgebieten

zu verbessern. Ich freue mich aber auch, dass von allen grundsätzlich herausgestellt wurde, wie wichtig und notwendig eine Fortführung und vor allen Dingen auch eine Stärkung des Programms ist. Mit ihren Informationen und Empfehlungen auch als Sachverständige aus der Wissenschaft, Begleitung und Praxis können Sie uns darin unterstützen, zu ermitteln, wo Möglichkeiten der Optimierung gesehen werden und wie dieses innovative und zugleich anspruchsvolle Programm noch wirkungsvoller werden kann. Zunächst möchte ich dazu gerne noch mal den Komplex der Evaluierung aufgreifen, für den auch von ihnen in ihren Stellungnahmen ein erheblicher Handlungsbedarf ausgemacht wird. Für diesen Komplex haben wir im Antrag sowohl eine Überführung in ein kontinuierliches Monitoring als auch die Hinwirkung auf die Erarbeitung eines präziseren und möglichst bundeseinheitlichen Kriterien- und Indikatorensettings vorgesehen; z. B. für Gebietsauswahl, Problembeschreibung, Zielbestimmung und Erfassung der sozioökonomischen Kontextdaten. Jetzt würde ich sie noch mal, Herr Prof. Häußermann und vielleicht auch Herrn Thies bitten, die in ihren Stellungnahmen geäußerten Vorschläge zur Erarbeitung eines Evaluationssystems noch mal auszuführen. Dann würde ich auch von Ihnen und dann auch den anderen Sachverständigen einfach noch mal Ihre Vorstellung über die Ziele, wichtige Messkriterien für die Zielerreichung und noch mal eine Einschätzung zu den eventuellen Schwierigkeiten einer Zielkontrolle hören. Und dann möchte ich auch noch mal hören, welchen Stellenwert einige, ich glaube der Herr Häußermann hatte das schon erwähnt in seinem ersten Statement, welchen Stellenwert Sie in diesem Zusammenhang noch mal einer weiteren wissenschaftlichen Programmbegleitung – sie hatten ja schon mal schöne Zahlen genannt – und Vernetzung und dann vor allen Dingen auch einem regelmäßigen Stadtentwicklungsbericht beimessen Das kommt ja in unserem Antrag vor und das wären so die ersten Fragen von mir aus der ersten Runde. Ich danke ihnen.

Stellv. Vorsitzende: Vielen Dank Herr Bartol. Dann gebe ich jetzt das Wort weiter an Herrn Götz.

Abg. Peter Götz: Vielen Dank Frau Vorsitzende. Ich will einfach zunächst auch den Dank der CDU/CSU-Fraktion an die Sachverständigen zum Ausdruck bringen und auch würdigen, dass Sie sehr umfangreich – wenn man mal von der Bundesagentur für Arbeit absieht – zu dieser Anhörung Stellung bezogen haben. Die Fragen die wir hier stellen, können eigentlich auch nur ein ganz kleiner Ausschnitt aus dem großen Katalog sein, der dieses Thema umfasst. Deshalb möchte ich auch eine generelle Vorbemerkung machen. Wir diskutieren seit einiger Zeit auch im Deutschen Bundestag, im Plenum und auch jetzt hier in der Anhörung über die Erfolge dieses Programms.

Eines Programms, das eigentlich ein Reparaturbetrieb für benachteiligte Stadtquartiere darstellt. Stadtquartiere in denen soziale Missstände beseitigt werden sollen. Das ist der Ansatz dieses Programms und ich bin dankbar, dass Herr Streitberger sehr pointiert in seiner Vorbemerkung etwas zum Ausdruck gebracht hat, was ich auch im Plenum des Deutschen Bundestages im Rahmen dieser Debatte gesagt habe. Es sind die Städte und Gemeinden, die am besten und am ehesten in der Lage sind, ihre erkannten Probleme zu bewältigen. Vollkommen unabhängig davon, ob es Regelungen im Land, im Bund oder gar in Europa gibt. Deshalb auch die provozierende Frage: Wäre es nicht sinnvoller die Kommunen die heute aufgrund einer Entwicklung der letzten Jahre sich wieder am Rande des finanziellen Ruins finden, so zu stärken, dass sie selbst in der Lage sind, diese Probleme eigenverantwortlich zu lösen, um damit auch gleichzeitig kommunale Selbstverwaltung wieder zu stärken? Oder anders ausgedrückt: Macht es Sinn, den Städten und Gemeinden erst das Geld aus der Tasche zu ziehen, um es dann über irgendwelche mehr oder weniger – ich betone in dem Fall vollkommen wertfrei mehr oder weniger – sinnvolle Programme erst wieder zu verteilen. Also das ist eine generelle Vorbemerkung, die ich in diesem Zusammenhang gerne ergänze, zu dem was Herr Streitberger richtigerweise gesagt hat. Mich würde deshalb auch interessieren, wie sie auch die Bemerkung von Herrn Streitberger bewerten, auch was dieses Programm betrifft. Ich gebe es in die Runde, ich weiß nicht wer sich angesprochen fühlt, ich stelle es ihnen frei, darauf einzugehen. Eine zweite Bemerkung die ich gerne machen möchte und auch mit einer Frage verbinde. Und zwar jetzt ganz gezielt zum Programm. Der Vorsitzende hat es am Anfang gesagt, wir haben bei der Novellierung einvernehmlich über alle Fraktionen hinweg das Programm „Soziale Stadt“ ins Baugesetzbuch übergeleitet § 171e. Und deshalb auch die Frage, sollte sich dieses Programm nicht noch stärker als es vielleicht bisher der Fall war an den Zielen des Baugesetzbuches orientieren? Prof. Häußermann hat – wie ich finde – richtigerweise vorhin hinterfragt, ich hoffe, ich habe es richtig aufgeschrieben: Verändert sich das, was man verändern wollte? Das heißt, die Fragestellung, was wollten wir verändern, ich denke, dass hat der Gesetzgeber ins Gesetz geschrieben, sonst müsste er es nicht reinschreiben. Also vor dem Hintergrund auch diese Fragestellung. Das wird ganz besonders deutlich, wenn wir die Diskussion auf die Frage der Arbeitslosigkeit lenken, wo ins Gesetz aufgenommen worden ist, dass dies ein wichtiger Teilaspekt dieses Programms sein sollte. Und wenn ich die Evaluierung von der ja heute die Rede ist, mir anschau und sehe, dass die Bewältigung der Arbeitslosigkeit in Programmgebieten als das Problem Nummer Eins, so wird es dort beschrieben, gesehen wird, oder anders ausgedrückt, bei vorhandenen Problemen die nicht erledigt sind, im

Katalog bei 74 Prozent landet und wo Verbesserungen erreicht werden im Bereich von 3 Prozent sich bewegt, macht dies deutlich, dass hier offensichtlich noch großer Handlungsbedarf ist. Deshalb, wenn man über Erfolg des Programms redet, sollte man auch diese Dinge kritisch hinterfragen dürfen. Also die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse im Programmgebiet selbst, gehört nach unserem Verständnis ebenfalls dazu. Die Bemerkungen, Sie haben die Stellungnahmen der Bundesagentur für Arbeit gelesen, spricht ja eigentlich für sich, sie bedarf keiner besonderen Kommentierung mehr dazu. Herr von Geisten, sie haben zu Recht kritisiert, die gesetzlichen Bestimmungen des Programms seien so zu formulieren, dass sie auch belastbar sind. Das heißt, dass sie auf Nachweisbares ausgerichtet werden. Und wenn wir nachweisbar erkennen, dass zum Beispiel im Bereich der Quartiere die Arbeitslosigkeit sich offensichtlich nicht erheblich verändert hat, erscheint mir hier Handlungsbedarf, den man vielleicht noch ein Stückchen weiter herausarbeiten sollte. Dritte Bemerkung die ich gern noch in diesem Zusammenhang machen möchte, die jetzt nicht im Programm steht, aber die mit der aktuellen parlamentarischen Beratung dieser Tage und Wochen etwas zu tun hat. Ich nehme das Beispiel des Antidiskriminierungsgesetzes, das zum Zeitpunkt des Programms noch kein Thema war, aber heute zunehmend ein Thema wird. Deshalb auch hier die Frage: Sehen Sie Konfliktpotentiale im kommunalen Bereich, vor allen Dingen, wenn das Antidiskriminierungsgesetz in der jetzt zwar wieder etwas veränderten aber nach wie vor aus unserer Überzeugung heraus noch nicht richtigen Fassung zum Tragen kommt, dass es auch Auswirkungen auf die Stadtentwicklungspolitik haben wird? Das Beispiel, das vorhin Herr Häußermann aus den Vereinigten Staaten von Amerika genannt hat, dass man versucht, durch bestimmte Steuerung bestimmte Bevölkerungsstrukturen in anderen Strukturen unterzubringen, hat ja irgendeinen Hintergrund. Und wenn wir diesen Hintergrund sehen, den es ja auch in Deutschland gibt, und Sie haben sicherlich dieses Beispiel hier nicht ohne Not angesprochen, dann taucht sofort die Frage auf: Welche Auswirkungen hat ein Antidiskriminierungsgesetz auf die Steuerungsmöglichkeiten, zum Beispiel kommunaler Wohnungsgesellschaften, der Städte und Gemeinden, bestimmte Stadtquartiere in besonderer Form durch eine Bevölkerungsstruktur so zu durchmischen, dass eben Problemlagen, wie sie im Programm „Soziale Stadt“ als soziale Missstände festgestellt wurden und zur Beseitigung anstehen, überhaupt nicht entstehen? Das heißt, ohne jetzt auf den Begriff der Kriminalprävention einzugehen, Prävention erscheint mir auch als ein wichtiges städtepolitisches Instrumentarium, mit dem man durchaus Einfluss nehmen kann, unabhängig davon, ob es dafür ein Programm des Bundes oder irgendein anderes Programm aus Europa gibt. Sondern die Frage, die ich gerne in diesem Zu-

sammenhang stellen würde: Halten Sie es für richtig, dass über ein Antidiskriminierungsgesetz weitere Beeinflussung stattfindet, unabhängig von den anderen Problemen, die in diesem Gesetz stehen? Das vielleicht aus meiner Sicht zuerst mal. Danke!

Stellv. Vorsitzende: Vielen Dank Herr Götz! Dann gebe ich das Wort weiter an Franziska Eichstädt-Bohlig für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN!

Abg. Franziska Eichstädt-Bohlig: Dankeschön! Ich würde als erstes unabhängig von dieser Anhörung vorschlagen, dass wir uns mit dem Ministerium noch mal diesen Brief der Bundesagentur für Arbeit in der Diskussion vornehmen und ein Stück weit abstimmen, wie die Zusammenarbeit mit der Bundesagentur, ggf. auch für die nächste Verwaltungsvereinbarung, konkretisiert werden kann. Denn ich finde das schon eine ziemlich enttäuschende Antwort, die etwas stark auf „wir haben Integration und Zusammenarbeit nicht nötig“ zielt. Aber das können wir ja dann diskutieren. Ich würde an die Anzuhörenden folgende Fragen stellen. Ich will gar keine Kommentare geben. Ich finde das sehr schön, dass doch die meisten im Prinzip sagen, dass das Programm und der Sozialraumbezug richtig und wichtig ist und weiterzuentwickeln ist. Insofern konkret, wer es aus seiner Sicht jeweils meint beantworten zu können, bitte ich um Empfehlungen zur weiteren Ressourcenbündelung, Koordination auf dem Ebenen Bund, Länder und Kommunen. Was empfehlen Sie da und zwar möglichst ganz konkret? Zweiter Punkt: Geht es um Dauerbedarf oder wie sieht das mit Fristen aus? Es gibt ja ganz unterschiedliche Intentionen der einzelnen Länder und Kommunen. Also, dass man da noch ein Stück näher rankommt, und zwar gebietsbezogen, nicht auf das Programm als Ganzes bezogen, da hoffe ich schon, dass wir das dauerhaft halten können, sondern wie sieht es für die Gebiete konkret aus und wann und wie können sie abgenabelt werden? Und dann hätte ich schon noch ein paar inhaltliche Schwerpunkte. Einmal konkret Bildung im Zusammenhang mit Migration und multikultureller Arbeit und auch Sprachförderung. Herr von Geisten hat Schule als Nachbarschaftszentrum schon angesprochen. Wie können da - und zwar ein Stück weit so konkret, wie das Herr Häußermann gesagt hat, dass man konkreter Ziele benennen muss und dann eben auch Ziele vereinbaren muss -, wo und wie könnte man sie dann auch erreichen, ganz konkret in diesem Spektrum? Dann, in dem was auch Herr von Geisten angesprochen hat, Stärkung des Gewerbes und der lokalen Ökonomie, und damit der Arbeitsplatzsituation, würde ich gerne mit der Frage verbinden: Wie wird die Kooperation mit der Wirtschaftsförderung, die ja weiß Gott nicht die ärmste Förderung in unserem Lande ist, eigentlich aufgebaut und verbessert? Last not least: Wie funktioniert die Zusammenarbeit mit der Wohnungswirtschaft. Natürlich, mir ist klar, dass das

jeweils sehr unterschiedlich ist von Projekt zu Projekt, aber - und sei es an einzelnen Beispielen -, wo sind da Optimierungsmöglichkeiten? Danke!

Stellv. Vorsitzende: Das war eine Fülle weiterer Fragen, aber bevor Sie zur Antwortrunde kommen, gebe ich erst noch mal das Wort an die FDP, an Joachim Günther!

Abg. Joachim Günther (Plauen): Meine Herren, auch von meiner Seite herzlichen Dank für die Zuarbeit, die Sie uns hier geleistet haben. Ich glaube, sie gibt einige aufschlussreiche Informationen. Mit dem Programm „Soziale Stadt“, das ist ja eigentlich der Ausgangspunkt, haben wir damals ein neues Politikfeld beschritten. Das haben ihre Ausführungen heute eigentlich auch bestätigt. Wir haben dieses Programm im Baugesetzbuch, ich sage das mal vorsichtig, mit vielen Bauchschmerzen verankert, in der Diskussion damals. Und zwar deshalb, weil wir uns einig waren, es muss etwas geschehen. Aber die Grundfrage ist, und sie wurde in einigen Ihrer Beiträge hier eigentlich bestätigt, ist dieses Programm im Bereich Stadtumbau richtig angesiedelt und entzieht es nicht im Endeffekt, das möchte ich als Überschrift drüber setzen, dem Stadtumbau eigentlich Mittel, die jetzt woanders zum Teil eingesetzt werden? Denn wenn ich unter Stadtumbau betrachte, was hier einige Städte mit hineingenommen haben, ich habe es ja schon mal im Plenum angesprochen, Geburtsvorbereitungskurse für werdende Mütter in türkischer Sprache werden damit finanziert und ähnliche Dinge. Sie wissen das. Dann muss ich fragen: Das muss sein, aber ist es hier richtig? Und das haben Ihre Ausführungen ja auch gebracht. Also wenn ich Herrn Thies richtig verstanden habe, hat er ja gesagt, die angrenzenden Kuchenstücke sind nicht da. Und dass ist ja eigentlich das, was ich damit ausdrücken will. Die Summe möchte ich gerne im Baubereich weiter sehen und die angrenzenden Kuchenstücke zusätzlich dazu haben, dann wird ein Kuchen „Soziale Stadt“ draus. Denn sonst entziehe ich der ganzen Sache etwas. Und deshalb zwei, drei Fragen in diese Richtung: Glauben Sie, dass mit einer besseren finanziellen Ausstattung der Kommunen das Ganze auf die Kernaufgabe zurückgeführt werden kann, also wirklich Stadtumbau, Stadtverbesserung, Stadtaufwertung der Quartiere? Ich bin der Überzeugung, wenn diese Mittel dafür eingesetzt werden, erreicht man den gleichen Effekt oder einen höheren Effekt. Die zweite Frage: Glauben Sie, dass mit diesem Programm die Bevölkerungsstruktur in einem Wohngebiet wirklich beeinflusst werden kann oder ist das etwas, was sich nicht direkt daraus ergibt? Und die letzte Frage in diesem Zusammenhang, aus dem Bereich Sicherheit, was hier gesagt wurde: Wie sehen Sie denn die wirklichen Zusammenhänge zwischen Sicherheit und diesem Programm? Oder ist nicht ein Zusammenhang der sozialen Stadtentwicklung generell und der Sicherheit zu sehen?

Ich glaube, dass man das nicht unmittelbar wie das dargestellt wurde, verbinden kann. Herzlichen Dank!

Stellv. Vorsitzende: Vielen Dank Herr Günther! Dass sich auch die Fraktionen an die Zeitvorgabe halten konnten, ist sehr begrüßenswert. Und bevor Sie jetzt zu der Antwort kommen, gebe ich noch der Bundesregierung das Wort, Herrn Staatssekretär Großmann.

PSts Achim Großmann: Ich will es auch ganz kurz machen und einfach ein paar Sätze in die Runde werfen. Zur Bundesagentur. Mein erster emotionaler Effekt war der gleiche wie bei Frau Eichstädt-Bohlig: Das kann nicht das letzte Wort sein. Wir wissen ja, dass wir in Deutschland immer noch nicht umfassend gelernt haben, vernetzt zu denken. Es wird auch für uns Anlass sein, ich hatte das schon direkt ins Haus weitergegeben, es wird auch für uns Anlass sein, uns mit der Frage noch mal zu beschäftigen. Es hat aber auch keinen Zweck, jetzt nur auf den Brief zu reagieren, denn wir wissen, dass die Bundesagentur vor Ort teilweise sehr gut in diese Maßnahmen integriert ist. Also ich glaube, wir müssen einfach mal die Erfahrungsschätze heben, die wir in den konkreten Projekten gemacht haben und dürfen jetzt die Arbeit der Bundesagentur nicht an dem Brief orientieren, der uns heute vorliegt. Das wollte ich einfach nur geschäftsinleitend sagen. Das zweite ist mir ein wichtiges Anliegen: Ich bin nun 27 Jahre Kommunalpolitiker gewesen. Und deshalb weiß ich, dass es keine föderale Ebene gibt, Herr Streitberger, die omnipotent ist. Keine! Also wir wissen, dass wir in den kommunalen Entscheidungen teilweise erlebt haben, dass es Entmischungen gab von Einkaufen, Wohnen, Arbeiten, Funktionsverluste in den Städten, alle aufgrund von kommunalen Entscheidungen. Das Programm „Soziale Stadt“ führt die drei föderalen Ebenen zusammen. Und das Programm „Soziale Stadt“ ist ein „bottom-up“-Programm. Das heißt, wir warten auf das, was aus den Städten an Vorschlägen kommt. Wir führen zusammen, wir vernetzen und wir helfen damit unter Umständen auch den Städten optimierter arbeiten zu können, weil sie auch nicht alles ohne Begleitung richtig machen. Gestatten sie mir als Kreis-Aachener, der immer über den Frechener Berg nach Köln hinein fährt, die Bemerkung, dass es mir weh tut, dass ich den Kölner Dom bald nicht mehr sehen kann. Ich glaube wir müssen auch da ein bisschen vorsichtig sein. Zu dem Thema investiv und nichtinvestiv: Wir sind nun mal dem Grundgesetz verpflichtet und das bedeutet, dass wir in der Regel investive Maßnahmen unterstützen müssen, dass ist klar. Jetzt haben wir versucht, den Ermessensspielraum den wir haben, möglichst offensiv zu nutzen. Das heißt also eben auch, mit nichtinvestiven Maßnahmen zu helfen. Aber in erster Linie ist es die Aufgabe der Länder und der Kommunen und der Programme anderer Ressorts.

Und das ist das, was ich jetzt selbstkritisch an die Bundesregierung sage: Uns ist es, genau wie in den Ländern, wie teilweise in den Städten, noch nicht gelungen, alle Ressorts davon zu überzeugen, dass das, was wir an Programmen haben, zusammengeführt wird, um diesen Mehrnutzen, den wir durch vernetzte Arbeit erzielen können, auch wirklich realisieren zu können. Das ist also, glaube ich, noch gar nicht angesprochen worden. Aber, ich glaube, dass ist wichtig, auch ein Ergebnis der Evaluation, dass wir uns dieser Frage stärker widmen. Ich hoffe, dass wir in dem zweiten Teil vielleicht auch darüber noch mal reden können. Vielen Dank!

Stellv. Vorsitzende: Herzlichen Dank! Dann kommen wir jetzt in die Antwortrunde. Wir könnten in umgekehrter Reihenfolge anfangen Ich denke, dass jeder Antworten auf die Fragen gibt, die ihn betreffen. Ich habe die herzliche Bitte, dass Sie auch bei der Antwortrunde, so schwer es fällt, die Zeit im Auge behalten und, wenn es denn möglich ist, auch wieder die 5-Minuten-Frist berücksichtigen. Vielen Dank! Dann hat Herr Thies jetzt erst einmal das Wort!

Reinhard Thies: Vielen Dank! Zu Herrn Götz. Herr Götz stellte die Frage: Reparieren wir hier nicht nur etwas? Ich glaube, es ist nicht nur eine Reparatur, sondern wir machen Stadtteile auf neue Aufgaben hin lebensfähig. Also wir haben demografischen Wandel, wir haben Zuwanderung, gerade in diesen Stadtteilen, also das sind die Integrationsmaschinen in den Städten, diese Stadtteile über die wir hier reden. Diese Stadtteile haben Aufgaben zu bewältigen, die ich nicht nur mit Reparatur beschreiben würde, sondern sie fähig machen, die Aufgaben die zukünftig kommen, insbesondere auf diese Stadtteile zukommen, die zu bewältigen. Und insofern halte ich dieses Programm für ein Befähigungsprogramm und nicht für ein Reparaturprogramm. Kommunale Selbstverwaltung oder -verantwortung oder Steuerung der Mittel, das ist ja dieser alte Streit, wie sollen Bund, Länder und Gemeinden zusammenspielen. Meine Erfahrung, ich sage Ihnen das jetzt sehr, sehr deutlich, denn ich mache 30 Jahre Brennpunktarbeit in Hessen, also in einem Stadtteil, unmittelbar vor Ort, auf Landesebene, und ich bin auch mittlerweile als Bundesvorsitzender in dieser Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung & Gemeinwesenarbeit tätig, und kann sehr wohl beurteilen, wie wichtig das war, dass Bund und Land hier Impulse in die Gemeinden gegeben haben. Also so nach dem Motto: Eine Obdachlosensiedlung steht nicht auf der Prioritätenliste der kommunalen Politik. Ich komme persönlich aus Gießen. In Gießen haben wir traditionell durch all die Rahmenbedingungen, Nachkriegsbedingungen, Militärabzug, und was da alles eine Rolle spielte - Töpfer war übrigens da, als das Programm in der Mache war - und da haben wir uns das sehr genau angeguckt, auch interfrak-

tionell waren die Kommunen sehr dankbar, dass der Bund kam und sagt, wir wollen euch helfen, auch die politischen Blockaden, die es gibt, da dran zu gehen, wegzuräumen, in dem man sagt, da gibt es ja ein Bundesgeld mit einer gewissen Leitfunktion, nicht im Sinne von Gängelung. Deswegen bin ich sehr der Meinung, dass man wirklich auf dieser leitliniengestützten Basis, also nicht mit Richtlinien und Sanktionen, also mit Leitlinien da arbeiten soll. Jetzt kommen wir zu diesem Stichwort: Sören Bartol sagt, Gebietsauswahl, Evaluation, Zielvorgaben. Also das setzt natürlich voraus, dass man mit einer sehr offenen Struktur auch arbeitet, das hat ja etwas von bottom-up, die Bewohner sollen, die Akteure im Stadtteil sollen. Also da kommt nicht von oben einer rein und sagt, dass ist gut für euch im Stadtteil, das ist auch wieder so ein Widerspruch, aber der Bund, das Land leitet durch die Förderung dahin, ihr könnt - zwei Drittel ist es ja in der Regel - staatliches Geld bekommen, wenn ihr euch dieser Frage annehmt. Das hilft immens in den Standorten - ich begleite als Servicestelle Soziale Stadt in Hessen 30 Standorte - und interfraktionell, also parteiübergreifend wird begrüßt, dass der Bund, das Land dort auch „Finger in Wunden legt“, in den Kommunen. Also das halte ich für ganz entscheidend. So, jetzt kommt es natürlich bei der offenen Struktur vor, das kritisiere ich auch, dass einige Kommunen, ich will nicht grade sagen Mitnahmeeffekte in diesem Bereich machen, aber es gibt durchaus, und dass ist ja auch gut so, im ländlichem Raum Kommunen, wo das Dorferneuerungsprogramm, das Stadterneuerungsprogramm ausläuft und man sagt, schau wir mal, was gibt es denn jetzt noch, dann ist man bei Sozialer Stadt. Wenn aber - ich nenne jetzt mal konkrete Orte - eine Stadt wie Stadt Allendorf - Herr Bartol kommt da her -, eine Stadt wie Lollar, wo Buderus, also ein Großunternehmen, seinen Sitz hat, die als kleine Stadträume Integrationsleistungen, ich sage mal in einem dörflich-kulturellen Milieu, dass meine ich gar nicht abwertend, zu leisten haben, dann ist es gerade gut, dass von außen ein Impuls, auch Ressourcen, auch Fachressourcen, auch Fach- und Sachverstand kommen, der diesen kleinen Gemeinden, und letztlich ist ein Stadtteil nichts anderes als eine kleine Gemeinde, fähig macht, diese Aufgabe zu schultern. Das sind ja Innovationen, die da rein müssen. Und das bringt dieses Programm, das will ich ausdrücklich betonen. Und insofern, ich kann jetzt nicht auf alles eingehen, gelingt es auch, über die Bewohnerbeteiligungsfrage auch die Migrationsfrage, die ja hier in den Mittelpunkt gestellt wurde, zu bearbeiten. Es gibt ungeheuer viele Programme, also nicht ausreichend, aber ungeheuer viele Programme, die im Zusammenhang mit Zuwanderung über Bund und Land gesteuert in den Standorten ankommen. Die kommen wie ein großer Teppich auf die Regionen zugeflogen, aber kommen sie wirklich beim dem an, der im Stadtteil diese Arbeit macht. Ich will ein Beispiel nennen. In Lollar, in der Gemeinde, mit

der ich mich im Moment sehr stark befasse, ich habe sie eben schon mal genannt, kommt auf einmal eine ehemalige Lehrerin aus Russland und sagt, ich biete mich im Rahmen eines LOS-Projekts, dass ist diese europäische Förderung als Tender-Projekt zu diesem Stadtbauprojekt, an und sagt, ich könnte mich hier als Integrationslotsin sehr gut einfügen. Die ist vor Ort verankert, die kommt nicht durch ein Innenminister-Programm, also ein Programm von Schily, an diese Mittel. Aber durch eine LOS-Förderung, die ja letztlich durch die Programmstrategie ausgelöst wurde, kommt die jetzt als Lotsin dahin, die sitzt in dem Büro, die betreut eine Einrichtung, also ein Wohnheim, vor Ort und die Leute, die Migranten, kommen unmittelbar zu ihr, mit Alltagsfragen. Da hat in Lollar sich noch nie jemand drum gekümmert. Und das macht diese Frau. Und das finde ich so hervorragend an diesem Programm, dass es trotz dieses von oben, es fliegt sozusagen auf die Stadt zu, es fällt aber auf einen Boden, das ist gelungen in diesen fünf Jahren, der sozusagen diese Potentiale weckt. Man kann jetzt noch vieles Kritische sagen, was noch nicht funktioniert, das würde ich Ihnen auch gerne sagen, aber ich glaube, es ist gar nicht so wichtig in diesem Moment, weil man eher, glaube ich, auf diese Aspekte hinweisen muss, was da funktioniert. Und es muss noch viel im Sinne dieser Kuchenstückstrategie dazu. Also das Förderprogramm, noch mal zugespitzt, muss ich von einem Förderfachprogramm tatsächlich zu einer Förderung einer lokalen Gemeinschaftsinitiative, so will ich es mal nennen, einer lokalen Entwicklungspartnerschaft Soziale Stadt entwickeln. Da erwarte ich, dass dieses Förderprogramm durchaus eine Leitfunktion hat. Der hessische Förderreferent Rabe sagt immer: „Ich habe ein prominentes Tortenstück in dieser Torte „Soziale Stadt“, ich fördere sozusagen das Mittelteil mit der Kerze und entflamme sozusagen damit die anderen Tortenstücke. Ich finde das eigentlich ein schönes Bild und insofern finde dieses Programm für die Kommunen eklatant geeignet, da etwas voranzubringen.

Stellv. Vorsitzende: Das kam mit dem schönen Bild fast punktgenau auf die 5 Minuten. Herzlichen Dank Herr Thies! Jetzt gebe ich das Wort weiter an Herrn Stumpf!

Siegfried Stumpf: Ich darf bei der letzten Frage, die mir gestellt wurde, beginnen. Die Frage Zusammenhang Sicherheit, Städteplanung, Städtebau, wo sind da die Zusammenhänge, wie wichtig ist Städteplanung, Städtebau für die Polizei. Der Zusammenhang ist untrennbar, der Städteplanung folgen Gebäude und dann kommt der Mensch und da fängt dann für uns ggf. das Problem an. Deswegen gibt es seitens der Polizei ein ganz virulentes Interesse, möglichst frühzeitig, sage ich mal, in diese Materie mit eingebunden zu sein. Ich könnte ihnen da einige Fälle nennen, im Großraum Stuttgart, selbst in der ländliche Idylle der schwäbi-

schen Alb, wo jetzt völlig ungeliebte Folgen durch Städtebaumaßnahmen eingetreten sind, die dann zu dem Problem geführt haben, um die sich jetzt hier die soziale Stadt kümmern soll. Von da her: Aus unserer Sicht untrennbar miteinander verbunden. Ich möchte noch auf ein Problem eingehen, das hier schon mehrfach genannt wurde, das lässt sich auch ein bisschen bildhaft nachvollziehen. die Frage Evaluierung, die Frage Langfristigkeit. Lassen Sie mich es mal bildhaft aufgreifen. Wenn sie den Bescheid eines Regierungspräsidiums zur Sozialen Stadt lesen, dann stehen zwei Zeilen drin: Es geht um ein soziales Problem, Ausländer und, und, und, Absatz, es werden soundso viel Mittel bereitgestellt, neuer Absatz, dann kommen die ganzen Baumaßnahmen und dann steht darunter, es ist zu evaluieren, es ist ein Controlling durchzuführen. Und jetzt ist die Frage, was wird controlt? Die baulichen Maßnahmen, ist dann Ende der Veranstaltung? Oder wird controlt, und dann langfristig, und evaluiert, welche Ergebnisse, welche langfristigen Dinge will ich in Bezug auf die Bewohner in der Stadt verfolgen. Und von daher setzt jetzt auch etwas für die Polizei das Problem ein. Wenn ein Projekt auf Kiel gelegt wird, kommt die eine Gemeinde und sagt, für uns ist es eine städtebauliche Geschichte. Es bedarf dann der Überredungskunst, zu sagen, vielleicht kann man die vielen Kuchenstücke, von denen die Rede war, noch dranhängen und dann andere Programme, bei denen es um Integration und um vieles andere geht, mit diesem Programm verbinden. Und das ist für uns dann wieder das Interessante, der Einstieg, was hier die kommunale Kriminalprävention betrifft. Das heißt wir tun, soweit ich es sehen kann, wie gesagt aus meiner Sicht, auf der einen Seiten etwas gutes, wir steigen aber bei den Baulichkeiten ein und vergessen in der Langfristigkeit, was brauchen wir noch, um auf die Seite Mensch und auf die Seite Bevölkerung und Bürger zu kommen. Also der Weg ist richtig, aber der Einstieg ist eigentlich – um es mal ein bisschen salopp zu formulieren – suboptimal und daran krankt auch etwas die Langfristigkeit und damit auch die Frage der Evaluierung dessen, was man da tut. Soweit dazu die Antworten.

Stellv. Vorsitzende: Herzlichen Dank Herr Stumpf! Dann gebe ich das Wort gleich weiter an Herrn Streitberger!

Bernd Streitberger: Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren! Mir liegt es am Herzen als erstes auf Herrn Großmann einzugehen. Ich denke, Herr Großmann, wir sind uns einig, Menschen machen Fehler und, das ist unabhängig sozusagen von der föderalen Ebene, Kommunen machen auch Fehler. Ich vermute mal, sie machen das mit und ohne Programm. Ich habe nur darauf hingewiesen, dass die Verantwortlichkeit vor Ort, die ist eben bei den kommunal Verantwortlichen und ein Ratsmitglied wird sich eben dreimal überlegen was es macht, weil es ja auch für diese Dinge

gerade steht. Der Hinweis auf den Kölner Dom war extrem unfair, extrem unfair, weil sie aus der Perspektive, und das ist eine Perspektive die emotional für viele Kölnerinnen und Kölner sehr wichtig ist, den Dom schon seit 30 Jahren nicht mehr in seiner ganzen Schönheit sehen können, weil nämlich das Verwaltungsgebäude der DVK in der Aachener Str. vor 30 Jahren dorthin gebaut wurde. Die Hochhäuser am Deutzer Ufer die wir

PSts Großmann: Ich bin 13 Jahre nach Bonn zum Bundestag gefahren und ich weiß, was ich gesehen habe.

Bernd Streitberger: Die Hochhäuser am Deutzer Ufer, die wir planen, liegen östlich des Rheins, mehr als einen Kilometer vom Dom entfernt. Aber ich habe im nächsten Monat die Notwendigkeit, das auf einer Konferenz der UNESCO in Wien vorzustellen, es wird sehr sehr schwierig werden. Es ist auch eine diplomatische Frage, ich bin mir darüber im Klaren. Ich wollte das auch nur noch mal sagen. Es ist eine sehr schwierige Aufgabe. Zu den Fragen die von Herrn Bartol gestellt worden sind, also Vorstellung über die Ziele und mögliche Messgrößen, da würde ich sagen: Beschäftigung. Das wäre für mich wirklich das originäre Ziel. Wir sind ein bisschen stolz darauf, in Kalk, dass die Beschäftigungssituation nicht schlechter geworden ist. Das heißt, die Arbeitslosigkeit in dem Quartier ist nicht gestiegen. Das ist unter den obwaltenden Rahmenbedingungen in den vergangenen fünf Jahren eher ein Erfolg. Ich würde sagen, dass das eines der wichtigsten Kriterien ist, die mir dazu einfallen. Wenn Sie dann auch noch einen zweijährlichen Stadtentwicklungsbericht haben wollen,.... ich meine, Sie können wahrscheinlich alle Berichte, die Sie schon haben, sowieso schon nicht mehr lesen. Ich bin gegen so viel Bürokratie. Ich glaube nicht, dass da wirklich wesentliche Erkenntnisse dann dazu kommen. Wir müssen auch laufend Berichte für unseren Rat schreiben. Ich weiß auch nicht, ob die alle gelesen werden. Was Herr Götz gesagt hat, das trifft natürlich in vieler Hinsicht überein. Ich habe mir ehrlich gesagt bisher überhaupt gar keine Gedanken zum Antidiskriminierungsgesetz gemacht. Das, muss ich ehrlich sagen, interessiert mich im Augenblick überhaupt nicht. Es kann allerdings sein, dass das irgendwann mal bedeutsam wird. Es ist hier schon der Hinweis auf Wohnungsbaugesellschaften gemacht worden. Wir sind Gott sei dank in Köln in der Situation, dass wir noch eine aktive Wohnungsbelegungspolitik auch über unsere Wohnungsbaugesellschaft machen können. Viele Städte sind dazu nicht mehr in der Lage, weil die Leerstände so hoch sind in ihren Wohnungen, dass sie dankbar sein müssen, wenn sie überhaupt irgendeinen bekommen. Wir können das noch aktiv steuern. Und möglicherweise entstehen dann durch dieses geplante Antidiskriminierungsgesetz dort auch Verwerfungen. Ich kann das jetzt

nicht qualifiziert einschätzen. Aber wie gesagt, ich habe mir bislang auch noch keine Gedanken darüber gemacht. Frau Eichstädt-Bohlig, die Ressourcenbündelung, die Koordination, ist glaube ich am besten gewährleistet auf der kommunalen Ebene. Das können Sie auch an unseren Beispielen sehen. Es gibt eine gute Zusammenarbeit zwischen dem Dezernat, es gibt eine gute Zusammenarbeit zwischen den Ämtern und es gibt eine gute lokale Zusammenarbeit in Köln, in Kalk zum Beispiel, auch mit der Polizei. Es ist gelungen zum Beispiel das neue Polizeipräsidium in Kalk zu bauen. Das ist ein sehr wichtiger Impuls in das Quartier gewesen. Ich denke, das ist die Ebene, auf der die Dinge wirklich koordiniert werden müssen, denn da werden auch die Entscheidungen getroffen. Dauerbedarf versus Endlichkeit habe ich mir notiert. Sie haben das auch sozusagen auf das Quartier bezogen. Auf das Quartier bezogen würde ich natürlich immer für die Endlichkeit plädieren, ganz eindeutig, weil sie sonst, also ich meine Subventionen sind immer schlecht und es ist egal in welcher Form. Es ist ein Tropf an dem sich die Menschen gewöhnen, ich sage mal Zonenrandförderung, ich war lange Jahre in Kassel, ich weiß was das bedeutet. Insofern auf jeden Fall für die Endlichkeit. Bildung, Migration, da sage ich auch noch mal ein Wort für die kommunale Verantwortung. Ich weiß nicht, viele von Ihnen haben ja auch kommunale Erfahrung, vielleicht kennen Sie das, wenn so Schulleiter bestellt werden, wie das funktioniert. Das ist unglaublich. Das muss ja das Land machen. Die Kommune wird dann immer beteiligt. Wenn sie der Kommune die Entscheidung geben, den Schulleiter zu bestellen, dann würde die Kommune zum Beispiel sagen: Wohne da, wenn du Leiter dieser Schule bist, dann muss du da wohnen. Also wie heißt das, Residenzpflicht, genau, das suchte ich gerade. Das heißt, da brauchen sie keine Programme und nichts. Nehmen sie einen ordentlichen Schulleiter, der wohnt da an der Schule, in der Nähe der Schule im Quartier, der stellt sich. So, die Regel, die Praxis die wir haben, ist doch völlig anders, das wissen Sie ja. Die wohnen ja am liebsten immer in der Nachbarstadt, weil sie dann nach Schulschluss mit dem Ganzen nichts mehr zu tun haben. Das wäre ein Beispiel, da brauchen sie kein Programm und keine Strukturen oder sonst etwas, da brauchen sie nur Kompetenz und Verantwortung vor Ort. Stärkung der lokalen Ökonomie, Kooperation mit der Wirtschaftsförderung, das ist in Köln aus meiner Erfahrung sehr positiv gelaufen. Wir arbeiten intensiv mit der IHK zusammen. Die IHK begibt sich auch in solche Programme rein. Also, ich habe da auch nicht spüren können, dass es da irgendwie Berührungängste gegeben hat. Wir haben einen Handwerkerhof gemacht in Kalk. Also da gab es eigentlich von Anfang an Bereitschaft zum kooperieren. Zusammenarbeit mit der Wohnungswirtschaft: Selbstverständlich, natürlich. Also wir haben kommunale Wohnungsbaugesellschaften, denen machen wir

Investments in solche Bereiche natürlich schmackhaft, das ist völlig klar. Da haben wir auch Entscheidungskompetenzen und das funktioniert auch in guter Qualität, mit Wettbewerben, in städtebaulichen Wettbewerben, Realisierungswettbewerben. Zu Herrn Günther. Fehlende Mittel für den Stadtumbau West. Also fehlende Mittel, darüber habe ich ganz zu Beginn gesprochen. Die Städte sind sehr schlecht gestellt, sehr schlecht. Unsere technische Infrastruktur verfällt uns. Und ich brauche Mittel, um die technische Infrastruktur im Wert zu halten, wir verzehren dort Werte, und ich sage Ihnen mal, in Milliardengröße. Und deswegen plädiere ich für eine generelle Besserstellung der Kommunen und dann für mehr Verantwortung am Ort. Kann die Bewohnerschaft verändert werden? In Kalk ist es so gewesen, dass die Bewohnerschaft tatsächlich verändert worden ist, alleine dadurch, dass viele neue Wohnungen geschaffen worden sind. Auf ehemaligen Industrieflächen, das muss man deutlich sagen, es ist vielleicht ein Sonderbereich. Aber wir haben dadurch einen Impuls geben können. Ich hatte eben gesagt, rund dreieinhalb tausend Menschen sind zugezogen, neu dort hingekommen und wir haben das als Stabilisierung des Standortes erlebt. Und Zusammenarbeit mit der Polizei, das habe ich eben auch schon gesagt, zumindest in diesem einen Beispiel, ein neues Polizeipräsidium ist dort gebaut worden.

Stellv. Vorsitzende: Herzlichen Dank Herr Streitberger! Sie haben eine ganze Reihe von Antworten gegeben und auch Bewertungen dabei. Ich denke aber, dass ich im Namen aller Kollegen spreche, wenn ich Sie darauf hinweisen möchte, dass Berichte, die von Parlamentariern angefordert werden, auch von diesen gelesen werden. Insofern bitte ich Sie, Ihre Meinung, die sie geäußert haben, zu korrigieren. Aber das kann für die Zukunft dann ja erfolgen. Dann gebe ich Herrn Dr. Metscher das Wort!

Dr. Walter Metscher: Vielen Dank! Ich habe mir vorgenommen, alle Ihre Fragen auf einmal zu beantworten und zwar auch vor einem Hintergrund, den ich Ihnen bisher verschwiegen habe: Ich habe vor vier Jahren ernst gemacht mit der Sozialen Stadt und bin in den Wedding gezogen. Diejenigen von Ihnen, die auch im Wedding wohnen, kennen die Situation. Allen übrigen sei gesagt, den Kölner Dom konnte man von dort aus wohl noch nie sehen, aber man sieht so allerhand im Wedding. Unter anderem sah ich, als ich vor vier Jahren dort hin zog, an der Ecke Bautätigkeiten in einem Lokal. Es tauchte ein neuer Gastwirt auf. Die Gastronomie die man im Wedding üblicherweise vorfindet, trägt Namensschilder wie „Zum Süffel 2“ oder „Zum Spritzenhaus“, „Sportklausur“, „Schwarzer Eber“, Herr von Geisten kennt das alles. Der baute da und das sah ganz ulkig aus für den Wedding, eben irgendwie schick. Dann kam das Schild, da stand drauf Restaurant,

Bar, Lounge. Ich dachte mir, für wen macht der das. Ich habe mich mit ihm unterhalten und er sagte: Na ja es gibt ja auch noch andere Leute im Wedding als die, die im „Schwarzen Eber“ sitzen oder im „Spritzenhaus“ ihren Sonntag verbringen. Für die mache ich das hier. Außerdem habe ich früher mal im Wedding gewohnt. Das Gebiet hat es verdient, dass man hier mal etwas anderes aufzieht. So weit, so gut. Er eröffnete diesen Laden, erzählte mir dann später, welche Anfangsschwierigkeiten er mit einem kleinen Detail hatte. Er hatte nämlich rechts und links, da war so eine kleine Platzsituation, noch Platz, wo er Blumen einpflanzen wollte, besorgte sich Blumen, pflanzte sie ein, am nächsten Tag waren die Blumen futsch. Er sagte sich: Na, das wollen wir doch erstmal sehen! Er kaufte neue Blumen, pflanzte sie wieder ein, am nächsten Tag waren die Blumen weg. Er hatte noch ein drittes Mal Blumen gepflanzt und siehe da, es dauerte drei Tage bis diese Blumen weg waren. Das hat ihn veranlasst, noch einen vierten Versuch zu machen. Seit dem sind die Blumen dort und er kann in jedem Frühling Blumen pflanzen und niemand nimmt sie ihm mehr weg. Was will ich mit dieser Geschichte sagen? Man muss mitunter eine gewisse Hartnäckigkeit an den Tag legen, um in der „Sozialen Stadt“ etwas bewegen zu können. Das ist das Erste. Das Zweite ist: Es kann nicht nur darum gehen, nach Tabletten zu suchen, die dafür sorgen, dass es etwas weniger weh tut. Wir brauchen eine Frischzellenkur für die Gebiete. Und für diese Frische, die wir in die Gebiete bringen müssen, brauchen wir solche Akteure wie diesen Gastwirt, der da einfach etwas in die Hand nimmt und etwas macht. Und davon müssen wir so viele wie möglich gewinnen. Was er mir nämlich auch dazu sagte, war: Ja, ich war auch mal beim Quartiersmanagement, die haben die jeden Dienstag so eine Arbeitsgruppe. Einmal bin ich da gewesen, da kann ich aber nicht jeden Dienstag hingehen, die Zeit habe ich überhaupt nicht. Die reden mir auch irgendwie nicht immer über das, wo ich jetzt was bewegen kann. Wenn die Schulleiterin gegenüber, die im Übrigen jetzt auch mit einem Preis ausgezeichnet worden ist, im letzten Wettbewerb, wenn die bei mir nach der Schule mal vorbeikommt, dann setzen wir uns zusammen und überlegen uns etwas, was wir noch machen können. Und das ist eine Dimension, bei der wir einfach dafür Sorge tragen müssen und uns Konzepte überlegen müssen, wie wir diese Macher, will ich sie mal nennen, wie wir die stärker aktivieren können und deren Engagement und deren Erfahrungen anderen nutzbar machen können. Denn dann können wir das auch noch besser fördern, vielleicht dass umzusetzen, was ihnen so vorschwebte, nämlich diejenigen, denen es noch nicht ganz dreckig geht, in den Gebieten zu halten und solche Gebiete vielleicht auch für den einen oder anderen Bewohner oder künftigen Bewohner wieder attraktiv zu machen, der im Moment noch nicht im Wedding wohnt, aber dieses Lokal be-

sucht. Es kommt dann bald dieses oder jenes Kulturevent noch dazu. Der Wedding wird langsam interessanter. Und ich glaube, er wird in den nächsten Jahren auch Gewinne von Leuten haben, die man im Moment nicht als Durchschnittsbewohner des Weddings ansehen kann. Die Karawane, die in Mitte über Prenzelberg und Friedrichshain losgezogen ist, wird eines Tages auch in den Wedding marschieren. Und dass eben nicht zuletzt wegen der Aktivitäten, die ich versucht habe, an diesem Gastwirt beispielhaft darzustellen. Soweit zu ihren Fragen!

Stellv. Vorsitzende: Vielen Dank! Dann gebe ich das Wort gleich weiter an Dr. Löhr!

Dr. Rolf-Peter Löhr: Ja, ich will da auf einer abstrakteren Ebene anknüpfen. Ich finde das sehr schön, was Herr Metscher erzählt hat. Ich denke das Programm ist ein, wie es so schön heißt, lernendes Programm. Es ist ein Prozess, der in Gang gesetzt wird und dieser Prozess dauert noch und es kommt darauf an, dass dieser Prozess nicht erlahmt, sondern das er am köcheln gehalten wird. Wenn man guckt, dann gab es am Anfang eine große Kritik an dem Programm, es sei ja ambivalent. Auf der einen Seite bietet es viele Möglichkeiten, aber es zwingt ja zu gar nichts, man muss ja gar nichts in der Richtung machen. Das wiederum, denke ich mir, ist die große Stärke des Programms. Es ermöglicht sehr viel. Und wenn Sie gucken, was wir bei der Programmbegleitung heraus gefunden haben, was Herr Häußermann auch bei der Evaluation festgestellt hat, es gibt für alles, was Sie als Problem hier dargestellt haben, wunderbare Beispiele, wie das funktioniert. Herr Streitberger hat etwas aus Köln geschildert, wie etwas funktioniert. Da gibt es viele gute Beispiele. In anderen Städten gibt es auch gute Beispiele und in anderen Städten funktioniert nichts. Es gibt auch Städte, in denen funktioniert nichts. Deswegen hat es keinen Sinn, zu sagen, wir legen alles auf die Städte. Es gibt Städte, die machen das wunderbar und die könnten das auch. Und andere Städte können es leider nicht. Das ist genauso, wie es mache Ministerien schaffen, mit dem Programm umzugehen, und andere nicht. Insofern kann man das gar nicht sagen. Ich denke, das schöne an dem Programm ist ja auch, dass es von seiner Struktur her, diese Integration, diese vertikale und horizontale Integration bietet. Es ist ja von den Städten initiiert worden. Diese Probleme sind ausgegangen, letztlich in Nordrhein-Westfalen, in einigen Städten im Ruhrgebiet, auch bestimmte Stadtteile in Hamburg, und die haben vom Land gefordert, wir brauchen dafür Hilfe. Und die Länder haben sich zusammengesetzt und haben gesagt, wir brauchen ein Programm vom Bund. Die Fachleute haben sozusagen Fachmittel angefordert und haben damit etwas bekommen, was für die Städte notwendig ist, also es ist nicht den Städten etwas weggenommen worden, sondern die Städte haben

etwas gefordert. Es ist vielleicht ein vernünftiger Weg, so etwas zu fordern. Was ich jetzt für ganz wichtig halte, und Frau Eichstädt-Bohlig fragt ja, wie wird denn Kooperation gefördert, dann geht das nur durch gute Beispiele. Deswegen halte ich die wissenschaftliche Begleitung oder die Implementation, die das Difu gemacht hat – es muss nicht das Difu sein, darum geht es mir nicht –, aber für eine solche Begleitung, die einen solchen Erfahrungsaustausch ermöglicht und die zeigt, wo läuft etwas positiv, wie kann das gehen, ist sehr anregend. Wenn man dann auch noch zeigen kann, dass dies Sachen sind, die Wirkung erzielen und die Kosten sparen, dann ist das sehr anregend. Wenn man dann auch sieht, dass sozusagen auch die anderen ihre Probleme, das ist der entscheidende Punkt, die anderen Ressorts, ihre Probleme nur lösen können, wenn sie zusammenarbeiten, dass sie es nicht mehr alleine schaffen. Siehe Jugendhilfe. Jugendhilfe kann in diesen Gebieten ihre Probleme nicht mehr alleine lösen, weil, es braucht auch Investitionen und dafür haben die aber gar kein Geld. Das kommt aber von uns. Und so geht es den anderen Bereichen auch. Und Gesundheit ist etwas Ähnliches. Gesundheit ist die Grundlage von allem. Viele sagen Arbeit, aber ohne Gesundheit kriegen sie gar keine Arbeit. Das heißt, in diese Bereiche zu kommen und da präventiv tätig zu werden und nicht zu warten, als Reparaturbetrieb, bis es sozusagen in den Brunnen gefallen ist, sondern zu ermöglichen, dass man eine Struktur schafft, dass die Leute gar nicht mehr so krank werden. In Berlin, wenn sie den Sozialstrukturatlas angucken, dann sehen sie, dass die gesundheitlichen Unterschiede zwischen Wedding und Zehlendorf erheblich sind, zurzeit noch. Das heißt, da etwas zu ändern, ist eine ganz große Aufgabe und es ist Kosten sparend für das Gesundheitssystem, es ist Kosten sparend für den Städtebau, für viele andere Bereiche. Und dieses deutlich zu machen und zu sagen, deswegen muss in diesen Gebieten und in den Städten insgesamt, aber auch besonders in diesen Gebieten, eine Konzentration von Politik, von Aufmerksamkeit erfolgen, das halte ich für ganz wesentlich. Und dazu können auch Städtebau oder Stadtentwicklungsberichte beitragen. Das halte ich für ein ganz wichtiges Element, um auf der parlamentarischen Ebene und auf der Ministeriumsebene wieder Aufmerksamkeit für dieses Thema zu erzielen. Ich weiß nicht, Frau Dr. Wetzel, wie Sie jetzt hinkriegen, dass die anderen mitberatenden Ausschüsse an diesem Thema auch wirklich Interesse gewinnen. Die stehen dann schön auf dieser Liste, aber ist von denen jemand heute da? ... Zwischenrufe ...

Stellv. Vorsitzende: Da kann ich Sie beruhigen; es sind diverse Kolleginnen und Kollegen aus den mitberatenden Ausschüssen da und es wird auch innerhalb der Fraktionen umfassend beraten.

Dr. Rolf-Peter Löhr: Also, das finde ich ganz wichtig. Ich sage mal ein Beispiel, Nordrhein-Westfalen, wo jeder dieser Ausschüsse dieses Thema selbständig als Haupttagesordnungspunkt behandelt hat und es auf diese Weise einfach in das Bewusstsein kommt, dass dieses ein Thema ist. Ich denke auch, das ist der entscheidende Punkt, dass Städte für die Politik an Bedeutung gewinnen müssen, und zwar in allen Ressorts. Denn die Probleme stellen sich in den Städten, sie müssen gelöst werden in den Städten, die Verantwortung liegt da. Das hat Herr Streitberger sehr deutlich gesagt und das sehe ich auch so. Aber die Hilfe, denke ich mir, muss schon kommen von den Landesministerien, von den Bundesministerien und dieses kann man nur durch ein permanenten Prozess, dass nicht nur das Programm selber ein lernendes wird, sondern auch die anderen Ressorts. Denn nur dann kriegen wir die Kuchenstücke zusammen, die da kommen. Denn das alles geht nur auf freiwilliger Ebene und ich glaube, dass nichts mit Zwang geht. Das Programm ist ein Zeichen dafür, dass man mit Überzeugung, mit Erfahrungsaustausch, mit dem Einsetzen von engagierten Menschen, der Wirt im Wedding oder die Russin in Leuna, wo auch immer. Solche Menschen gibt es all überall. Denen Mut zu machen und denen Chancen zu geben, ihre Aktivitäten zu erfüllen und dies auch zu publizieren, zu zeigen, und damit wieder anderen Mut zu machen, das halte ich für den großen Wert dieses Programms und das muss sein. Das ist nicht etwas, wo man von vornherein sagen kann, dass ist in fünf Jahren erledigt, also um das Thema Fristen aufzugreifen. Ich denke schon, es ist richtig, es hat keinen Sinn, eine Subventionsmentalität zu schaffen. Das ist aber eine Frage, dass sich – sagen wir mal – Sozialpolitik überhaupt ändern muss. Das wir wegkommen müssen von der reinen Fürsorge hin zu einer sehr viel stärkeren Selbstverantwortung der Menschen. Das ist ein zum Teil vielleicht brutaler Prozess, aber das halte ich für ganz zwingend, wenn wir überhaupt irgendwie weiterkommen wollen. Denn nur mit Eigeninitiative der Menschen, mit Selbstverantwortlichkeit, kommen wir weg von dieser Kultur der Abhängigkeit zu einer Kultur der Selbständigkeit. Das ist überhaupt gar kein neuer Gedanke. Es ist etwas, das Ende der siebziger Jahre schon von Heiner Geißler, von Johanno Strasser und vielen anderen erläutert worden ist und diskutiert worden ist. Es hat sich nie, in keiner Partei, durchsetzen lassen, weil es viele Beharrungsgründe gibt, von vielen, deren Pfründe und deren individuelle Interessen als Helfer dadurch tangiert werden. Und dieses aufzubrechen, das finde ich, ist die Aufgabe, die mit dem Programm vielleicht gelöst werden muss. Danke!

Vorsitzender: Vielen Dank Herr Löhr! Ich darf der stellvertretenden Vorsitzenden, Frau Dr. Margrit Wetzel, für ihre Unterstützung und die Sitzungslei-

tung herzlich danken. Jetzt geht es weiter zu Herrn Gerhard Kier. Bitte!

Gerhard Kier: Ich möchte mal die letzte Bemerkung mit aufgreifen. Diese Kultur der Selbständigkeit ist etwas, was natürlich auch mit Erfolgskontrolle zu tun hat. Und bisher ist es so, dass die Kommunen selten loslassen können. Sie stellen dann an die Kultur Selbständigkeit Anforderungen wie an die Verwaltung selbst, mit Programmunterstützung. Das Programm selbst hat sonst sehr viele Impulse gegeben für die Steuerung von Stadtentwicklung. Es gibt also viele Stellen, die außerhalb des Programms heute anders ablaufen als vor fünf oder acht Jahren. Das ist also unschätzbar, die Arbeit die von Difu oder von anderen dort geleistet wurde, ist unverzichtbar. Wenn ich dann allerdings unter Punkt 12 im dem Antrag sehe, dass alle vier Jahre ein Bericht gemacht werden soll, habe ich erst mal Angst, weil es wieder Arbeit bedeutet, für die haben wir kein Personal. Auf der anderen Seite freut es mich, dass sie hier nicht die Programmgebiete aufführen über die ein Bericht gemacht werden muss, sondern insgesamt benachteiligte Quartiere aufführen. Denn die Evaluationsberichte, die wir vorliegen haben, betreffen nicht die benachteiligten Quartiere insgesamt, sondern nur die Programmgebiete. Und da gibt es wesentlich mehr Gebiete, die wir dort in den Kommunen haben, als das was bisher im Programm mit berücksichtigt ist. Zum Thema Zielkonflikte, Erfolgskontrolle. Nach wie vor, was ich eingangs sagte, es gibt eine zu hohe Erwartungshaltung und wenn man das Ganze, die Ziele, kleinteilig formuliert, damit sie erreichbar, kontrollierbar und darstellbar sind, da fragt man sich: Wieso wird dafür so viel Geld ausgegeben? Aber einen Bewusstseinswandel zu erreichen ist eine ganz Menge wert. Die Frage: Haben sich Veränderungen in den Gebieten ergeben, ist das Programm überhaupt geeignet, große Veränderungen zu bewirken? Da haben Sie schon drauf hingewiesen, dass es durch Neubau passiert ist. Habe ich keinen Neubau - in den gründerzeitlichen Vierteln beispielsweise, habe ja ich der Regel keine Möglichkeiten, Neubau zu machen - passieren dort keine messbaren statistischen Veränderungen im Sinne von weniger Sozialhilfeempfänger, weniger Migranten und, und, und. Und trotzdem gibt es einen Bewusstseinswandel Ich will es noch mal sagen: Wir schaffen es doch nicht, in dem wir jetzt aus einem sozialen Stadtgebiet Migranten, oder Problemfamilien, oder wen auch immer, wegnehmen und woanders hinpacken, damit erzeugen wir uns doch nur woanders neue Probleme. Denn wir müssen den Menschen dort an der Stelle wo er wohnt aufnehmen und also dann auch stärken in seinem Wohnumfeld, in seiner Nachbarschaft und anderen Sachen. Hannover hat mit der Region Hannover zusammen ein Programm aufgelegt zur so genannten mobilen Wohnbegleitung, dass kritische Familien vor Ort Unterstützung in der Integration kriegen, kein all-

gemeines Programm, sondern eine unmittelbare Ansprache. Dies ist eine Methode, die kann man durch andere Sachen ergänzen. Ansonsten kriegen wir in der Tat nur in den Stadtrandlagen, wo soziale Stadtgebiete sind oder ähnliche Gebiete sind, durch Neubaumöglichkeiten eine weitere Veränderung der Bevölkerungsstruktur, sonst ist das leider nicht zu erwarten. Das Thema Ressourcenbündelung vielleicht noch mal kurz aufgegriffen. Ich finde es inzwischen außerordentlich problematisch, so gut wie der Ansatz gewesen ist, wenn der Kämmerer und andere Fachleute, die für Finanzen verantwortlich sind, hingehen und sagen, an der und der Stelle wird nicht gestrichen, weil das ein Programmgebiet ist, sondern dann ist die Gegenfinanzierung weg. Aber in anderen Gebieten, die es genauso nötig haben, wird gestrichen. Hier wird also eine Schwerpunktsetzung nicht danach gemacht, wie also tatsächlich Probleme vor Ort da sind, sondern wo kommen Mittel her. Dies ist also ungesund. Ansonsten noch eine Bemerkung zum Thema. Ich finde es richtig, dass das Programm Soziale Stadt in der Städtebauförderung angesiedelt ist, das wird also sehr stark unterstützt. Ich finde, dass dort eine sehr hohe Koordinierungskompetenz da ist. Ich finde es aber nicht richtig, dass andere Fachbereich meinen, nur weil das Thema Soziale Stadt bei der Städtebauförderung angesiedelt ist, dass die sich insbesondere auch finanziell zurückziehen und nicht ausreichend engagieren.

Vorsitzender: Vielen Dank Herr Kier: Ich gebe weiter zu Ihnen, Herr Prof. Dr. Häusermann!

Prof. Dr. Hartmut Häußermann: Vielen Dank! Ich fange an mit einer Bemerkung von Herrn Günther. Er stellte die Frage, kann man denn das, was da erreicht werden soll, allein durch Stadtumbauinstrumente erreichen und alles Übrige ist zwar gut, braucht man aber eigentlich nicht. Das ist eine typische Evaluationsfrage. Ich denke, es ist falsch, was Sie sagen, Sie denken, es ist richtig. Also müsste man doch genauer nachschauen. Vergleichen wir Programme, die so und so laufen. Welche Effekte haben die? Können wir die Probleme, die vorwiegend soziale Probleme sind, mit baulichen Mitteln lösen, wie Sie es unterstellen oder können wir das nicht? Muss man fragen, muss man untersuchen. Es gibt eine ganze Reihe von Fragen in diesem Kontext des Programms, über die wir einfach zu wenig wissen. Wo jeder meint, er wisse es genau wie es läuft. Es sind aber sehr unterschiedliche Meinungen. Und es gibt zu wenige Medien, zu wenig Diskussion, zu wenige Instrumente dafür, zu klären, was ist nun eigentlich richtig und was ist nicht richtig, welche Meinung kann man stützen, welche kann man in Frage stellen. Und das war einer der wesentlichen Gründe, warum wir bei der Zwischenbewertung so viel Wert auf Berichterstattung gelegt haben. Wie gesagt, die Kommunen selber, und dafür gibt es gute Beispiele, die Kommunen selber sollen Bericht erstatten und sich

selber darüber Rechenschaft ablegen, was sie tun, warum sie es tun, das ist die Frage „was ist das Problem“, die Problemdefinition, was will ich eigentlich hier ändern. Das ist das Zweite, die Zielsetzung. Und das Dritte ist, mit welchen Mitteln will und kann ich das tun und welche Partner brauche ich dazu. Und dann kann man nach einer gewissen Zeit danach fragen, was ist gelungen, was hat sich verändert, was hatten wir angezielt an Veränderungen, ist es eingetreten, was haben wir nicht angezielt an Veränderungen, ist aber trotzdem eingetreten? Das gibt es ja auch. Sobald man so einen komplexen Prozess wie Quartiersentwicklung eingreift, ändern sich auch Dinge, die man nicht gewollt hat, die man nicht vorhergesehen hat. Darüber sollte man Rechenschaft ablegen. Dadurch können wir das Wissen über Quartiersentwicklung, über Möglichkeiten der Intervention, insgesamt steigern. Dieses Monitoring oder diese Beobachtung muss langfristig angelegt sein, denn es sind keine kurzfristigen Ergebnisse zu erwarten. Es muss die gesamte Stadt im Blick sein. Dieser Tunnelblick auf das Quartier ist zu beschränkt. Häufig werden Probleme im Quartier bearbeitet, die woanders in der Stadt beständig neu verursacht werden. Wenn man immer nur auf das Quartier blickt, kriegt man das nicht in den Griff. Man muss also die gesamte Stadt im Blick haben. Drittens ist man bei dieser Berichterstattung dann gezwungen, über die Operationalisierbarkeit von Zielsetzungen nachzudenken. Also wenn ich dieses Ziel nenne, was heißt das konkret und wie kann ich es beeinflussen. Gegenwärtig haben wir häufig die Situation, das ist schon erwähnt worden, dass große Ziele, viele Ziele genannt werden, weil das schön und gut ist, dass man das und das machen will, und dass dann Maßnahmen genannt werden, die damit aber wenigstens keinen sichtbaren, erkennbaren Zusammenhang haben. Das sind Anfangsprobleme eines solchen Programms. Unvermeidlich. Aber wir wollen nur darauf drängen, dass man durch Berichterstattung, durch begleitende Kontrollen, durch begleitende Beispiele, Experimente und so was, einfach das Niveau das Rationalitätsniveau, dieser Politik hebt. Dies ist möglich. Die Stadtentwicklungsberichte, ob die jetzt auf städtischer Ebene, auf Landesebene oder auf Bundesebene angesiedelt sind, wir denken, dass man das auf Bundesebene ansiedeln sollte, um die verschiedenen Probleme, in den verschiedenen Ländern, in verschiedenen Städten auch vergleichend beobachten zu können. Das tun einzelne Städte in der Regel nicht, Bundesländer in der Regel schon nicht. Und das ist mein Kommentar zu dem, was Sie sagen, Herr Streitberger: Ich meine, Sie sind sehr streitlustig in dem, was Sie sagen. Sie haben so viele Dinge gesagt, zu denen ich gerne etwas sagen will, aber das kann ich jetzt nicht machen. Aber eine Sache. Erstens mal sind Stadtentwicklungsberichte keine bürokratischen Berichte. Daran ist nicht gedacht. Also wenn die Berichte, von denen Sie reden, von niemandem gelesen wer-

den, liegt das ja vielleicht auch an den Berichten. Die Stadtentwicklungsberichte, die wir uns hier vorstellen, sollen nicht bürokratische Berichte sein, nicht von der Bürokratie, nicht für die Bürokratie, sondern vielleicht im Stiel des Armutsberichtes, des Familienberichtes oder des Sachverständigenrates zur Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Mischung aus Wissen, was in der Verwaltung vorhanden ist, mit Expertenwissen. Daraus ergibt sich, glaube ich, was sehr gutes für die Orientierung, auch für die Städte, die nicht alles wissen, Herr Streitberger! Ein Beispiel: In Ihrem eigenen Bericht, den Sie hier abgegeben haben schreiben Sie, für die Stadt Köln wurden im Rahmen einer stadtweiten Analyse von Wohnquartieren 2000/2001 in Anlehnung an den Leitfaden usw. folgende Indikatoren herangezogen. Dann führen Sie die auf. Das heißt doch aber auch, dass Sie das vorher nicht getan haben, das also das Programm Soziale Stadt ein Anstoß war, in der Stadt Dinge zu beobachten, die vielleicht keine Priorität hatten, die man nicht so gesehen hat und die durch das Programm die Aufmerksamkeit bekommen haben. Das ist eine Wirkung, die wir in vielen Städten beobachten konnten. Sehr wichtig! Und ich denke, das ist die Rolle von Bundespolitik, dass sie diesen Überblick hat und die Städte auf bestimmte Probleme auch aufmerksam macht. Ich bin ein Anhänger der kommunalen Selbstverwaltung, ganz dezidiert, sehe aber auch die Grenzen. Gerade an Köln könnte ich vieles zeigen, wo man die Grenzen und die Vorteile sehen kann. Ich habe da zufällig genauere Kenntnisse. Noch ein Punkt, weil direkt die Frage gestellt nach der Ressourcenbündelung gestellt war, was man empfiehlt, was Ressourcenbündelung angeht. Ich bin nun kein Bundespolitiker und kenne nicht genau die Wege, wie man etwa jemanden wie die Bundesagentur oder das Wirtschaftsministerium dazu bringen kann oder wie man jemanden davon überzeugen kann, dass die Probleme, die wir hier mit diesem Programm in den Städten bearbeiten, dass das auch ihre Probleme sind. Also die Stellungnahme der Bundesagentur ist doch ein Armutszeugnis hinsichtlich der Analyse dessen, wie Arbeitslosigkeit, Dauerarbeitslosigkeit zustande kommt. Das ist doch eine asoziale Blickweise, zu sagen, das hat nichts mit uns zu tun. Asozial im Sinne von: Die ganzen sozialen Aspekte, die Arbeitslosigkeit verursachen werden negiert. Es sind nur individuelle Probleme. Das geht an allem vorbei, was wir über die Analyse von Arbeitslosigkeit wissen. Die Dauer der Förderung, das war noch ein wichtiger Punkt. Noch ein Satz dazu. Die Dauer der Förderung muss natürlich von den Problemen abhängig gemacht werden. Man kann da keine schematische Regelung treffen. Es gibt unter Umständen Gebiete, das muss man doch auch einmal deutlich sagen, die man niemals sich selber alleine überlassen kann. Wir haben gesehen, dass es etwa durch die Programme, die in dem E&C-Begleitprogramm durch das Familien- und Jugendministerium gekommen sind, das mit

kleinen Mitteln große Wirkungen erzeugt werden können und das deshalb nicht die Dauer eigentlich das Problem ist, sondern die Frage, wie können wir welche Probleme minimieren und das erfordert oft gar keinen großen Aufwand.

Vorsitzender: Ich glaube, dass wir in dieser Frage auch gar nicht so weit auseinander sind. Ich will nur aus langjähriger Erfahrung etwas zu der manchmal humorvoll und dann wieder ernst vorgebrachten Frage der schriftlichen Unterlagen sagen. Das ist eigentlich ganz einfach. Es wird immer etwas gelesen, wenn das erstens in einer Sprache gehalten ist, bei der man nicht zu jedem zweiten Wort etwas nachschlagen muss. Manchmal wird Wissenschaft, und ich habe auch eine akademische Ausbildung hinter mir, manchmal meint man, es muss etwas wissenschaftlich erscheinen, in dem man es so formuliert, dass man hochtrabende Worte verwendet, obwohl man es auch in einer einfachen Sprache darstellen könnte. Für mich ist jemand gebildet, wenn er etwas so darstellen kann, dass es auch ein Außenstehender verstehen kann. Das Zweite ist: Jeder Parlamentarier bekommt jeden Tag kiloweise Material auf den Tisch. Da ist es auch die Kunst, etwas nicht nur auf 10.000 Seiten darzustellen, sondern die Kunst besteht darin - so wie Abgeordnete auch in fünf Minuten im Plenum in der Aktuellen Stunde ihr Wissen darstellen müssen - es zu komprimieren. Das ist für mich Wissenschaft! Da gibt es sogar eine eigene Wissenschaft, die nennt sich die Didaktik, die sich damit befasst, wie man so etwas auch darstellt. Das wollte ich nur sagen, weil es immer wieder das gleiche ist, aber ich spüre bei Ihnen, dass sie da sehr weit sind. Jetzt wäre eigentlich Herr von Geisten an der Reihe, aber der Kollege Dr. Danckert will einen Zwischenruf machen.

Abg. Dr. Peter Danckert: Herr Vorsitzender, ich bedanke mich für Ihre Bemerkung. Alles das, was Sie jetzt eben gesagt haben, könnte man auch auf viele Formulierungen münzen, die in diesem Buch drin sind. Also ich muss sagen, Sie können nicht der Autor gewesen sein, denn sie sprechen so eine klare Sprache, die ich sofort verstanden habe. Aber was hier zum Teil an schwülstigen und komplizierten Formulierungen drin steckt, macht die Sache ziemlich unlesbar.

Vorsitzender: Herr Kollege, ich wollte ausdrücklich kein einziges Werk, keine einzige Formulierung ansprechen, sondern habe sehr abstrakt gesprochen und bitte das auch so zu bewerten. Lieber Herr von Geisten, jetzt haben Sie das Wort! Jetzt kommt es ja auch raus, dass sie alles umsetzen, was man ihnen mit auf den Weg gegeben hat.

Cornelius von Geisten: Jetzt ist die didaktische Anforderung ganz hoch. Ich mache es einfach. Einstieg und Bindung an das Ministerium scheint

mir richtig zu sein, weil die Bürger auch darauf reagiert haben. Sie waren am Anfang misstrauisch gegenüber diesem Programm und sind doch nur über das, was real geschehen ist, was auch verändert wurde sozusagen neugierig geworden und haben sich mit rein gegeben in die Arbeit. Das man jetzt die Gewichte verschieben muss, ist meiner Meinung nach genauso klar. Der zweite Punkt, wo Sie uns helfen können, ist genau der Punkt der Ressourcenbündelung. Das können wir in der Arbeit vor Ort nicht schaffen. Auch in der einzelnen Kommune nicht. Es gibt ganze Länder, die fahren diese Programme alle unabhängig voneinander. Da binden wir als Quartiersmanager, ich sage mal Sachsen-Anhalt, Halle, da binden wir die Programme überhaupt erst zusammen bei den Einzelprojekten. Es gibt andere Länder, da werden sie in der Stadt oder in der Kommune gebunden und es gibt welche, wo das Land die schon zusammenbindet und verpflichtend vergibt. Eine ganz große Fülle in der Bundesrepublik. Das ist meiner Meinung nach die Sache, wo nur Sie uns helfen können, wo wir in dieser Arbeit vor Ort einfach zu schwach sind. Das Brett ist zu dick. Was da auch einbezogen werden muss, da schließe ich mich an, Gesundheit, Sport, Schule, Bildung. Genauer auf Schule, ich habe einiges geschrieben, will ich jetzt nicht mehr eingehen. Nur eine Bemerkung noch: Die Entwicklung setzt dem Programm und dem was wir tun ja auch Grenzen. Und eine der Grenzen ist eindeutig: Das sich neue derartige Gebiete bilden, im Moment in erster Linie im Osten, im Stadtbau, in den Großsiedlungen, da wo über längere Zeit Leerstände bestehen bleiben. Das führt sofort zu einer sozialen Segregation. Nur aus der Beobachtung, nicht aus großen wissenschaftlichen Forschungen. Aber sobald sie länger Leerstände haben in einem Haus kriegen sie sofort die soziale Segregation, nur aus der Beobachtung, nicht aus großen wissenschaftlichen Untersuchungen. Aber sobald sie in einem Haus länger Leerstände haben, kriegen sie auch sofort die soziale Segregation. Das heißt, sie kriegen auch noch neue Gebiete hinzu, die diesen Negativbedingungen unterliegen. Der zweite Punkt ist der: Arbeitslosigkeit. Ich habe eben ja sehr für lokale Ökonomie gesprochen. Aber dieser große Faktor Arbeitslosigkeit kann natürlich nicht auf der Ebene gelöst werden. Der ist von anderen Sachen abhängig. Und der Dritte, und da können wir meiner Meinung nach wieder etwas machen, sind die Migranten. Der Umgang mit den Migranten, selbst in den Forschungsarbeiten für die Soziale Stadt, sind nämlich nur als Problemgruppe zu benennen, ohne gleichzeitig deutlich zu machen, dass das auch ein enormes Potenzial ist, personell, ökonomisch in den Gebieten, und das in einem anderen Umgang, mit einem andern Rechtsstatus, sie erst eine Basis haben, um sich richtig zu integrieren. Das noch einmal dazu. Deswegen zum Schluss ein Projekt aus diesem Bereich, weil wir nicht über Migranten weiter gesprochen haben. Bei uns ist es so in einem Bei-

spiel, ich nehme Berlin-Moabit, dass die Religionsgemeinschaften des Gebietes seit drei Jahren zusammen sitzen, um überhaupt erst einmal gesprächsfähig miteinander zu werden; und zwar jeweils ihre so genannten Hohen Priester. Und die haben es jetzt geschafft, von diesem „religiös sich das gegenseitig erklären“ wegzukommen und haben sozusagen ein Programm gemacht für das Zusammenleben im Stadtteil. Das wird demnächst veröffentlicht, herausgegeben und dann im Gebiet diskutiert. Das ist ein positiver Schritt. Aber ich will dann noch einmal ermahnen, durch alle Fachsparten, die wir kennen, geht dieses Thema Migranten und da ist sehr viel zu machen. Da ist auch sehr viel zu fordern, nicht das ich missverstanden werde, auch sehr viel zu fordern, aber da sind auch noch große Erfolge für die Gebiete zu erreichen. Danke!

Vorsitzender: Wir haben uns bei Ihnen zu bedanken! Ich habe jetzt noch eine Reihe von Wortmeldungen. Jetzt nicht mehr nach Fraktionen, sondern ganz einfach danach, wer sich gemeldet hat. Zunächst der Kollege Klaus Hofbauer!

Abg. Klaus Hofbauer: Herr Vorsitzender, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Diese Anhörung hat für mich wieder bestätigt, dass dieses Programm eine Querschnittsaufgabe ist. Diese Querschnittsaufgabe hat verschiedene Säulen und da möchte ich ein Thema ansprechen und Sie konkret fragen, Herr Thies. Sie haben in ihrem schriftlichen Bericht etwas beklagt, dass die kommunale Wirtschaftsförderung sich insgesamt und allgemein bei diesem Programm noch etwas zurückhält. Ich bin aber fest davon überzeugt, dass dieser Bereich eine ganz zentrale Säule des Programms ist, weil viele Probleme auch unmittelbar mit der Arbeitslosigkeit oder mit dem Thema Sicherung, Schaffung von Arbeitsplätzen zusammenhängen. Meine konkrete Frage an Sie, Herr Thies: Wie könnten Sie sich eine solche ideale Zusammenarbeit vorstellen? Wo müssen hier noch Impulse kommen, wo gibt es gute Beispiele wo das einwandfrei funktioniert, weil Sie ja auf eine reichliche Erfahrung zurückblicken können.

Abg. Wolfgang Spanier: Es würde mich ja auch reizen, Herr Streitberger, mit Ihnen zu streiten. Aber ich verzichte darauf, weil das ja nicht Gegenstand unserer heutigen Anhörung ist. Ich möchte aber doch zwei, drei Vorbemerkungen machen. Zum einen müssen wir uns vor einer Überforderung des Programms hüten. Deswegen, so klar und eindeutig Ihr Kriterium ist, wie entwickelt sich die Arbeitslosigkeit, so problematisch ist das natürlich als Kriterium. Wenn man sich die 330 Projekte anschaut, von unterschiedlicher Größe, ich glaube das kann einfach nicht die Messgröße sein, weil die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in einer Stadt oder in einzelnen Stadtteilen natürlich von anderen Faktoren abhängt und

sicherlich auch nicht mit dem Programm Soziale Stadt nachhaltig und grundlegend verändert werden kann. Ich fürchte, wenn das tatsächlich das Kriterium der Bewertung wäre, dann würde man zukünftig auf die allermeisten dieser Projekte verzichten müssen. Das Zweite: Ich habe so ein bisschen den Vorwurf herausgehört, und das hört man ja bei vielen Förderprogrammen, dass die Kommunen dadurch sozusagen an den goldenen Zügel genommen werden. Bei Ihnen hatte ich so ein bisschen den Eindruck, dass Sie das Programm sozusagen fast wie einen Vorwurf empfinden, also würde der Bund, es ist ja ein Bund/Länder-Programm, als würden Bund und Länder sagen, ihr Kommunen habt diesen Ansatz bisher noch nicht bewegt, ihr habt euch zu wenig darum gekümmert. So ist das ja nicht zu verstehen. Es ist ein Angebot von Bund und Ländern und offensichtlich haben über 230 Kommunen von diesem Angebot Gebrauch gemacht, innerhalb von fünf Jahren. Das Bedürfnis ist auch tatsächlich so, wie Herr Prof. Löhr es vorhin formuliert hat, damals aus der kommunalen Familie heraus artikuliert worden, unter anderem in Nordrhein-Westfalen. Und es steht jeder Stadt, auch der Stadt Köln, frei, aus diesen Projekten, die Sie in Ihrer Stadt haben, schlicht und einfach auszusteigen, wenn Sie das Gefühl haben, dass das für Ihre Stadt nicht notwendig sei. Ich habe noch eine allgemeine Frage bevor ich zum letzten Punkt komme, zur Frage Monitoring und Bericht. Mir ist noch nicht ganz klar, wie Ihre Standpunkte in einer Frage sind, die auch in unserem Antrag erscheint: Ob es sinnvoll ist, die Kriterien für die Auswahl der Problemgebiete zu präzisieren und die Zielbestimmung sozusagen vorzugeben und auch sehr differenziert Indikatoren für das Monitoring festzulegen, ob das nicht eine unnötige Einengung und, ich gebrauche jetzt auch mal den Begriff, überflüssige Bürokratisierung bedeutet. Ich habe noch die Worte von Herrn Prof. Dr. Löhr, und andere haben sich auch dazu geäußert, im Kopf, dass er gesagt hat, dass ist ja gerade der Vorteil des Programms, dass das nicht detailliert alles festgeschrieben ist. Das wird dann auch überprüft und dann müssen entsprechende Anträge gestellt werden, die gehen hin und gehen her, das kann man sich ja vorstellen, wie so etwas wird, wenn wir erst einmal auf dem Verordnungswege sind. Da hätte ich gerne noch einmal, wer immer sich angesprochen fühlt....

Der **Vorsitzende:** Dass soll ja auch so sein. Sehr schön, wenn dieses Thema auch zur Leidenschaft wird. Was die Föderalismuskommission betrifft, so müssen wir unseren Standpunkt jeweils den eigenen Leuten mitteilen, die Kommission läuft ja neu an. Wir geben es in Bayern weiter und Sie sagen es ihrem Fraktions- und Parteivorsitzenden. Kollege Peter Götz, bitteschön.

Abg. Peter Götz: Vielen Dank, ich will mir auch eine kleine Kommentierung nicht verkneifen. Ich komme zurück auf die Diskussion um die Bundes-

agentur für Arbeit. Ich bin dankbar, Herr Staatssekretär, dass Sie das Thema aufgreifen. Wir sollten nicht vergessen, dass die Bundesagentur für Arbeit ein Teil dieser Bundesregierung darstellt, da Sie dem Wirtschaftsministerium unterstellt ist. Wir würden Sie gerne unterstützen, dazu beizutragen, dass die Kooperation auf dem schwierigen Gebiet der Arbeitslosigkeit, was dieses Programm betrifft, künftig anders beurteilt werden kann, als dies jetzt in dieser Stellungnahme zum Ausdruck kommt. Kollege Spanier, Sie reden davon, wenn ich es richtig verstanden habe, wenn wir die Arbeitslosigkeit als Kriterium nehmen oder nicht nehmen, dann könnten wir auf das Programm verzichten. Ich erinnere mich noch gut an die Diskussion im Rahmen der Novellierung des Baugesetzbuches, ob wir das Programm „Soziale Stadt“ aufnehmen oder nicht. Es war nicht ganz einfach, Frau Kollegin Eichstädt-Bohlig, diesen Kompromiss zu finden. Es war uns ein wichtiges Anliegen, dass, wenn das Programm ins Baugesetzbuch aufgenommen wird, dass auch die Frage der Arbeitslosigkeit ein wichtiger Faktor darstellt. Und wenn wir das jetzt so, wie das die Bundesagentur gestaltet, auf die Seite legen, dann stimmt irgendetwas nicht. Dann müssen wir das Baugesetzbuch einfach ändern. Aber das kann wohl nicht das Ziel dieses Unterfangens sein. Es ging ja nicht nur um die Bundesanstalt, sondern es ging auch um die Hinterfragung, ob wir überhaupt die Frage der Arbeitslosigkeit im Programm haben wollten oder nicht. Für uns war es und ist es ein wichtiges Kriterium. Das wollte ich einfach nur noch einmal zur Unterscheidung deutlich machen. Ich würde gerne noch eine Frage zur Diskussion um die Berichtspflicht und die Frage des zeitlichen Horizonts dieses Programms und der Programmgebietsausweisung stellen. Einerseits haben wir, und ich komme wieder zurück auf die Beratungen zum Baugesetzbuch, seinerzeit schon diskutiert, ob wir bestimmte Dinge nicht einfach zeitlich befristen. Persönlich bin ich ein Verfechter davon. Über zeitliche Befristung auch den Zwang auf die Politik zu erhöhen, bestimmte Ergebnisse immer mal wieder zu hinterfragen. Deshalb auch hier in diesem Zusammenhang die Fragestellung gerade an Herrn Streitberger: Könnten Sie sich vorstellen, dass eine Programmbefristung im kommunalen Bereich zusätzlich dazu beiträgt, dass sich die kommunale Ebene und die kommunalen Entscheidungsträger intensiver mit einem solchen Programm auseinandersetzen? Sich auseinandersetzen mit den Auswirkungen, die Veränderungen die damit verbunden sind, so dass es auch in der Folge daraus durch diese zeitliche Befristung nicht nur ein erkennbares Ende einer Maßnahme zeigt, sondern auch darüber hinaus eine Bewusstseinsbildung vielleicht in einem stärkeren Umfang stattfindet im kommunalen Bereich als es heute geschieht? Wie geschieht es heute, heute wird das Programm aufgelegt. Man versucht überall die entsprechenden Töpfe anzuzapfen, damit man die Gelder dafür zur Verfügung stellt

und dann geht das Programm auf den Weg und das war es dann meistens. Also eine begleitende Dokumentation oder eine Evaluation hiernach findet in der Regel nicht mehr statt. Es findet dann irgendwann eine Diskussion statt, dann jedenfalls, wenn die Abrechnung gemacht wird und der Rechnungshof und wer auch immer prüft und feststellt, dass diese oder jene Mittel vielleicht nicht ganz so hundertprozentig im Sinne des Programms ausgegeben worden sind. Ansonsten wird es zur Kenntnis genommen. Also die Ziele, die dahinter stecken, auch vor dem Hintergrund einer Prävention für andere Gebiete, erscheinen mir vom Ansatz her ja berechtigt. Sonst hätten wir nicht zugestimmt, dass es ins Baugesetzbuch aufgenommen wird. Das war für uns die Motivation. Die Ziele sind unstrittig. Die Frage ist nur, muss es über ein vom Bund finanziertes Programm geschehen. Das ist der Punkt, den ich auch in meiner ersten Bemerkung ein Stück weit versuchte zu hinterfragen. Also, eine konkrete Frage, was halten Sie davon, die Programmgebietsausweisung, nicht das Programm als solches, die Programmgebietsausweisung zeitlich zu befristen. Vor allen Dingen interessiert mich die Frage des Praktikers vor Ort in Köln.

Der **Vorsitzende:** Vielen Dank Kollege Peter Götz. Jetzt Kollege Henry Nietzsche.

Abg. Henry Nietzsche: Ich möchte noch einmal einen Aspekt anführen. Vorab noch eine Bemerkung zur Arbeitsagentur für Arbeit. Es wird so getan, als wenn das ehemalige Arbeitsamt ein Dampfer im Nebel ist. Herr Staatssekretär, es liegt an Ihnen, einfach diesen Dampfer im Nebel kurzzeitig blicken zu lassen und hier seine wertvollen Erkenntnisse beizugeben. Mir geht es um ein Thema, dass in verschiedenen Stellungnahmen angeklungen ist. Wir haben es als CDU/CSU-Fraktion in den Fragenkatalog herein gebracht, es geht um die Fragen der inneren Sicherheit. In den Stellungnahmen des Herrn Stumpf ist nachzulesen, wie die kommunale Kriminalprävention, zum Teil auch recht erfolgreich, in Baden-Württemberg gehandhabt wird. Prof. Häußermann stellte dar, dass die innere Sicherheit erstaunlicherweise bei den Quartierskonzepten eine geringe Rolle spielt. Aber ich denke, wir sind uns einig und ich darf den Herrn Stumpf zitieren. Er spricht hier auf Seite 26, wo Örtlichkeiten vermüllen, Graffiti dominiert, Unordnung sichtbar ist, signalisiert dies Defizite, die oft Unbehagen auslösen und dies soll, wenn ich das so richtig verstanden habe, dieses Programm bekämpfen. Jetzt hat uns Herr Streitberger anschaulich verdeutlicht, dass man ein Polizeipräsidium in das Gebiet platzieren kann. Aber wir haben 330 Ausweisungsgebiete für die soziale Stadt. Es wird schwierig werden, soviel Polizeipräsidien vorzuhalten. Herr Metscher sagte, vier Mal musste der Wirt Blumen pflanzen. Er hat Glück gehabt, dass nicht vier Mal die Scheibe kaputt gegangen ist. Herr Thies, sie sprachen davon, die Gebiete

sind die Integrationsmaschinen. Aber dennoch ist es für uns als Fraktion wichtig, als Frage an Sie, was muss getan werden, dass die Bedeutung der inneren Sicherheit beim Kreis der Programminteressenten, Gemeinden und der Akteure noch stärker erkannt wird. Wie lässt sich dies in das Programm weiterentwickeln. Diese Frage geht an Herrn Thies, Herr von Geisten, Herr Metscher und Herr Streitberger. Danke.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Kollege. Henry Nitzsche hat unter Beweis stellen wollen, um Sie auch zum Teil zu widerlegen, dass die Stellungnahmen auch gelesen worden sind. Dies wollte ich nur mal erwähnen. Sie haben das sicher aufmerksam beobachtet. Nun Kollege Peter Hettlich.

Abg. Peter Hettlich: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Sehr geehrte Damen und Herren, ich wollte als Sprecher der Arbeitsgruppe Ost meiner Bundestagsfraktion noch einmal das Augenmerk auf ein Thema richten, was hier ein bisschen unter den Tisch gefallen ist. Ich möchte das aber nicht als Kritik an die eingeladenen Dozenten verstanden wissen. Es ist hier sehr häufig, ich bin gebürtiger Kölner, was die Themen und Probleme angeht der Blick auf die Westländer gerichtet worden. Ich wollte halt hier noch einmal den Focus in Richtung der neuen Bundesländer richten, weil das Programm in den neuen Bundesländern auch sehr gut angenommen wird. Mich würde es interessieren, Herr von Geisten hat eben einen kleinen Schlenker in die Richtung gemacht, wo Sie die spezifischen Unterschiede eigentlich sehen. Die haben wir nun einfach und wenn man Herrn Kier gehört hat, dann merkt man, da kam sofort Widerspruch von Siegfried Scheffler beispielsweise, dass wir ja hier spezifische Unterschiede einfach haben zwischen Ost- und Westdeutschland. Migration spielt zum Beispiel in Ostdeutschland gar nicht diese Rolle. Wir haben halt beispielsweise die Frage der hohen Arbeitslosigkeit, die aber auch ganz andere Strukturen hat und ganz andere Ursachen hat. Das würde mich mal interessieren. Wenn Herr von Geisten oder Herr Prof. Häußermann vielleicht noch einmal etwas dazu sagen könnte. Gerade auch in der Perspektive in die nächsten Jahre hinein. Nach dem Motto Quo Vadis, soziale Stadt, sagen wir mal Prognose 2020. Gerade bei dem verschärften demographischen Wandel, den wir in Ostdeutschland erleben werden. Wir sind quasi das Labor für den Westen, weil wir alles im Prinzip immer verschärfter und schneller und härter erleben. Das würde mich auch noch einmal interessieren, gerade weil die Frage der Endlichkeit dieses Programms eben auch eine Rolle gespielt hatte. Herr Streitberger hat das hier angedeutet. Mich würde interessieren, ob Sie nicht der Meinung sind, dass man dieses Programm sehr viel länger brauchen wird als das, was wir uns jetzt ausmalen. Die Überforderung, dass wollte ich noch einmal ganz deutlich

sagen, gerade was die Anforderung an die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angeht, dass hat Wolfgang Spanier auch noch einmal deutlich gemacht. Es ist ein wichtiges Kriterium, keine Frage, aber die Ursachen von Arbeitslosigkeit, das erlebe ich ja tagtäglich, sind vielschichtig und die Lösungsansätze für dieses Problem, die sind noch viel vielschichtiger. Von der Seite her glaube ich kann man nicht einfach sagen, wir machen das Programm „Soziale Stadt“ und wir lösen damit das Problem der Arbeitslosigkeit. Außerdem muss ich hier auch ganz vehement widersprechen. Also wie gesagt, wenn ich noch einmal etwas von Ihnen hören könnte zu der Frage Perspektiven der „Sozialen Stadt“ unter diesem verschärften demographischen Wandel. Dankeschön.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Kollege Peter Hettlich von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Jetzt Frau Kollegin Gabriele Groneberg.

Abg. Gabriele Groneberg: Vielen Dank Herr Vorsitzender. Die Bemerkung von Herrn Prof. Häußermann zur Evaluierung und den daraus resultierenden unterschiedlichen Ansichten im Programm bringt mich zu der Überlegung und zu der Bitte, uns doch einmal zu sagen, was für Sie die wichtigste Fragestellung wäre, die sich für Sie aus Ihrer Erfahrung aus den Evaluierungsbemühungen und Ergebnissen stellen wird.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank Frau Kollegin Groneberg, jetzt die Frau Kollegin Franziska Eichstädt-Bohlig.

Abg. Franziska Eichstädt-Bohlig: Ich wollte nicht kommentieren, obwohl dass natürlich sehr reizt, sondern schon noch einmal nachfragen. Ich war ein bisschen unzufrieden mit der Beantwortung der Frage nach dem Bedarf an Ressourcenbündelung und Koordination auf den Ebenen Bund / Länder / Kommunen. Herr Streitberger hat natürlich ganz konkret für die Kommunalebene gestritten. Aber an die anderen, wo sehen sie Bedarf oder auch richtig Handlungsempfehlungen auf der Bundesebene, wo sehen Sie die auf der Länderebene. Dass das auf der kommunalen Ebene passieren muss, ist glaube ich völlig unstrittig. Nur die Frage ist schon, muss auf den übergeordneten Ebenen da etwas passieren. Diese Frage würde ich gerne noch einmal in die Schlussrunde rein geben.

Der **Vorsitzende**: Die Formulierung der Kollegin Franziska Eichstädt-Bohlig, Schlussrunde, greife ich auf. Ich stelle die Frage, ob noch jemand zum Schluss eine Wortmeldung hat. Ich sehe das ist nicht der Fall. Liebe Sachverständige, jetzt gehe ich wieder in eine andere Richtung vor. Wer sich nicht unbedingt angesprochen gefühlt hat, der muss auch nicht unbedingt antworten. Aber wer angesprochen worden ist und auch etwas zu sagen hat, soll natürlich antworten. Herr von

Geisten, bei Ihnen beginnen wir dann. Sie haben vorhin den Schluss gemacht und dürfen jetzt wieder beginnen. Bitteschön, Herr von Geisten.

Cornelius von Geisten: Zum Thema Stadtumbau hatten Sie Fragen, dass kommt zusammen mit der Frage von Herrn Hettlich. Stadtumbau und Soziale Stadt passen da zusammen, wo sie zusammen gehören, dass heißt, wo ich eine entsprechende soziale Situation habe. Grundsätzlich sollte man sie nicht verknüpfen, aber wir haben relativ gute Erfahrungen über die Verknüpfung. Das Thema ist jetzt hier in der Runde, und da würde ich der Kritik von Herrn Hettlich Recht geben, etwas zu sehr am Rande behandelt worden. Ich habe versucht anzudeuten, dass da auch neue Gebiete entstehen. Neue Gebiete, in denen man es im Moment kaum verhindern kann, dass sich auch ein Armuts- und Konfliktpotenzial räumlich konzentriert. Ich weiß nicht, die Zeit lässt das jetzt nicht weiter zu. Wir sollten das meiner Meinung nach so halten, dass das so ein Punkt ist, dass gilt übrigens auch für Westgemeinden. Es ist keineswegs so, dass in den Westgemeinden in den Großsiedlungen in bestimmten Lagen, also nicht Großsiedlungen grundsätzlich, sondern Großsiedlungen in bestimmten Lagen genau diese kritischen Situationen dann auch entstehen. Das gilt für Göttingen, das gilt für Hannover, es gilt auch in Westberlin, z. B. für Falkensee. Da gibt es auch so einen Bereich, wo man richtig deutlich spürt, dass die soziale Zusammensetzung eine andere ist und auch das Konfliktpotenzial höher ist als in anderen Gebieten. Dass nur dazu. Die zweite Bemerkung, noch einmal. Ich kann nicht unterscheiden, was der Bund, was die Länder usw. genau machen können zur Frage der Ressourcenbündelung. Aus meiner Erfahrung heraus geht es bei Ressourcenbündelung meist um ein einzelnes Projekt und zwar über die personellen Interessen sozusagen der Betroffenen genauso wie der Leute, die in der Administration, also in der Verwaltung, sitzen. Das aber die Mechanismen schon auf der Kommunal Ebene so sind, dass z. B. der Begriff Zuständigkeit wesentlich wichtiger ist als der Begriff „Verantwortung übernehmen“. Also dass ist ein Riesenunterschied. Es ist immer wieder die Frage der Zuständigkeit, dies ist mein Ressort, es gibt zu viele Abstimmungsrunden. Das ist eine schwierige Sache. Dass setzt sich immer wieder durch und dies müssen Sie immer wieder versuchen aufzulösen. Und was der Bund dann dazu beitragen kann, also ich weiß es nicht. Ich kann nur sagen, es fehlen ganz bestimmte Ressorts, die habe ich genannt. Die sind auch schriftlich aufgeführt. Es fehlt eigentlich ein Mechanismus, der dass immer wieder zusammen bringt. Also was wir uns wünschen würden wäre natürlich, dass bei dieser programmatischen Verschiebung, die jetzt in der Sozialen Stadt passiert, sozusagen von anderen Verwaltungen diese Kuchenstücke, so haben Sie gesagt, beikommen, auch mit der Auflage, wiederum dass zu kombinieren mit anderen Sachen.

Dass gilt für diese Programme genauso wie für die Menschen. Also wir haben die Auflösung ganzer Gebiete erlebt, weil aktive Bürger da waren. Wir diskutieren z. B. im Moment im Prenzlauer Berg die Quartiersmanagements aufzugeben. Der Prenzlauer Berg ist in das Programm gekommen, weil er ganz dicht bebaut ist, hohe Armut hatte usw. Aber der kann natürlich auch heute in Schritten entlassen werden und die Bürger müssen diese Rollen übernehmen. Wir sind im Moment dabei, solche Aktionspläne zu machen. Keine Angst, die Aufgabe wächst, aber die Gebiete ändern sich zum Teil. Danke.

Der Vorsitzende: Wir danken Ihnen. Herr Prof. Dr. Häußermann, Sie sind der nächste, bitte schön.

Prof. Dr. Hartmut Häußermann: Zur Frage, ob man den Gemeinden ein Korsett vorgeben soll zur Beschreibung, zu ihrer Berichterstattung. Ich würde sagen, nein, kein Korsett, aber doch Minimalanforderungen und Anregungen. Bei der Evaluation haben wir das gesehen. Wenn wir manchmal in den Gemeinden, in den Planungsämtern, nach bestimmten Daten gefragt haben, die hatten sie einfach nicht. Aber es dauerte eine halbe Stunde, bis die Daten da waren. Die Ämter waren überrascht darüber, dass diese Daten da sind und dass die Daten etwas aussagen. In dem Sinne meine ich kann man bestimmte Dinge, die leicht beschaffbar sind, die kann man benennen. Der Vorwurf, es gebe wieder neue Bürokratie, unheimliche Aufgaben, der zieht nicht. Es geht um leicht beschaffbare Daten, aber diese dann für alle Gebiete und die vergleichbar sind. Dazu gehören als eine der wichtigsten Daten meiner Ansicht nach die Übergangsquoten in weiterführende Schulen, die in Städten, selbst in kleinen Städten, dramatisch unterschiedlich sind nach den Quartieren und die etwas sagen über die Zukunftsaussichten der Bewohner in diesen Quartieren. Aber man weiß es in der Regel nicht. Dazu gehören auch Arbeitslosendaten ohne dass man, oder es ist dann die Entscheidung der Stadt, ob sie sagt, dass ist unser zentrales Ziel, die Arbeitslosigkeit zu senken und da muss man angeben, wie man das machen will. In der Regel wird keine Stadt sich so übernehmen, dass sie sagt, das ist mein zentrales Ziel, weil sie es in der Regel nicht kann. Es ist aber wichtig, dass dann zu sagen und dass zu sehen. Will man die Zahl der Schulabbrecher senken und was muss man alles tun. Alles das kann man genau beschreiben. Ich meine, dass man so ein paar Dinge einfach nennen kann. Einfach sagt, wenn ihr das Programm beantragt oder beschreibt, schaut nach diesen Dingen, aber sagt, was ist euer wichtigstes Thema. Die Situation von Emigranten. Was sieht man als das Problem an. Was will man tun. Und da komme ich zu Ihrer Frage, Frau Groneberg, was ist die wichtigste Fragestellung aus meiner Sicht. Es gibt nicht nur eine wichtigste, es gibt mehrere. Aber eine wich-

tigste, eine sehr wichtige Fragestellung ist die danach, was kann man auf Quartiersebene tun und lösen und was kann man auf Quartiersebene nicht machen. Wozu braucht man die Zusammenarbeit, die Mitarbeit, die Unterstützung von anderen Ebenen, von anderen Trägern, von anderen Instanzen. Darüber muss man sich Klarheit verschaffen, bevor man das Programm anfängt und große Ziele stellt. Eine zweite sehr wichtige Frage, die glaube ich auch sehr unklar ist in der Republik insgesamt. Ist es das Ziel des Programms, die Quartierszusammensetzung zu ändern, wie mancherorts angenommen wird und auch gemacht wird oder will man mit der anwesenden Quartiersbevölkerung deren Lebensperspektiven verbessern. Das sind unterschiedliche Ziele und unterschiedliche Instrumente, die dann gemacht werden müssen. Darüber muss man reden. Beides ist irgendwo, irgendwann, unter irgendwelchen Umständen vielleicht sinnvoll und berechtigt. Aber man muss sagen was man will und was man erreichen will. Die dritte wichtige Frage ist die, Herr Günther hat es angesprochen, welche Bedeutung haben eigentlich bauliche Maßnahmen in diesem Zusammenhang. Welche baulichen Maßnahmen haben welchen Effekt, was erhofft man sich und wird es erreicht? Das sind meine Antworten auf Ihre Frage. Herr Götz, Sie haben ganz am Anfang gesagt, es handelt sich bei diesem Programm um einen Reparaturbetrieb. Ich glaube, dass ist mancherorts sicher richtig, dass Versäumnisse ausgebügelt werden müssen. Aber was viel wichtiger ist, Herr Thies hat es schon gesagt, es geht bei den meisten dieser Quartiere nach meiner Ansicht zentral darum, die Perspektiven der Kinder und Jugendlichen zu verbessern. Dies sind die, die langfristig und dauerhaft von den Verhältnissen benachteiligt werden. Das ist Zukunftssicherung, nicht nur für die Bewohner, sondern Zukunftssicherung für die Städte und Zukunftssicherung für die wirtschaftliche Entwicklung. Wenn wir die zweite und dritte Generation von Emigranten, aber auch die einheimische Bevölkerung, die dort wohnt so weit hinten lassen im Bildungswesen, in der beruflichen Bildung wie jetzt, werden wir dauerhaft nicht nur ein soziales Problem, welches sich zuspitzt, sondern auch einen wirtschaftlichen Nachteil haben. Zu der Frage von Herrn Nitzsche, zur inneren Sicherheit. Ich möchte nicht wiederholen, was ich geschrieben habe, aber das ist ein Beispiel dafür, warum eine Berichterstattung, eine Stadtentwicklungsberichterstattung über das ganze Bundesgebiet sinnvoll sein könnte, weil da kann man wirklich von Baden-Württemberg lernen. Man kann lernen, dass innere Sicherheit eben nicht Unterdrückung, Repression, Kriminalisierung bedeutet, sondern dass das Gemeinwesenarbeit sein kann. Deshalb finde ich dass ein wichtiges Thema, was die Verunsicherung der Bevölkerung angesichts der Zustände, die dann oft als Kriminalitätsfurcht hoch kommt, aber eigentlich eine soziale Unsicherheit ist, die die Quartiersentwicklung betrifft. Noch ein Wort zu

Herrn Hettlich, die Unterschiede zwischen Ost und West sind offenkundig. Wir haben die in der Auswertung auch beschrieben. Die Situation in den Städten, es ist kein Geheimnis, ist sehr unterschiedlich. Manchmal sind die Indikatoren für ganze Städte im Osten so wie für Problemgebiete in westlichen Städten. Das wird in Zukunft wahrscheinlich noch häufiger der Fall sein. Also müsste man genauer wissen, was kann man da überhaupt tun. Bisher ist das Programm „Soziale Stadt“ im Osten vor allem als Begleitprogramm zum Stadumbauprogramm benutzt worden, wo sehr viel Geld bewegt wird, sehr viel mehr Geld bewegt wird und zu dem Zeitpunkt, als wir uns mit der Praxis beschäftigt haben, war dieses Leerstands-beseitigungsproblem das dominierende Problem und ein Ausländerproblem gibt es selten. Die sozialen Probleme räumlich zugespitzt gibt es weniger als im Westen, aber dass wird sich herausbilden. Das lässt sich glaube ich voraussagen.

Der Vorsitzende: Wir bedanken uns auch bei Ihnen, Herr Prof. Dr. Häußermann. Ich gebe weiter an Sie, lieber Herr Kier.

Dipl. Ing. Gerhard Kier: Der Stadtentwicklungsbericht ist also ganz wichtig und richtig. Wir haben ganz viele Daten zur Verfügung, die normalerweise verwaltungsintern als Sozialberichte bezeichnet werden. Wir haben unglaublich Angst, die nach draußen zu geben, weil es immer mit einem Ranking verbunden ist. Dass Stadtteile, die noch nicht in irgendeinem Programm sind, stigmatisiert werden. Die Wohnungswirtschaft hat richtig Angst zu sagen, wenn dass also etwa irgendwo auftaucht, dann kann ich meine Wohnung dort nicht mehr vermieten. Von daher ist ein unglaublich verantwortungsbewusster Umgang mit solchen Daten erforderlich. Das Ganze ist aber trotzdem in dem Sozialraum mit darzustellen. Was sollen wir jetzt machen. Ich kann nur sagen, ich bin in einem Gebiet, das heute soziales Stadtgebiet ist, aufgewachsen. Meine Mutter wohnt dort immer noch. Als sie das erste Mal die Bestandsbeschreibung gesehen hat, hat sie gesagt, das ist doch nicht mein Stadtteil, so schlecht ist es doch hier gar nicht. Das heißt, dass unsere Fachleute in der Zustandsbeschreibung nicht das treffen, was die Bewohner selbst empfinden. Da muss man also auch mal sehen, wie man mit den Bewohnern selbst umgeht. Dass ist dann auch noch einmal ein kleiner Hinweis darauf. Wir werden die Strukturen nicht verändern können, aber mein wichtigstes Anliegen wäre, dass die Einwohner sich wieder mit ihrem Quartier identifizieren, dass sie merken, ihr Quartier, ihr Stadtteil ist ein Stadtteil mit Profil. Ob es denn als Villenviertel ist, die Gründerzeitsiedlung oder das Arbeiterviertel oder was auch immer. Dass man sich zu dem bekennt, was da ist. Dass dieses herausgearbeitet wird ohne das man deshalb meint, aus einem Villenviertel ein Arbeiterviertel oder umgekehrt machen zu müssen. In dem Zusammenhang ganz ganz wich-

tig für mich ist das Wecken von bürgerschaftlichen Engagement und Eigenverantwortung. Dann sollen die Bürger selber sagen was ihnen wichtig ist. Kein Programm und kein Rathaus sollten das vorschreiben. Zum Thema Ressourcenbündelung. Mir fällt ein, nicht eine neue Organisationsform, sondern ein bisschen darüber nachdenken, die Wertigkeit des Programms „Soziale Stadt“ ist an vielen Stellen, so habe ich es mitbekommen, gesunken. Demzufolge ist auch die Bereitschaft sich zusammenzusetzen, zu sagen da und da wollen wir eine Wohnumfeldmaßnahme machen, eine Verbesserung der ganzen Nachbarschaft und schauen wir mal nach, ob die Stadtwerke vielleicht bereit sind, notwendige Leitungserneuerungen auf 5 Jahre vorzuziehen. Dass man die Erneuerungsmittel, die einem hinterher sowieso zur Verfügung gestellt werden, für den Umbau, für die Wohnumweltverbesserung mitnutzen kann. Diese Kombination gibt es heute weniger als vor drei Jahren. Dass heißt also, hier muss wieder ein Stückchen Bewusstsein geweckt werden. Dass integrative Ansätze sich tatsächlich auch in der Verwaltungsspitze wieder spiegeln. Verwaltungsreform kann nicht von der „Sozialen Stadt“ ausgehen, aber wenn dann die Impulse so kommen sind sie ja dann auch willkommen. Dass die Verwaltungsspitzen, die verantwortlichen Spitzen, sich dieses Programm wieder zu eigen machen und vielleicht intern eine vier- oder sechswöchige Berichtspflicht einführen. Das kann nur eine halbe Stunde sein, um zu wissen, dass die Akteure vor Ort tatsächlich auch die Rückendeckung von der Spitze haben.

Der **Vorsitzende**: Vielen herzlichen Dank auch Ihnen und ich gebe weiter an Sie, Herr Prof. Dr. Löhr.

Dr. jur. Rolf-Peter Löhr: Ich möchte zunächst auf das Thema Bund eingehen. Welche Bedeutung hat der Bund. Es ist für uns interessant, dass seit es das Programm „Soziale Stadt“ gibt, die internationalen Kontakte zu Fragen der Stadterneuerung, die wir immer schon bearbeitet haben, enorm zugenommen haben, weil Deutschland interessant geworden ist. Hier gibt es etwas, was an Programmen da ist. Wir haben angefangen, internationale Seiten, Englisch, Französisch, aufzubauen und die Zugriffe auf diese Seiten haben sich in den letzten drei Jahren mehr als verzehnfacht. Also es ist ein enormes Interesse und es zeigt, dass es Bedeutung hat, so etwas auch auf der nationalen Ebene zu haben. Zum Thema, ob am Anfang Kriterien für die Gebietsauswahl präziser festgelegt werden sollen. Ich sage jetzt mal im Grunde nein. Wenn wir unsere Gebietsbetreuung angucken und auch die Evaluation, dann ist die Gebietsauswahl eigentlich ganz gut gewesen. Der Prozentsatz der Gebiete, die richtig sind liegt sehr hoch. Das bekommen wir mit besseren Kriterien auch nicht hin. Ich glaube deswegen, dass dies eher mehr Bürokratie bedeutet als eine wirkliche

Besserung der Auswahl. Die Ziele im Vorhinein zu bestimmen halte ich auch eher für mehr Bürokratie als für richtig, denn die Ziele müssen mit den Bewohnerinnen und Bewohnern entwickelt werden. Das halte ich für ein ganz zentrales Element, dass man nicht irgendetwas überstülpt, sondern dass man guckt, was wollen die Menschen denn wirklich selber. Und dass auch anstreben und nicht das, was sich sage ich mal Stadtentwicklungsplaner vielleicht ausgedacht haben. Zum Thema innere Sicherheit. Das ist ein altes Thema. Es gibt sehr viele kriminalpräventive Räte. Über die ganze Republik verstreut betreuen wir sie in mancherlei Beziehungen seit vielen Jahren. Die Räte waren in vielen Gebieten ganz wichtige Ansprechpartner. Die waren zum Teil Kristallisationspunkte für das Quartiermanagement, weil die etwas über das Gebiet wussten, was die anderen, die zum Teil erst neu kamen gar nicht wussten. Also ich halte es für ganz wichtig. Dieses Thema Sicherheit ist in vielen Bereichen eins, was so mit langen Fingern angefasst wird. Ich halte es für ein ganz zentrales, weil es einfach dazu führt, dass die Menschen sich mit ihrem Gebiet wieder identifizieren. Ich glaube, Herr Stumpf hat es auch gesagt, dass ist gar nicht so sehr Kriminalität, sondern Kriminalitätsangst. Diese Sachen muss man glaube ich ganz ernst nehmen wenn man ein Gebiet wirklich wieder in Schuss bringen will. Ich glaube es gibt einen großen Bedarf an Ressourcen auf Bundes- und Landesebene. Das Problem ist, dass jedes Programm eigene Förderrichtlinien hat. Die sind überhaupt nicht miteinander kompatibel. Da gibt es dann Vorrangregelungen und weiß der Teufel was alles. Zum Teil völlig hanebüchener Unsinn und es bedarf eines großen Aufwandes engagierter Leute vor Ort, dieses sozusagen zu umgehen, zu mixen, wie auch immer, dass man das auch hinbekommt. Da sehe ich einen ganz großen Bedarf auf der Bundesebene dies hinzukriegen. Die Länder haben mit ihrem Programm dasselbe Problem. Natürlich ist es interessant eine Übersicht zu bekommen, was es überhaupt an Programmen gibt. Manche Länder haben das mal gemacht. Es ist aber ein großer Aufwand. Es bedeutet auch, dass die Übersichten, die vor fünf Jahren gemacht wurden, heute unbrauchbar sind, weil sich die Programme so schnell ändern. Also darauf eine kontinuierliche Acht zu geben, das halte ich für etwas ganz wichtiges, wenn wir das machen. Ich würde auch ganz gerne die Frage von Frau Groneberg beantworten, was ist die wichtigste Folgerung. Die Programmgebiete sind gekennzeichnet durch zwei Besonderheiten. Dass eine ist, es gibt in diesen Gebieten sehr viel, böse gesagt, Sozialhilfeadel. Das sind Leute, die in der ersten Generation von Sozialhilfe leben. Da entsteht ein negatives Lernen, weil die Kinder überhaupt gar nicht mehr sehen, wie man auf normale Weise Geld verdient. Meine schrecklichste Erfahrung, um ein Beispiel zu bringen, war, dass ich im Wedding in einer Straße mit Jugendlichen gesprochen habe, die wir in eine Lehre bringen wollten.

Die sagten ja, was kriege ich denn da im Monat. Da haben wir gesagt, na ja, so etwa 500 DM, es ging noch in DM. Da hat er in die Tasche gegriffen und zehn 100-DM-Scheine rausgeholt. Die verdiene er locker im Monat. Also das Thema innere Sicherheit. Da kommen viele Dinge zusammen. Beschaffungskriminalität, was auch alles. Ist eine Frage, ob man da nicht Methadon frei geben sollte. Das sind eine Vielzahl von Problemen, die man da diskutieren muss. Deswegen ist die wichtigste Folgerung, die Chancen für die Kinder in den Gebieten zu erhöhen. Das geht über ganz frühzeitige Integration in den Kindergarten. Für ganz viele ist das ein Thema Spracherwerb. Nicht nur für Ausländer. Auch viele deutsche Kinder können, wenn sie in die Schule kommen, nicht vernünftig Deutsch. Das ist ein ganz wichtiges Thema und es ist Ideologie, deutsche Ideologie, dass im Kindergarten nicht gelernt werden darf. Sondern es kann eigentlich schon ab dem zweiten Jahr gelernt werden. Schon im Vorkindergarten und die Kinder machen das gerne. Wenn Sie das mal mit Kindern machen im Bekanntenkreis, dann stellen Sie fest, die wollen ja lernen. Warum lassen wir sie nicht. Nur weil unsere Didaktik oder Pädagogik sagt, dass dürfen die nicht. Und es muss dies verbindlich sein. Kinder müssen in den Kindergarten. Von der Freiwilligkeit und Selbständigkeit in diesem Fall halte ich überhaupt nichts. Die müssen in den Kindergarten, weil nur so kriegen sie Kontakte zu anderen Kindern. Nur so kriegen sie andere Kontakte als die familiären, die nicht immer hilfreich sind und nur so lernen sie etwas. So haben wir den Zugriff auf sie. Ich denke, dass ist etwas, was sehr wichtig ist. Die Sorge um die Kinder in diesen Gebieten. Da muss ganz früh eine Betreuung in dem Sinne, den Kindern Chancen einzuräumen, geschaffen werden. Das halte ich für ein ganz zentrales Thema. Wenn wir dieses nicht schaffen, können wir den ganzen Rest auch sein lassen.

Der **Vorsitzende:** Ich muss einräumen, dass ich Ihnen gerne noch weiter zugehört hätte, sie treffen meine persönlichen Positionen völlig. Herr Dr. Metscher, sie haben das Wort.

Dr.-Ing. Walter Metscher: Vielen Dank dafür. Ich habe mir ein paar Notizen gemacht. Ich möchte auch anknüpfen an die Frage von Frau Eichstädt-Bohlig, was können Bund und Länder tun, wie können Ressourcen gebündelt werden, wie kann kooperiert werden. Die Kollegen haben jetzt schon vieles dazu gesagt. Ich kann das im Prinzip auch für die Bundesebene erst mal nur bekräftigen. Für den gemeinen Zeitungsleser entsteht vielleicht das Bild nach wie vor, der Stolpe kümmert sich um Häuser und Straßen, Schmidt 1 kümmert sich um Gesundheit und Schmidt 2 kümmert sich um das Soziale. Da ist die Herausforderung „Soziale Stadt“ eben auch wirklich die passende Gelegenheit, um da auch auf Bundesebene vorzuführen, wie es mit der Kooperation klappen kann, denn

nur wenn es dort klappt kann man von den Ländern erwarten, dass die das ebenso gut in den Griff bekommen werden. Wenn ich auf die Landesebene komme und darüber nachdenke meine ich, dass wir insbesondere dort auch versuchen sollten, Zentren zu finden, die den Erfahrungsaustausch organisieren. Ich kann meinen Weddinger Gastwirt nicht nach Bayern schicken. Deshalb meine ich, dass die Ebene des Landes eine gute Ebene ist, um bestimmte Segmente des Erfahrungsaustausches zu organisieren mit Partnern aus der Region, die von den Akteuren in den Stadtteilen insofern akzeptiert und wahrgenommen werden, weil sie nicht von weit her kommen und vom Bund geschickt werden, sondern noch irgend eine räumliche Tuchfühlung vorhanden ist. Zu den Kooperationsdingen auf der kommunalen Ebene will ich all das, was gesagt worden ist, gar nicht weiter ergänzen. Das Stichwort westlastig, besondere Probleme im Osten Herr Hettlich, sie hatten das noch einmal angesprochen, das ist auch in der Tat so. Das zeigte sich auch im Wettbewerb. Wir hatten immer so eine Quote von 20 bis 25 % der Wettbewerbsbeiträge, die aus dem Osten Deutschlands kamen. Die Problemlage ist dort eine andere. Es ist wirklich sehr schwierig mit einheitlichen Konzepten. Ob es nun der Bereich der Problemerkennung oder Wirkungskontrolle oder Maßnahmenkataloge ist. Das in gleicher Weise behandeln zu wollen wie in einer schwäbischen Kleinstadt, die im Altbaubereich da ein bisschen marode und malade ist. Besonders bedauerlich finde ich den Umstand, dass nun gerade in den ausgewiesenen Stadtumbaugebieten, die nicht völlig leer sind, da wohnen noch Menschen und schon wäre es, wenn das die Optimisten wären, die sagen würden, wir bleiben hier. Weil hier etwas passieren wird. Aber das ist nun gerade nicht der Fall. Es ist dort schwierig, den Einzelnen auch für kleine Maßnahmen zu begeistern. Ich fürchte, dass viele sich irgendwie erschlagen fühlen von all dem, was da auf sie zu kommt und wo sie auch gar nicht wissen, wie da der Horizont zu finden sein könnte. Ein weiterer Punkt, der noch angesprochen wurde, ist die innere Sicherheit. Auch das fand sich in vielen Wettbewerbsbeiträgen. Nicht in vielen, das war jetzt die falsche Formulierung. Aber doch in einigen der Wettbewerbsbeiträge fanden sich Gesichtspunkte, die mit Sicherheit zu tun hatten. Ich habe versucht, dass in der schriftlichen Stellungnahme noch einmal kurz abzugrenzen. Zum einen meine ich gibt es Unterschiede in innerstädtischen Gebieten und in den großen Plattensiedlungen. Das hängt auch sehr an den baulich-räumlichen Strukturen, wenn da lauter Häuser sind, von denen eigentlich niemand weiß, wer eigentlich in den Häusern wohnt und wie die Nachbarn aussehen und wo sie genau wohnen. Dann ist die soziale Kontrolle noch sehr viel schwieriger herzustellen und aufrecht zu erhalten als in den Altbaugebieten in der Innenstadt, wo sich Probleme eher an bestimmten Orten und Treffpunkten und Plätzen konzentrieren. Ich meine

Indizien dafür zu haben, dass in den größeren Siedlungen auch die Sicherheitsprobleme größerer als solche empfunden werden. Ob sie effektiv da sind oder nicht, da weiß die Polizei besseres dazu zu sagen als ich es könnte. In jedem Fall scheint es mir ein Punkt zu sein, der insbesondere in den größeren Siedlungen von den Bewohnern als Problem wahrgenommen wird. Unabhängig davon, wie gefährdet man objektiv dort wohl sein könnte. Viele Projekte kümmern sich auch in einer oft guten und bewährten Zusammenarbeit mit der Polizei, mit dem Ansatz Prävention über Sportvereine und alle möglichen Einrichtungen, nicht nur den Schaden, wenn er entstanden ist, durch Identifizierung von Tätern und abschreckende Dinge das Ganze zu steuern, sondern weit im Vorfeld da auch anzusetzen. Stichwort Beschäftigung noch ganz kurz. Ich kann mich nur in dem Sinne allen bedauernden Äußerungen anschließen, ob nun aber mit oder ohne Mitwirkung der Bundesanstalt für Arbeit. Auch dass ist keine wirklich hilfreiche Erkenntnis, wenn wir nun die Arbeitslosigkeit in den Gebieten deutlich senken könnten, dann würde es den Gebieten und den Leuten dort besser gehen. Dass wird wahrscheinlich erst mal jeder unterschreiben können. Wie das zu machen ist, dazu kann ich im Moment nichts Sinnvolles beitragen. Aber ich möchte Sie noch einmal darauf aufmerksam machen, dass bei dem wo wir jetzt sind, es sehr viele Maßnahmen gibt, egal von wem initiiert, die sich im zweiten Arbeitsmarkt abspielen. Dass kann von der Wohnungswirtschaft ausgehen, die als Tochterunternehmen Beschäftigungsgesellschaften hat, über welche Programme auch immer, es gibt Maßnahmen, die zum einen einige wenige, meistens auch befristet, Bewohner des Gebietes eine Perspektive liefert, die keine dauerhafte ist und auch keine wirkliche rosige. Wenn ich als arbeitsloser Jugendlicher für ein oder zwei Jahre in einem Projekt arbeiten kann und danach mir auch keiner sagen kann, ob ich denn dann rauskomme aus meiner Klemme. Was man auf gar keinen Fall jetzt stark genug betonen kann ist die Wirkung, die diese Gebiete jetzt schon durch diese quantitativ bescheidenen Maßnahmen haben. Wenn der Park aufgeräumt ist, dann lädt er mehr zum Besuchen ein. Wenn es Möglichkeiten gibt, günstige Mittagesszeiten in einer Lehrküche gemeinsam einzunehmen, dann lernt man neue Nachbarn kennen. Wenn es einen Begleitsdienst gibt und Einkaufshilfen, Begleitsdienst zum Arzt, dann ist das Leben für Senioren deutlich leichter zu ertragen. Im Moment würde ich sagen, was die Beschäftigungseffekte angeht, wird das individuelle Schicksal auf dem Arbeitsweg kaum berührt durch die Maßnahmen, die wir haben. Aber die Wirkungen für die Gebiete sind immens angesichts der bescheidenen quantitativen Inputs, die dort im Beschäftigungssektor eingespeist werden. Ich werde jetzt einfach in diesem Sinne das Wort wieder zurückgeben an den Vorsitzenden. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Fertig werden wir ja nie, ich habe Ihnen herzlich zu danken, Herr Metscher. Jetzt gehen wir weiter an sie Herr Streitberger. Man wollte sich mit ihnen anlegen, wie man schon gehört hat. Man wollte mit ihnen streiten. Aber das ergibt sich so aus der Natur und ihrem Namen. Sie haben das Wort.

Bernd Streitberger: Dankeschön Herr Vorsitzender. Herr Spanier, ich bin mir darüber im Klaren, dass Beschäftigung nicht das einzige Kriterium sein kann. Ich hatte die Frage so verstanden, dass sie auch eher nach dem Bedeutungskriterium fragten. Wir stellen also fest, dass über Beschäftigung, dass ist auch von den anderen schon gesagt worden, sich sehr viele andere Effekte einstellen, die wir auch erzielen wollen, zum Beispiel Integration. Ich will nur einmal sagen, wir haben in Köln erkennbar einen aufstiegsorientierten türkischstämmigen Bevölkerungsanteil von der Integrationsleistung durch Beschäftigungen, der auch mobil ist innerhalb der Stadt. Wir bauen neue Quartiere, wo wir bis zu 60 % dieser Menschen haben, die dort wohnen. Das sind wunderbare Quartiere, wo es keine sozialen Probleme gibt. Nur um das auch einmal zu sagen. Wenn sich die Menschen am Arbeitsplatz kennen lernen, dann gehen sie auch in ihrer Freizeit anders miteinander um. Was mir sehr am Herzen liegt, was Sie ja auch gesagt haben, der Vorwurf, den man von den Kommunen kennt, der Bund und die Länder mischten sich viel zu sehr in die kommunalen Belange ein. Sie haben gesagt, dass ist ja ein Programm, das auch von den Kommunen gekommen ist. Der Impuls kam von den Kommunen. Das ist völlig richtig. Ich kenne auch diese Vorläuferprogramme. Ich muss sagen, ich sehe das natürlich heute in einem Verhältnis zur kommunalen Finanzausstattung. Und das ist hier auch schon einmal gesagt worden. Ich sage das noch einmal ganz deutlich und klar. Notwendige Investitionen in die Kommunen unterbleiben, wenn es dafür keine staatliche Förderung gibt. Das ist nicht mein Verständnis von Selbstverwaltung. Ganz deutlich. Es ist schon im Augenblick die Situation, dass wir in den Quartieren der sozialen Stadt mehr machen, als wir in der Stadt insgesamt machen. Der Kämmerer sieht das ganz pragmatisch. Da bekommt er 70 % Zuschuss. Also machen wir das, denn dass andere müssen wir selber bezahlen. Oder es ist eine KAG-Maßnahme, die ist nicht so gut refinanziert, also fällt die weg. Da müssen wir sehr aufpassen. Ich habe mich auch sehr stark mit der europäischen Ebene beschäftigt und setze da ein wenig auf die Diskussion, über den zweiten Kohäsionsbericht der Europäischen Union zum europäischen Strukturfonds. Da wird zum ersten Mal nicht mehr sozusagen von dem Mangel gesprochen, sondern auch von den Chancen. Wir haben die Gleichzeitigkeit ungleicher Entwicklungen. Köln ist Boomtown und Elendsviertel in einem. Dass ist räumlich segregiert. Dass ist alles bekannt. Wir

müssen uns lösen von dem ausschließlichen Blick auf die Benachteiligten, auf die Nachteile, weil wir sonst die Chancen, die wir haben, nicht mehr ergreifen können. Die Kommune ist nicht mehr in der Lage die Impulse, die ökonomischen Impulse aus der regionalen Ökonomie, auch zu unterstützen zum Beispiel mit Infrastruktur, um sie wirklich auch entfalten zu können. Und ich glaube dass wir da sehr aufpassen müssen, dass wir da eine gewisse Balance behalten. Ich bin dann eben derjenige, der sagt, überlasst es den Kommunen, die sehen ihre Chancen, die sehen ihre Mängel und gebt denen die Möglichkeit sich zu bewegen. Ich vergleiche uns z. B. mit den niederländischen Kommunen, über die ich auch sehr gut informiert bin. Dass sind Welten, es sind Welten. Es ist so elend. Ich sage es Ihnen. Das tut manchmal sehr weh. Dass ist das, was ich rüber bringen wollte. Dass wir dort auch im Wettbewerb, dem innerdeutschen Wettbewerb zwischen den Kommunen, aber auch im internationalen Wettbewerb zwischen den Kommunen, bestehen. Wir stehen mittlerweile auch als Kommunen in einem europäischen Wettbewerb. Dass wir in diesem Wettbewerb auch stark bleiben. Dass zu diesem Thema. Zu der Frage von Herrn Götz, die Befristung. Kann das stärker zur Bewusstseinsbildung beitragen, Herr Götz. Das hatte ich mir notiert. Ich muss ehrlich sagen, ich habe da nicht sehr viel Hoffnung. Denn im Grunde waren von Anfang an alle Programme, die wir gemacht haben, auch die klassische Stadtsanierung, befristet. Dass haben alle vergessen. Als wir dann hinterher die Ausweisbeträge abgerechnet haben, haben alle gesagt wie, was, das war doch, ach das ist doch schon 20 Jahre her. Also meine Hoffnung ist da nicht so groß, aber ich denke, es geht darum, dass wir es wirklich strukturieren, von Anfang an strukturieren und auch die Endlichkeit, das Ziel, ein anderes Niveau zu erreichen, und dass zu einem bestimmten Zeitpunkt auch zu schaffen, dass das schon das Bewusstsein schärfen würde, aber wie gesagt meine Hoffnungen sind da nicht übertrieben. Herr Nietzsche hat die Frage gestellt zur inneren Sicherheit, Integration in das Programm. Das Programm ist partizipatorisch angelegt. Dass ist sehr wichtig. Ich habe immer die Erfahrung gemacht durch intensive gute Partizipation stärke ich Identifikation. Und für Sicherheit in einem Quartier gibt es nichts Wichtigeres als Identifikation. Das ist die Geschichte mit den Blumen. Wenn die Leute dann plötzlich sagen, es ist schön hier, dass er hier Blumen hat und sich selber daran freuen, und nicht sagen was hat er da für Blumen, weg damit. Dann haben wir einen sehr großen Schritt in diese Richtung gemacht. Ich glaube, dass das wirklich über diese Schiene Partizipation läuft. Ich bin persönlich auch ein Anhänger davon, dass Sicherheit mit Sauberkeit zusammenhängt. Dass ist etwas, was in diesem Zusammenhang auch betont werden sollte und dass man dafür in solchen Quartieren auch arbeitet. Ich möchte noch die Bemerkung machen, Frau Eichstädt-Bohlig hatte gefragt, zur

Frage der Koordination. Ich denke, für die kommunale Ebene habe ich das beantwortet. Ich will hier ganz explizit noch einmal sagen, dass wir gerade in Nordrhein-Westfalen uns über die Integrationsleistung und das Engagement des Landes in dieser Frage nicht beklagen können. Das will ich auch ganz deutlich noch einmal sagen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen ein besonderes Ministerium für Städtebau, Kultur, Wohnen und Sport. Das ist eine ganz tolle Mischung und ich glaube, dass da in der Tat auch dieser Ansatz sehr gut aufgenommen wird. Wir haben da eine angenehme vertikale Zusammenarbeit.

Der Vorsitzende: Herzlichen Dank auch an Sie, Herr Streitberger. Jetzt geben wir weiter zum Herrn Landeskriminaldirektor. Bitteschön, lieber Herr Siegfried Stumpf.

Siegfried Stumpf: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Ich möchte eine erläuternde Anmerkung machen zu dem Begriff innere Sicherheit. Ich glaube, hier habe ich nicht den Eindruck, hin und wieder besteht er aber, wenn man über innere Sicherheit diskutiert, dass diese in der Tat keine Rolle spielt. Mit dem Schlagwort innere Sicherheit wird, ich darf mal pointieren, der Bestand der Republik, die organisierte Kriminalität, die Wirtschaftskriminalität verbunden. Aber hier sage ich mal sind wir in Teilen in einem Elendsbereich. Hier geht es um häusliche Gewalt, Gewalt in Paarbeziehungen, Kinder und Jugendkriminalität und und und. Das ist bei Gott auch innere Sicherheit. Ich sage dass nur deshalb, weil manchmal dieses Schlagwort „innere Sicherheit“ etwas überhöht betrachtet wird. Und dann spielt es natürlich auch eine Rolle, ob so ein Quartier, ein Stadtbezirk, tatsächlich auffällig ist, was die Straftaten anbelangt, was Täter und Opfer anbelangt. Wo finde ich die. Ich finde sie sehr oft eben auch in den Problemgebieten, die sie jetzt hier als Programmgebiete zum Gegenstand haben. Von daher ist es aus unserer Sicht wichtig, was für Chancen junge Leute in diesen Gebieten haben. Es ist keine Ausnahme, das junge Menschen, die von dort eine Arbeitsstelle suchen, als eigene Adresse die von Onkel und Tante angeben. Denn sobald sie bei einem Arbeitgeber mit der Bewerbung auftauchen aus dem Gebiet X, wird die Bewerbung auf die Seite gelegt. Und dass ist jetzt keine Ausnahme sondern das ist etwas, was zahlenmäßig häufig passiert. Deshalb muss man auch diese Quartiere herausnehmen aus dieser Stigmatisierung. Wie gesagt, ob die Kriminalität tatsächlich oder vermeintlich vorhanden ist, spielt dabei keine Rolle. Soweit zu diesem Begriff. Gestatten Sie aus meiner früheren Erfahrung im Streifenwagen noch einen Einwurf zum Thema Arbeitslosigkeit. Man fährt heute in Teilen in Gebiete, die für die Polizei interessant sind, die auch für ihr Projekt interessant sind. Da sind wir mit dem Jugenddezernat auch in Zeiten der Vollbeschäftigung hingefahren. Ich würde gerne ein bisschen umlenken, nicht um

den Begriff Arbeitslosigkeit zu verharmlosen. Sondern die Fragen sind Bildung, Sozialverhalten, Gemeinschaftsverhalten, Freizeit. Da verrutscht uns einiges aus polizeilicher Sicht, ob in Lohn und Arbeit oder nicht. Also der einfache Schluss, es ist ein bisschen holzschnittartig wenn ich das sage, Arbeitslosigkeit beseitigen, einfache Arbeit auch, dann haben wir das Problem nicht mehr. Das ist zu einfach. Ich würde die Dinge wie gesagt in den Bereich Bildung und vieles anderes, was ich gesagt habe, hineinschieben wollen. Soweit mein abschließendes Statement.

Der Vorsitzende: Wir haben uns auch bei Ihnen für Ihre Arbeit und Ihre Beiträge herzlich zu bedanken. Ich gebe nun an Sie, Herr Reinhard Thies. Bitteschön.

Reinhard Thies: Dankeschön. Ich wollte noch etwas zur Ressourcenbündelung sagen und dass durchaus beispielhaft machen. Ich arbeite in Hessen in einer Servicestelle auf Landesebene. Es ist wahr, dass kann ich bestätigen, dass die interministerielle Zusammenarbeit zu Anfang des Programms mit sehr viel mehr Euphorie begangen wurde als jetzt. Das hatte in Hessen auch etwas zu tun mit den eklatanten Kürzungen im Sozialbereich und der Kommunalisierung der Jugendhilfe. Dass muss man parallel sehen, dass das Land, also der Sozialminister, der sozial nicht investive Bereich an der Stelle nichts mehr zu bieten hatte für sozialräumliche Entwicklungen. Wir hatten in Hessen einen Etat für sozialräumliche Arbeiten von 6 Mio. im Landeshaushalt. Die sind ersatzlos gestrichen durch diese Operationen. Damit hat das Sozialministerium in einer interministeriellen Zusammenarbeit kaum noch etwas zu bieten. Was wir noch haben in diesen Bereichen ist bürgerliche Engagementförderung. Da würde ich schon mal gucken, ob man diese Förderung nicht tatsächlich auch ins Kellergeschoss der Gesellschaft bringen kann. Also die Frage, was mit dieser Förderung alles angeregt wird, findet nicht in diesen Bereichen statt. Da würde ich noch einmal die Aufmerksamkeit darauf lenken. Man macht vieles im Bereich der Innovation in der Jugendhilfe. Ob man sagt, man bringt gerade die Innovation von Jugendhilfeprojekten in diese Standorte, und ich sage mal, man geht nicht in die Kindertagesstätten, wo Mittelschichten oder Oberschichten sich orientieren. Das ist, glaube ich, eine wichtige Frage. Das Kultusministerium war auch in der Vergangenheit, in der interministeriellen Vergangenheit, nicht der federführende Partner. Dass waren so Randbereiche, wie man mit Integrationsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt mit benachteiligten Jugendlichen etwas machen kann. Aber im Kern der Bildungsarbeit, wie man eine Grundschule als Stadtteilschule oder eine weiterführende Schule an dem Standort zur Stadtteilschule entwickeln kann, sind wir mit dem Kultusministerium auch in der Hochphase zu Beginn nicht ins Gespräch gekommen. Also dass kann man ein-

fach mal feststellen. Mit der inneren Sicherheit und da komme ich auf die Frage von Herrn Nitzsche, gibt es von Standort zu Standort unterschiedliche Rahmenbedingungen. Aber ich will nur auf einen Punkt hinweisen, der jetzt auf der ressortübergreifenden Arbeit von Bedeutung ist. Viele, oder einige Ministerien, das macht auch Ihr Justiz- und Innenministerium, geht mit eigenen Leitideen in einen Sozialraum. Sie sagen bspw. wir machen Präventionsräte in Stadtteilen dieser Art. Jetzt kommt die Stadtentwicklung und sagt, wir machen einen Stadtentwicklungsbeirat. Dann kommt die Jugendhilfe und macht eine Stadtteilkonferenz. Also wir müssen höllisch aufpassen, dass wir auch die Akteure, gerade die Schlüsselakteure und auch die Bewohner, die wir dann erreichen, nicht überfordern in diesem Übermaß an Arbeitsstrukturen. Also dass heißt, es gilt auch auf der interministerialen Ebene, auf Landesebene, die Programmlinien zu harmonisieren und die Dinge zusammenzuführen. Und dann gelingt vieles. Also der Sport und die Polizei kommen bei uns gut zusammen. Und die wirken auch in die Stadtteile hinein mit Projekten. Insofern bin ich da ganz optimistisch, dass habe ich vorhin schon einmal gesagt, dass auch Gräben, die da vermeintlich zwischen Sozialarbeit und Polizei waren, überwunden werden. Die Annäherungen sind, wenn ich das mit vor 10 bis 15 Jahren vergleiche, eklatant. Die Probleme die wir hatten, sind überwunden worden. Ich glaube da ist eine Win-Win-Situation entstanden, die diese Programme auslösen. Das noch einmal zur ressortübergreifenden Zusammenarbeit. Ich meine, auch auf Bundesebene Frau Eichstädt-Bohlig, es wäre ein Thema für die Staatskanzleien und das Bundeskanzleramt. Also da wirklich mal eine Staatssekretärsrunde zu machen und zusammenzurufen, also jetzt nicht große Programmharmonisierung und was nicht alles, aber was macht jedes einzelne Ressort bezogen auf die Überwindung von Benachteiligung in der Stadt oder in den Städten und Gemeinden, auch in den Landkreisen, in den Regionen. Wie könnte man diese Programme, die Sie machen, das ist erst einmal gar kein Mehrgeld, noch einmal stärker ausrichten auf die lokalen Aktionspläne, die formuliert werden. LOS, also dieses lokale Kapital für soziale Zwecke, macht das sehr schön finde ich, wie die Kommunen die Problemlagen, die wichtigsten Handlungsziele, einen konzeptionellen Weg, die Netzwerkstruktur beschreiben. Wenn dass mal harmonisiert gemacht würde und nicht jedes Ministerium mit seiner eigenen Antragssemantik und Strukturbildung auf diese Quartiere losgehen würde, könnte von Überforderung der Quartiermanager und dieser eierlegenden Wollmilchsäue, die da rumlaufen und völlig überfordert sind, und die auch Angst haben, dass sie in ein, zwei Jahren nicht mehr finanziert sind, nicht mehr die Rede sein. Wir kriegen auch nicht das qualifizierte Personal in diesem Bereich, weil wir immer nur diese kurzfristigen Zeiträume haben. Das muss man auch mal

sagen. Also einer der fähig und lange bewährt ist in solchen Positionen geht nur sehr ungern auf solche vorübergehenden Jobs. Das ist wirklich ein ganz großes Problem. Wir müssen oft mit durchaus innovationsbereiten aber eben Berufsanfängern anfangen. Das sind alles handhabbare Probleme, die auch auf Landesebene und Bundesebene mit zu beeinflussen wären, dass wir da Kontinuität, Stabilität und Perspektive rein bekommen. Also dass will ich noch einmal ganz deutlich sagen. Herr Götz, sie fragten nach einem Bericht. Wir in Hessen hatten ein ganz schönes Verfahren, was man sich auch noch einmal genau angucken sollte. Wir haben nicht gesagt, Kommunen gebt Berichte ab. Sondern wir haben auf Landesebene 30 Standorte, verschiedene Gebietstypen, zu Standortkonferenzen zusammengezogen, also eher großstädtische Räume. Die haben sich gegenseitig berichtet auf Grund eines Leitfadens, den wir als Servicestelle, als Hersteller entwickelt haben. Wie weit seid Ihr gekommen und wo wollt ihr eigentlich hin. Wir haben als Servicestelle eine Dienstleistung den Standorten angeboten, wo sie von sich aus gar nicht so drauf kamen zu sagen, lasst euch doch mal messen oder messt euch doch mal selber an verschiedenen Indikatoren, die aus überregionaler Ebene sinnvoll wären. Dann kamen wir, ich will jetzt nicht den Begriff Standortwettbewerb anführen, aber wir kamen in ein sehr konstruktives Gespräch unter den Standorten, wie hast du es denn gemacht, wie bist du denn, wo bist du schwach, wo bist du stark und dass hat dazu geführt, dass wir über diese Transferstelle ganz viel an Kommunikation unter den Standorten, also nicht nur Städtevernetzung, sondern auch Akteursvernetzung hingekriegt haben, die miteinander über ihre Probleme reden und nicht nur über die Hochglanzbroschüren, die man so normalerweise rumreicht, sondern wirklich über Probleme reden und sagen, wie können wir da vorankommen. Jetzt noch etwas zur Wirtschaft, dann bin ich fertig. Es ist tatsächlich so, dass die Wirtschaftsförderung, der Herr Streitberger hat das im Prinzip selbst eben gesagt, die Wirtschaftsförderung arbeitet eher auf der Ebene Konkurrenz der Kommunen in den großen Räumen. Die denken in Dimensionen, wenn ich an Frankfurt denke, wie komme ich mit Berlin und London und Paris zurecht. Das ist in den kleinen Kommunen leider auch so. Also dass die gucken und sagen, wie baue ich mein Stadtimage und nicht mein Stadtteilimage auf. Und da gucken die Wirtschaftsförderer immer sehr stark. Also deswegen, sie sind kaum zu interessieren, dass muss man leider feststellen, für diese Standortfragen, wie man diesen Standorten auch ein wirtschaftliches Profil geben kann. Und dass ist natürlich ganz schwer, ich sage mal so plakativ, die Immigrantenfamilie, die einen Gemüseladen vor Ort macht, wie kann ich die stärken, dass sie vor Ort eine Funktion übernimmt, aber auch wirtschaftlich stark wird und auch die Familienstrukturen sich weiter entwickeln

können. Das ist ganz wichtig. Dass nicht alle sozusagen im eigenen Saft stehen bleiben. Ich glaube, da muss Wirtschaftsförderung, Beschäftigungsförderung noch viel mehr Impulse rein bringen und die haben wir nicht. Also das jetzt mal neben dem Bildungsthema, neben den Dingen, die alle schon benannt sind. Da ist ein großes Defizit, dass die starken Bereiche, die in diese Stadtteile müssen, an dieser Stelle noch nicht da sind.

Der **Vorsitzender**: Vielen herzlichen Dank Herr Thies. Ich habe ihnen allen zu danken. Ich glaube, dass es eine an der Praxis, ganz konkret und nicht abstrakt, nicht theoretisch, sondern an der Wirklichkeit orientierte Anhörung war. Das ist Ihnen zu verdanken, das ist gelungen, auch mit Beispielen, weiterführend uns Material und Informationen zu geben. Mein Dank geht auch an die Bundesregierung, an PSt Achim Großmann, aber auch an seine Mitarbeiter des Hauses, Herr MD Söfke, Herr MR Dr. Preibisch und Herr Regierungsrat Hartmann, die unmittelbar auch dafür zuständig sind. Sie waren auch die ganze Zeit über da, dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken. Ich bedanke mich im Namen aller Kolleginnen und Kollegen, auch im Namen der Frau Kollegin stellvertretende Vorsitzende Dr. Margrit Wetzler für das engagierte Miteinander. Ich bedanke mich bei den Sachverständigen für die Vorbereitung, für die Übersendung der Stellungnahmen. Ich verzichte jetzt auf eine Zusammenfassung, weil diese von den Fraktionen vorgenommen wird. Wir werden hier im Ausschuss die Auswertung vornehmen. Zunächst in den einzelnen Arbeitsgruppen der Fraktionen und dann werden wir dieses Thema wieder hier beraten auf Grund der heutigen Anhörung. Ich glaube, es war eine von der Koalition richtigerweise beantragte Anhörung und bedanke mich bei den Sachverständigen. Ich wünsche Ihnen für Ihre Arbeit vor Ort, für eine gute Sache sind Sie tätig, alles erdenklich Gute und uns gemeinsam einen arbeitsreichen Nachmittag. Auf Wiedersehen und Ihnen alles Gute.

Schluss der Sitzung: 13.20 Uhr

Eduard Oswald, MdB
Vorsitzender

**Stellungnahmen der Sachverständigen
zum Antrag der Fraktion der SPD
und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Das Programm „Soziale Stadt“ weiterentwickeln und ausweiten**

BT-Drs. 15/4660

Prof. Dr. Hartmut Häußermann	Humboldt-Universität zu Berlin	S. 43
Bernd Streitberger	Beigeordneter, Köln	S. 48
Siegfried Stumpf	Landeskriminaldirektor, Stuttgart	S. 59
Dr. jur. Rolf-Peter Lühr	Stellv. Institutsleiter Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Berlin	S. 80
Reinhard Thies	Geschäftsführer Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e. V., Frankfurt am Main	S. 85
Cornelius von Geisten	Geschäftsführer S.T.E.R.N. Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung mbH, Berlin	S. 98
Dr.-Ing. Walter Metscher	Wissenschaftlicher Referent vhw – Bundesverband für Wohneigentum und Stadtentwicklung e. V., Berlin	S. 110
Dipl. Ing. Gerhard Kier	Fachbereich Planen und Stadtentwicklung Landeshauptstadt Hannover	S. 125

Prof. Dr. Hartmut Häußermann
Humboldt-Universität zu Berlin

Antworten zum Fragenkatalog zur Anhörung des Antrags von SPD und Bündnis 90/Die Grünen „Das Programm ‚Soziale Stadt‘ weiterentwickeln und ausweiten“ (BT-Drs. 15/4660) am 13. 4. 2005

Da ich maßgeblich an der Zwischenevaluation des Bund-Länder-Programms durch das Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH, Berlin, beteiligt war, werde ich im Folgenden auf allgemeine Ausführungen zum Programm verzichten und versuchen, möglichst konkret auf die gestellten Fragen zu antworten.

Zielerreichung:

Das **Programm ist sehr erfolgreich angelaufen**. Eine präzise Antwort auf die Frage, ob die gesteckten Ziele erreicht worden sind, ist allerdings nach fünf Jahren noch nicht möglich. Zum einen werden die Ziele von Ländern und Gemeinden sehr unterschiedlich interpretiert, zum anderen gibt es nur selten Informationsgrundlagen für eine verlässliche Einschätzung des Grades der Zielerreichung, und zum dritten sind rasche Erfolge bei so komplexen Problemlagen ohnehin nicht zu erwarten.

Sicher ist allerdings, dass sich die von Resignation und Perspektivlosigkeit geprägte **Situation** in den meisten Stadtteilen, die zu Programmgebieten erklärt worden sind, **geändert** hat. In vielen Fällen ist es offensichtlich, dass die Gebietsentwicklung stabilisiert worden ist und dass die Weichen für eine Verbesserung der Situation gestellt worden sind. Ohne das Programm wäre dies nicht möglich gewesen.

Ob in den Städten der zunehmenden **Segregation entgegengewirkt** werden konnte, lässt sich auf der Grundlage der vorhandenen Informationen nicht sagen. Die Informationen, die für die Evaluation vorliegen, beziehen sich nur auf die Quartiere, nie auf die Entwicklung der Gesamtstadt. Gesamtstädtische Analysen wären aber notwendig, um die Entwicklung der Segregation beurteilen zu können. Die Voraussetzungen für eine Kontrolle der Zielverwirklichung müssten durch eine deutlich verbesserte Datengrundlage erst geschaffen werden.

In der Regel werden sehr hohe – vom städtischen Durchschnitt stark abweichende – Werte bei Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug als **Merkmale von Missständen** bei den Bewohnerstrukturen gesehen. Wo sich solche sozialen Probleme konzentrieren, werden Kontexteffekte mit der Wirkung vermutet, dass sich problematische Soziallagen in solchen Quartieren verfestigen und ausbreiten und die Gefahr der sozialen Ausgrenzung besteht. Dies ist aus sozialwissenschaftlicher Sicht der zentrale Missstand, der sich aus der starken Konzentration von Haushalten mit multiplen Problemlagen ergibt.

Die **Ursachen für einen solchen Missstand** sind vielfältig, und sie liegen nicht allein im Quartier. Die Entwicklungen in der Wohnungsversorgung, auf dem Arbeitsmarkt und im Wohlfahrtssystem beeinflussen die sozialräumliche Segregation – weshalb diese auch nicht allein auf Quartiersebene zu bekämpfen ist.

Die **Messung der Wirkung von Programmmaßnahmen**, wie sie im Fragenkatalog als möglich unterstellt wird, ist eine höchst komplexe, schwierige und mit den gegenwärtigen Informationsmitteln nicht zu lösende Aufgabe. Es gibt das im Fragenkatalog erwähnte Zu-

rechnungsproblem, es gibt aber außerdem schlicht das Problem der mangelnden Verfügbarkeit von Daten. In der bisherigen Programmpraxis sind die Beschreibungen der Probleme von Quartieren nur sehr selten auf harte Daten gestützt, deren Veränderung über die Zeit beobachtet werden könnte. Wir plädieren sehr dafür, bei Bund und Ländern einen Prozess anzustoßen, der die Entwicklung von quantitativen und qualitativen Methoden zur Definition und zur Messung der Veränderung von Problemlagen zum Ziel hat.

Nur eine **genaue Problemdefinition** lässt auch eine **Zielsetzung** zu, deren Erreichen gemessen werden könnte. Eine präzise Formulierung der Ziele wäre aber nicht nur wegen der Messbarkeit von Wirkungen notwendig, sondern auch um zu vermeiden, dass unrealistische Ziele formuliert werden, die dem politischen Ansehen des Programms nur schaden, weil sie zwangsläufig Misserfolge nach ziehen.

Um zu vermeiden, dass sich die Programmgebietsausweisung **nicht als Dauermaßnahme** verfestigt, wäre es sinnvoll, bereits zu Beginn der Gebietsausweisung Vorstellungen über die Dauer und vor allem über das Verfahren des Auslaufens der Förderung zu entwickeln. Die Installation eines Beobachtungssystems, an dem gleichsam wie an einem Thermometer der soziale Zustand eines Quartiers abgelesen und die Förderungsentscheidung orientiert werden könnte, ist jedoch nicht möglich, da die zu erwartenden Wirkungen so rasch nicht eintreten können - und außerdem in vielfältiger Weise von externen Entwicklungen abhängig sind, die vom Quartier aus nicht zu beeinflussen sind.

Strategische Handlungsfelder:

Ansätze zur **Ressortkooperation** hat es am Beginn der Programmlaufzeit zwar gegeben, sie sind aber entweder gescheitert oder die Bemühungen dazu haben inzwischen nachgelassen. Eine Ausnahme bildet die Kooperation mit dem Ministerium für Familie, Senioren, Jugend und Frauen. Dieses Ministerium hat sich mit eigenen Programmen eindeutig auf das Programm Soziale Stadt bezogen. Diese Angebote sind auf lokaler Ebene immer wieder als besonders wichtig und hilfreich bezeichnet worden.

Die übrigen Ministerien haben sich nicht auf eine Kooperation eingelassen, zum Teil wohl auch deshalb, weil eine gebietsbezogene Perspektive ihrer Fachpolitik fremd ist. Offenbar herrscht das allgemeine Verständnis, dass Stadtprobleme Fachprobleme des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Wohnungswesen seien. Ein angemessenes Problemverständnis für Stadtentwicklung auf Bundes- und Landesebene zu etablieren, aus dem sich das Zusammenwirken aller Fachpolitiken zu einer **integrierten Stadtpolitik** ergeben könnte, ist bisher nicht gelungen. Der Innovationsanspruch des Programms, Quartiersprobleme nicht nur als bauliche Probleme zu definieren, wird durch diese Implementationsmängel geschwächt.

Die Hemmnisse für eine erfolgreiche Kooperation und Ressourcenbündelungen sind einerseits in der fachpolitischen Abgrenzung, andererseits aber auch in dem Unvermögen zu sehen, einen Gewinn für das eigene Ressort zu definieren, der sich aus den Anstrengungen für Kooperation und Ressourcenbündelung ergeben könnte. **Stadtentwicklung für ein fachpolitisches Thema zu halten, ist aber ein grobes Missverständnis.** Das Ministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen verfügt ja nicht über die Instrumente, eine integrierte Stadtentwicklungspolitik zu betreiben. Zu bedenken ist aber auch die Abwehrhaltung verschiedener Bundesländer, die dem Bund die Kompetenz absprechen, Stadtentwicklungspolitik zu betreiben.

Dennoch ist klar: Wenn sich die Rahmenbedingungen für die Stadtentwicklung weiter so entwickeln, wie es in den letzten 20 Jahren der Fall war, werden die Probleme der Städte immer weniger durch ein **planloses Nebeneinander von Fachpolitiken** bewältigt werden können; vielmehr werden koordinierte und integrierte Anstrengungen notwendig sein, um

ökonomische, soziale und politische Fehlentwicklungen zu vermeiden. In anderen europäischen Ländern, in denen ähnliche Probleme in den Großstädten aufgetreten sind, sind stadtpolitische Programme hochrangig angesiedelt - wie z.B. in England im Amt des Premierministers. In Deutschland aber ist letztlich niemand so richtig zuständig.

Ob das Programm Soziale Stadt angesichts dieser Probleme **das geeignete Leitprogramm** ist, um Ressourcen aus unterschiedlichen Bereichen zu bündeln, ist eher skeptisch einzuschätzen. Allerdings liegt es in den Händen von Bund- und Landesregierungen, dem Programm das Gewicht zu geben, das es eigentlich haben müsste.

- Kooperationen mit externen Akteuren

Die Einbeziehung externer Akteure ist dort gut gelungen, wo es sich um Verbände oder Organisationen handelt, zu deren ‚Kerngeschäft‘ die Probleme der Quartiers- und Stadtentwicklung gehören. Insbesondere Wohnungsunternehmen und Wohlfahrtsverbände stellen deshalb wichtige Partner der Quartierspolitik dar. Nur wenig ist bisher dagegen der Einbezug von Akteuren der Privatwirtschaft außerhalb des Immobilienbereichs gelungen, da es hierfür auf beiden Seiten – bei öffentlichen Akteuren und bei privaten Unternehmern – bisher wenig Erfahrung und keine Routinen gibt. Diese Zusammenarbeit bedarf besonderer Animationsbemühungen, die in Modellvorhaben und im Engagement von spezialisierten Agenturen verstärkt werden sollten.

- Aktivierung und Beteiligung

Die Beteiligung der Bürger ist in den einzelnen Programmgebieten auf sehr unterschiedliche Weise angezielt und realisiert worden. Sie reicht von verschiedenen Versuchen der kollektiven Zielformulierung bis hin zur Vergabe von Fördermitteln durch eine Bürgerjury aus einem Quartiersfonds. Diese Form hat sich besonders bewährt, weil es sich zeigte, dass vielfach auch mit relativ kleinen Beträgen große Wirkung erzielt werden kann. Dies ist übrigens auch in der Wirkung der Projekte aus dem Programm LOS deutlich geworden, die ja nur vergleichsweise marginale Beträge umfassten.

Zweifellos hat die bisherige Programmpraxis zur Aktivierung von Bürgern in den Programmgebieten beigetragen – wobei es sich allerdings weniger um die Aktivierung von Bewohnerschichten handelt, die in der Vergangenheit solchen Aktivitäten fern standen - vielmehr wurden Handlungsmöglichkeiten vor allem für solche Bürger und Initiativen eröffnet, die aufgrund ihrer Kompetenzen und Ressourcen in der Regel ohnehin zu den Quartiersaktivisten gehören. Das ist aber nicht gering zu schätzen, denn der entscheidende Fortschritt in den Programmgebieten ist der, dass solchen Initiativen nun Handlungsmöglichkeiten eröffnet und dadurch ihr Engagement gestärkt und verfestigt wird.

- Programmbegleitung/Evaluation/Stadtentwicklungsbericht

Die Programmbegleitung durch das DIFU, die vor allem in der Verbreitung von Informationen und in der Organisation von Erfahrungsaustausch besteht, ist für ein junges Programm mit ungewöhnlichen Ansprüchen unverzichtbar. Was künftig verstärkt werden sollte, ist die wissenschaftlich-politische Reflexion über die Ziele des Programms, über seine Instrumente und die dafür notwendige Organisation. Da das Programm wegen seiner innovativen Ansprüche in der Policy-Organisation auch als ein **experimentelles Programm** betrachtet werden muss, ist eine laufende unabhängige Selbstbeobachtung und Auswertung notwendig – das Programm sollte selbst stärker als ein lernendes Programm organisiert werden.

Dazu gehört unbedingt eine **Verbesserung der Berichterstattung und Dokumentation** von Daten, die geeignet sind, die Probleme sowie deren mögliche Veränderungen abzubilden. Bund und Länder sollten darin übereinkommen, vergleichbare Daten in den Städten zu sammeln, die dann auch für eine bundesweite Berichterstattung benutzt werden könnten. Eine solche Datensammlung könnte sowohl für ein internes Controlling durch die Ge-

meinden als auch für eine wissenschaftlich angeleitete Evaluation durch unabhängige Institute benutzt werden.

Eine datengestützte Evaluation ist nur möglich, wenn sie **rechtzeitig** vorbereitet wird. Wenn man also in etwa fünf Jahren über die Wirkung des Programms Erkenntnisse gewinnen will, muss man heute damit beginnen, die entsprechenden Informationsgrundlagen zu schaffen. Zu diesem Zweck sollte ein **Expertenkreis** eingesetzt werden, der sich aus Mitgliedern der Bundes- und Landesregierungen sowie aus unabhängigen wissenschaftlichen Experten zusammensetzt.

Die Datensammlungen und eine verbesserte laufende Raumbesichtigung könnten wesentliche Bestandteile des im Antrag der Fraktionen geforderten **Berichts über die Stadtentwicklung in Deutschland** sein. Ein solcher Bericht könnte die Bedeutung der Stadtpolitik und die Aufmerksamkeit, die Bundes- und Landesregierungen der Stadtentwicklung widmen, deutlich machen und das Problembewusstsein sowohl in den betroffenen Städten als auch in der allgemeinen Öffentlichkeit steigern.

Inhaltliche Handlungsfelder:

- Lokale Ökonomie/Beschäftigung

Für die Stabilisierung der Quartiere hat die Entwicklung der lokalen Ökonomie eine herausragende Bedeutung. Die Förderung der lokalen Ökonomie wird in allen Programmen als wichtiger Programmpunkt genannt, jedoch sind bisher Projekte zur Umsetzung **noch schwach ausgebildet**. Kooperation mit der Wirtschaftsförderung gibt es in den Städten so gut wie gar nicht, da die städtischen Wirtschaftsförderer für die Quartiersökonomie in der Regel kein Interesse aufbringen.

Abgesehen von einigen Ausnahmen ist auch die Zusammenarbeit mit der **Bundesagentur für Arbeit** bisher auf sehr niedrigem Niveau geblieben. Aus der Perspektive der Bundesagentur für Arbeit ist der Gebietsbezug offenbar keine Grundlage für eine besondere Förderung. Dies ist, wenn man den wissenschaftlichen Ergebnissen zu den Wirkungen der Kontexteffekte auf dem Arbeitsmarkt folgt, aber kurzsichtig und falsch.

Die Förderung der lokalen Ökonomie müsste sowohl die Bestandspflege der ansässigen Unternehmen und Handwerksbetriebe als auch den Aufbau von lokalen ökonomischen Kreisläufen umfassen.

- Schule/Bildung

Die Situation an den Schulen halte ich für einen **Schlüsselbereich der Quartiersentwicklung**. Die Situation in den Schulen ist einerseits häufig genug die Ursache für die Abwanderung von bildungsorientierten Familien, die stabile Elemente der Sozialstruktur darstellen; andererseits könnte eine erfolgreiche Arbeit von Schulen einen großen Teil der Benachteiligungen kompensieren oder beseitigen, die durch die Konzentration von Familien darstellen, die einer bildungsfernen Kultur angehören. Eine lokale Zusammenarbeit von Quartierspolitik und Schulen ist erfreulich häufig zu beobachten, sie bezieht sich bisher aber vor allem auf die Nutzung von Freiflächen oder Gebäuden bzw. die Organisation von unterrichtsfernen Aktivitäten - kaum jedoch auf die Verbesserung des Schulerfolges. Es ist aber offensichtlich, dass die zentrale Aufgabe der Verbesserung der Bildungschancen von Jugendlichen in Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf nicht allein mit schulischen Mitteln zu erreichen ist, sondern dass hier das Umfeld mit einbezogen werden muss.

Neue schulische Konzepte und wechselseitige Unterstützung bei der Verbesserung von Lebenschancen insbesondere für Jugendliche und Kinder sind eine zentrale Zielsetzung der Quartiersentwicklung, und die Schulen müssten dabei zentrale Akteure sein. Bisher

gibt es aber nur selten eine inhaltliche Zusammenarbeit zwischen Schulverwaltung und Quartiersentwicklung. Dies ist eine **alarmierende Erkenntnis** der Evaluation.

- Migration/Integration

Obwohl in Westdeutschland der hohe Anteil von Migranten in den Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf in der Regel als ein Indikator für problematische Quartierssituationen benutzt wird, sind die **Konzepte zur Integration** von Migranten bisher vergleichsweise blass geblieben. Dies liegt nicht nur daran, dass eine Beteiligung bzw. Aktivierung von ausländischen Bewohnern bisher nur selten gelungen ist, sondern auch daran, dass den Kommunen und den Quartiersaktivisten nur in sehr beschränktem Maße Mittel für eine Erfolg versprechende Integrationspolitik zur Verfügung stehen.

Allerdings gibt es auch kaum einen anderen Handlungsbereich, in dem so wenig Klarheit und Einigkeit über die anzustrebenden Ziele besteht. Über die positiven oder negativen Wirkungen der Segregation von Migrantengruppen ist bisher zu wenig bekannt, so dass Anleitungen für eine kommunale Integrationspolitik kaum einen Konsens finden. Gerade in diesem Bereich ist es in der nächsten Zukunft notwendig, **Experimente und Modellvorhaben** der verschiedensten Art und Weise zuzulassen und zu fördern – denn wenn es nicht gelingt, das Humankapital der zweiten und dritten Generation von Zuwanderern zu entwickeln, wird nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland gefährdet, sondern es wird auch ein soziales und politisches Konfliktpotential entstehen, das – wie die Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen – zu unversöhnlichen Zuspitzungen führen kann, die sich auch in gewaltsamen Aktionen äußern.

- Innere Sicherheit

Probleme der inneren Sicherheit spielen bei den gegenwärtigen Quartierskonzepten eine **erstaunlich geringe Rolle**. Allerdings werden die Unsicherheitsgefühle, die von der Verwahrlosung im öffentlichen Raum und von zugespitzten sozialen und ethnischen Konflikten ausgehen, überall als Problem genannt. Ansätze einer kommunalen Prävention, die vor allem die Etablierung sozialer Kontrolle in unübersichtlichen und bisher kaum kontrollierten Räumen zum Ziel haben, gibt es in einigen Städten – ihre Entwicklung sollte gefördert und beobachtet werden, um Sicherheitsgefühle wieder zu stärken und so auch den sozialen Zusammenhalt in den Quartieren zu stabilisieren.

Der Oberbürgermeister



Stadt Köln

Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Stadthaus · Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln
Auskunft , Zimmer 11A62
Telefon -, Telefax -
E-Mail stadtentwicklung.statistik@stadt-koeln.de
Internet www.stadt-koeln.de

Sprechzeiten
Mo. u. Do. 08.00 - 16.00 Uhr
Di. 08.00 - 18.00 Uhr
Fr. 08.00 - 12.00 Uhr
und nach besonderer Vereinbarung

KVB Linien 1, 3, 4, 9, 151, 153 · S6, 11, 12
Haltestellen: Bhf. Deutz/Messe · Justinianstr.

15000

Deutscher Bundestag

Ausschuss für Verkehr, Bau- und
Wohnungswesen
Sekretariat
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Ihr Schreiben

11.03.2005

Mein Zeichen

15/151/We

Datum

04.04.2005

**Anhörung des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
des Deutschen Bundestages am 13.04.2005 zum Bund-Länder-Programm
,Soziale Stadt‘**

hier: **Schriftliche Stellungnahme zum Fragenkatalog
von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU und FDP
zur Anhörung des Antrages von SPD und Bündnis 90/Die Grünen
„Das Programm ‚Soziale Stadt‘ weiterentwickeln und ausweiten“
(BT-Drs. 15/4660)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Ihrem Einladungsschreiben zur oben genannten Anhörung des Bundestagsausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen überreichten Sie mir als Anlage 3 einen Fragenkatalog mit der Bitte um eine schriftliche Stellungnahme.

Mit der beigefügten Anlage zu diesem Schreiben komme ich Ihrer Bitte gerne nach. Um den Ausschussmitgliedern ausreichend Zeit zur Befassung zu geben, haben Sie die Stellungnahme auch per E-mail erhalten.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung

gez.

Bernd Streitberger
Anlage



Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“

Anhörung des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen des Deutschen Bundestages am 13.04.2005

hier: **Schriftliche Stellungnahme zum Fragenkatalog
von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU und FDP
zur Anhörung des Antrages von SPD und Bündnis 90/Die Grünen
„Das Programm ‚Soziale Stadt‘ weiterentwickeln und ausweiten“
(BT-Drs. 15/4660)**

Vorbemerkung:

Die Stadt Köln ist seit 1999 mit zwei Fördergebieten im Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ vertreten. Dabei repräsentiert das Fördergebiet Köln-Kalk (seit 2001 räumlich erweitert zum Fördergebiet Kalk/Mülheim) den Gebietstyp „altindustriell geprägter, gründerzeitlich entstandener Stadtteil“, das Fördergebiet Köln-Chorweiler den Gebietstyp „Großwohnsiedlung der 1960/70er Jahre“. Beide Gebiete wurden allerdings bereits davor (seit 1994) im Rahmen der NRW-Gemeinschaftsinitiative für „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ mit einem integrierten Handlungsansatz gefördert. Die Förderungen des Teilgebietes Köln-Kalk sowie des Fördergebietes Köln-Chorweiler im Rahmen der „Sozialen Stadt“ sind mit Ende des Jahres 2004 ausgelaufen. Bis auf den Abschluss jeweils einer größeren investiven Fördermaßnahme in Kalk und Chorweiler, wurden die im Rahmen der „Sozialen Stadt“ geförderten investiven und nicht-investiven Maßnahmen inzwischen zum Abschluss gebracht.

Die nachfolgende Stellungnahme nimmt im Schwerpunkt die kommunale Perspektive ein und basiert dabei im Wesentlichen auf den Erfahrungen der Arbeit in den o. g. Programmgebieten. Dementsprechend werden nicht alle der im vorgegebenen Fragenkatalog enthaltenen Fragen gleichermaßen ausführlich behandelt.

Fragen

1. Zielerreichung:

Gesetzliches Ziel des Programms „Soziale Stadt“ ist die Stabilisierung und Aufwertung von durch sozialen Missständen benachteiligten Ortsteilen oder anderen Teilen des Gemeindegebietes auf Grundlage von Entwicklungskonzepten, die Maßnahmen zur Verbesserung der Wohn- und Arbeitsverhältnisse sowie der Schaffung und Erhaltung stabiler Bewohnerstrukturen enthalten.



- 1 a)** Konnte in den ersten 5 Jahren Programmlaufzeit das Ziel erreicht werden, der zunehmenden sozialen Segregation in den Städten entgegenzuwirken und die Lebenssituation der Bewohner/innen in den Programmgebieten zu stabilisieren oder zu verbessern?

Die beiden Kölner Programmgebiete wurden aufgrund des NRW-Vorläuferprogramms für „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ zehn Jahre lang im Rahmen eines integrierten Handlungsansatzes gezielt gefördert. Die Schwerpunkte der Förderung sind gebietsspezifisch etwas unterschiedlich gelagert, das Handlungsziel der Schaffung und Erhaltung stabiler Bevölkerungsstrukturen gilt allerdings für beide Gebiete gleichermaßen. Dieses Ziel, das auch beinhaltet, einer zunehmenden sozio-ökonomischen Segregation entgegenzuwirken, konnte in beiden Kölner Programmstadtteilen erreicht werden. Im Stadtteil Kalk trug hierzu neben der Vielzahl sozial-integrativer Fördermaßnahmen - insbesondere zur Verbesserung der Lebenssituation und der Zukunftschancen für Kinder und Jugendliche - auch die Ergänzung des vorhandenen Wohnungsangebotes durch qualitativ höherwertigen Wohnraum sowie die Ansiedlung neuer Arbeitsplätze im Rahmen strukturfördernder investiver Maßnahmen bei.

- 1 b)** Wie definieren sich stabile Bewohnerstrukturen? An welchen Merkmalen lassen sich Missstände bei den Bewohnerstrukturen in Programmgebieten erkennen und worin werden die Ursachen für die Missstände gesehen? Wie haben sich die Merkmale von Missständen bei den Bewohnerstrukturen in der Programmlaufzeit geändert und können diese Änderungen der Wirkung der Programmmaßnahmen zugeordnet werden?

Stabile Bewohnerstrukturen können objektiv und allgemeingültig nur bedingt definiert werden. Die in der Stadtsoziologie verbreitete Ansicht, dass „balancierte“ Stadtteile ein „mittleres und moderates Maß an Heterogenität“ aufweisen, gibt per se wenig planungs- oder integrationsrelevante Aufschlüsse. Je nach Perspektive, ob aus Sicht der einheimischen Stadtbevölkerung oder aus der Sicht von Migrantinnen und Migranten, lassen sich nicht nur negative sondern durchaus auch positive Aspekte von Segregation benennen. Handlungsbedarf in einem Stadtteil besteht allerdings dann, wenn aus einer Häufung von Haushalten in ökonomischen Problemlagen eine Abwärtsspirale von selektiven Fortzügen bis hin zu einer empfundenen oder tatsächlich zu beobachtenden „doppelten Benachteiligung“ für die verbleibenden Bewohner resultiert. Das heißt, dass zusätzlich zur individuellen Problemsituation, z. B. durch Arbeitslosigkeit, eine sozialräumliche Benachteiligung, etwa durch eingeschränkte Bildungsmöglichkeiten oder Stigmatisierung des Wohnortes, kommt.

Für die Stadt Köln wurden im Rahmen einer stadtweiten Analyse von Wohnquartieren 2000/2001 in Anlehnung an den „Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt“ der ARGEBAU folgende statistische Indikatoren zur Identifikation von Stadtteilen mit besonderem „Erneuerungsverdacht“ herangezogen:

- überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit,*
- überdurchschnittlich hoher Anteil an Sozialhilfeempfängern,*
- überdurchschnittlich hoher Anteil an Kindern und Jugendlichen,*
- überdurchschnittlich hoher Anteil von Bewohnern mit Migrationshintergrund (einschl. Aussiedler deutscher Nationalität) sowie*
- eine hohe Fluktuation (repräsentiert durch die Fortzugsquote).*

Darüber hinaus konnten die umfangreichen Daten der in 2000 von der Jugendhilfeplanung erstellten flächendeckenden stadtweiten Sozialraumanalyse herangezogen werden, die auch Ausstattungsmerkmale der einzelnen Teilräume mit Einrichtungen der Sozialen Infrastruktur berücksichtigen. Diese statistischen Indikatoren müssen zur konkreten Bedarfsbenennung allerdings zwingend durch „qualitative“ Beobachtungen und Befragungen bzgl. der lokalen Akteure, der professionellen und ehrenamtlichen Selbst-



hilfenetzwerke, des Stadtteilimages und der Identifikation der Bewohner mit ihrem Stadtteil, des spezifischen Konfliktpotenzials etc. ergänzt werden.

Da die Ursachen instabiler Bevölkerungsstrukturen in einer Vielzahl komplex verwobener exogener und (stadtteil-)endogener Faktoren begründet sind, ist die konkrete Rückführung von statistisch signifikanten Veränderungen auf einzelne Programmmaßnahmen, insbesondere in großen Programmgebieten, oftmals kaum möglich. So kann z.B. die unternehmerisch motivierte Entscheidung zu Schließung oder Verlagerung eines großen oder mittelständischen Betriebes die positiven Ergebnisse mehrerer erfolgreicher Eingliederungsmaßnahmen von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt mehr als egalisieren.

- 1 c)** An welchen Umständen sollte die Zielerreichung, die letztendlich zum Ende der Programmgebietsausweisung auf Grundlage des BauGB führen müsste, festgemacht werden? Mit welchen Instrumenten kann sichergestellt werden, dass die Programmgebietsausweisung sich nicht als Dauermaßnahme verfestigt, wenn der gesetzlich festgehaltene besondere Entwicklungsbedarf als Voraussetzung nicht mehr besteht? Wie kann die Einhaltung dieser Voraussetzung gewährleistet werden?

Indikatoren zur erfolgreichen Zielerreichung können nur gebietsbezogen und in Relation zur Entwicklung in der Gesamtstadt definiert werden. Ideal wäre es, die „Entlassung“ aus der Förderung im Konsens mit allen beteiligten lokalen Akteuren vor Ort auf der Grundlage einer vorab definierten Zielvereinbarung zu beschließen. Faktisch ist die zeitliche Begrenzung der maximalen Förderdauer, unterteilt in eine

- 1) Aufbau- / Zielentwicklungsphase,*
- 2) Umsetzungsphase und*
- 3) Auslauf- / Verstetigungsphase*

seitens des Gesetzgebers zu empfehlen, um dauerhafte Abhängigkeiten oder Erwartungshaltungen bzw. die Formulierung unrealistischer Zielvorgaben zu vermeiden.

Ein wichtiger Beleg der Zielerreichung ist die Belegung privater Investitionstätigkeiten in den Programmgebieten zur Schaffung neuer Arbeitsplätze oder zur Errichtung bzw. Modernisierung von Wohnraum.

Strategische Handlungsfelder

2. Ressourcenbündelung und ressortübergreifende Zusammenarbeit

Das Programm „Soziale Stadt“ setzt auf die Bündelung von Ressourcen aus verschiedenen Ressorts auf den Ebenen Bund, Land und Kommune. Investive, städtebauliche Maßnahmen werden durch nicht-investive Maßnahmen etwa im sozialen, arbeitsmarktpolitischen und kulturellen Bereich ergänzt.

- 2 a)** In welchen Bereichen sind die Ressortkooperation und Ressourcenbündelung erfolgreich umgesetzt worden, wo besteht Nachholbedarf? Was sind die Hemmnisse für eine erfolgreiche Kooperation und Ressourcenbündelung?

Auf kommunale Ebene stellen Ressortkooperationen und umfangreiche Abstimmungen der planenden (technischen) Verwaltung in Köln bei allen komplexeren Planungs- und Bauvorhaben seit langem die gängige Praxis dar. Bei den investiven Fördermaßnahmen im Rahmen der „Sozialen Stadt“ konnten diese bereits etablierten Kooperationen mit gutem Erfolg in den Prozess der Programmkonzeption, Projektentwicklung und Umsetzung integriert werden. Eine Ressourcenbündelung wurde dabei schon durch die erforderliche Kofinanzierung der Förderquote von Bund- und Ländern durch den kommunalen Haushalt gewährleistet.



Im Bereich der Konzeption, Steuerung und internen Evaluierung der nicht-investiven, d.h. sozial-integrativen Maßnahmen, sowie bei der Abstimmung investiver und nicht investiver Maßnahmen hat das Programm auf kommunaler Ebene erheblich zur Ausbildung neuer und zum Teil sehr effektiver dezernats- bzw. ämterübergreifender Kooperationsstrukturen beigetragen. Es bleibt allerdings abzuwarten, in wie fern diese Projektgruppen entsprechend der Zielsetzung über die Laufzeit des Programms hinaus Bestand haben werden.

- 2 b)** Wie kann eine Vertiefung der Ressortkooperation und eine bessere Abstimmung der Förderprogramme auf Bundes- und auf Landesebene erreicht werden?

Die kommunalen Erfahrungen mit der Ressortkooperation auf NRW-Landesebene (abgebildet in der Interministeriellen Arbeitsgruppe / INTERMAG) sind gut und belegt durch das Handlungskonzept stützende Standortentscheidungen (z.B. Kölner Polizeipräsidium nach Kalk) bzw. die Vergabe spezieller Ressortförderungen (z.B. Einbeziehung Kalks in das Regionale Wirtschaftsförderungsprogramm NRW und Förderung des Rechtsrheinischen Technologiezentrums über das Landeswirtschaftsministerium).

- 2 c)** Was können die kommunalen Akteure vor Ort zur Verbesserung der Mittelbündelung tun und wie können sie dabei unterstützt werden?

Eine ämterübergreifende kommunale Koordinationsstelle für die unterschiedlichen sozialraumorientierten Förderprogramme, anstelle der jetzigen ressortorientierten Programmverantwortung, würde dazu beitragen, Reibungsverluste bei der Bedarfsanalyse, Mittelbeantragung und Projektkonzeption und Programmumsetzung zu vermeiden.

- 2 d)** Ist das Programm „Soziale Stadt“ als Teil der Städtebauförderung das geeignete Leitprogramm, um Ressourcen aus unterschiedlichen Bereichen zu bündeln?

Aus Sicht der bisherigen Kölner Erfahrungen kann dies grundsätzlich mit Ja beantwortet werden, insbesondere hinsichtlich der Bündelung und Abstimmung investiver Strukturförderungsmaßnahmen. Aufgrund der tragfähigeren finanziellen Dotierung (z. B. im Vergleich zu den Partnerprogrammen E&C etc.) und der (zumindest in NRW) großen Flexibilität bezüglich einer individuellen lokalen Ausgestaltung, z. B. in Hinblick auf die Kombination investiver und nicht investiver Maßnahmen, hat es sich als Leitprogramm für eine sozialraumbezogene Ressourcenbündelung und einen ganzheitlichen Stadtteilentwicklungsansatz bewährt. Insbesondere bei der Umsetzung auf lokaler Ebene durch eine „neutrale“ Beurteilungs- und Steuerungsinstanz im Bereich der kommunalen Stadtentwicklungsplanung war die Gefahr einer etwaigen Zielgruppenabhängigkeit nicht gegeben. Alternativ (unter Beachtung der v.g. Anmerkung) könnte eine Konzentration und Kompetenzbündelung für überwiegend nichtinvestive Maßnahmen im Ressortbereich von Jugend und Soziales (einschließlich Wohnungswesen) geprüft werden.

3. Kooperation mit externen Akteuren

Der integrative Ansatz des Programms „Soziale Stadt“ beinhaltet auch, nicht-staatliche Akteure – Wohnungsunternehmen, Wohlfahrtsverbände, Träger der Gemeinwesenarbeit, Industrie- und Handelskammern, Gewerkschaften – in die Umsetzung mit einzubeziehen.

- 3 a)** In welchen Bereichen ist die Einbeziehung der externen Akteure gut gelungen und hat das die Erreichung der Programmziele positiv beeinflusst? Wo gibt es Nachholbedarf?

Die Einbeziehung der o. g. nicht-staatlichen Akteure ist zum Großteil gut gelungen.



Positive Erfahrungen wurden v.a. gemacht im Rahmen von public-privat-partnership mit privaten Investoren und Grundstücksentwicklern, der Kooperation mit ortsansässigen Betrieben sowie bei der Zusammenarbeit mit lokalen Trägern der Gemeinwesenarbeit. Die Kooperation mit den ortsansässigen Wohnungsunternehmen fällt sehr verschieden aus. Neben sehr kooperativen Unternehmen entziehen sich einige Wohnungsgesellschaften der gewünschten Zusammenarbeit.

- 3 b)** Wie kann die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit Verbänden der Wohnungswirtschaft, Wohlfahrtsverbänden u. a. für die Projektverantwortlichen vor Ort Impulse für eine bessere Einbeziehung externer Akteure setzen?

Auf Verbandsebene ist aus kommunaler Sicht genügend Verständnis und Unterstützung vorhanden.

4. Aktivierung und Beteiligung

- 4 a)** Ist das Ziel einer aktiven Beteiligung der Bewohner/innen erreicht worden? Mündet diese Beteiligung in sich dauerhaft selbst tragende Strukturen der Bewohnerorganisation?

Das Ziel einer aktiven Bewohnerbeteiligung konnte nur teilweise erreicht werden. Die Kölner Erfahrungen zeigen, dass eine „flächendeckende“ Bewohnerbeteiligung, wie sie vor allem in Verbindung mit den städtebaulichen Leitprojekten, z. B. dem Bürgerpark Kalk, vorgesehen war, mangels ausreichenden Bewohnerinteresses oder nicht adäquater Ansprache nicht befriedigend erreicht werden konnte. Hier mag sich vor allem auch die Größe der Kölner Programmgebiete, insbesondere des Gebietes Köln-Kalk mit über 33.000 Einwohnern beteiligungshemmend ausgewirkt haben. Außerdem ist zu beachten, dass insbesondere die persönlichen Problemlagen bei großen Teilen der Bevölkerung zu anderen Prioritätensetzungen führten.

Guten und dauerhaften Erfolg hatten inhaltlich, räumlich und zeitlich begrenzte, eher kleinteilige Beteiligungsprojekte. Exemplarisch können hier die vielfältigen vom Stadtteilbüro Gernsheimer Straße ausgehenden Aktivitäten zum Aufbau selbst tragender Bewohnerinitiativen, etwa zur Wohnumfeldgestaltung, Mieterarbeit und Beratung, Jugend-, Senioren- und interkulturellen Arbeit in der gleichnamigen eingegrenzten Hochhaus-Siedlung genannt werden.

Die Kölner Erfahrungen zeigen, dass der Anspruch, sich dauerhaft selbst tragende Strukturen der Bewohnerorganisation durch das Programm „Soziale Stadt“ zu etablieren sehr hoch gesteckt ist. Bei allen Erfolgen der Bürgeraktivierung im Rahmen der intensiven Gemeinwesenarbeit zeigen sich gerade in den betroffenen Gebieten mit ihrer spezifischen Problematik deutliche Grenzen des Potenzials für dauerhaftes selbst tragendes Engagement.

- 4 b)** Wie funktioniert die Abstimmung der Bewohnerorganisationen mit den kommunalen Verwaltungen bzw. auch mit gewählten kommunalen Gremien?

Als vernetzende intermediäre Gremien haben sich sozialraum- und themenbezogene Arbeitskreise und Arbeitsgruppen bewährt, die niedrighschwellig arbeiten und nur gering formalisiert sind.

- 4 c)** Welchen Beitrag leistet das Programm Soziale Stadt zur Umsetzung des Leitbildes vom aktivierenden Staat? Werden tatsächlich auch bisher passive Bürger aktiviert?
Grundsätzlich kann das Programm einen großen Beitrag zum o. g. Leitbild leisten.



Die konkrete Umsetzung des Programms auf der Gebietsebene zeigt allerdings, dass Bürgeraktivierung per se als Ziel bzw. Selbstzweck für die Stadtteilarbeit viel zu abstrakt bleibt. Erst in Verbindung mit konkreten, aus den lokalen Bedarfen und von den lokalen Akteuren artikulierten Handlungszielen und Arbeitsaufträgen funktioniert die Aktivierung vor Ort und leistet diese einen nachhaltigen Beitrag zur Stadtteilentwicklung (insbesondere durch stärkere Identifizierung mit dem eigenen Viertel und somit verstärkter Übernahme von Mitverantwortung) und zur Lösung der drängenden Probleme vor Ort.

5. Programmbegleitung/Evaluation/Stadtentwicklungsbericht

Die Programmbegleitung durch das Deutsche Institut für Urbanistik hat einen entscheidenden Beitrag zur Implementation des Programms geleistet.

5 a) In welcher Form sollte die Programmbegleitung fortgesetzt werden?

Die kompetente Programmbegleitung durch das DIFU sollte in der bisherigen Form (Informationstransfer, Evaluierung, Praxisdatenbanken und Fachveröffentlichungen) fortgesetzt werden. Darüber hinaus wäre die gelegentliche Organisation und Auswertung von themenspezifischen Fachtagungen und -foren (z. B. nach dem Vorbild der E&C-Zielgruppenkonferenzen oder den Angeboten des ILS NRW) eine sinnvolle Ergänzung. Hier sollten vor allem auch die Erfahrungen „alter“ Fördergebiete, insbesondere bezüglich der Verstetigung von Maßnahmen und der Schaffung nachhaltiger selbst tragender Strukturen, zusammengeführt und in Wert gesetzt werden.

5 b) Wie kann die Evaluierung zu einem Instrument zur kontinuierlichen Überprüfung der Zielerreichung, der Qualitätssteuerung und als Grundlage der Politiksteuerung ausgebaut werden?

Das mehrstufige, vom intermediären Expertenkreis Evaluation im Rahmen des Programms „Soziale Stadt NRW“ entwickelte und seit 2004 in Anwendung befindliche Evaluationssystem stellt diesbezüglich einen ambitionierten Ansatz dar, der nach seiner Pilotphase in NRW bundesweit übertragen werden könnte.

Inhaltliche Handlungsfelder

6. Lokale Ökonomie/Beschäftigung

6 a) Welche Bedeutung hat die lokale Ökonomie für die Quartiersentwicklung?

Dies hängt von der Struktur der Fördergebiete ab. Wo, wie in Köln-Kalk, das plötzliche Wegbrechen eines Großteils der quartierbezogenen Arbeitsplätze der Auslöser für die Destabilisierung des Quartiers gewesen ist, kommt dem Wiederaufbau einer zukunftsfähigen lokalen Wirtschafts- und Beschäftigungsbasis auch ein zentraler Stellenwert in der gesamten Stadtteilentwicklung zu. Hierzu gehört an vorderster Stelle die Schaffung adäquater Rahmenbedingungen (mit Flächenaufbereitungen und Leitprojekten) als Angebot für die Bildung zukunftsweisender Wirtschaftsstrukturen mit neuen Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Für alle Fördergebiete gilt unabhängig vom möglichen Ziel der Schaffung bzw. Ansiedlung quartierbezogener Arbeitsstätten weiterhin, dass die Vermittlung von beruflichen Perspektiven und Bildungschancen, insbesondere für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene – nicht nur mit Migrationshintergrund – der Schlüssel für eine Integration in Beruf und Gesellschaft und damit für eine erfolgreiche Stabilisierung der Bevölkerung in den betroffenen Quartieren ist.

- 6 b)** Inwieweit wird die Förderung der lokalen Ökonomie vor Ort als wichtiges Handlungsfeld der Quartiersentwicklung wahrgenommen und in Projekte umgesetzt? Inwieweit gelingt die Kooperation mit der Wirtschaftsförderung, Industrie- und Handelskammern usw.? Welches sind die geeigneten Maßnahmen, um den Bereich lokale Ökonomie als Handlungsschwerpunkt in die Programmumsetzung zu integrieren?

In den Kölner Programmgebieten hat dieses Handlungsfeld von Beginn an einen zentralen Stellenwert. Dabei ist der Schwerpunkt jeweils etwas unterschiedlich gelagert. Im Programmgebiet Köln-Kalk steht die lokale Wirtschaftsentwicklung und Existenzgründerförderung zur Schaffung und Ansiedlung neuer zukunftsträchtiger Arbeitsplätze, u. a. durch investive Leitprojekte wie das Rechtsrheinische Technologie- und Gründerzentrum (RTZ) sowie den Technikhof Kalk in enger Kooperation mit der städtischen Wirtschaftsförderung, der IHK sowie dem vor Ort neu gegründeten ‚Verein zur Förderung der rechtsrheinischen gewerblichen Wirtschaft Köln‘ e.V. aber auch mit den Kölner Forschungseinrichtungen im Vordergrund. Teilweise waren bzw. sind die genannten Partner direkt in den Aufbau der Maßnahmen einbezogen worden. In der Großwohnsiedlung Köln-Chorweiler liegt der Schwerpunkt der Maßnahmen im Handlungsfeld Beschäftigungsförderung und Qualifizierung. Ziel ist es hier, mit entsprechenden Maßnahmen, z.B. durch Ausbildung, vorübergehende Beschäftigung und gezielte Vermittlung, die Arbeitsmarktchancen der Bewohnerinnen und Bewohner, insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene zu erhöhen.

- 6 c)** Welche Abstimmungen hat es bisher zwischen der Bundesagentur für Arbeit einerseits und Bund, Länder und Gemeinden andererseits in Bezug auf die Programmgestaltung gegeben? Welche Ansatzpunkte gibt es, arbeitsmarktpolitische Instrumente gezielt in Gebieten der „Sozialen Stadt“ einzusetzen?

Im Programmgebiet Köln-Kalk wurde z.B. der Umbau aufgelassener Industriehallen zum Technikhof Kalk für Gewerbe, Handwerk und technische Dienstleister durch direkte Einbeziehung des geförderten Zweiten Arbeitsmarktes in die Umbauarbeiten beteiligt. Die Jugendlichen, von der örtliche BA benannten Teilnehmer wurden während der befristeten Beschäftigungsverhältnisse begleitend qualifiziert. Bei der Entwicklung des integrierten Handlungskonzeptes wurde die BA beteiligt.

- 6 d)** Welche Entscheidungskriterien sind bei der Bundesagentur für Arbeit beim Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente relevant und können diese Instrumente gezielt auf die kleinräumliche Ausrichtung des Programms „Soziale Stadt“ angewendet werden?

Da eigens ein Vertreter der Bundesagentur für Arbeit als Experte geladen wurde, wird von der Beantwortung dieser Frage abgesehen.

- 6 e)** Wie werden die Möglichkeiten der bisherigen Ausgestaltung des Programms zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse eingeschätzt? Gibt es signifikante Ergebnisse bei der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in den Programmgebieten, die auf die Wirkung des Programms zurückzuführen sind?

Wie bereits die oben genannten Beispiele verdeutlichen, bietet das Programm grundsätzlich gute Möglichkeiten, ein breites Spektrum von arbeitsmarktstützenden und beschäftigungsfördernden Projekten auf der Angebots- u. Nachfrageseite zu initiieren. Signifikante Ergebnisse sind in den Kölner Programmgebieten insbesondere auf der Angebotsseite, d.h. im Bereich der Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Existenzgründerförderung und Neuansiedlungen empirisch belegt, was eindeutig auf Maßnahmen im Rahmen des Programms zurückgeführt werden kann. Im Bereich der Qualifizierung, Vermittlung und Beschäftigungsförderung sind die konkreten Wirkungen der Maßnahmen



schwieriger empirisch zu belegen. Trotz positiver Vermittlungsbilanzen der einzelnen beschäftigungs- und ausbildungsfördernden Projekte, sind signifikante positive Änderungen der Arbeitslosenquote insgesamt bislang leider ausgeblieben. Die Arbeitslosenquote stagniert im Trend in den Programmgebieten auf hohem Niveau, wobei allerdings auch die Größe der Kölner Gebiete zu berücksichtigen ist. Offenbar zeigt sich hier die Grenze der lokalen Einflussmöglichkeit auf die gesamtwirtschaftliche Situation.

7. Kombination mit Stadtumbau

- 7 a)** Welche Erfahrung gibt es mit der Verknüpfung des Programms „Soziale Stadt“ mit Maßnahmen des Stadtumbaus und wie werden sie bewertet? Wie kann eine solche Verknüpfung sinnvoll aufgebaut werden?

Es gibt noch keine diesbezüglichen Erfahrungen, da Köln nicht im Programm „Stadtumbau West“ vertreten ist.

8. Schule / Bildung

- 8 a)** Welche Bedeutung hat die Situation an den Schulen für die Quartiersentwicklung?

Die Situation an den Schulen hat für die Entwicklung der Quartiere eine zentrale Bedeutung. Schulen werden zunehmend zu den Schlüsselinstitutionen für die Integration von deutschen und ausländischen Kindern. Sie sind, zusammen mit den Kindertagesstätten, oftmals gefordert eine erhebliche Kompensationsleistung zu erbringen, wo Eltern aufgrund von Notlagen ihre Erziehungsaufgabe nicht mehr erfüllen können. Andererseits stellt Schulsegregation, d. h. der Wegzug von einkommensstärkeren Haushalten in der Familiengründungsphase aufgrund von tatsächlichen oder vermuteten Problemsituationen an Schulen im Stadtteil eine wesentliche Ursache für das Entstehen instabiler Bewohnerstrukturen dar. Die Stärkung von Schulen in ihrem Bildungs-, Integrations- und Erziehungsauftrag kann als eine der zentralen Aufgaben einer nachhaltig stabilisierenden Stadtteilentwicklung gesehen werden. Die Schulen sind jedoch durch Anstrengungen für eine weniger einseitige Bevölkerungsstruktur in ihren Einzugsbereichen zu unterstützen (z.B. durch Steuerung der Belegung öffentlich geförderter Wohnraums, durch Unterstützung freifinanzierten Wohnungsbaus auf disponiblen Wohnbauflächen oder durch Maßnahmen wie „Mieter werden Eigentümer“).

- 8 b)** Inwieweit ist es bisher vor Ort gelungen, die Schulen in die Umsetzung des Programms einzubeziehen? Inwiefern trägt dies zum Erfolg des Programms bei?

In den Kölner Programmgebieten wurden bislang eine Vielzahl von Projekten und Maßnahmen, insbesondere im Bereich Berufsorientierung, Sprachförderung, Gewalt- und Suchtprävention in enger Kooperation mit Schulen sowie z. T. auch mit Kindertagesstätten durchgeführt. Dadurch konnte die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen sowie z. T. auch der Lehrer als Multiplikatoren erreicht werden, was sich positiv auf den Projekterfolg auswirkt.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen allerdings auch, dass Schulen bislang überwiegend als Maßnahmenteilnehmer bzw. Angebotsnehmer „bedient“ bzw. beteiligt worden sind. Zukünftig ist angestrebt, die Schulen darüber hinaus als Akteure stärker bereits in Zielfindungs- und Projektentwicklungsprozesse einzubinden. Exemplarisch wird dies im neuen Programm(teil)gebiet Köln-Mülheim beispielsweise seit 2004 durch die Initiierung eines außerschulisch moderierten „Qualitätszirkels“ zur Entwicklung und Stärkung der gewaltpräventiven Arbeit an Schulen (unter Beteiligung von Lehrern, Jugendeinrichtungen, der Polizei, der lokalen Sportvereine etc.) durchgeführt.



- 8 c)** Welche Ansätze auf Bundes- bzw. Landesebene gibt es, den Sozialraumbezug in der Schul-/Bildungspolitik zu stärken und diese gezielt auf Problemquartiere auszurichten?

Exemplarisch für eine Vielzahl von Initiativen kann hier das GÖS („Gestaltung des Schullebens und Öffnung von Schule“)-Beratungsangebot des Landes NRW (Landesschulinstitut) genannt werden, dessen Ziele es sind,

- aus der räumlichen und gesellschaftlichen Situierung der Schule im Stadtteil Ansätze für lebensweltorientierten Unterricht zu entwickeln,*
 - eine Plattform für entsprechende Fortbildungen und Erfahrungsaustausch zwischen Lehrern und außerschulischen Partnern zu bieten,*
 - partizipatorische Ansätze in Unterricht und Lehrplanentwicklung zu stärken sowie*
 - Eigenverantwortung der Schulen durch neue Formen der Selbständigkeit zu fördern.*
- Auch das Landesmodellvorhaben „Selbständige Schule“ bietet u. a. Handlungsspielräume für einen stärkeren Sozialraumbezug.*

- 8 d)** Welches sind die geeigneten Maßnahmen, um den Bereich Schule/Bildung als Handlungsschwerpunkt in die Programmumsetzung zu integrieren?

- 1. Stärkere Einbindung der Schulvertreter in die Steuerungsnetzwerke zur Zielfindung und Programmentwicklung*
 - 2. Öffnung der Schulen im Stadtteil auch für außerschulische Angebote für die gesamte Quartiersbevölkerung*
 - 3. Entlastung von Bildungs- und Erziehungsaufgaben durch zielgerechte Ergänzungsangebote z.B. im Bereich der Sprachförderung, Projektarbeit, Gesundheitsprophylaxe, Gewalt- und Suchtprävention, Berufsorientierung etc.*
- Zusätzliche inhaltliche und zeitliche Anknüpfungspunkte hierfür werden sich in Zukunft in NRW vor allem im Rahmen der Offenen Ganztagsgrundschule ergeben können.*

9. Migration / Integration

- 9 a)** Welche Rolle spielen Projekte zur Integration von MigrantInnen bisher bei der Umsetzung des Programms vor Ort? Inwiefern tragen sie zu einem besseren Miteinander in den Quartieren und zum Erfolg des Programms bei?

Solche Projekte spielen in den Kölner Programmgebieten schon aufgrund des auch im landesweiten Vergleich hohen Anteils an Migrantinnen und Migranten und von Einwohnern mit Migrationshintergrund (in Kalk über 40 %, in Chorweiler rd. 45 %) eine große Rolle. Die Mehrzahl der Projekte im nicht-investiven Bereich haben dementsprechend als Mehrzielprojekte den Anspruch zur Integration von Migrantinnen und Migranten unterschiedlicher Herkunft beizutragen. Nicht immer wird jedoch der Integrationsanspruch dabei explizit als Projektziel formuliert, sondern gilt als Grundbedingung zur Erreichung der inhaltliche Ziele. Entsprechend sind bspw. die sozial-integrativen Handlungsfelder des „Kalk-Programms“ nicht zielgruppen-, sondern themenbezogen ausgerichtet:

- Beschäftigungsförderung und Berufsorientierung*
- Qualifizierung und Bildung*
- Prävention von Gewalt und Sucht sowie Gesundheitsvorsorge*
- Stadtteilkunst und -kultur*
- Angebote der sozialraumorientierten Gemeinwesenarbeit.*

Die Angebote tragen auf vielfältige Weise zu einem besseren Miteinander in den Quartieren bei, z.B. durch Sprachförderung und Hausaufgabenbetreuung, durch migrantenspezifische Beratungs-, Freizeit- und Kulturangebote, durch interkulturelles Lernen bzw. das explizite Vermitteln interkultureller Kompetenzen und generell durch Vermitt-



lung sinnvoller Lebensperspektiven für Beruf, Familie und Freizeit.

- 9 b)** Inwieweit ist auf Bundes- und Länderebene eine Verknüpfung von Integrationspolitik mit dem Programm „Soziale Stadt“ gelungen? Wie kann Integrationspolitik gezielt auf Soziale Stadt-Gebiete ausgerichtet werden?

Aus Sicht der kommunalen Praxis stellt sich die bisherige Integrationspolitik von Bund- und Ländern in Bezug auf konkrete Handlungsansätze auf der Quartiersebene in Gänze noch nicht klar konturiert dar. Aufgrund der i. d. R. hohen Anteile von Migrantinnen und Migranten in den (westdeutschen) „Soziale Stadt“-Gebieten sind jedoch gerade diese Bereiche prädestiniert für vorbildliche Initiativen der Integrationspolitik.

- 9 c)** Ist erkennbar, ob Stadtquartiere mit einem besonders hohen Anteil von Migrantinnen und Migranten regelmäßig die Voraussetzung für die Ausweisung als Programmgebiet erfüllen? Welche Maßnahmen werden speziell in diesen Gebieten in den kommunalen Entwicklungskonzepten erarbeitet, um das Programmziel, der sozialen Segregation entgegenzuwirken, zu erreichen? Welche Rolle spielt dabei die Absicht, mit Unterstützung der (kommunalen) Wohnungsunternehmen, bei Neuvermietung explizit auf eine bessere Durchmischung der Bewohnerstruktur zu achten? Muss diesem Aspekt bei der Beratung des Entwurfs des Antidiskriminierungsgesetzes im Deutschen Bundestag besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden?

Es besteht keine gesetzmäßige Regelhaftigkeit aber eine erkennbare Häufung des Zusammenfallens eines hohen Anteils von Migrantinnen und Migranten und der übrigen, für die Gebietsausweisung erforderlichen Indikatoren (s. o. 1b). Eine Maßnahme, der sozialen Segregation entgegen zu wirken, ist vor allem die Angebotsergänzung durch zusätzlichen, qualitativ höherwertigen Wohnraum. Im Programmgebiet Kalk wird dies aktuell und in naher Zukunft durch die Errichtung von rd. 1.800 WE, davon die überwiegende Zahl frei finanziert, auf disponiblen Altgewerbeflächen praktiziert. Die Stadtteilbevölkerung wird dadurch kurz- u. mittelfristig nicht verdrängt, sondern durch in sozio-ökonomischer und demographischer Hinsicht potenziell stabilisierend wirkende Haushalte ergänzt. An diesem Ziel sollte sich auch die Belegungspraxis der lokalen Wohnungsunternehmen orientieren (vgl. auch 8a). Bei den Beratungen zum Antidiskriminierungsgesetz sollte darauf geachtet werden, den kommunalen Akteuren einen entsprechenden Handlungsspielraum zu erhalten.

10. Innere Sicherheit

- 10 a)** Ist ein Zusammenhang zwischen Gebieten mit gravierenden sozialen Missständen und der räumlichen Kriminalitätsentwicklung zu beobachten? Welche Rolle spielt die Kriminalitätsentwicklung bei der Erstellung der kommunalen Entwicklungskonzepte für die Programmgebiete? Welche Ansätze gibt es, die Zusammenarbeit zwischen Kommune, Polizei und den Akteuren gezielt zur Erhöhung der Inneren Sicherheit in den Programmgebieten zu forcieren?

Obwohl für Köln bislang objektiv kein signifikanter Zusammenhang zwischen den o. g. Aspekten beobachtet werden kann, ist die enge Kooperation mit der Polizei in den Programmgebieten auf der Basis von intermediären Netzwerken – hier insbesondere zu den Themenbereichen Sucht- und Gewaltprävention – und Bewohnersprechstunden im Quartier ein wichtiger und bewährter Bestandteil des integrierten Handlungsansatzes. Damit soll neben der objektiven Verbesserung der Sicherheit im Quartier auch der Tendenz einer generellen Stigmatisierung sozial benachteiligter Quartiere, zu denen auch die Programmgebiete gehören, durch sachliche Behandlung des Themas Innere Sicherheit entgegen gewirkt werden.



INNENMINISTERIUM BADEN - WÜRTTEMBERG
Abteilung 3 - Landespolizeipräsidium -

Innenministerium Baden-Württemberg . Pf. 10 24 43 . 70020 Stuttgart

An den Vorsitzenden des Ausschusses für
Verkehr, Bau- und Wohnungswesen des
Deutschen Bundestages
Herrn MdB Eduard Oswald
Platz der Republik 1

Stuttgart, 05.04.2005
Telefax (07 11) 231- 33 99
Durchwahl (07 11) 2 31- 3320 oder 3980
Aktenzeichen: 3-1212.9/10
(Bitte bei Antwort angeben)

11011 Berlin

**Bund-Länder-Programm "Die Soziale Stadt";
Stellungnahme zur Öffentlichen Anhörung am 13. April 2005 zu dem Antrag der Frak-
tion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN**

Ihr Schreiben vom 11. März 2005

Anlagen 2

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Einladung zu der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Verkehr-, Bau- und Wohnungswesen am Mittwoch, 13. April 2005 zum Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Das Programm „ Die Soziale Stadt“ weiterentwickeln und ausweiten“; BT-Drucksache 15/4660, an der ich wie angekündigt in Vertretung von Herrn Landespolizeipräsident Erwin Hetger teilnehmen werde. Wie erbeten übersende ich Ihnen vorab die Schriftfassung meiner Stellungnahme.

Mit Blick auf die Liste der weiteren eingeladenen Sachverständigen habe ich mich bei der Beantwortung des Fragenkatalogs vor allem auf jene Bereiche fokussiert, denen aus polizeilicher Perspektive besondere Relevanz für die Bewertung und Weiterentwicklung des Bund-Länder-Programms „Die Soziale Stadt“ zukommt und dabei den Schwerpunkt meiner Stellungnahme auf den Aspekt der Inneren Sicherheit gelegt.

Gestatten Sie mir zunächst einige grundsätzliche Anmerkungen zum Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt“.

Dienstgebäude:

Dorotheenstraße 6
70173 Stuttgart

☎ Vermittlung
(07 11) 2 31-4

☎ Telefax
(07 11) 2 31-50 00

X.400:

C = DE A = DBP P = BWL
O = IM S = Poststelle

Internet:

poststelle@im.bwl.de
www.im.baden-wuerttemberg.de



Gekennzeichnete Parkplätze
Karlstraße, Dorotheenstraße

VVS-Anschluß:

Charlottenplatz

Ziel des 1999 gestarteten Programms ist es, die Lebenssituation der betroffenen Menschen in den benachteiligten Stadtquartieren durch eine aktive und integrativ wirkende Stadtentwicklungspolitik zu verbessern und der sich verschärfenden sozialen und räumlichen Spaltung in den Städten gegenzusteuern. Voraussetzung für den Einsatz von Mitteln des Programms „Die Soziale Stadt“ ist die Ausweisung von Programmgebieten. Derzeit werden in Baden-Württemberg insgesamt 27 Städte und Gemeinden im Rahmen des Programms mit 41 Maßnahmen gefördert. Bei Durchsicht der genannten Stadtteile fällt auf, dass viele hiervon aus polizeilicher Sicht durchaus als Brennpunkte gelten. Insofern scheint die Gebietsauswahl des Förderprogramms in Baden-Württemberg - ohne dass diese Einschätzung auf einer tragfähigen Problemdiagnose bzw. auf einer objektiven Grundlage basiert - gelungen zu sein.

Im Einzelnen lassen sich die Ergebnisse und Erfahrungen auf Grundlage der in Baden-Württemberg geförderten Programmgebiete aus polizeilicher Sicht wie folgt zusammenfassen:

Zielerreichung

Nach meinem Eindruck hat – gestützt auf punktuelle Praxisbefragungen – das Programm „Die Soziale Stadt“ durch seinen bereiten Ansatz in sehr vielen Programmgebieten zu deutlichen Verbesserungen auch der Sicherheit geführt. Ausweislich der Befragung kann konstatiert werden, dass mit dem Programm insbesondere die negativen Folgen, die von der räumlichen Konzentration sozial benachteiligter Haushalte ausgehen, teilweise deutlich reduziert bzw. in einigen Fällen auch beseitigt werden konnten. Hier waren es vor allem bauliche und städtebauliche Maßnahmen sowie die Verbesserung der Infrastruktur, durch die die Lebensbedingungen in den geförderten Programmgebieten insgesamt verbessert und Stigmatisierungen reduziert werden konnten. Die ganzheitlichen Maßnahmen trugen in vielen Fällen zu einer deutlich sichtbaren Reintegration benachteiligter Stadtteile in die Gesamtstadt bei. Die gezielte Aktivierung und Mobilisierung der Bewohner durch gebietsbezogene Handlungsprogramme bewirkte hierbei nicht selten ein deutlich wahrnehmbares „Wir-Gefühl“, förderte die Identifikation mit dem Stadtteil und führte dazu, dass Verwahrlosungen und Vernachlässigungen beseitigt wurden.

Gleichwohl bleibt bei anhaltender Zunahme der ethnisch-kulturellen Heterogenität in den Städten bei zugleich liberaler Wohnungspolitik die soziale und ethnische Segregation ein kommunalpolitisches Dauerthema.

In zahlreichen Programmgebieten konnten die Wohn- und Lebensbedingungen (durch baulich-investive Maßnahmen und Projekte, insbesondere durch die Aktivierung vorhandenen Potenzials), die individuellen Lebenschancen (durch Vermittlung von Fähigkeiten, Fertigkeiten und Wissen, Eröffnung von Zugangsmöglichkeiten in den Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie Hilfen zur Selbsthilfe) sowie das Gebietsimage und die Identifikation mit den Quartieren deutlich verbessert werden. Beispielhaft sei auf das Projekt „Frischer Mut“ in Mannheim hingewiesen, wo es auf vorbildliche Weise gelungen ist, einem extrem schwierigen Quartier durch einen engagierten gemeinschaftlichen Modernisierungs- und Aufwertungsprozess wieder eine Perspektive zu geben. Auch aus Albstadt wird berichtet, dass die Zahl der polizeilichen Einsätze aus Anlass von Straftaten und Ordnungsstörungen nach Beginn der Maßnahmen im Programmgebiet stark zurückgegangen ist. Der Stadtteil entwickelt sich von einem Problemviertel zu einem gut durchmischten, lebendigen Stadtviertel.

Eine erfolgreiche Stabilisierung und Aufwertung benachteiligter Ortsteile setzt voraus, dass sowohl die objektive Sicherheitslage als auch das Sicherheitsempfinden im Programmgebiet als gut oder zumindest noch akzeptabel bewertet wird und das Programm hier spürbare Verbesserungen mit sich bringt. Dabei fällt dem Aspekt „Sicherheit“ eine Schlüsselrolle zu. Gelingt es nicht, das Programmgebiet hinreichend sicher zu machen und dies auch glaubwürdig nach außen zu vermitteln, sind auch auf den übrigen Arbeitsfeldern des Programms, letztlich kaum durchgreifende Erfolge zu erzielen.

Fraglich ist, anhand welcher Kriterien sich die Zielerreichung bezogen auf den Aspekt Sicherheit messen lässt. Auf den ersten Blick drängt sich auf, die Bewertung anhand der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) vorzunehmen. Zu fragen wäre hier, ob sich ein Rückgang der registrierten Straftaten nachweisen lässt, die Zahl der Straftaten unverändert blieb oder gar noch zunahm? Landes- oder gar bundesweite Auswertungen über die Kriminalitätsentwicklung in den Programmgebieten im Vergleich zu übrigen Regionen liegen soweit bekannt bislang nicht vor. Sie wären ohne eine detaillierte Analyse und Bewertung der statistischen Entwicklungen wohl auch nur begrenzt belastbar, da sich auch eine objektiv verbesserte Sicherheitslage aufgrund von Aufhellungen des Dunkelfeldes zunächst negativ in der Kriminalstatistik niederschlagen kann und erst längerfristig, über mehrere Jahre hinweg, Entwicklungen verlässlich aufzeigen lassen. Um aber nicht nur Kriminalitätsbrennpunkte, sondern auch Ordnungsstörungen schnell und zuverlässig zu erkennen, wurde von

der Polizei in Baden-Württemberg ein DV-gestütztes Lagebild entwickelt, das kleinräumig und tagesaktuell entsprechende Vorfälle bereithält und insofern eine hervorragende Planungsgrundlage bietet.

Merkmale, die auf Missstände bei den Bewohnerstrukturen in den Programmgebieten hindeuten, sind aus polizeilicher Sicht insbesondere eine Vielzahl von Zu- und Wegzügen der Bewohner, ein hoher Anteil strukturell unvollständiger Familien, eine hohe Arbeitslosenquote bzw. Sozialhilfeempfängerdichte, schlecht integrierte Migranten, ein hoher Anteil männlicher Minderjähriger sowie unterdurchschnittliche soziale Interaktionen und eine geringe informelle Sozialkontrolle im Wohngebiet.

Generell lässt sich die Feststellung treffen, dass mit Beginn der Förderung die Aktivierung und Beteiligung sowie die Vernetzung von Bewohnerschaft und lokalen Akteuren gesteigert werden konnte. Durch das integrierte Handlungskonzept des Programms gelingt es zunehmend, im Dialog zwischen den Kommunalverantwortlichen, entsprechenden Verwaltungsressorts, der Bevölkerung und anderen lokalen Akteuren alle notwendigen Politik- und Handlungsfelder in die Entwicklung von Konzepten, ihre Fortschreibung und Umsetzung einzubeziehen. Aus Betroffenen werden so Beteiligte, Betroffenheit kann Initiativen hervorrufen, aus denen dann langfristig jene Strukturen entstehen können, die die notwendige Nachhaltigkeit gewährleisten.

Die komplexe Mehrdimensionalität des Programmansatzes mit den verschiedenen Einflussgrößen und Handlungsfeldern machen es schwierig, die Zuordnung der Programmfolge auf der Grundlage von einfachen kausalen Ursachen-Wirkungsketten vorzunehmen. Gleichwohl fällt auf, dass sich die zentralen Ansätze der Programm-Philosophie mit jenen Mehr-Ebenen-Konzepten decken, die aufgrund ihrer nachgewiesenen Wirksamkeit in der primären Kriminalprävention heute zunehmend handlungsleitend sind. Insofern spricht vieles dafür, dass der breit gefächerte Ansatz zielführend ist und die positiven Effekte in den Programmgebieten hierauf zurückzuführen sind.

Ingesamt scheint es notwendig, Problemanalyse und Zielbeschreibung weiter zu präzisieren. Für die Fortsetzung des Programms sollten die Ziele und Zielmaßstäbe als Voraussetzung für die Erfolgskontrolle klar definiert und wo immer möglich mit konkreten Kennzahlen hinterlegt werden. Dies ist Voraussetzung, um Fehlentwicklungen im Programm frühzeitig

zu erkennen und ein wirkungsorientiertes Controlling etablieren zu können. Nicht zuletzt kommt es auf eine realistische Sicht des Programms, seiner Möglichkeiten und seiner Restriktionen an. Ansonsten drohen enttäuschte Erwartungen und vermeidbare Rückschläge.

Ressourcenbündelung und Ressort übergreifende Zusammenarbeit

Das Prinzip der Vernetzung in der Kommunalen Kriminalprävention und beim Programm „Die Soziale Stadt“ ist richtig und wichtig. Nur so entstehen fachübergreifende Strukturen, in denen das Know-how und die Kompetenz der Beteiligten - institutionell abgesichert - effektiv genutzt werden können. Runde Tische sind dabei oft die „Keimzelle“ der lokalen Netzwerkstruktur und ein wichtiges Instrument zur Bündelung der Kräfte vor Ort. Um die vielfältigen Aktivitäten zur Verhütung von Straftaten auch auf Landesebene bereits in der Ideenfindungs- und Planungsphase zu bündeln und eine permanente Ressort übergreifende Gestaltung kriminalpräventiver Konzepte zu gewährleisten, wurde im Juli 2002 beim Innenministerium das „Projektbüro Kommunale Kriminalprävention“ eingerichtet. Es besteht aus Vertretern des Kultus-, Sozial-, Justiz- und Innenministeriums sowie der Kommunalen Landesverbände und soll insbesondere dem kontinuierlichen Ausbau der kriminalpräventiven bürgerorientierten Arbeit dienen. Nachdem die städtebauliche Kriminalprävention zunehmend an Bedeutung gewinnt, wurde die Ressort übergreifende Zusammenarbeit gezielt auch auf diesem Sektor mit einer gemeinsamen Erklärung des Innenministeriums, des Wirtschaftsministeriums, der Kommunalen Landesverbände, der Architektenkammer Baden-Württemberg, der Universität Stuttgart und der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung zur stärkeren Berücksichtigung sicherheitsfördernder Aspekte in Städtebau und Gemeindeentwicklung weiter vorangetrieben (Anlage 1). Diese bestehenden Strukturen gilt es nunmehr gezielt mit dem Programm „Die Soziale Stadt“ in Baden-Württemberg zu verzahnen. Einer erfolgreichen Kooperation und Ressourcenbündelung stehen teilweise verschiedene und oftmals gegenläufige Interessen und das Fehlen einer gemeinsamen Problemsicht entgegen. Deshalb sollte eine gemeinsame Problemanalyse der Beteiligten am Anfang der Kooperation stehen. Die Erfahrung zeigt, dass es wenig nutzt, wenn die eine Institution beispielsweise bestimmte Entwicklungen zum zentralen Arbeitsschwerpunkt erklärt, ohne dass andere fachlich berührte Professionen beteiligt werden.

Kooperation mit externen Akteuren

Verwaltungsexterne Akteure sollen nach dem Konzept der Sozialen Stadt eine zentrale Rolle in den Entscheidungsprozessen und der Umsetzung des Programms auf kommunala-

ler Ebene spielen. Die Berichte aus der Praxis zeigen, dass dieses Ziel im Wesentlichen erreicht wird. Die Vernetzung von Organisationen im Stadtteil ist gut vorangekommen. Insgesamt ist die Beteiligung externer Akteure ein wichtiger Aspekt, um vorhandene Ressourcen im Stadtteil für die Stadtteilentwicklung nutzbar zu machen.

Die Ressort übergreifende Kombination von Förderprogrammen, die stärkere Berücksichtigung auch nicht-investiver Ansätze und die Erprobung neuer Verwaltungs- und Managementstrukturen (Stichwort „Bürgerpartizipation“) gewährleisten es, die vorhandenen Ressourcen für eine umfassende und integrierte Stadtteilentwicklung zu bündeln und den Mitteleinsatz zielgenauer, effizienter und gleichzeitig auch flexibler zu gestalten.

Bezogen auf die Einbindung von Akteuren fällt bei näherer Betrachtung allerdings auf, dass es sich bislang zumeist um Vertreter aus fachlich berührten Ämtern und Institutionen handelt, während die Aktivierung und vor allem dauerhafte Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in Problemlösungen bislang nur punktuell gelingt. Hier gilt es, durch gezielte Ansprache, frühzeitige Beteiligung und konkrete Mitwirkungsmöglichkeiten eine Zusammenarbeitskultur zu etablieren. Damit wird ermöglicht, dass aus Bürgerbetroffenheit kurzfristig Präventionsinitiativen entwickelt werden; aus denen sich dann Präventionsstrukturen bilden. Letztere sind eine zentrale Voraussetzung dafür, dass Kooperation langfristig funktioniert und spürbare Verbesserungen erreicht werden können.

Aktivierung und Beteiligung

Die Angebote und die Möglichkeiten für die Mitwirkung von Bewohnern sind höchst unterschiedlich ausgeprägt. Sie reichen von einer Ideensammlung zu Beginn des Projekts bis zur Mitentscheidung über jedes einzelne Teilprojekt. Dabei liegt insbesondere die Beteiligung von Migranten auf einem niedrigen Niveau, und die Beteiligung der einheimischen Bewohner scheint – wie zumeist in bisherigen Beteiligungsverfahren – sozial sehr selektiv zu sein. Dieser Befund muss nicht unbedingt Anlass zur Besorgnis sein. Kritisch wird es allerdings dort, wo alle Versuche zur Beteiligung oder Aktivierung auf sehr geringe Resonanz stoßen. Wo soziale Segregation bereits so weit fortgeschritten ist, dass in einem Gebiet kaum noch politisch interessierte und artikulationsfähige Bewohner anzutreffen sind, stößt auch größtes Engagement, Bürgerinnen und Bürger zu aktivieren, an Grenzen. Eine starke Beteiligung ist in der Regel dort zu beobachten, wo in den Beteiligungsverfahren auch über die Verwendung von Mitteln zu entscheiden ist.

Programmbegleitung/Evaluation/Stadtentwicklungsbericht

Die Evaluation, d.h. die valide Erfassung und die Bewertung von Verlauf, Ergebnissen und Wirkungen der Förderung, sind für das Programm „Die Soziale Stadt“ von großer Bedeutung. Auch auf dem Feld der Kommunalen Kriminalprävention haben wir uns die Frage gestellt, wie die Qualität der Präventionsarbeit gesichert und weiter gesteigert werden kann. Denn Projekte müssen sich stärker noch als bislang mit der Frage nach ihrer Wirksamkeit auseinandersetzen. Hierzu liefert bezogen auf Präventionsprojekte das vom Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) gemeinsam mit Wissenschaftlern entwickelte Handbuch „Qualitätssicherung polizeilicher Präventionsprojekte - Eine Arbeitshilfe für die Evaluation“ eine gute Grundlage, um den Qualitätsgedanken künftig noch mehr in den Fokus polizeilicher Präventionsüberlegungen zu stellen und Projektevaluationen auch von der polizeilichen Praxis selbst durchführbar zu gestalten. Hier tragen die festgelegten Standards der Handreichung dazu bei, dass Präventionsmaßnahmen schon bei der Planung so konzipiert werden, dass eine qualitätssichernde Überprüfung möglich ist. Denn die Mittelzuweisung bedarf einer Legitimation durch Wirksamkeit. Dies gilt um so mehr, als eine Analyse der Aufwand-Nutzen-Relationen aus Kostengründen wichtig für die Anpassung der Instrumente und Verfahren ist. Die Wirkungsanalyse trägt zudem dazu bei, Ziele realistisch und präzise zu formulieren und den Grad der Zielerreichung durch Kennzahlen abzubilden.

Die mit der Programmimplementierung einhergehende wissenschaftliche Begleitung durch das Deutsche Institut für Urbanistik hat sich aus Sicht der Praxis bewährt und sollte beibehalten werden.

Bildung

Die Verbesserung des Bildungsniveaus der jungen Generationen ist langfristig eine wichtige Voraussetzung, um soziale Benachteiligung zu überwinden und die Abwärtsentwicklung in den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf zu stoppen. Deshalb sollten die Schulen in den Programmgebieten in die Stadtteilentwicklung eingebunden werden. Dabei geht es nicht nur um Verbesserungen im Zusammenhang mit dem Bildungsauftrag der Schulen, vielmehr müssen die Schulen in wachsendem Maße Aufgaben im Bereich der Erziehung und Wertevermittlung übernehmen. Nach wie vor gilt: Formale Schul- und Bil-

dungsabschlüsse eröffnen Perspektiven. Dies trifft in besonderem Maße für Kinder von Migranten und den Prozess der Integration zu. Die Verbesserung der Bildung sollte - auch im Hinblick auf die Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität - in den Programmgebieten Priorität haben.

Lokale Ökonomie und Beschäftigung

Ungeachtet der insgesamt offenbar guten Kooperation zwischen den örtlichen Arbeitsagenturen und dem Stadtteilmanagement scheint es - soweit von hier aus beurteilbar - nach wie vor schwierig, die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen dort zu konzentrieren, wo die höchste Arbeitslosendichte zu beobachten ist. Mittelkürzungen und die Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik des Bundes haben im Gegenteil dazu geführt, dass die Zahl der Beschäftigungsmaßnahmen, die in den benachteiligten Stadtteilen durchgeführt werden, zurückgegangen ist und dass soziale Projekte, die über Instrumente wie ABM finanziert wurden, zum Teil eingestellt werden mussten. Welche Bedeutung der Beschäftigungssektor für eine Stadtteilperspektive zukünftig hat, hängt von der praktischen Umsetzung der Reformen der Arbeitsmarktpolitik und insbesondere von der Ausgestaltung der Beschäftigungsmaßnahmen im Rahmen von „Hartz IV“ ab.

Migration / Integration

Ein zentrales Problem in vielen Programmgebieten ist die Integration von Migranten. In vielen Städten haben sich segregierte Räume entlang ethnischer Zugehörigkeiten entwickelt. Die nicht problemlos zu bewältigenden Folgen des Zusammenlebens von sozial benachteiligten Einheimischen mit Migranten, bei denen die Anteile von Arbeitslosen und Transferempfängern ebenfalls hoch sind, sind eines der am häufigsten genannten Handlungsfelder für die Quartierspolitik. Insofern scheint es angezeigt, hier auch weiterhin einen deutlichen Schwerpunkt bei der künftigen Programmgestaltung zu setzen.

Innere Sicherheit

Das Vorhandensein bzw. das Entstehen von Kriminalität wird in hohem Maße auch von der vorhandenen Wohn-, Sozial- und Infrastruktur mitbestimmt. Spezifische Bau- und Nutzungsstrukturen können die Begehung von Straftaten begünstigen oder hemmen und wirken sich entsprechend negativ oder positiv auf das Sicherheitsgefühl der Menschen aus. Die frühzeitige Berücksichtigung sicherheitsfördernder Aspekte im Bereich Stadtplanung und Städtebau kann wesentlich dazu beitragen, Kriminalität zu reduzieren und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger positiv zu beeinflussen. Insofern bestehen zwi-

schen Architektur, Stadtplanung und Kriminalprävention und damit auch den Programminhalten der Sozialen Stadt enge systematische Zusammenhänge, die es auch bei der Erstellung von kommunalen Entwicklungskonzepten für die Programmgebiete konsequent zu nutzen gilt. Im Sinne einer ganzheitlichen, ursachenorientierten und nachhaltigen Prävention ist bei städtebaulichen Planungen und Entwicklungen ein frühzeitiges und vernetztes Handeln aller Verantwortlichen erforderlich, um kriminalitätsfördernde Faktoren bereits in der Planungsphase angemessen berücksichtigen zu können.

Vor diesem Hintergrund trägt zum Erhalt einer stabilen Bewohnerstruktur und der Verhinderung von Segregation wesentlich bei, dass - anstatt die Dinge treiben zu lassen - seitens der Polizei gegen Straftaten, Ordnungsstörungen und andere Gefahren frühzeitig, entschlossen und mit niedriger Einschreitschwelle interveniert wird. Wo dies für alle wahrnehmbar wird, sowohl für die Opfer, die Täter und das soziale Umfeld, wird der öffentliche Raum nicht aufgegeben, werden stabilisierend wirkende Bewohner zum Verbleiben veranlasst und dem Rückzug und Vermeideverhalten entgegen gewirkt. Hierdurch entstehen belebte Räume mit besserer Sozialkontrolle, Tatgelegenheiten reduzieren sich und das Image des Stadtteils wird besser. Zentrale Bedeutung haben hier die oft schon im kleinen beginnenden Anzeichen mangelnder sozialer Kontrolle. Wo Örtlichkeiten vermüllen, Graffiti dominiert, Unordnung sichtbar ist, signalisiert dies Defizite, die wahrgenommen werden, die – oft intuitiv - „Unbehagen“ auslösen. Im Zusammenhang mit der bekannten „broken-windows-Theorie“ sind diese Zusammenhänge vielfach beschrieben. Die Kernaussage ist, dass beginnende Zerfallserscheinungen, die nicht sogleich beseitigt werden, weitere Zerstörungen, Verlust von sozialer Kontrolle und damit einhergehend günstigere Tatgelegenheiten nach sich ziehen und so im Sinne eines „Filtering down-Prozesses“ schnell zum Niedergang ganzer Areale führen können.

Der Umgang mit dem Aspekt Sicherheit ist dabei aber auch eine Gratwanderung. Einerseits soll Problembewusstsein gefördert werden, andererseits gilt es, keine Ängste zu schüren und ein realistisches Bild von der Kriminalität – gerade in belasteten Stadtteilen zu zeichnen. Insofern sollten zu Förderbeginn gemeinsame kriminologische Regional- bzw. Sicherheitsanalysen stehen, um polizeiliche und kommunale Erkenntnisse, z. B. über Straftaten, Ordnungsstörungen, Graffiti, soziale Problempunkte, sich abzeichnende Angsträume und andere sicherheitsrelevante Aspekte systematisch zusammen zu führen. Diese sollten den Ausgangspunkt für eine vernetzte Planung konkreter kriminalpräventiver Maßnahmen bilden, auf deren Basis konkrete Lösungen gesucht, vereinbart und umgesetzt werden. Die

vernetzte kriminalpräventive Sicherheitsarbeit wird für alle Beteiligten transparent und es werden verpflichtende Signale gesetzt, was gemeinsam angegangen werden soll.

Die Polizei hat bereits vor einigen Jahren mit der landesweiten Umsetzung der Kommunalen Kriminalprävention (KKP) einen internen Umdenkungsprozess eingeleitet und verfolgt heute einen gesamtgesellschaftlichen und ressortübergreifenden Präventionsansatz. Auf Grund der Ursachenkomplexität örtlicher Problemlagen ist ein vernetztes und kooperatives Vorgehen aller Verantwortungsträger in den Kommunen unabdingbar. Die Polizei kann die Probleme nicht alleine lösen, sie braucht starke Partner vor Ort. Mit der Einführung der KKP wurden in Baden-Württemberg hierfür gute Voraussetzungen geschaffen.

Da die in dem Programm formulierten Ziele für die Stadtteilentwicklung deutlich über das hinausgehen, was mit baulichen Investitionen möglich ist, ist der Versuch, eine ressortübergreifende Kooperation und eine gebietsbezogene Mittelbündelung zu erreichen, konsequent und angemessen. Für Baden-Württemberg lässt sich hierzu feststellen, dass das Prinzip der Ressourcenbündelung und Ressortkooperation mit der landesweiten Einführung der Kommunalen Kriminalprävention flächendeckend praktiziert wird. Die 151 kriminalpräventiven Gremien mit rd. 550 Projekten in fast 300 Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg bieten eine ideale Ausgangsbasis für eine enge ressort- und institutionenübergreifende Kooperation in den Programmgebieten. Die Polizei vor Ort ist regelmäßig als erste staatliche Instanz mit den Fehlentwicklungen konfrontiert und weiß sehr genau, wo Problemlagen kumulieren. Sie kann und sollte ihre Informationen zur sozialräumlichen Entwicklung sowie ihr spezifisches Fachwissen vor Ort gezielt in die Strukturen des Programms „Die Soziale Stadt“ einbringen und dort fortlaufend auf mögliche kriminalitätsfördernde Faktoren hinweisen.

Aus diesem Grund hat das Innenministerium bereits vor zwei Jahren vorgeschlagen, dass als Ausschreibungskriterium auch eine Stellungnahme der zuständigen Polizeidirektion aus kriminal- und verkehrspräventiver Sicht einzuholen und dem Antrag beizufügen ist. Das hierfür federführend zuständige Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg hat dies in den Ausschreibungsunterlagen des Förderprogramms entsprechend berücksichtigt.

Im Übrigen bestehen zwischen dem Programm „Sozialen Stadt“ und Kommunalen Kriminalprävention weitreichende programmatische Schnittmengen, wie die nachfolgende Aufzählung zeigt:

- „vor-Ort-Ansatz“, zentrale Handlungsebene ist Gemeinde/Stadtteil
- Brennpunkt, Problem- und Ursachenorientierung
- Ansatz an konkreten Defiziten, aber auch Mobilisierung von Potenzialen
- Fachübergreifende Kooperationen, ganzheitliche Handlungskonzepte
- Ressourcenbündelung und Vernetzung
- Offene, flexible Strukturen, Runde Tische, Quartiersmanager
- Kommunalverantwortliche, Institutionen, aktive Bürgerbeteiligung,
- Jugend als bedeutende Zielgruppe
- Integration als wichtiges Handlungsfeld
- Attraktive Lebensräume, Stärkung sozialer Verantwortung
- Förderung im Rahmen des Möglichen
- Nachhaltigkeit, Prozess- und Wirkungsevaluation

Ausgangspunkt einer wirkungsvollen, koordinierten und fachübergreifenden Zusammenarbeit von Polizei und Kommunen sind dabei die auf Basis der gemeinsamen Rahmenvereinbarung des Innenministeriums Baden-Württemberg mit dem Städte-, Landkreis- und Gemeindetag zur Intensivierung des Informationsaustausches, zur Durchführung gemeinsamer periodischer Analysen der örtlichen Sicherheitslage und zur Koordinierung der Kommunalen Kriminalprävention durch die unteren Verwaltungsbehörden (Anlage 2) implementierten gemeinsame Analysen der örtlichen Sicherheitslage, die auch für die Belange der Stadt- und Gemeindeentwicklung genutzt werden. Aus hiesiger Sicht kommt diesen Analysen eine für die Weiterentwicklung des Programms zentrale Bedeutung zu.

Fazit

Mit dem Programm „Die Soziale Stadt“ hat sich die Qualität des Zusammenlebens und das Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum positiv verändert. Diese Effekte werden vor allem dort erfahrbar, wo die betreffenden Probleme besonders gravierend waren, nämlich in den Programmgebieten der größeren Städte. Noch schwieriger als eine Einschätzung der Entwicklung in den einzelnen Dimensionen des Stadtlebens erscheint eine Bewertung der Gesamtentwicklung in den Programmgebieten. Das Minimalziel, eine weitere Abwärtsentwicklung im jeweiligen Gebiet zu verhindern, ist nach Ansicht der großen Mehrheit der Akteure bislang erreicht worden. Eine grundlegende Verbesserung der Lage ist zumeist allerdings erst nach einigen Jahren zu erkennen. Für die Umkehrung von komplexen Abwertungsprozessen sind damit offenbar längere Zeiträume erforderlich. Insofern werden benachteiligte Stadtteile längerfristig der Unterstützung durch das Programm „Die Soziale

Stadt“ bedürfen. Diese Problemdiagnose darf aber nichts daran ändern, dass es langfristige das Ziel sein muss, das Programm selbst durch möglichst frühzeitige und ganzheitlich ansetzende Planungen und Maßnahmen sowie der Verankerung des Sozialraumbezugs in der Kommunalpolitik letztlich überflüssig zu machen.

gez. Siegfried Stumpf
Landeskriminaldirektor

**Gemeinsame Erklärung
des Innenministeriums und Wirtschaftsministeriums,
der Kommunalen Landesverbände, der Architektenkammer Baden-
Württemberg, der Fakultät für Architektur und Stadtplanung der Univer-
sität Stuttgart und der Vereinigung für Stadt-, Regional-
und Landesplanung e.V.**

**zur verstärkten Berücksichtigung sicherheitsfördernder Aspekte in
Städtebau und Gemeindeentwicklung**

Die Lebensqualität der Menschen in den Städten und Gemeinden ist auch wesentlich von ihrem Sicherheitsempfinden bestimmt. Mangelt es hieran, werden in der Folge bestimmte Orte oder der Aufenthalt im öffentlichen Raum gemieden. Darunter leidet die Attraktivität der Stadt oder Gemeinde als Kultur- und Wirtschaftsstandort.

Wissenschaftliche Studien und Erfahrungen aus der Praxis belegen, dass für das Sicherheitsgefühl der Menschen und die Kriminalitätsentwicklung die städtebaulichen Verhältnisse von großer Bedeutung sind. Wesentlich für die Sicherheit der Stadt sind lebendige Stadtquartiere, die von vielen Menschen im Alltag zu unterschiedlichen Zwecken und zu unterschiedlichen Zeiten genutzt werden und in denen sich Menschen für ihre Umgebung verantwortlich fühlen, so dass eine informelle soziale Kontrolle entsteht. Der offene und tolerante Umgang miteinander, auch mit Fremden, zeichnet eine lebendige Kommune aus.

Dafür sollten grundsätzlich

- vielfältige Nutzungsmischungen aus Wohnen, Arbeiten, Versorgung, Freizeit, öffentlichen und privaten Nutzungen erhalten und weiterentwickelt werden; bei Konversions- und Neubaumaßnahmen gilt es Monostrukturen (z.B. reine Wohnsiedlungen, großflächige Handels- und Büronutzungen) nach Möglichkeit zu vermeiden,
- durch eine Vielfalt an Wohnformen und Eigentumsverhältnissen gemischte Bewohnerschaften angestrebt werden,

- gute Voraussetzungen für das Zurücklegen von Wegen zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln geschaffen werden, so dass möglichst viele Menschen im öffentlichen Raum präsent und Straßen und Plätze belebt sind,
- öffentliche Räume mit hoher Aufenthaltsqualität entwickelt werden, die multifunktional von Menschen unterschiedlicher Generationen (von Kindern und Jugendlichen bis zu Älteren) und unterschiedlicher Bedürfnisse genutzt werden können,
- fachübergreifende Ansätze zur Verbesserung der Lebensverhältnisse und Lebensqualität durch gemeinsames Engagement aller Akteurinnen und Akteure im Stadtteil, wie sie im Programm "Soziale Stadt" verfolgt werden, als wichtige Voraussetzung für eine sozialgerechte Stadtentwicklung verstärkt gefördert werden.

Durch eine nachhaltige Stadt- und Gemeindeentwicklungspolitik kann ein wichtiger Beitrag zur Verhütung von Kriminalität geleistet werden. Für städtebauliche Prävention ist sowohl planerische Kompetenz als auch die Kompetenz der Polizei gefordert. Für die „Soziale Stadt“ ist eine Erweiterung der Planungs- und Beteiligungskultur unumgänglich; dies erfordert eine Weiterentwicklung von der formellen zur informellen Beteiligung aller auf diesem Sektor tätigen Behörden, Institutionen, Vereine, privaten Träger und bürgerschaftlich engagierten Menschen.

Problembewusste kommunale Planung kann dazu beitragen, Schäden zu verhüten, Konflikte im öffentlichen Raum zu mindern und kommunale Unterhaltungs- und Instandsetzungskosten zu senken. Insofern bestehen zwischen Architektur, Stadtplanung und Kriminalprävention Zusammenhänge, die es zu nutzen gilt. Im Sinne einer ganzheitlichen, ursachenorientierten und nachhaltigen Prävention ist bei städtebaulichen Planungen und Entwicklungen ein frühzeitiges und vernetztes Handeln aller Verantwortlichen erforderlich.

Das Innenministerium und das Wirtschaftsministerium, die Kommunalen Landesverbände, die Architektenkammer Baden-Württemberg, die Fakultät für Architektur und Stadtplanung der Universität Stuttgart und die Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung geben hierzu folgende Erklärung ab:

- Zur Steigerung der Sicherheit im öffentlichen Raum, aber auch zur Verbesserung der Wohnverhältnisse, zur Unterstützung des sozialen Miteinanders, zur Schaffung oder Wiederherstellung von sozial und funktional gemischten Strukturen und zur Verbesserung des Infrastrukturangebotes sind sicherheitsfördernde Aspekte im Städtebau und der Gemeindeentwicklung in den Kommunen stärker zu berücksichtigen.
- Die Kriminalprävention muss sich auch an städtebaulichen sowie sozialräumlichen Gesichtspunkten ausrichten, um sicherheitsfördernde Interessen in die Planung und Gemeindeentwicklung einzubringen.

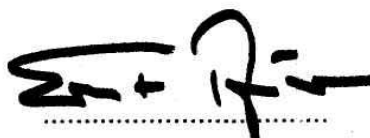
- Die Zusammenhänge von Stadtplanung bzw. Gemeindeentwicklung und Kriminalprävention erfordern eine frühzeitige Einbindung aller gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere der Bürgerinnen und Bürger. Dies kann vorhandene örtliche Potenziale stärken und die Menschen im Stadtteil dafür motivieren, sich in sozialen Netzwerken vor Ort entsprechend zu engagieren. Die Städte und Gemeinden haben hierbei die Aufgabe, eine umfassende Bürgermitwirkung zu ermöglichen und Beteiligungsprozesse weiterzuentwickeln.
- Zur städtebaulichen Kriminalprävention ist es notwendig, das Expertenwissen der tangierten Fachrichtungen auszutauschen und konkrete Verbesserungs- und Entwicklungsmöglichkeiten aus der jeweiligen Perspektive zu berücksichtigen. Hierzu ist der Informationsaustausch und die konstruktive Zusammenarbeit zwischen Land, Kommunen, Stadtplanern, Architekten und der Polizei unter Berücksichtigung der spezifischen Aufgabenstellung weiter zu intensivieren.
- Die Beteiligten werden ihr spezifisches Fachwissen gezielt in städtebauliche Entwicklungen und Planungen einbringen und auf kriminalitätsmindernde Faktoren hinweisen. Gemeinsame periodische Analysen der örtlichen Sicherheitslage sind als Ausgangspunkt einer fachübergreifenden Zusammenarbeit von Polizei und Kommunen auch für städtebauliche Sicherheitsaspekte gezielt zu nutzen. Sie sollen - soweit noch nicht praktiziert - unter dem Dach der Kommunalen Kriminalprävention sukzessive zu einer weiteren Säule der vernetzten Zusammenarbeit weiter ausgebaut werden.
- Zur Erweiterung der Kenntnisse über Ursachenzusammenhänge und die Wirksamkeit von Kriminalprävention in den Bereichen Städtebau und Gemeindeentwicklung besteht Forschungsbedarf. Durch die Evaluierung städtebaulicher Projekte mit kriminalpräventiv wirksamen Inhalten sollen weiterführende Erkenntnisse zur Verbesserung der fachübergreifenden Zusammenarbeit gewonnen werden.
- Die Unterzeichner kommen darin überein, das Thema Städtebau und Kriminalprävention in ihren Fachpublikationen künftig verstärkt aufzugreifen, um die jeweiligen Akteure der betroffenen Institutionen und Stellen weiter zu sensibilisieren und sicherheitsrelevante Aspekte verstärkt als wichtige Belange des Städtebaus und der Gemeindeentwicklung zu verankern.

- Das Thema Städtebau und Kriminalprävention ist verstärkt in der Aus- und Fortbildung der betroffenen Berufsgruppen aus Stadtplanung, Architektur und Polizei aufzugreifen. Mittelfristig wird daher - nachdem mit den themenspezifischen Medien wichtige Grundlagen geschaffen wurden - angestrebt, die fachübergreifende Aus- und Fortbildung durch geeignete Veranstaltungen zu intensivieren. Dadurch soll die jeweilige Sachkompetenz vertieft, sicherheitsrelevantes Basiswissen vermittelt, das Bewusstsein einer gemeinsamen Aufgabe gefördert und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit weiter gestärkt werden.

Stuttgart, den 29.10.2004



Heribert Rech MdL
Innenminister



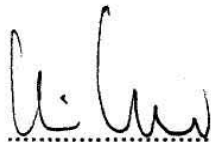
Ernst Pfister MdL
Wirtschaftsminister



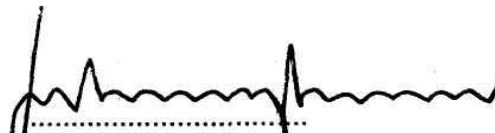
Bernd Doll
Präsident des Städtetages



Dr. Edgar Wais
Präsident des Landkreistages



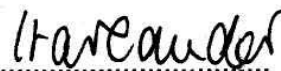
Otwin Brucker
Präsident des Gemeindetages



Wolfgang Riehle
Präsident der Architektenkammer



Gabriele Steffen
Sprecherin der Vereinigung für Stadt-,
Regional- und Landesplanung e.V.



Prof. Dr. Tilman Harlander
Dekan der Fakultät für
Architektur und Stadtplanung der
Universität Stuttgart

**Gemeinsame Rahmenvereinbarung des
Innenministeriums Baden-Württemberg mit dem
Städte-, Landkreis- und Gemeindetag
zur Intensivierung des Informationsaustausches, zur Durchführung ge-
meinsamer periodischer Analysen der örtlichen Sicherheitslage und zur
Koordinierung der Kommunalen Kriminalprävention
durch die unteren Verwaltungsbehörden**

Die Kommunale Kriminalprävention (KKP) ist ein zentraler Baustein und Markenzeichen der baden-württembergischen Sicherheitsarchitektur. Im Rahmen der KKP wird auf Fehlentwicklungen frühzeitig, konsequent und ursachenorientiert in einem breit angelegten Ansatz vor Ort unmittelbar reagiert. Ziel der KKP ist es, die Aktivitäten der Bürgerinnen und Bürger sowie der Behörden und Institutionen in einem Netzwerk für mehr Sicherheit zu bündeln. Die bisherigen Erfahrungen mit der KKP zeigen, dass dort besonders gute Ergebnisse erzielt werden, wo die Verantwortlichen der Kommune selbst initiativ sind, sich an die Spitze der Bewegung stellen und gemeinsam mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern, Gruppen, Institutionen, Behörden sowie der Polizei örtliche Problembereiche aufgreifen. Der enge Schulterschluss von Polizei und Kommune bildet dabei neben dem Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Kräfte einen zentralen Erfolgsfaktor der Kommunalen Kriminalprävention. Diese bundesweit beispielgebende Kooperation zeigt, wie Polizei und Kommunen, Kommunale Landesverbände und Innenministerium erfolgreich bei der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zusammenwirken.

Auf Landesebene koordiniert das beim Innenministerium eingerichtete Projektbüro KKP unter Beteiligung von Sozial-, Kultur-, Justiz-, Wirtschaftsministerium und der Kommunalen Landesverbände die vielfältigen Aktivitäten zur Verhütung von Straftaten bereits in der Ideenfindungs- und Planungsphase, setzt neue Impulse, entwickelt und forciert fachübergreifende Konzepte und unterstützt die kontinuierliche kriminalpräventive Arbeit auf allen Ebenen.

Mit gemeinsamen Sicherheitsanalysen von Polizei und Kommunen sowie der im Zuge der Verwaltungsreform vorgesehenen Wahrnehmung der Koordinierung der KKP auf Ebene der Stadt- und Landkreise durch die unteren Verwaltungsbehörden werden weitere wichtige Akzente zur Fortentwicklung der KKP gesetzt. Gemeinsame Aktivitäten der Bürgerinnen

und Bürger sowie der Institutionen und Behörden sollen künftig noch stärker gebündelt und enger verzahnt werden. Stadt- und Landkreise werden deshalb die KKP koordinieren und weitere Impulse für die flächendeckende Verankerung der KKP als einem dauerhaften kommunalen Planungsgegenstand für ein noch sichereres Baden-Württemberg geben.

Das Innenministerium trifft hierzu mit dem Städte-, Landkreis- und Gemeindetag folgende Vereinbarung:

I. Intensivierung des Informationsaustausches

Polizei und Kommunen intensivieren den aktuellen Austausch von Informationen über sicherheits- und ordnungsrelevante Ereignisse, Erkenntnisse und Entwicklungen mit dem Ziel eines frühzeitigen abgestimmten oder gemeinsamen Vorgehens zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Der zeitnahe Informationsaustausch soll insbesondere dazu beitragen, in einem möglichst frühen Stadium auf sich abzeichnende Fehlentwicklungen vor Ort angemessen reagieren zu können.

II. Gemeinsame periodische Analysen der örtlichen Sicherheitslage

1. Im Zuge der jährlichen Vorstellung der örtlichen Polizeilichen Kriminalstatistik durch die Polizeipräsidien / Polizeidirektionen erläutert die Polizei den Kommunalverantwortlichen die Sicherheitslage und zeigt die aus polizeilicher Sicht bestehenden Handlungsschwerpunkte auf. Diese können mit sicherheitsrelevanten Themen aus kommunaler Sicht ergänzt und abgeglichen werden. Von Seiten der Kommune können hierbei insbesondere Erkenntnisse über Ordnungsstörungen, soziale Brennpunkte und andere sicherheits- und ordnungsrelevante Problemlagen eingebracht werden.
2. Auf dieser Grundlage sollen eine gemeinsame Analyse der Sicherheitslage vorgenommen und Konsequenzen für gemeinsame Handlungsfelder und Arbeitsschwerpunkte geprüft werden. Handlungsschwerpunkte sind möglichst einvernehmlich festzulegen. Besondere Berücksichtigung soll hierbei die Entwicklung vernetzter Präventionsstrategien finden.
3. Das Ergebnis der gemeinsamen Sicherheitsanalyse soll von Polizei und Kommune gemeinsam der Öffentlichkeit mit dem Ziel präsentiert werden, ein realistisches Bild der Sicherheitslage zu vermitteln, die Schwerpunkte der Sicherheitsarbeit transparent zu machen und für eine stärkere Vernetzung kriminalpräventiver Maßnahmen zu werben.

III. Koordinierung der KKP auf Ebene der Stadtkreise und Landkreise

1. Die Mitgestaltung und Schaffung von integrativen Strukturen, die das Netzwerk zwischen Kommunen, Schulen, Justiz, Jugendhilfe, Polizei und Bürgerinnen und Bürgern weiter voranbringen, gehört zu den Präventionsaufgaben der Land- und Stadtkreise. Hierfür bietet es sich an, im Einvernehmen mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden eine Koordinierungsstelle Kommunale Kriminalprävention bei den Landratsämtern bzw. Oberbürgermeistern der Stadtkreise zu benennen, die die Präventionsaktivitäten analysiert, bündelt, koordiniert und ggf. neue initiiert.
2. Hierdurch soll gewährleistet werden, dass die Präventionsaktivitäten abgestimmt und verzahnt erfolgen und die unterschiedlichen Arbeitsbereiche innerhalb der Land- und Stadtkreise sowie der anderen Präventionsanbieter außerhalb (insbesondere der Polizei) eng aufeinander abgestimmt agieren.
3. Unter der Federführung des Landrats bzw. Oberbürgermeisters des Stadtkreises können
 - gemeinsame fachübergreifende Präventionsaktivitäten initiiert und begleitet,
 - deren Ergebnisse bewertet und
 - neue Impulse für den kontinuierlichen Ausbau und die weitere Verstärkung der kriminalpräventiven Arbeit auf Kreisebene gesetzt werden.
4. Die Lenkung und Steuerung der KKP auf Kreisebene erfolgt künftig durch die Kommunalverantwortlichen der Land- und Stadtkreise im Einvernehmen mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden. Die Polizei gibt Impulse, leistet vielfältige konzeptionelle Zuarbeit und organisiert gemeinsam mit weiteren Partnern KKP-Projekte.
5. Die organisatorische und personelle Beteiligung der Polizei bei der Wahrnehmung der Koordinierung der KKP durch die Land- und Stadtkreise soll sich an den Bedürfnissen vor Ort orientieren und ist zwischen den unteren Verwaltungsbehörden und der Polizei einvernehmlich festzulegen.

IV. Projektbüro Kommunale Kriminalprävention

Im Rahmen seiner verstärkt wahrzunehmenden Dienstleistungs- und Servicefunktion wird das Projektbüro Kommunale Kriminalprävention auf Landesebene (unter Beteiligung der Kommunalen Landesverbände) eng mit den Koordinierungsstellen Kommunale Kriminalprävention der unteren Verwaltungsbehörden zusammenarbeiten, um

- aus Landessicht wichtige strategische Ziele zu vermitteln (Zielfunktion),
- örtliche / regionale Initiativen im Bedarfsfall zu unterstützen (Unterstützungsfunktion),
- Redundanzen zu vermeiden und zu einer möglichst wirksamen Prävention beizutragen (Koordinationsfunktion),
- neue Impulse zu setzen (Schrittmacherfunktion)

und hierzu

- eine zentrale Beratungsfunktion übernehmen und den Know-how-Transfer sicherstellen,
- zeitnah aktuelle Informationen zur Kriminalprävention, neue Entwicklungen, kriminologische Erkenntnisse und einen zentralen Veranstaltungskalender zur Verfügung stellen,
- über themenspezifische Veröffentlichungen informieren,
- eine Datenbank über landesweite und örtliche Präventionsinitiativen anbieten,
- evaluierte Projekte im Bereich der KKP vorstellen,
- Fördermittel erschließen (ggf. mit Ausschreibung und Vergabe) und eine Auflistung von Fördermöglichkeiten im Präventionsbereich darstellen sowie
- turnusmäßige KKP-Koordinatorentreffen initiieren.

V. Gemeinsame Fortbildungen zur Kommunalen Kriminalprävention

Das Thema Kommunale Kriminalprävention soll verstärkt im Rahmen gemeinsamer Fortbildungen aufgegriffen werden. Die Akademie der Polizei sowie die Fortbildungseinrichtungen der Kommunalen Landesverbände bieten hierzu für Vertreter aus den Landkreisen, Städten, Gemeinden, ggf. weiteren thematisch beteiligten Stellen und der Polizei weitere gemeinsame Fortbildungsseminare an.

VI. Evaluation

Zur Evaluation der Strukturen und der Koordinierung der Kommunalen Kriminalprävention werden beim Projektbüro Kommunale Kriminalprävention Expertengespräche durchgeführt. Hierbei sind insbesondere zu erheben und zu erörtern:

- der Umsetzungsstand bezüglich der vorgesehenen Organisationsstrukturen im Bereich der unteren Verwaltungsbehörden;
- die konkreten Auswirkungen der Koordinierungsstellen auf die Kooperation der Präventionsakteure vor Ort;
- die stärkere Vernetzung kriminalpräventiver Maßnahmen;
- das Optimierungspotenzial mit Blick auf das Service- und Dienstleistungsangebot des Projektbüros KKP.

VII. Inkrafttreten

Die gemeinsame Rahmenvereinbarung des Innenministeriums Baden-Württemberg mit dem Städte-, Landkreis- und Gemeindetag zur Intensivierung des Informationsaustausches, zur Durchführung gemeinsamer periodischer Analysen der örtlichen Sicherheitslage und zur Koordinierung der Kommunalen Kriminalprävention durch die unteren Verwaltungsbehörden tritt mit Wirkung vom **1. Januar 2005** in Kraft. Gleichzeitig treten die gemeinsamen Empfehlungen zur landesweiten Einführung der KKP aus dem Jahr 1997 sowie zur Intensivierung des Informationsaustausches zwischen Polizei und Kommunen und Einführung gemeinsamer periodischer Analysen der örtlichen Sicherheitslage aus dem Jahr 2002 außer Kraft.

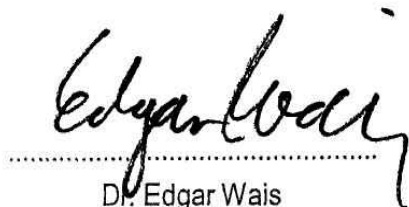
Stuttgart, den 14.9.2004



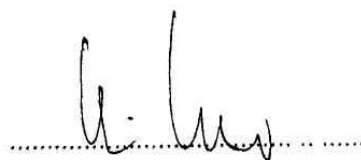
Heribert Rech MdL
Innenminister



Bernd Doll
Präsident des Städtetages



Dr. Edgar Wais
Präsident des Landkreistages



Otwin Brucker
Präsident des Gemeindetages

Dr. jur. Rolf-Peter Löhr

Stellv. Institutsleiter Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Berlin

Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Das Programm ‚Soziale Stadt‘ weiterentwickeln und ausweiten“

1. Zielerreichung

Trotz der mit fünf Jahren noch kurzen Laufzeit des Programms Soziale Stadt (die traditionelle vorwiegend auf baulich-städtebauliche Maßnahmen ausgerichtete Sanierung nach dem StBauFG hatte eine Laufzeit von durchschnittlich 15 Jahren) zeigen sowohl die Ergebnisse der Difu-Programmbegleitung (2003) als auch die Ergebnisse der Zwischenevaluierung durch das IfS (2004) deutliche Verbesserungen der Lebenssituation in den Programmgebieten der Sozialen Stadt. Diese beziehen sich vor allem auf

- ein inzwischen positiveres Gebietsimage vieler Stadtteile verbunden mit einer höheren Identifikation der Bewohnerschaft mit ihrem Quartier,
- Verbesserungen im Zusammenleben, das auch aus gemeinsamen Aktivitäten und Engagement für den Stadtteil besteht,
- die stärkere Vernetzung von Initiativen im Quartier sowie
- eine größere Vor-Ort-Nähe der zuständigen Verwaltung.

Um der allgemeinen Segregationstendenz entgegenzuwirken bedarf es allerdings der Intensivierung gesamtstädtischer Konzepte, in die die Integrierten Handlungskonzepte für die Programmgebiete der Sozialen Stadt eingebettet sind.

Bewohnerstrukturen erweisen sich dann als stabil, wenn Konflikte im Zusammenleben produktiv bewältigt und gemeinsame Aktivitäten für die Stadtteilentwicklung organisiert werden können. „Missstände“ an zu hohen Anteilen einzelner Bewohnergruppen festzumachen (Migrantinnen/Migranten, Alte Menschen, Arbeitslose) führt in die Irre, weil negative Eigenschaften nicht zwangsläufig an bestimmte demographische Merkmale gebunden sind. In der Regel übernehmen die Quartiere der Sozialen Stadt hohe Integrationsleistungen für die Gesamtstadt und müssen auch aus diesem Grunde besonders gefördert werden („besonderer Entwicklungsbedarf“).

Die in den Integrierten Handlungskonzepten beschriebenen Ziele müssen stärker noch als bisher üblich auch operationalisiert werden; hier besteht – vor allem in den Gebieten mit noch kürzerer Laufzeit – Nachholbedarf. Erst dann lassen sich die Maßnahmen des Programms auch befriedigend evaluieren. Mit einer Ergebnisevaluierung, die möglichst auf Ergebnissen einer Prozessevaluierung aufbauen soll, kann überprüft werden, ob das Hauptziel des Programms, der Aufbau dauerhaft tragfähiger Strukturen, erreicht worden ist. Hier sind Erfahrungen in den Bundesländern mit längerer Erfahrung in der integrierten Stadtteilentwicklung (NRW, Hamburg, Hessen, Berlin) hilfreich.

2. Strategische Handlungsfelder

Im Rahmen der Programmumsetzung Soziale Stadt sind in vielen Städten und Gemeinden neue ressort- und ämterübergreifende Kooperations- und Managementformen erprobt worden. „Fortschritte in der ämter- und dezernatsübergreifenden Kooperation“ wurden bei der Difu-Umfrage für 70 % der Gebiete als Programmserfolg konstatiert. Dennoch sind Bündelungserfolge fast ausschließlich auf erhebliche Anstrengungen der Akteure auf kommunaler, Stadtteil- und Projektebene zurückzuführen. Hinsichtlich der Harmonisierung von Förderprogrammen besteht weiterhin erheblicher Handlungsbedarf vor allem bei Bund und Ländern.

Nicht alle Länder geben ihren Städten und Gemeinden Arbeitshilfen wie z.B. Förderfibeln an die Hand. Offenbar ist es auch schwierig, diese, wenn sie angeboten sind, laufend zu aktualisieren.

Die Integrierten Handlungskonzepte erweisen sich als Schlüsselinstrument auch zur Bündelung von Fördermitteln. Dies kommt beispielsweise darin zum Ausdruck, dass besondere Bündelungsleistungen dort erbracht worden sind, wo bereits ein Integriertes Handlungskonzept erarbeitet wurde. Deshalb ist auf die Erarbeitung und Umsetzung Integrierter Handlungskonzepte als leistungsfähiges Steuerungs- und Koordinierungsinstrument noch stärkeres Gewicht zu legen.

Das Programm Soziale Stadt ist dann als Leitprogramm zur Ressourcenbündelung geeignet, wenn von den Ländern die Förderung von Quartiermanagement und Verfügungsfonds, aber auch von Öffentlichkeitsarbeit und Fortbildung aus Mitteln der Sozialen Stadt unterstützt wird.

- *Kooperation mit externen Akteuren*

Die Difu-Befragungsergebnisse haben gezeigt, dass viele verwaltungsexterne Akteure in die Erarbeitung der Integrierten Handlungskonzepte einbezogen sind. Dies gilt vor allem für Lokale Initiativen/Vereine/ Organisationen, für Wohnungsunternehmen, Freie Träger und Kirchen. Dagegen waren Arbeitsämter, Migrantinnen-/Migrantenorganisationen, Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern noch nicht ausreichend integriert.

Die stärkere Einbeziehung externer Akteure setzt unter anderem voraus, dass Programmansatz und -philosophie der Sozialen Stadt in vielen Zusammenhängen immer wieder zur Sprache gebracht werden. Bei den Aktivitäten der Bundestransferstelle zeigt sich häufig, dass selbst in professionellen Kreisen der Stadtentwicklungsplanung, Sozial- und Gemeinwesenarbeit, Wohnungswirtschaft und vielen anderen eine Kenntnis des Programms bei weitem nicht vorausgesetzt werden kann. Hier schaffen Verbundprojekte wie beispielsweise „Zuwanderer in der Stadt“ (Schader Stiftung/DST/GdW/ Difu/InWIS) oder die Veranstaltungsreihe „Armut und Gesundheit“ (AG Gesundheitsfördernde Stadt- und Gemeindeentwicklung/Difu) gute Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit.

- *Aktivierung und Beteiligung*

Erfahrungen im Rahmen der Programmbegleitung haben gezeigt, dass mit einem leistungsfähigen Quartiermanagement Aktivierungs- und Beteiligungserfolge zu erreichen sind. Allerdings ist die personelle Kontinuität des Quartiermanagements auf lokaler Ebene durch sehr kurzfristige Verträge für viele Programmgebiete in Frage gestellt.

Als zentral für den Erfolg von Aktivierung und Beteiligung erweist es sich, inwieweit Politik und Verwaltung bereit sind, der Bevölkerung und den lokalen Akteuren auch Entscheidungsbefugnisse einzuräumen. Durch die für viele Programmgebiete eingerichteten Verfügungsfonds sind gute Chancen für Aktivierung und Beteiligung geschaffen worden; dies war Ende des Jahres 2002 immerhin in etwas mehr als der Hälfte der Programmgebiete der Fall.

Da manche Bevölkerungsgruppen schwer erreichbar sind (z.B. Menschen mit Migrationshintergrund, Langzeitarbeitslose, alte Menschen), müssen die Bemühungen zur Aktivierung noch weiter verstärkt und innovativer gestaltet werden.

- *Programmbegleitung/Evaluierung/Stadtentwicklungsbericht*

Die von vielen Seiten geäußerte positive Resonanz auf die Programmbegleitung 1999 bis Ende 2003 und die Aktivitäten der Bundestransferstelle (seit Dezember 2004) durch das Difu bestätigt den großen Bedarf nach bundesweitem Informationstransfer, der Organisation des bundesweiten Erfahrungsaustauschs und insbesondere auch einer kontinuierlichen Forschungsbegleitung. Als besonders hilfreich wurden zum einen die in den 16 Modellgebieten der Sozialen Stadt eingerichtete Programmbegleitung vor Ort (PvO) als unterstützende und dokumentierende Untersuchung zur Programmumsetzung sowie zum anderen das vom Difu im Januar 2000 online geschaltete Internetforum www.sozialestadt.de mit seinem breiten Angebot (Literaturdatenbank, Projektdatenbank, Informationen zu den Programmgebieten, Arbeitshilfen, Links usw.) hervorgehoben.

Das Difu-Internetforum hat sich zu einer tragenden Säule des bundesweiten Netzwerks zur Sozialen Stadt entwickelt. Die Abrufzahlen sind kontinuierlich gestiegen (von monatlich rd. 35 000 Abrufen im Winter 2000/2001 auf rund 170 000 im Winter 2004/2005). Außerdem ist ein wachsendes Interesse an den inzwischen weiter ausgebauten englischen (Abrufzahlen monatlich zu Jahresbeginn 2004 rund 1 200, zu Jahresbeginn 2005 rund 5 000) und französischen (Abrufzahlen monatlich zu Jahresbeginn 2004 rund 100, zu Jahresbeginn 2005 rund 3 300) Informationen festzustellen; international besteht ein großes Interesse am Programm Soziale Stadt, weil nahezu alle europäischen Länder mit Problemen der sozialen und räumlichen Segregation zu kämpfen haben. Grundlage für hohe Nutzungsfrequenzen ist aber das ständige Angebot an Neuigkeiten, was erheblichen Recherche- und Pflegeaufwand benötigt.

Forschungsbegleitung erweist sich auf allen Ebenen (Bund, Länder und Gemeinden) als wichtig, um sich sowohl über die politisch-administrativen Wirkungen (Politikwandel, Urban Governance) als auch über die Wirkungen auf Lebenslagen und Lebensperspektiven im Stadtteil (materiell und symbolisch) Rechenschaft abzulegen und das Programm zielgerichtet weiterentwickeln zu können. Die Ergebnisse der beiden bundesweiten Difu-Umfragen, auf denen empirisch auch die Zwischenevaluierung basiert, haben zentrale Erkenntnisse vor allem zum politisch-strategischen Wirkungsbereich erbracht. Mit der (geplanten) dritten Umfrage könnte ein wichtiger Beitrag zur Erfassung der Effekte des Programms für Lebenslagen und Lebensperspektiven (vielleicht auch Lebenschancen) geleistet werden.

Ein kontinuierliches bundesweites Berichtswesen zur Stadt(teil)entwicklung ermöglicht vor allem die Zusammenschau der bisher noch zu wenig miteinander verknüpften Programme Stadtumbau Ost, Stadtumbau West und Soziale Stadt.

3. Inhaltliche Handlungsfelder

Das Difu hat bereits in seinem Ergebnisbericht zur Programmbegleitung betont, dass bei den Handlungsfeldern der Sozialen Stadt noch deutlichere Prioritäten gesetzt werden sollten. Dies bezog sich zum einen auf die vorsorgeorientierten Handlungsfelder „Schulische und berufliche Bildung“ sowie „Gesundheitsförderung, zum anderen auf die „Stärkung der lokalen Ökonomie“ (S. 233 f.).

- Lokale Ökonomie/Beschäftigung

Bisher ist es noch nicht ausreichend gelungen, die Wirtschaftsförderung zu einem relevanten Teil auf die kleineren lokalen Unternehmen umzulenken. Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und auch die Arbeitsämter/jetzt Arbeitsagenturen waren und sind in die Strategien der Sozialen Stadt noch viel zu wenig eingebunden.

In diesem Zusammenhang erscheint es besonders wichtig, die Effekte von Hartz IV für die Situation in den Programmgebieten zu analysieren.

- Kombination mit Stadtumbau

In den neuen Bundesländern dominieren bisher häufig Maßnahmen des Stadtumbau Ost die der Sozialen Stadt, ohne dass daraus Synergieeffekte entstehen. Hier zeichnet sich Nachholbedarf bezüglich eines themenorientierten (z.B. Monitoring, Evaluierung, Einbettung in gesamtstädtische Entwicklungskonzepte) bundesweiten Erfahrungsaustauschs ab.

- Schule/Bildung

Schulen erweisen sich als Schlüsselinstitutionen in den Gebieten der Sozialen Stadt, als die Institutionen, mit denen eine soziale Isolierung von Kindern und Ju-

gendlichen in eher demotivierenden Armutsmilieus durchbrochen werden kann. Um dies leisten zu können, brauchen die Schulen zusätzliche Unterstützung und stärkere Zuständigkeiten. In den benachteiligten Stadtteilen muss ein offensives gebietsbezogenes Bildungsmanagement aufgebaut werden. Dabei muss es stärker als bisher um eine integrierte Sozial-, Familien- und Bildungspolitik gehen. Die Übergänge von Kindergarten, Schule und Beruf müssen mehr Beachtung finden und Schulen, Betriebe; Kinder- und Jugendhilfe sowie Quartiermanagement stärker in vernetzte Strukturen eingebunden werden.

Sowohl im Info Nr. 16 zur Sozialen Stadt als auch im Rahmen der Veranstaltung „Bildung im Stadtteil“ am 30. Mai 2005 in Berlin wird deutlich, dass es bereits viele innovative Projekte für neue Unterrichtsformen und –inhalte, Ansätze zur Öffnung von Schulen in den Stadtteil und zur Vernetzung bildungsbeteiligter Akteure und Institutionen gibt, doch aus diesen Ausnahmen muss noch die Regel werden.

Vor diesem Hintergrund ist es wünschenswert, dass im Rahmen des Investitionsprogramms „Zukunft Bildung und Betreuung“ des BMBF zur Förderung der Ganztagschulen die Quartiere der Sozialen Stadt besondere Berücksichtigung finden.

- *Migration/Integration*

Projekte zur Integration von Migrantinnen und Migranten spielen bei der Umsetzung des Programms Soziale Stadt eine bedeutende Rolle (vgl. Praxisdatenbank im Internetforum).

Es ist nicht zwangsläufig davon auszugehen, dass ein bestimmtes Mischungsverhältnis zwischen deutschen Haushalten und solchen mit Migrationshintergrund Garant für konfliktfreies Zusammenleben ist. Sowohl in der Stadtsoziologie als auch der Planungspraxis gibt es Pro- und Kontra-Positionen zu Belegungskonzepten der Konzentration oder Mischung. Von gemischten Wohngebieten wird eine eher stabilisierende Wirkung erwartet, das Plädoyer für homogene Quartiere ist motiviert durch Vorstellungen von Solidarisierung und Emanzipation.

- *Innere Sicherheit*

Unserer Kenntnis nach ist ein Zusammenhang zwischen Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf und erhöhten Kriminalitätsraten und besonders hohem Gewaltpotenzial statistisch nicht erwiesen. Tatorte sind auch nicht zwingend die Wohnorte der Täter. Dennoch ist nicht zu übersehen, dass fehlende Berufs- und Integrationsperspektiven einerseits Mutlosigkeit und andererseits Konfliktbereitschaft förderlich sind.

Vor diesem Hintergrund hat es sich als nützlich erwiesen, dass alle Akteure der Gewaltprävention in die Erarbeitung und Umsetzung der Integrierten Handlungskonzepte eingebunden sind.

Reinhard Thies

Geschäftsführer Landesarbeitsgemeinschaft
Soziale Brennpunkte Hessen e. V., Frankfurt am
Main

Schriftliche Stellungnahme zum Fragenkatalog von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU und FDP zur Anhörung des Antrages von SPD und Bündnis 90/Die Grünen "Das Programm `Soziale Stadt` weiterentwickeln und ausweiten" (BT-Drs. 15/4660) am 13.04.2005

Vorbemerkung

Das Land Hessen war in den vergangenen 30 Jahren erfolgreich bei der Auflösung von Obdachlosengebieten und -siedlungen durch ein integriertes Vorgehen unter Einbindung der verschiedenen Bereiche Gemeinwesenarbeit, Sanierung von Schlicht- und Einfachstunterkünften, Soziale Stadtteilentwicklung, BewohnerInnenbeteiligung, Lokale Beschäftigung, Wohnungsversorgung, Kinder- und Jugendhilfe, Frauenförderung und Soziale Sicherung. Hierbei hat die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. (LAG) als trägerübergreifendes Netzwerk von Gemeinwesenarbeitsprojekte und Bewohnerinitiativen entscheidend mitgewirkt und nachhaltig zur Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen von Menschen in den benachteiligten Quartieren beigetragen.

Seit 2001 berät und unterstützt die LAG im Rahmen ihrer Mitarbeit in der Servicestelle HEGISS¹ Kommunen, Freie Träger der Gemeinwesenarbeit, Planungsbeauftragte, betroffene BürgerInnen an den 30 Soziale-Stadt-Standorten sowie das Land Hessen bei der Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ in Fragen der Bürgerbeteiligung, der Kinder- und Jugendhilfe, des Quartiersmanagements, der Einbindung des 3. Sektors sowie der Lokalen Ökonomie.

Die folgenden Ausführungen stellen eine Bilanzierung der wesentlichen Erfahrungen und Erkenntnisse aus der langjährigen Beratungstätigkeit der LAG vor Ort und auf Landesebene dar. Dabei werden die vorhandenen Nachsteuerungsbedarfe bezogen auf den Programmansatz Soziale Stadt aus Sicht der LAG benannt und die daraus resultierenden notwendigen Weiterentwicklungen beschrieben.

1. Ausführungen zur Zielerreichung

• **ÜBERWINDUNG VON SOZIALRÄUMLICHER AUSGRENZUNG IM ANSATZ GELUNGEN**

Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ (B-L-P) schafft die Voraussetzung, dass die Aufmerksamkeit kommunaler Akteure verstärkt auf Stadt- und Wohngebiete mit besonderem sozialen und städtebaulichen Handlungsbedarf gelenkt wird und lokale Strategien zur integrierten Sozialraumentwicklung und Verhinderung Sozialer Brennpunkt ausgelöst werden können. Durch die Umsetzung von Integrierten Handlungskonzepten und lokalen Aktionsplä-

¹ Die Servicestelle HEGISS ist ein vom Hessischen Wirtschaftsministerium beauftragtes Kooperationsprojekt der Hessenagentur GmbH und des IWU GmbH (Institut Wohnen und Umwelt) und der LAG. Die Partner bringen ihre spezifischen Kompetenzen in die Entwicklungspartnerschaft ein.

nen konnten in der bisherigen Programmlaufzeit unmittelbare, positive Wirkung in den geförderten Stadtteilen und Quartieren erzielt werden. Mit der "Sozialen Stadt" besteht

somit ein überregionaler Ansatz der lokale Strategien zur Integration von Menschen unterschiedlicher Kulturen in ihre Nachbarschaft, zur Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt und zur Sicherung der Wohnungsversorgung von Wohnungsnotfällen bewirkt.

Derzeit ist allerdings nicht hinreichend abgesichert, dass in jedem Fall umfassende kommunale Gesamtstrategien eingeleitet werden, um in den Städten, Gemeinden und Landkreisen „Lokale Gemeinschaftsinitiativen Soziale Stadt“ zu konstituieren. Diese Lokale Gemeinschaftsinitiativen sollen sicherstellen, dass die Umsetzung von „Sozialer Stadt“ von den Armuts- und Randgebieten einer Kommunen angegangen wird (d.h. Auflösung bestehender bzw. der Verhinderung neuer Sozialer Brennpunkte) und neue Ausgrenzungstendenzen verhindert werden. Die beteiligten Kommunen sind herausgefordert, einerseits lokale Aktionspläne für Sozialräume mit besonderem Handlungsbedarf zu entwickeln und andererseits stadtweit Teilhabechancen für von Ausgrenzung bedrohte Bevölkerungsgruppen zu sichern.

In einem übergreifenden Leitbild für die "Soziale Stadt" sind deshalb beide Ansätze aufzunehmen. Mit den Akteuren aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wohlfahrtspflege ist ein Verständigungsprozess über notwendige Ziele, Prioritäten und Konzepte einzuleiten. Es geht um Strategien zur Überwindung von Armut und Ausgrenzung in der Stadt.

- **LEITBILD „SOZIALES WOHNEN“ MUSS ERFOLG DER „SOZIALE STADT“ SICHERN**

In den meisten Städten und Gemeinden fehlen kommunale Konzepte zur sozialen Wohnraumversorgung, die sicherstellen, dass keine innerstädtischen Problemverschiebungen erfolgen und damit langfristig die Entstehung neuer Sozialer Brennpunkte begünstigen. Sinnvoll erscheint in diesem Zusammenhang die Entwicklung eines Leitbildes "Soziales Wohnen" unter Einbeziehung der relevanten wohnungs- und sozialpolitischen Akteure, in dessen Rahmen eine Verständigung über Wohnungsbedarf, Wohnungsbelegung, Versorgung von Wohnungsnotfällen, Wirkung von wohnungspolitischen Maßnahmen usw. stattfindet. Diese Form der Kooperation zwischen Kommune, Wohnungswirtschaft und freien Trägern der Wohlfahrtspflege sollte in dem Aufbau von „Lokalen/Regionalen Sozialen Wohnungsversorgungsverbänden“ münden, die u.a. die Entwicklung kommunaler Wohnungsversorgungskonzepte (vgl. neues "Soziale Wohnraumförderungsgesetz") erleichtern könnten.

Die „Instabilität“ von Bewohnerstrukturen und „Überforderung“ von Nachbarschaften hängt im hohem Maße mit den nicht vorhandenen Gesamtstrategien der Kommunen zur sozialen Wohnungsversorgung zusammen. Armutsentwicklung, demografischer Wandel und Zuwanderung sowie der Rückgang des Bestandes der Sozialwohnungen schränken die Handlungsmöglichkeiten in den Stadtgebieten der „Sozialen Stadt“ deutlich ein. Das Städtebauprogramm „Soziale Stadt“ schafft hier kaum Entlastung. Zusätzlich müssten staatliche Förderprogramme zur „Sicherung der Wohnungsversorgung in Wohnungsnotfällen“ und zur „Integration von am Wohnungsmarkt benachteiligter Bedarfsgemeinschaften“ neue Gestaltungsmöglichkeiten erschließen. Unbedingt verhindert

werden muss, dass durch die Auswirkungen der „Hartz-Reformen“ auf die Wohnraumversorgung neue Obdachlosenghettos entstehen.

- **GEMEINWESENARBEIT ÜBER PROGRAMMLAUFZEIT HINAUS VERSTETIGEN**

Es ist zu beobachten, dass es mit Hilfe des Programmansatzes „Soziale Stadt“ gelingt, den Ghettocharakter einzelner Quartiere aufzubrechen und Ansatzpunkte für Stadtteilidentität und neue Nachbarschaftsentwicklungen zu finden. Bewohnergruppen, die ihren Stadtteil bereits „aufgegeben“ hatten, schöpfen neue Hoffnung, wenn sich durch sichtbare städtebauliche Investitionen und soziale Projekte sowie durch intensivere Aufmerksamkeit von Politik- und Verwaltung Aufwertungen zeigen. Eine Schlüsselbedeutung kommt dabei der Gemeinwesenarbeit bzw. dem Quartiermanagement vor Ort zu. Hier werden Aufgaben im Stadtteil übernommen, die die Eigeninitiative von Bewohnergruppen fördern und deren Engagement für den Prozess der Stadtteilentwicklung aktiviert. Zur nachhaltigen Stabilisierung sind hierfür Ressourcen auch über die Programmlaufzeit notwendig. Über Lokale Partnerschaften, neue Verbundstrukturen sowie ausgewiesene Stadtteilbudgets ist dieser Unterstützungsansatz abzusichern. Ein besondere Bedeutung kommt hier der Kinder- und Jugendhilfe zu, die nach dem SGB VIII ihren Beitrag für ein „kinder- und familienfreundliche Umwelt“ zu leisten hat.

Der Gemeinwesenorientierung der Dienste der Träger der Jugend- und Sozialhilfe ist dabei eine wichtige Voraussetzung. Die Initiativen des Bundesfamilienministeriums mit der E&C-Strategie² und dem LOS-Programm³ haben hierfür bereits wichtige Impulsbeiträge geleistet. Insgesamt fehlt es aber noch an Perspektiven für die Weiterentwicklung und Verstetigung von Sozialraumkonzepten. Anschlussfinanzierungen im nicht-investiven Bereichen sind nur schwer erschließbar. Die Förderung „Lokaler Aktionspläne zur Stabilisierung von Nachbarschaften in der Sozialen Stadt“ durch Bund, Ländern und Europäischer Union sollte deshalb weiterentwickelt werden, damit insbesondere neue bzw. innovative Trägerstrukturen und Initiativen im Stadtteil davon profitieren können.

2. Ausführungen zu strategischen und inhaltlichen Handlungsfeldern

Das städtebauliche Förderprogramm „Soziale Stadt“ ist als Leitprogramm geeignet, die Kommunen herauszufordern, sich mit Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf und Sozialen Brennpunkten zu befassen. Bund und Länder haben mit ihrem gemeinsamen AR-GEBAU-Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ geeignete Rahmensetzungen und Standards formuliert, um die Entwicklung und Umsetzung von integrierten Handlungskonzepten und lokale Aktionsplänen zu befördern.

² Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten

³ Lokales Kapital für soziale Zwecke

- **WEITERENTWICKLUNG DER RESSORTÜBERGREIFENDEN ZUSAMMENARBEIT**

Die bisherigen erfolgversprechenden Aktivitäten greifen jedoch zu kurz, wenn die Ebenen von Bund und Ländern nicht insgesamt ihre entsprechenden Förderstrategien in anderen Politikbereichen auf sozialräumliches Handeln ausrichten. Es ist daher zu prüfen, inwieweit Zweckbindungen oder –empfehlungen in vorhandene Bund- bzw. Länderprogramme aufzunehmen sind und/oder sogar eine Harmonisierung von Förderbestimmungen möglich ist. Analog den Verknüpfungsansätzen im Wohnraumförderungsgesetz sowie den richtungsweisenden Strategien des Bundesfamilienministeriums mit den Programmen „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) sowie „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS) sind weitere Bundesinitiativen zu starten.

Zusammen mit den Ländern sollte sich der Bund dafür einsetzen, dass der Ansatz der „Sozialen Stadt“ auch über die bislang ins Programm aufgenommenen Stadtteile hinaus Wirkung zeigt. Im Sinne der Gemeinschaftsinitiative sollten auch Quartiere mit nicht vordringlichem städtebaulichen Handlungsbedarf von den verschiedenen auf den Sozialraum ausgerichteten Förderungen profitieren können. Kommunen, die ihr Vorgehen entsprechend dem ARGEBAU-Leitfaden ausrichten, sollten daher ebenfalls das Prädikat „Soziale-Stadt-Standort“ erhalten können, um Mittel aus den Komplementärprogrammen zu erhalten.

Im Sinne des angestrebten integrierten Förderansatzes sind andere Fachministerien herausgefordert, sich mit ihren Programmen an der Gemeinschaftsinitiative zu beteiligen (u.a. Integration von Zuwanderern, Verbesserung der Ganztagsschulangebote, Stärkung lokaler Unternehmen und Beschäftigungsinitiativen im benachteiligten Sozialraum). Bund und Länder sollen auf ihren Ebenen die interministerielle Zusammenarbeit intensivieren. Entsprechende Initiativen sollten vom Bundeskanzleramt bzw. den Staatskanzleien ausgehen. Die Konstituierung von interministerielle Lenkungsgruppen auf allen Ebenen, die relevante externe Akteure einbeziehen (u.a. Träger der Gemeinwesenarbeit, Wohlfahrtsverbände, Beschäftigungsträger, Wohnungsunternehmen), erscheint dabei hilfreich.

- **STÄRKUNG DER SOZIALPLANUNG BEI DER GEBIETSAUSWAHL**

Nur wenige Kommunen verfolgen derzeit städtische oder regionale Gesamtstrategien zur Gestaltung einer „Sozialen Stadt“, die die Auflösung aller bestehender Sozialen Brennpunkte bzw. die dauerhafte Verhinderung benachteiligter Stadtteile zum Ziel haben. Das hat zur Folge, dass die Gebietsauswahl für den Einsatz des Bund-Länder-Programms sowohl auf lokaler als auch auf überregionaler Ebene sehr beliebig und zufällig vorgenommen wird. In den Städten und Gemeinden bzw. den Landkreisen fehlt vielerorts eine kontinuierliche Sozialberichterstattung, so dass die Beobachtung und Priorisierung von sozialräumlichen Interventionsbedarfs nur in Ausnahmefällen systematisch erfolgt.

Oft steht bei der Gebietsauswahl der städtebauliche Handlungsbedarf im Vordergrund. Problemlagenanalyse, Zielvorgaben und Handlungskonzepte für die ausgewählten Sozialräume

bleiben vielerorts zunächst unpräzise. Zwar wird im Sinne eines „lernenden Programms“ oft ein offener Planungsprozess eingeleitet; soziale Indikatoren für territoriale

Planung bleiben jedoch nur mangelhaft definiert bzw. recherchiert. Die Einbindung der lokalen Akteure der Sozialplanung kann als unzureichend bezeichnet werden. In der Regel sind sie im besten Falle auf sektorale Fachkonzepte (Bildung, Beschäftigung, Wohnen, Wirtschaft, Gesundheit usw.) bzw. Zielgruppenplanung (Jugend, Senioren, Migranten usw.) ausgerichtet. Auf der Ebene der Kommunen und der Länder sollte daher erwogen werden, ob nicht zukünftig bei der Aufnahme in das „Soziale-Stadt-Programm“ zumindest die örtlichen Träger der Jugend- und Sozialhilfe bzw. die Jugend- und Sozialministerien mitzeichnen und dadurch ihre kontinuierliche Mitverantwortung dokumentieren.

Der Sozialbericht der Bundesregierung erwähnt zwar den konzeptionellen Ansatz der „Sozialen Stadt“, leitet daraus aber keinen weitergehenden sozialpolitischen Handlungsbedarf ab. Die entsprechenden Berichterstattungen der Landesregierungen, sofern sie überhaupt vorliegen, gehen nur eingeschränkt auf sozialräumliche Handlungsmöglichkeiten ein. Zwar werden in verschiedenen Richtlinien z.B. „sozial stabile Bewohnerstrukturen“ gefordert, ohne jedoch gleichzeitig entsprechende sozialplanerische Vorgaben und Indikatoren zu definieren.

- **KOOPERATION MIT EXTERNEN AKTEUREN - STÄRKUNG DER AKTEURE DER GEMEINWESENARBEIT**

Zu den Erfolgsvoraussetzungen für eine zielgerichtete Stadtteilentwicklung gehört die gleichberechtigte Einbeziehung und Kooperation der Akteure des ersten (öffentlichen), zweiten (wirtschaftlichen) und dritten (gemeinwohlorientierten) Sektors. Die in der Praxis bei Stadtteilentwicklungsprozessen noch häufig zu beobachtende Dominanz von Akteuren des Städtebaus bzw. der Stadtplanung sollte überwunden werden. Die Einbindung der Akteure der sozialen Arbeit bei der Entwicklung und Gestaltung „Integrierter Handlungskonzepte“ ist hierbei ein wichtiger Schritt. Das Prinzip der „gleichen Augenhöhe“ sollte sich deshalb sowohl in der verwaltungsinternen Gewichtung (Gleichberechtigung der Stadt- und Sozialplanung) als auch in der stärkeren Einbindung der Freien Träger aus Sozial- und Jugendhilfe widerspiegeln. Dazu gehört auch, die Beteiligung von Bewohnerinitiativen zu fördern sowie Vereine und anderes ehrenamtliches Engagement zu unterstützen. Maßnahmen und Projekte zur Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe der Bevölkerung, zur nachhaltigen Stabilisierung der sozialen Verhältnisse und des nachbarschaftlichen Zusammenlebens im Stadtteil sind in der Prioritätensetzung städtebaulichen Aktivitäten gleichzustellen.

Von Beginn an sind die Träger der Sozial- und Jugendhilfe als Schlüsselakteure einzubinden. Sie garantieren auch über die Investitionsphase hinaus, dass Quartiers- und Stadtteilentwicklungseffekte gesichert und verstetigt werden. Die Akteure des Städtebaus reduzieren, so die Erfahrung, ihre Stadtteilaktivitäten nach der Investitionsphase. Die Akteure der Sozial-, Jugend- und Gemeinwesenarbeit hingegen bleiben in der Regel in diesen Gebieten weiter präsent. Sie müssen im Zeitraum der Intensivphase der Programmwirkung so aufgestellt werden,

dass sie im Anschluss mit ihren Ressourcen die geschaffenen Quartiers- und Stadtteilstrukturen stärken und weiterentwickeln können. Dazu wird ein

verstärktes Stadtteilbudget benötigt, das sich nicht nur an den Pflichtleistungen des Sozialrechts orientiert.

In Hessen ist es gelungen, durch die LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V. ein landesweites trägerübergreifendes Netzwerk zur Stärkung der Gemeinwesenarbeit und des dritten Sektors zu schaffen. Durch landesweiten Erfahrungsaustausch und kollegiale Beratung, gemeinsame Konzeptentwicklung und intensive Lobbyarbeit konnten die Akteure der sozialen Arbeit und Bewohnerschaft mobilisiert und qualifiziert werden, Stadtteilentwicklungsprozesse entscheidend mit zu gestalten. Diese besondere Netzwerkkompetenz ist derzeit durch die Streichung aller „Brennpunkt-Förderungen“ aus dem hessischen Sozialbudget stark gefährdet. Um so wichtiger ist es, dass, wie auch in Hessen durch die Partnerschaft in der Servicestelle HEGISS, mit Mitteln aus der „Sozial Stadt“ die Förderung des (traditionell schwächeren) 3. Sektors sowohl auf Landes- als auch Bundesebene durch die Bereitstellung einer entsprechenden Service- und Beratungsstruktur unterstützt wird.

• **STADTTEILMANAGEMENT ALS KOPRODUKTION UNTER AKTEUREN**

Das B-L-P stärkt die Etablierung von Stadtteilmanagement, neuer Steuerung sowie lokaler Entwicklungspartnerschaften für „Soziale-Stadt“-Standorte und fördert zielorientiertes, interdisziplinäres Handeln sowie die Kooperation und Koproduktion unter den unterschiedlichen Akteuren im Sozialraum. Der auf städtebauliche Investitionen ausgerichtete Förderansatz des B-L-P schafft die notwendige Dynamik für die Gebietsentwicklung, dominiert jedoch die Handlungslogik der Entwicklungsprozesse. Traditionelles sektorales Arbeitsverständnis, ungeübte Kooperation sowie Konkurrenz erschweren neue Formen der Zusammenarbeit und Vernetzung nicht nur unter den Akteuren des öffentlichen und wirtschaftlichen Sektors. Die unverzichtbare Einbindung der lokalen Akteure des „dritten Sektors“ findet nicht die notwendige Beachtung.

Stadtteilentwicklungsprozesse benötigen eine klare Struktur der Bearbeitung. Zunächst ist zu klären, welche unterschiedlichen Funktionen und Aufgaben erledigt werden müssen. Die Bandbreite reicht von der Gesamtprojektsteuerung, Koordination über Moderation, Projektentwicklung bis hin zur Vernetzung, Bürgerbeteiligung und -aktivierung. Wie eine sinnvolle Aufgaben- und Rollenverteilung aussehen kann, ist in jeder einzelnen Kommune und jedem Stadtteil auf dem Hintergrund örtlich vorzufindender Gegebenheiten zu entwickeln. Gewachsene Strukturen, politische Konstellationen, beteiligte Akteure, langjährige Traditionen müssen Berücksichtigung finden. Unabhängig von lokalen Voraussetzungen sind aber die Kernpunkte einer kooperativen Stadtteilentwicklung sinnvollerweise wie folgt zu benennen.

- Grundsatzbeschluss zu einem „Leitbild Soziale Stadt“ der kommunaler Gremien
- Selbstbindung der Gremien zur Bearbeitung eines Stadtteilentwicklungskonzept im Sinne eines integrierten Handlungskonzeptes und lokalen Aktionsplanes

- Dezernats- und ämterübergreifende Koordination in Form einer "Lenkungsgruppe" mit „Städtischer Koordinierungsstelle“
- Einrichtung eines Stadtteilbüros vor Ort mit den „Tandem“-Kompetenzen von Gemeinwesenarbeit und Stadtplanung
- Schaffung eines gemeinwesenbezogenen Träger- und Akteursnetzwerkes (z.B. Trägerverbund, Stadtteilkonferenz)
- Unterstützung der (Selbst-)Organisation der Bürger, Entwicklung geeigneter Beteiligungsformen (insbesondere für Migranten, artikulationsungeübtere, gremienunfähige Stadtteilbewohnern)
- Schaffung verbindlicher Beteiligungsgremien (z.B. in Form von Stadtteilbeiräten)

Mit der Aufnahme in das „Soziale-Stadt“-Programm soll die Verpflichtung der Kommunen einhergehen, sich zu diesen Kernpunkten verbindlich zu erklären und die Fortschreibung in Stadtteilentwicklungsberichten nachzuweisen, die alle drei bis fünf Jahr vorzulegen sind.

• **QUARTIERMANAGEMENT ALS „TANDEM“-KOMPETENZ AUS GEMEINWESENARBEIT UND STADTPLANUNG**

Der häufig zu beobachtenden Überforderung der mit Quartiermanagement beauftragten Akteure kann durch den Einsatz eines Tandem-Modells entgegen gewirkt werden. Für die Aktivitäten vor Ort ist ein besonders qualifiziertes Team von Stadtteilentwicklern einzusetzen, das unterschiedliche Aufgaben und Funktionen für den Stadtteil wahrnimmt. Im Stadtteilbüro werden gleichgewichtig die Kompetenzen des Gemeinwesenarbeitsbeauftragten (Aktivierung und Organisation von Bewohnergruppen, Vernetzung im Stadtteil) und des Planungsbeauftragten (Darstellung von Projekten, Entwicklung von Planungsalternativen) zusammengeführt. Befinden sich die unterschiedlichen Kompetenzen nicht in einer Trägerschaft, so sind die Rollen und Aufgaben der jeweiligen Akteure genau festzulegen.

In diesem „kooperativen Stadtteilmanagement“ ist insbesondere der Part des Gemeinwesenbeauftragten unabhängig von hoheitlichen Aufgaben wahrzunehmen. Häufig sind Kommunalpolitik und -verwaltung Adressaten von Forderungen aus dem Stadtteil, die im Widerspruch zu deren Interessen bzw. Handeln stehen können. Loyalitätskonflikte städtischer Mitarbeitern sind dadurch vorprogrammiert. Insofern sollten sich freie Träger der Wohlfahrtspflege mit dem Ansatz der Gemeinwesenarbeit im Arbeitsfeld engagieren, da hierdurch eine klarere Interessensvertretung für den Stadtteil möglich ist.

Zur Verstetigung der Gemeinwesenarbeit in den Quartieren und Stadtteilen sollten die freien Träger sowie die Verbände der Wohlfahrtspflege, die örtlichen Kirchengemeinden und Kulturgemeinschaften stärker herausgefordert werden. In Verbindung mit dem bürgerschaftlichen Engagement von Bewohnern und Stadtteilgruppen können auch finanzielle Potentiale aktiviert werden, die zur weiteren Absicherung eines professionellen Quartiermanagement in Form von Nachbarschaftsvereinen bzw. -stiftungen führen können. (s. Vernetzung/Trägerverbund/Bewohnerbeteiligung).

- **VERNETZUNG VON STADTTEILAKTEUREN - TRÄGERVERBUND ALS LOKALE ENTWICKLUNGSPARTNERSCHAFT**

Die Einbindung und Vernetzung der unterschiedlichen Stadtteilakteure zu einer lokalen Entwicklungspartnerschaft, die die Förderphase des B-L-Programms überdauert sollte von Beginn an eingeplant und konstituiert werden. Ein solche Partnerschaft bündelt die Interessen im Stadtteil, ermöglicht die Einbindung der verschiedenen Stadtteilakteure aus lokalen Trägern, Bürgerschaft, Verwaltung, Wohnungswirtschaft, lokalen Unternehmen usw..

Zur Stärkung der Kooperation unter den Akteuren auf der Ebene des Stadtteils ist eine kontinuierliche und verbindliche Zusammenarbeit aller relevanten Akteure notwendig. Träger- bzw. Planungskonferenzen (nach §78 SGB VIII, KJHG) bilden an manchen Standorten geeignete Foren zur Planung und Abstimmung öffentlicher und freier Träger. Aufgrund fehlender Teilnehmergruppen und vager Themenstellungen greift dieses an sich richtige Vorgehen häufig zu kurz. I.d.R. sind die Akteure aus der Wohnungswirtschaft und den lokalen Unternehmen sowie die Träger der Bildungs-, Kulturarbeit und Kriminalprävention nicht kontinuierlich beteiligt. Die geschaffenen bzw. vorhandenen Strukturen müssen sich zu Entwicklungspartnerschaften weiterentwickeln, die die Gestaltungskompetenz für die Integrierten Handlungskonzepte und Lokalen Aktionspläne übernehmen können. Parallele Vernetzungsstrukturen für die Stadtteile sind möglichst zu vermeiden, da dies ansonsten zu einer Überforderung insbesondere der ehrenamtlichen Akteure führen kann.

Der Aufbau von Stadtteil-Trägerverbänden mit den Institutionen und Vereinen im Stadtteil (Bsp. aus Hessen: Gießen, Eschwege) hat sich sehr bewährt. Als Verein kann der Trägerverbund möglicher Anstellungsträger des Quartiermanagement (insb. GWA) werden. Dies bietet den Vorteil, dass bei weitgehender Neutralität (keine Verbandsinteressen, Einbindung neuer Milieus) Potentiale gebündelt werden können. Im Sinne der Nachhaltigkeit kann diese Form der Vernetzung auch über die Förderdauer hinaus Wirkung zeigen.

Die Förderung neuer Vernetzungsstrukturen auch in Form von Bürgervereinen, Nachbarschaftsstiftungen und Stadtteilentwicklungsgesellschaften könnten dazu neue Impulse setzen. Neben finanziellen Anreizen aus dem öffentlichen Sektor sollten sich hierzu auch der wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Sektor positionieren.

- **AKTIVIERUNG DER BÜRGERSCHAFT - STÄRKUNG POLITISCHER TEILHABE IN STADTTEILGREMIEN**

In allen begleitende Richtlinien und Empfehlungen zum Programm steht der Anspruch der Bürgerbeteiligung und -aktivierung ganz vorne. In der Praxis herrscht allerdings Diffusion. In der Regel ist unklar, ob das Programm als Auslöser für mehr „Lokale Demokratie“ und funktionierende Nachbarschaftssysteme genutzt werden soll oder ob Bürgerbeteiligung nur als lästiges Beiwerk zum Investitionsprogramm gesehen wird. Notwendig wäre eine Verständigung zum Stellenwert von Bürgeraktivierung und -beteiligung im Rahmen eines

Leitbildes, um Unklarheiten und falsche Erwartungen bezüglich den Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten weitgehend auszuräumen. Es muss definiert sein, was unter Beteiligung verstanden wird, in welchem Maße sie gewollt ist und wie die Rollen der verschiedenen Akteure aus Politik, Verwaltung und Bewohnern verteilt sind.

Bislang konnte das Ziel der Einbindung der sozial benachteiligten und durchsetzungsschwächeren Bevölkerungsgruppen nur punktuell erreicht werden. Deshalb müssen die konzeptionellen und praktischen Aktivitäten weiter intensiviert werden. Hierzu müssen unterschiedliche Formen der Beteiligung entwickelt werden und es muss verstärkte Zielgruppenarbeit erfolgen. Die vorhandenen Gremien sind in Form, Methode und Inhalt näher an den Bewohnerinteressen weiterzuentwickeln.

Aktivierungs- und Beteiligungsprozesse sind verbindlich, kontinuierlich und langfristig anzulegen. Dazu ist der Bedarf an notwendigen Beratungs-, Unterstützungs- und Bildungsangeboten durch die Förderung von Gemeinwesenarbeit zu sichern. Es braucht als Basisausstattung ein begleitendes Unterstützungssystem für das Gemeinwesen zur Aktivierung und Begleitung der Bewohner, um die funktionierende Interessenvertretung sicherzustellen. Vor dem Hintergrund des hohen Aufwandes zur Selbstorganisation, der Orientierung in einem schwierigen Politikfeld sowie der oftmals ungünstigen sozialen Situation der Betroffenen ist der Ansatz der Gemeinwesenarbeit für ein nachhaltiges Bürgerengagement Grundvoraussetzung. Deshalb sind rechtzeitig realistische Einschätzungen zu treffen, wie nach Ende der Programmlaufzeit vorhandene oder aufgebaute Strukturen aus bewohnernahen Organisationen, Vereinen und Interessengruppen aufrechterhalten werden können.

Die Förderung der lokalen Demokratie kann zudem durch die Bereitstellung von Verfügungsfonds zur eigenverantwortlichen Gestaltung von Projekten in den Nachbarschaften verbessert werden. Zur Verwaltung dieser Budgets sind klare Verfahrensregeln zu entwickeln.

- **STÄRKUNG LOKALER BESCHÄFTIGUNG/QUALIFIZIERUNG - FÖRDERUNG LOKALER ÖKONOMIE**

Die Projektentwicklung im Sektor Beschäftigung und lokale Ökonomie wird von den Standortakteuren überwiegend positiv bewertet, da es zumindest im kleinen Rahmen mit Hilfe verschiedener Förderprogramme und mit verschiedenen Trägern und Kooperationspartnern immer wieder gelungen ist, kleine erfolgreiche Projekte zu kreieren. Insgesamt kann festgestellt werden, dass in quantitativer Hinsicht mit den Maßnahmen standortbezogen kaum direkte Erwerbs- bzw. Arbeitsplatzverhältnisse geschaffen wurden. Erfolge lokaler Beschäftigungsinitiativen bestehen eher darin, dass das gesellschaftliche Ansehen und die Kompetenzen der Maßnahmenteilnehmer gesteigert werden konnten.

Angesichts der grundlegenden Reformen in der Arbeitsmarktpolitik (insbes. „Hartz IV“) müssen neue Konzepte entwickelt werden. Eine stützende Begleitung der Akteure und Institutionen in der kritischen Übergangsphase bezüglich veränderter Handlungsoptionen ist

nötig. Entsprechend sind die Kooperationspartner und -formen unter Einbeziehung der Beschäftigungsträger neu zu bestimmen. Es ist zu klären, wie die neuen Instrumente aktivierender Arbeitsmarktpolitik für eine ökonomische und soziale Stabilisierung der Quartiersbewohner zu nutzen bzw. damit zu vereinbaren sind.

Die Voraussetzungen der vorhandenen Programme stimmen häufig nicht mit den lokalen Zielgruppen überein, so dass die Beschäftigungsangebote nur bedingt die Bevölkerung in den benachteiligten Stadtteilen erreicht. Positive Erfahrungen wurden in Hessen mit Programmansätzen wie z.B. "Lokale Qualifizierungsbüros"/E&C (leider nur auf wenige Standorte beschränkt) und den Möglichkeiten des Experimente-Ansatzes z.B. aus dem "Hessischen Aktionsprogramm Regionale Arbeitsmarktpolitik" gemacht. Die Entwicklung zielgruppenbezogener Angebote zur Beschäftigungsförderung ist deshalb als integrierter Baustein einer gesamtstädtischen bzw. regionalen Angebotspalette zu forcieren. Es sind quartiersbezogene Angebote mit Brückenfunktion für den Übergang in den gesamtstädtischen wie regionalen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu erstellen.

Die Förderung der freien Wirtschaft und des Gewerbes, die Unterstützung und Ansiedlung von kleinen und mittleren Unternehmen wird im Programm „Soziale Stadt“ nur zögerlich angegangen. In den meisten Kommunen hält sich die kommunale Wirtschaftsförderung, die eigentlich wichtiger Partner eines integrierten Handlungskonzeptes sein sollte, mit eigenen Aktivitäten zurück. Angebote der Wirtschaftsförderung und der Existenzgründungsberatung sind zukünftig zur Verbesserung der Nahversorgung im Quartier sowie zur Stabilisierung des lokalen Gewerbes stadtteilnah anzulegen. Dabei sind flankierende Hilfen zur Stabilisierung der informellen Ökonomie sowie zur Überführung in den formellen Sektor zu entwickeln. Die Migrantenökonomien sind besonders zu berücksichtigen.

Wirtschaftsförderungs- und Beschäftigungsprogramme des Bundes und des Landes sind auszubauen und mit örtlicher Förderung zu verbinden, um die Stabilisierung und Nachhaltigkeit der Projekte für Beschäftigung und Ökonomie zu sichern. Der Einsatz des städtebaulichen Leitprogramms ist unter Einbeziehung der Wohnungswirtschaft stärker als bisher mit beschäftigungs- und qualifizierungsbezogenen Zielen und Projekten im Quartier zu koppeln.

- **STÄRKUNG DER BILDUNGSAKTEURE UND KOOPERATION SCHULE - JUGENDHILFE IM STADTTEIL**

Die Akteure der schulischen und beruflichen Bildung sind in einigen Soziale-Stadt-Standorten in Vernetzungs- und Projektstrukturen einbezogen. Die Kooperation im Stadtteilentwicklungsprogramm bleibt jedoch rudimentär. Sofern sie im Stadtteil überhaupt räumlich präsent sind, profilieren sich die Schule aufgrund der Befürchtung vor Stigmatisierung eher ungern als „Stadtteilschule“. Als „Schule im Stadtteil“ ist ihre Wirkung über den Stadtteil hinaus dann von Bedeutung, wenn von ihr besondere positive Alleinstellungsmerkmale wahrgenommen werden können. Die besondere Qualität kann sich über inhaltliche und räumliche Angebote darstellen. Mit einer über das Normalmaß hinausgehenden Ausstattung im persönlichen und sächlichen Bereich ist eine positive

Außenwirkung zu erzielen. Die in der Praxis jedoch festzustellenden Defizite müssten durch staatliche Förderprogramme ausgeglichen werden.

Die Schulen und Kindertageseinrichtungen sind als eigene Akteure, die die strukturelle Integration der Bevölkerung maßgeblich beeinflussen, systematisch in den Stadtteilerneuerungsprozess mit einzubeziehen. Der Kooperation Schule/Jugendhilfe sowie der Verzahnung der Jugendhilfe- mit der Kita- und Schulentwicklungsplanung unter themen- und integrationsbezogenen Aspekten kommt besondere Bedeutung zu. Eine regelmäßige lokale Bildungsberichterstattung muss als Grundlage für eine problembezogene Kita- und Schulentwicklungsplanung erfolgen. Darauf aufbauend ist ein lokales Bildungs- und Integrationsmanagement zu verwirklichen. Dazu ist eine funktionierende Kooperation der lokalen Schul- und Jugendbehörden herzustellen. Gleiches gilt für die Trägern der Erwachsenen- und Familienbildung. Zahlreiche Angebote in diesem Bereich wären in Kooperation mit den Stadtteilakteuren passgenauer und wirkungsvoller für die Zielgruppen vor Ort einzusetzen. Insbesondere bei Angeboten für Migrantengruppen könnten die neuen Formen der Zusammenarbeit helfen, Akzeptanzprobleme zu überwinden..

- **INTEGRATION VON MIGRANTENGRUPPEN – ETHNISCHE UND SOZIALE SEGREGATION ALS CHANCE**

Über eine intensive Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit gelingt es Migrantengruppen und Einzelpersonen auf vielfältige Weise einzubeziehen. Dieses gilt ebenso für deren Beteiligung an sozial-kulturelle Projekten, wie auch bei der Einbindung in die „Soziale-Stadt“- Strategie. Migrantenorganisationen, wie Ausländerbeiräte und Kulturvereine erkennen zunehmend die Gestaltungsmöglichkeiten in der Stadtteilentwicklung.

Die Zielvorgabe der "sozialen Mischung", wie sie sowohl im BauGB als auch im Wohnungsbauförderungsgesetz gefordert wird, ist vor dem Hintergrund einer fortschreitenden sozialen, demographischen und ethnischen Segregation in den Städten zu überdenken. Zudem besteht ein Mangel an geeigneten Interventionsinstrumenten, der durch den dramatischen Rückgang des belegungsgebundenen Wohnungsbestandes zusätzlich verstärkt wird. Die tatsächlichen Einflußmöglichkeiten bedürfen einer realistischen Beurteilung. Segregation ist per se weder gut noch schlecht. Es kommt darauf an, deren positiven wie negativen Auswirkungen einschätzen zu lernen.

Sozial und ethnisch segregierte Quartiere dürfen aber keinesfalls zu geschlossenen Ghettos werden. Deshalb ist der integrierte Ansatz der Sozialen Stadt so entscheidend, auch in diesen Gebiete zur einer sozialen Stabilität zu gelangen. Voraussetzung hierfür ist, die Schaffung gleichberechtigter Teilhabemöglichkeiten, ein Angebot an weiterführenden Bildungseinrichtungen, eine Flächennutzung, die den Bedürfnissen der Bewohner entgegen kommt, sowie Freiraum zur Gestaltung von Kleinstökonomien.

- **PROGRAMMBEGLEITUNG , EVALUATION**

Auf Bundesebene hat sich die Programmbegleitung durch das Deutsche Institut für Urbanistik, die E&C- Regiestelle und die LOS-Regiestelle bewährt. Insbesondere bei der Implementierung der Programme kam diesen Unterstützungsstrukturen eine zentrale Bedeutung zu, die zudem mit ihren Veröffentlichungen und Veranstaltungen eine hilfreiche Ausstrahlung auf die Entwicklung und Sicherung von Standards auf Landes- und Kommunalebene hatte. Daher sollte dieser Ansatz fortgeführt werden. Gleichwohl sind entstandene Parallelstrukturen und -angebote zu überwinden. Den kommunalen Standortakteure droht bei der Wahrnehmung der vielfältigen und vielseitigen Arbeits- und Qualifikationsforen eine zeitliche und inhaltliche Überforderung. Eine abgestimmte Beauftragung und Arbeitsprogrammgestaltung der beteiligten Bundesministerien, die zu einer interministeriellen Umsetzungspraxis weiterentwickelt wird, könnte hier Abhilfe schaffen.

Auch die sektoral ausgerichtete Evaluation ist hilfreich für die Weiterentwicklung der Programme. Zukünftig muss allerdings durch bessere Abstimmung der (Erhebungs-)Aufwand der Akteure minimiert werden, um die fachlichen Erkenntnisse einerseits auf überregionaler Ebene zu sichern, andererseits aber auch die Akzeptanz für eine fachübergreifende Rückkopplung zu den Standorten zu stärken. Hierzu wäre die Abstimmung von Evaluations- und Indikatorensettings auf Bund-Länder-Ebene unter Einbeziehung der Kommunal- und Wohlfahrtsverbände dringend notwendig. Eine entsprechende interdisziplinäre, ebenenübergreifende Beiratsstruktur wäre zu bilden bzw. neu zu organisieren.

In Hessen hat sich ein Verfahren der Selbstevaluation unter den Standortakteure bewährt. Mit Unterstützung der Landesservicestelle HEGISS wurden die örtlichen Zielsetzungen und bestehenden Bearbeitungsformen auf lokaler, interkommunaler und überörtlicher Ebene mit Hilfe einer auf Erfolgsindikatoren basierenden Checkliste nach 3- 5 Jahren überprüft. Die daraus gewonnen Erkenntnisse führten zur Neujustierung des Handlungskonzeptes und Einbindung weiterer Schlüsselakteure. Für die künftige Bearbeitung ergeben sich daraus folgende Beobachtungs- und Evaluationsphasen: In der Einstiegsphase sollten die allgemeinen Zielvorgaben mit den Beteiligten präzisiert und die Managementstruktur entwickelt werden. In der Fortschreibungsphase wird nach der Selbstevaluation bei Bedarf nachgesteuert. In der Verstetigungsphase sind Szenarien für die Weiterarbeit auch ohne staatliche Städtebauförderung darzustellen.

Ein daraus entstehende regelmäßige Berichterstattung der Standorte sollte auf Landesebene und Bundesebene zu einem „Soziale-Stadt-Bericht“ zusammengeführt werden. Hilfreich ist die Einrichtung von entsprechenden Transferstellen auf Länderebene, analog der z.B. in Hessen eingerichteten Servicestelle HEGISS.⁴ Dieser fachlich richtige Ansatz muss durch

⁴ Die Servicestelle HEGISS bietet mit ihrer Kooperationsstruktur ein Netzwerk an für Beratung, Erfahrungsaustausch, Wissenstransfer und Begleitforschung. Im Rahmen der Kooperation ist die Hessenagentur für die Arbeitsbereiche Stadtentwicklung, Stadtteilmanagement, städtebauliche Entwicklung und Wirtschaftsentwicklung, die LAG für Bewohneraktivierung, Quartiermanagement, gemeinwesenorientierte Kinder- und Jugendhilfe, lokale Beschäftigungsförderung sowie das Institut Wohnen und Umwelt für die themenspezifische Evaluation zuständig.

eine genaue Beschreibung der Aufgabenstellung der Partner und die Ausgestaltung des Arbeitsprogramms ggf. unter Einbeziehung der den lokalen Partnern flankiert werden.

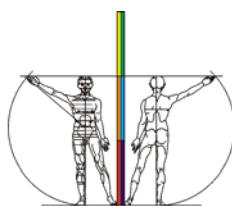
Reinhard Thies, Geschäftsführer
Landesarbeitsgemeinschaft
Soziale Brennpunkte Hessen e.V.

Dienstanschrift:

Moselstraße 25
60329 Frankfurt/M
Tel. 069/2578280
Mail: mail@lagsbh.de

Privatanschrift:

An der Seemühle
35435 Wettenberg
Tel.: 0641/9698881
Mail: kontakt@srthies.de



S.T.E.R.N.
Gesellschaft der behutsamen
Stadterneuerung

Cornelius van Geisten

Beitrag zur Anhörung des Ausschusses für Verkehr-, Bau- und Wohnungswesen des Deutschen Bundestages zum Thema

Das Programm „Soziale Stadt“ Weiterentwickeln und Ausweiten

Zur S.T.E.R.N. GmbH

In einem zum Teil dramatischen gesellschaftlichen Konflikt (Berlin-Kreuzberg SO 36, Instandbesetzung, Straßenschlachten, Regierungswechsel usw.) wird die behutsame Stadterneuerung durchgesetzt und aus der Altbau-IBA (Internationale Bauausstellung geht die S.T.E.R.N. GmbH hervor, damit beauftragt einen einheitlichen baulichen und sozialen Prozess als Sanierungsprozess zu organisieren. Weitere Arbeitsbereiche und Erfahrungen der S.T.E.R.N. GmbH sind in den 90er Jahren und in 2001 bis 2005: Sanierungsbeauftragte in Prenzlauer Berg, Mitwirkung bei der Einführung des Quartiersmanagements in Berlin, Quartiersmanagement in vier Berliner Gebieten, darunter auch in der Großsiedlung Hellersdorf, Beauftragte für QM, San.-Gebiete und ZiS-Beauftragte in mehreren ostdeutschen Gemeinden, Erneuerung zahlreicher Siedlungen in bewohntem Zustand, Wettbewerbsagentur für den Stadtumbau Ost-Wettbewerb des Bundes, seit neuestem auch in einer Ruhrgebietsstadt im Stadtumbau beauftragt.

Zur Frage nach der Zielerreichung

Aktuell läuft in Berlin eine Untersuchung und Diskussion auf verschiedenen Ebenen des Senats und Bezirks, aber auch der Parteien und in den Quartieren über eine Neufestsetzung von Gebieten für das Quartiersmanagement - „Soziale Stadt“. Aus den Untersuchungen geht hervor:

1. **die soziale Segregation schreitet vorwärts**, und zwar in den bekannten Bezirken Kreuzberg, Wedding, Tiergarten, Neukölln, den klassischen Innenstadtrand, Quartieren wie sie in allen größeren europäischen Städten zu finden sind.

2. **Kleinräumlich muss jedoch deutlich differenziert werden**, so gibt es in den oben genannten Bezirken auch deutliche Aufwertungsgebiete, die in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Problemgebieten liegen.
3. Es zeichnen sich **neue Gebiete mit sozialen Missständen** ab, und zwar in den Großsiedlungen in Marzahn-Nord und in Spandau-Falkenhagener Feld. Also keineswegs alle Großsiedlungen, sondern einzelne Quartiere in besonderen Lagen.
4. Armut verteilt sich zwar über die gesamte Stadt, den **Hauptteil tragen jedoch wenige Quartiere**. Anzunehmen ist, die Zunahme gesamtstädtischer Armutsbevölkerung wird mittelfristig auf diese Quartiere übertragen.

Diese Quartiere, sollen sie als friedliche, offene städtische Räume erhalten bleiben, bedürfen einer größeren ressortübergreifenden Unterstützung, einer gesellschaftlichen und administrativen Anstrengung, die über das Bundesprogramm „Soziale Stadt“, über die Stadterneuerung/Stadtumbau in seinen jetzigen Möglichkeiten hinausgeht.

Das spricht aber keineswegs gegen das Programm „Soziale Stadt“, sondern weist darauf hin, dass diese Vorgehensweise verstärkt werden sollte.

Das Programm „Soziale Stadt“ hat dazu beigetragen, diese kritischen Entwicklungen ins Bewusstsein von Öffentlichkeit, Politik und Administration zu rücken. Dieses Programm war ein wesentlicher Anlass zu konkreter Stadtpolitik. Es leistet in den Konflikt- und Armutsgemeinden aktive Verbesserungen der Lebenslage für die Menschen. Sehr bedeutend ist der ressortübergreifende Ansatz; anders werden diese vielschichtigen Probleme nicht zu bewältigen sein. Eine nur auf Ressortzuständigkeit bedachte Politik und Administration hat gegenüber der Lage in diesen städtischen Gebieten keine Veränderungschancen.

Fünf Jahre Laufzeit des Programms „Soziale Stadt“ können „Sekunden“ sein in der Entwicklung sozialer Prozesse. Wie dies messbar ist nach so kurzer Zeit ? - überlasse ich den Sachverständigen der Forschung und Evaluation und Programmbegleitung, die auch hier noch vortragen werden.

Ressourcenbündelung und ressortübergreifende Zusammenarbeit

Aus unserer Erfahrung sind zwei wesentliche Unterschiede erkennbar:

1. In den verschiedenen Ländern der Bundesrepublik wird die Bündelung sehr unterschiedlich behandelt. Einige Länder vergeben die Mittel bereits in gebündelter Form, zumindest was den zuständigen Bereich Bauen und Wohnen bzw. Stadtentwicklung betrifft. Andere schreiben sie vor, wiederum andere haben keine Bündelung vorgesehen, sie muss für jedes einzelne Projekt erst hergestellt werden.
2. Auf der Mikroebene, d. h. im Quartiersmanagement für ein einzelnes Projekt kann der Ressortegoismus zugunsten einer vernetzten Arbeitsstruktur überwunden werden. Auf der kommunalen Ebene ist der Ressortegoismus wesentlich stärker. Beim Mitteleinsatz sind soziale Stadtgelder willkommen, aber ein konzentrierter Mitteleinsatz seitens anderer Ressorts in die betroffenen Gebiete findet kaum statt.

So gelingt es uns in Berlin zwar die verschiedensten Programme, die der Senatorin für Stadtentwicklung zugeordnet sind, in den Gebieten einzusetzen, dazu werden häufig Förderprogramme aus den Bereichen E&C, LOS und ABM angewendet. Mit dem Wirtschaftssenator und dem Ausländerbeauftragten gelang es, einzelne Fördermaßnahmen ins Gebiet zu lenken. Die anderen Senatsstellen bleiben außen vor.

Wesentliche Ressorts für die Entwicklung problematischer Gebiete wie Gesundheit, Sport, Bildung, Schule und Kultur haben bisher kaum Beiträge geleistet. Zur Zeit gibt es politische Anstrengungen das Ressort Schulen stärker einzubinden. Die Unterschiedlichkeit der Förderbedingungen in fast allen Programmen bezogen auf Antragswesen, Laufzeit und Abrechnungsmodus erfordern sehr viel Fachkenntnis und erzeugen enorm viel bürokratische Arbeit für die Projektträger und die QM-Teams.

Kooperation mit externen Akteuren

Träger der Gemeinwesenarbeit, Polizei, Stadtreinigung und Kirchen kooperieren anhand von Einzelprojekten intensiv mit dem Quartiersmanagement, Verbände eher nicht, weil für sie der Nutzen nicht konkret fassbar ist. Zum Beispiel der Haus- und Grundbesitzerverband und die IHK müssten über die Politik stärker für die Problemlagen sensibilisiert werden. Für die einzelnen Quartiersmanager „ein zu dickes Brett“. Gewerbetreibende sind sehr schwer für die Arbeit des Quartiersmanagements zu begeistern. Mit ihnen kann nur über konkrete gegenseitige Unterstützung bzw. über Kooperationen geredet werden, in denen sie für ihren Betrieb klare Vorteile erkennen.

Aktivierung und Beteiligung

Bürgerbeteiligung ist kein Selbstläufer, insbesondere in sozial schwachen Gebieten. Das Interesse der Bürger ist eher themen- bzw. projektorientiert und auch abhängig vom persönlichen Zeitbudget, das einzubringen sie bereit sind. Relativ gute Erfolge wurden mit der Beteiligung der Bürger an einer Jury gemacht, die regelmäßig über die Verteilung des Aktionsfonds (Geldmittel) bestimmt. Auffällig ist hierbei der vorsichtige und sparsame Umgang mit den Mitteln.

Entscheidend in der Zusammenarbeit mit den Bürgern ist, dass getroffene Vereinbarungen verbindlich von allen Beteiligten eingehalten werden, das erfordert einen hohen Grad an Verwaltungsabstimmung, da die meisten Projekte die Zuständigkeit mehrerer Ressorts betreffen.

Eine aktuelle Befragung der Bewohner, die wir in zwei QM-Gebieten durchführten, zeigt auch die nüchterne Betrachtung der Möglichkeiten der Arbeit im Quartier durch das Quartiersmanagement. Zur Setzung der Arbeitsschwerpunkte konnte gewählt werden zwischen Kategorien wie: Wirtschaft-Arbeit, Aus- und Weiterbildung, Verkehr- und Straßenraum, Stadtteilkultur, Kinder- und Jugendprojekte u. a. Mit großem Abstand wurde bei beiden Befragungen am meisten benannt: **Nachbarschaft und Zusammenleben, soziale Angebote**. Dies mag nicht in allen Gebieten so zutreffen, ist aber ein deutlicher Hinweis auf die realistische Einschätzung der Programm- und Fördermöglichkeiten des Quartiersmana-

gements im Innenstadtquartier und sagt aus, wo den Betroffenen der „Schuh drückt“.

Die Anerkennung der Quartiersmanager in den Gebieten hat sich in den ersten fünf Jahren bei den Bürgern deutlich geändert. Während bei der Einführung des Programms „Soziale Stadt“ 1999 noch viel über eine Stigmatisierung des Stadtteils geredet wurde, ist durch die vielen Projekte baulicher und sozialer Art inzwischen ein Meinungswandel eingetreten, der darin deutlich wird, dass sich Gebiete für die Neueinführung von Quartiersmanagements stark machen und andere sich gegen eine Beendigung des Quartiersmanagements in ihrem Stadtteil aussprechen.

Lokale Ökonomie / Beschäftigung

Die lokale Ökonomie ist neben den Themen Bildung und Integration der Migranten eine Hauptsäule der Quartiersentwicklung. Verschiedene Projekte wurden umgesetzt: Standortmanagement und –profilierung für den Gewerbestandort, Bildung einer Interessengemeinschaft örtlicher Gewerbetreibender, Gewerberaum-börse etc.

Hervorzuheben ist auch die Etablierung eines lokalen Servicezentrums für Beschäftigung und Qualifizierung als niederschwelliges Angebot in Moabit-West. Dieses Servicezentrum für Beratung, Vermittlung von Arbeitsplätzen, Qualifizierungsmaßnahmen, Praktikumsstellen und Ausbildungsplätzen für alle Interessierten kann schon als großer Erfolg bewertet werden. Die hohe Besucherzahl in 2002 bis 2004 (über 10.000 Besucher bei über 500 Vermittlungen) und die Tatsache, dass hier meist Fälle (Menschen) landen, bei denen die zuständigen Institutionen keinen Vermittlungserfolg hatten, zeigt den großen Bedarf an dieser Form der Beratung auf. Finanziert wurde diese Einrichtung jahrelang hauptsächlich durch Mittel der „Sozialen Stadt“, ergänzt durch beschäftigungspolitische Maßnahmen. Erst im letzten Jahr hat sich auch der Wirtschaftssenator daran beteiligt. Eine Finanzierung muss jedoch von Jahr zu Jahr neu erkämpft werden.

Die Kriterien der Bundesagentur und der QM's für den Mitteleinsatz **standen sich bisher fast diametral entgegen**, da sich erstere an Beschäftigungs- und Alters-

gruppen ohne Gebietsbezug ausgerichtet, während sich die Ziele des QM's an dem Bedarf im Gebiet und den Qualifikationen der Arbeitslosen orientieren. Für die Stabilisierung des Quartiers ist die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit mit all ihren Begleiterscheinungen entscheidend. Daher sind die Instrumente der Arbeitsmarktförderung u. a. auch nach stadtpolitischen Kriterien zu reformieren, um dem einerseits hohen Bedarf an Beschäftigung und dem andererseits hohen Bedarf an zusätzlicher, insbesondere gemeinnütziger Arbeit im Quartier Rechnung zu tragen.

Der kurzfristige Einsatz (6 bis 12 Monate) von Arbeitslosen im sozialen Bereich, bei denen es auf die Entwicklung von vertrauensvollen Beziehungen ankommt, wirkt eher kontraproduktiv für den Stadtteil.

Die Chance des QM's kann es aber sein, auf der kleinräumlichen Gebietsebene neue Wege zu beschreiten, Experimentierfeld und Versuchslabor für neue Konzepte zu sein. Dafür fehlt es jedoch bisher an Unterstützung und Mitteln im Sinne **klar umrissener Kontingente für experimentelle Vorhaben.**

Die Zielerreichung der Integration von Arbeitslosen mit den bisherigen Beschäftigungsförderungen des II. Arbeitsmarktes (ABM, SAM, IDA, HZA, KBM; RBM usw.) muss als eher gering beurteilt werden. Aufwand und Ergebnis stehen in diesem Handlungsfeld in keinem günstigen Verhältnis.

Kombination mit Stadtumbau

Zweifellos sind nicht alle Stadtumbaugebiete geeignete Gebiete für das Programm „Soziale Stadt“, da sie die sozialen Kriterien nicht erfüllen. In den Großsiedlungen jedoch entwickelt sich mit dem Fortdauern von Leerständen sehr schnell auch eine soziale Segregation. Dies gilt für West- wie Ostdeutschland. In zwei Großsiedlungsgebieten, in Hellersdorf-Magdeburger Platz und Halle-Silberhöhe arbeiten wir in der Verknüpfung des Programms „Soziale Stadt“ mit Maßnahmen des Stadtumbaus. Diese räumliche Verknüpfung hat sich bewährt. Wesentliches Rückgrat für die Programmverknüpfung und das Aufsatteln mit weiteren Förderschienen ist das **integrierte Handlungskonzept.** Das Hand-

lungskonzept wurde nicht durch Gutachter mit der Verwaltung allein entwickelt, sondern **in einem offenen Werkstattverfahren**, in dem Politik, verschiedene Verwaltungsressorts, örtliche Gemeinwesenvereine und Bürgervertreter eingebunden waren. Dieses integrierte Handlungskonzept war so aufgebaut, dass es Abwandlungen, Modifikationen zulässt, aber klare Prioritäten setzt.

Gemäß den Maßnahmen des Handlungskonzeptes werden dann Fördermöglichkeiten beantragt. Das Programm „Soziale Stadt“ spielt dabei eine hervorragende Rolle, da die meisten Förderprogramme nur baulich investive Maßnahmen fördern, das Programm „Soziale Stadt“ jedoch auch soziale Projekte unterstützt. Für den Stadtumbau gilt genauso wie für die Sanierung: der bauliche Prozess muss mit dem sozialen Prozess verbunden werden.

Hierzu herrscht jedoch in den Bundesländern eine sehr unterschiedliche Vorgehensweise.

Schule / Bildung

Kindertagesstätten und Schulen sind die **wichtigsten Elemente** der Quartiersentwicklung. Die Qualität von Kitas und Schulen entscheidet definitiv über die Verbesserung der Lebenschancen der Kinder und deshalb auch über den Wegzug bildungsorientierter Elternhäuser, egal welcher Nationalität.

Die Einbeziehung der Schulen in das Programm „Soziale Stadt“ gestaltet sich zäh, da Schulen gewohnt sind, für die Vermittlung schulischer Inhalte verantwortlich zu sein, sich dazu mit den entsprechenden Schulbehörden abzustimmen, jedoch ohne Stadtteilbezug zu arbeiten. Langsam verändert sich jedoch die Einstellung der Schulen wie auch der Ämter. QM wird als Partner für die Problembewältigung und Weiterentwicklung der Situation in den Schulen gesehen. Erste Anknüpfungspunkte waren die Schulhofgestaltung oder eine kleinere Baumaßnahme, die zusammen mit Eltern und Lehrern unternommen wurde. Dies kann als erster Erfolg des Programms gesehen werden.

Langfristig ist ein Erfolg des Programms „Soziale Stadt“ nur zu erwirken, wenn es gelingt, Kitas und Schulen in QM-Gebieten derart umzugestalten, dass eine Ge-

neration heranwächst, die über das Selbstbewusstsein, die Sprachkenntnisse und die Kenntnisse über die deutsche Gesellschaft verfügt, mit denen eine positive Integration in die gesellschaftliche Entwicklung möglich ist.

In Berlin z. B. werden Schulstationen zur Betreuung von Schülern, die teilweise nur schwer dem regulären Unterrichtsverlauf folgen können, ausschließlich in Grundschulen in QM-Gebieten gefördert. Das Bundesprogramm zur Einführung gebundener Ganztagschulen sollte seinen Schwerpunkt auf die QM-Gebiete legen. Grundsätzlich sind die Schulverwaltungen der Länder für die Unterstützung und bessere Zusammenarbeit mit dem Programm „Soziale Stadt“ zu bewegen. Auf lokaler Ebene wird versucht, die Schulen in Zusammenarbeit mit Einrichtungen und Trägern vor Ort zu bringen und insgesamt eine Öffnung der Schulen für den Stadtteil anzuregen. **Die besten Schulen gehören in die QM-Gebiete.**

Die Einführung der Ganztagsbetreuung in Schulen und Kitas sollte kostenlos und verpflichtend sein. Das Personal der Einrichtungen sollte weiter qualifiziert werden: zu einer differenzierten Förderung der Kinder in erprobten Unterrichtsmethoden, zu interkultureller Arbeit, verstärkter Elternarbeit und Gewaltprävention. Die Etablierung von attraktiven Zusatzangeboten wie muttersprachliche Arbeitsgemeinschaften, Kunst- und Kulturprojekten und Sportaktivitäten ist gesondert zu fördern. Inzwischen gibt es genug bewährte Modellprojekte, wissenschaftlich begleitet und evaluiert. Nun ist es an der Zeit, diese erprobten Angebote (Öffnung zum Stadtteil, differenzierter Unterricht, spezifischer Sprachunterricht für Migrantenkinder usw.) verpflichtend in den Problemgebieten einzuführen. Die noch vorhandene Tendenz zur Bildung neuer vereinzelter Modellschulen reicht nicht aus, um den Zukunftsproblemen dieser Stadtteile gerecht zu werden.

Migration / Integration

Projekte zur Integration von Migrantinnen sind dringend notwendig, da sich diese Bevölkerungsgruppen in den Großstädten bereits in Parallelgesellschaften eingerichtet haben und im normalen „Tagesgeschäft“ auch des Quartiersmanagements kaum zu erreichen sind.

Verhängnisvoll ist die Assoziation „Ausländer gleich Problemgruppe“, die sich u. a. auch in den Kriterien für die Festsetzung von Gebieten für das Programm „Soziale Stadt“ manifestiert. Das Migrationsthema ist jedoch sehr differenziert zu betrachten. So liegt in der personellen und ökonomischen sowie kulturellen Kraft der Migranten ein zu gering genutztes Potenzial für die lokale Ökonomie genauso wie für bewusste eigenständige Entwicklung der Quartiere mit hohem Ausländeranteil. Andererseits potenzieren sich die fehlerhaften Entwicklungen im Bereich Bildung und Arbeitsmarkt gerade bei den Migranten. Verschärft wird dies insbesondere in Quartieren starker unterschiedlich ethnischer Gruppen von Migranten. Die Besonderheiten des Asyl- und Ausländerrechtes verschärfen diese Konfliktlage. Um zu einem offenen Austausch über Arbeits- und Lebensperspektiven zu kommen, bedarf es der Vereinfachung der Ausländergesetzgebung und der Vergabe eines gesicherten Aufenthaltsstatus und der Erteilung einer Arbeitserlaubnis an Familien, die sich über Jahre hier aufhalten und deren Kinder in der BRD geboren sind.

Erst dadurch lassen sich Perspektiven für diese Menschen entwickeln und erst dieses macht die Einbeziehung in die Stadtteilentwicklung möglich.

Gleichzeitig gilt es, Anforderungen an die Zugewanderten (nicht nur an neue Zuwanderer) zu stellen, wie die verpflichtende Teilnahme an deutschen Sprachkursen und die Festlegung von Mindestsprachstandards.

Aufklärung und öffentliche Diskussion unseres Menschen- und Gesellschaftsbildes gemeinsam mit integrierten Zuwanderern, mit dem Ziel der klaren Abgrenzung von Fundamentalismus, patriarchalischen Strukturen, Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung, Zwangsehe, usw.

Mit Fördermitteln aus den Programmen auf Bundes- und Landesebene konnten Integrationsprojekte in QM-Gebieten mit hohem Ausländeranteil durchgeführt werden:

- Zusätzliche Angebote von Sprachkursen für Erwachsene zusammen mit der Volkshochschule,
- mehrsprachige Faltblätter zu Themen wie Schulsystem, Gewalt, Drogen, Sauberkeit usw.

- ein Projekt zur Familienbegleitung, das stabile Kontakte zu ausländischen Frauen mit Kindern aufbaute und das wohl wichtigste Projekt: ein regelmäßiges Treffen der Vertreter von Religionsgemeinschaften, Christen wie Moslems seit drei Jahren, die nach erstem Informationsaustausch über ihre verschiedenen Sichtweisen, nun gemeinsam die Grundsätze für das Zusammenleben im Quartier verabschiedet haben.

Diese Grundsätze werden demnächst veröffentlicht und im Quartier diskutiert werden.

All dies sind kleine Schritte, um die Lebenschancen der Menschen zu verbessern. Ohne deutlichere politische und administrative Unterstützung werden wir es aber nicht schaffen können, in solchen Problemgebieten die Lage grundsätzlich zu verändern.

Innere Sicherheit

In einzelnen Programmgebieten sind Drogenhandel, illegaler Autohandel, Gewalttaten sowie die Ansiedlung krimineller Großfamilien zu beobachten. Es wird auch der Trend bestätigt, dass Kinder unter 14 Jahren immer gewalttätiger werden. Bisher spielte die Kriminalitätsentwicklung eine geringe Rolle bei der Erstellung von kommunalen Entwicklungskonzepten; dies sollte sich ändern, da die Akzeptanz von Gewalttaten sinkt.

Die Zusammenarbeit zwischen Kommune, Polizei und Quartiersmanagern erfolgt mehr oder weniger intensiv. In Tiergarten z. B. gibt es einen „runden Tisch“ beim Bürgermeister und Präventionsräten in den Bezirksämtern. Gemeinsame Veranstaltungen sind in der Planung.

Antwort auf eine nicht gestellte Frage:

Die Kernerarbeit der QuartiersmanagerInnen

Die Anforderungen an das QM-Team sind sehr vielseitig. Erfolg und Misserfolg dieser Arbeit sind deutlich abhängig von der Qualifikation und dem Engagement der Mitarbeiter.

Das Leistungsbild eines durchschnittlichen QM-Teams (meist 2 – 3 Leute) umfasst folgende Leistungen:

- Immer offen, freundlich, mitfühlend und bürgerfreundlich sein,
- geschäftsfähig und vertragsstark zu allen Wissenschaften, Verwaltungen, Politikern, Planern und Bürgergruppen vom Hauseigentümer bis zum Mieter, aber auch von Jugendlichen bis zu Senioren, von Alkoholikern bis zu Gesundheitsaposteln
- stark in Projektleitung und Team- und Konfliktmanagement,
- Programmkenntnisse haben von neuesten EU-Programmen bis hin zu kleinen kommunalen Fördertöpfen,
- buchhalterisch und finanztechnisch ausgebildet, insbesondere im Haushaltsrecht für Fördermittelanträge und –abrechnungen, ablagsicher für Nachfragen von der kritischen Bürgerschaft über Parteivertreter bis zum Rechnungshof,
- formulierungs- und schreibstark für Zwischen-, Halbjahres- und Jahresberichte, graphisch begabt für Plakate, web Sites und alle Formen von Öffentlichkeitsarbeit u.v.m.

Aber er /sie selbst soll möglichst preisgünstig sein und in einer oft ungesicherten Arbeitsperspektive stehen.

Dass sich hierfür immer wieder MitarbeiterInnen finden, liegt sicher nicht nur an der zur Zeit schlechten Arbeitsmarktlage, sondern auch am Engagement für diese vielseitige und interessante Arbeit. Dies heißt aber, dass die entsprechenden Arbeitgeber und Programmierer dafür Sorge tragen sollten, dass erstens das (in vielen Gebieten vorherrschende) Preisdumping im Bereich dieser Arbeitsplätze aufhört und dass zweitens für eine entsprechende ständige Qualifizierung und Weiterbildung dieser MitarbeiterInnen gesorgt wird.

Berlin, 07.04.05

CvG/GK



**Bundesverband für Wohneigentum
und Stadtentwicklung e. V.**

**Stellungnahme zum Fragenkatalog für die
öffentliche Anhörung des Ausschusses für
Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
am Mittwoch, dem 13. April 2005
zum Thema „Soziale Stadt“**

vhw - Bundesgeschäftsstelle
Ernst-Reuter-Haus
Straße des 17. Juni 114
10623 Berlin
bund@vhw-online.de
Tel.: 030 / 390 473 -12
Fax.: 030 / 390 473 -19

Soziale Stadt

**Stellungnahme zur Anhörung im Bundestags-Ausschuss
für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen am 13. April 2005**

Vorbemerkungen

Anknüpfend an das Bund-Länder-Programm haben im Jahre 1999 unterschiedliche Institutionen beschlossen, den Gedanken der Sozialen Stadt zu fördern und diesbezügliche Aktivitäten im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative zu unterstützen. Hieraus entstand der Wettbewerb „Preis Soziale Stadt“, der erstmalig im Jahr 2000 ausgelobt und aufgrund der großen Resonanz in den Jahren 2002 und 2004 wiederholt wurde. Hauptziel war und ist es, mit Hilfe dieses Wettbewerbs gute und nachahmenswerte Beispiele für das vielfältige Engagement in den Stadtteilen zusammenzutragen und bekannt zu machen.

„Kern-Auslober“ der drei bisherigen Wettbewerbe sind der AWO – Arbeiterwohlfahrt Bundesverband, der GdW – Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, der Deutsche Städtetag, die Schader-Stiftung, und der vhw – Bundesverband für Wohneigentum und Stadtentwicklung. Dieses Quintett wurde durch ein jeweils wechselndes Wohnungsunternehmen ergänzt. Im Jahr 2000 durch die Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft, 2002 durch die TreuHandStelle Essen und im jüngsten Wettbewerb durch das Hamburger Unternehmen SAGA – GWG.

Die Organisation und die fachliche Aufbereitung der eingereichten Unterlagen für die Auswahlgremien wurden dabei von der im vhw angesiedelten gemeinsamen Wettbewerbsgeschäftsstelle wahrgenommen.

- ⇒ Die Stellungnahme zur Anhörung im Bundestagsausschuss erfolgt vor dem Hintergrund von mehr als 500 eingereichten Wettbewerbsbeiträgen, mit denen sich große Bündnisse wie auch kleine Initiativen mit Ihren Aktivitäten um den Preis Soziale Stadt beworben haben.
- ⇒ Im Rahmen der offenen Wettbewerbe zeigte sich, wie vielfältig und umfangreich das bürgerschaftliche Engagement auch außerhalb der offiziellen Programmgebiete sein kann. Etwa die Hälfte der teilnehmenden Projekte arbeitete außerhalb der Sozialen-Stadt-Gebiete.
- ⇒ Da die Gemeinschaftsinitiative sich vor allem das Ziel gesteckt hatte, die Soziale Stadt über die Sammlung und Verbreitung innovativer Praxis-Beispiele zu fördern, können quantifizierende und resümierende Aussagen zur Effizienz des Gesamtprogramms auf der Grundlage des Wettbewerbs nicht getroffen werden.

Was macht die Soziale Stadt aus?

Aus der Vielzahl der begutachteten Wettbewerbsbeiträge lassen sich typische Fallkonstellationen ableiten, die zu einem besseren Verständnis der Hintergründe und Aktivitäten beitragen können. Dies sei an drei Beispielen erläutert:

Beispiel 1

In einem innerstädtischen Wohngebiet ist ein erhebliches Defizit an Grün- und Freiflächen zu verzeichnen - insbesondere Kinder und Jugendliche wissen nicht, wohin in ihrer Freizeit.

Dr. Walter Metscher, vhw – Bundesverband für Wohneigentum und Stadtentwicklung

Soziale Stadt

**Stellungnahme zur Anhörung im Bundestags-Ausschuss
für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen am 13. April 2005**

Eine Schule, die Stadtverwaltung und ein Jugendhilfeträger wollen gemeinsam für Abhilfe sorgen. Sie bringen einen Prozess auf den Weg, bei dem das Schulgelände umgestaltet und für den Stadtteil zugänglich gemacht wird. Dabei werden Schüler, Eltern und Anwohner von Beginn an intensiv beteiligt.

Sie entwickeln in einer Zukunftswerkstatt gemeinsame Vorstellungen, werden über den gesamten Planungsvorgang hinweg eingebunden und wirken auch aktiv an den Umbaumaßnahmen mit. Ergänzend zu den neuen räumlichen Möglichkeiten werden zusätzliche soziale Betreuungsangebote entwickelt und von verschiedenen Trägern koordiniert umgesetzt. Dabei können Ressourcen gebündelt werden. Viele Aktivitäten werden von der örtlichen Gemeinschaft der Gewerbetreibenden unterstützt, die sich erst anlässlich des Beteiligungsverfahrens gebildet hat...

Beispiel 2

In einer Großsiedlung hat sich im Laufe der Jahrzehnte die Bevölkerungszusammensetzung stark gewandelt. Aus den bei Fertigstellung der Siedlung seinerzeit eingezogenen jungen Familien sind mittlerweile Seniorenhaushalte geworden, die fast die Hälfte der Bewohnerschaft ausmachen. Die übrigen Wohnungen werden von bunt gemischten Haushalten unterschiedlicher Herkunft bewohnt. Man lebt nebeneinander her und jeder ist irgendwie unzufrieden. Das Wohnungsunternehmen ergreift die Initiative. Es stellt Räume für ein Begegnungszentrum zur Verfügung, in dem – zunächst koordiniert durch einen städtischen Sozialarbeiter – verschiedene Träger spezifische Beratungs- und Betreuungsangebote für Familien und Senioren aufbauen. Das Wohnungsunternehmen verlegt zugleich die ständige Mieterberatung in das neue Zentrum. Das Begegnungszentrum füllt sich zusehends mit Leben. Ein Nachbarschaftsverein organisiert ein interkulturelles Sommerfest, von dem alle begeistert sind. Der Gemeinschaftsgeist wird geweckt, es bilden sich verschiedene Arbeitsgruppen und Initiativen. Auf ehrenamtlicher Basis betreuen rüstige Rentner die Kinder von jungen Müttern, im Rahmen eines vom Arbeitsamt finanzierten Beschäftigungsprojektes versorgen vormals arbeitslose Jugendliche aus dem Quartier die Senioren mit Lebensmitteln und erledigen kleine Reparaturen im Haushalt. Der Ruf nach Wohnumfeldverbesserung wird laut, alle sind in Aufbruchstimmung und wollen ihre Lebenswelt verändern...

Beispiel 3

In einem gemischt genutzten Altbauquartier macht sich Hoffnungslosigkeit breit. Die Wohnungen sind zwar billig, aber schlecht ausgestattet und marode. Früher pulsierte die Gegend, aber das ist lange her. Jeder zweite Laden steht nun leer. Nahezu die Hälfte der Bewohner des Gebietes ist arbeitslos oder bezieht Sozialhilfe. Wer es sich irgendwie erlauben konnte, ist längst weggezogen. Ein Gruppe junger (aber brotloser) Künstler aus dem Gebiet beschließt, dass es so nicht weitergehen kann. Sie startet eine Kultur-Initiative. Zunächst will davon zwar niemand etwas wissen, aber mit der Zeit werden die Neugierigen immer mehr und der Kreis der Unterstützer größer. Der alte Schlachthof wird in Kombination aus Selbsthilfe und Qualifizierungsmaßnahme zum Kulturhof umgebaut; zu den ersten öffentlichen Nutzern gehören die Musikschule und die Volkshochschule. In mehreren Straßen wird jeweils ein leer stehender Laden zum provisorischen Ausstellungsraum umfunktioniert (aber nur, bis sich ein „richtiger“ Mieter findet). Insbesondere die Kinder aus

Dr. Walter Metscher, vhw – Bundesverband für Wohneigentum und Stadtentwicklung

Soziale Stadt

**Stellungnahme zur Anhörung im Bundestags-Ausschuss
für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen am 13. April 2005**

dem Gebiet sind sehr aufgeschlossen für die Aktionen. Über sie gelingt es, auch die Eltern zu erreichen. Vorläufiger Höhepunkt ist ein gemeinsames Theaterprojekt. 50 Bewohner arbeiten fast ein Jahr lang an einer Kiez-Tragikomödie (mit Tanz und Gesang). Sie entwickeln in Gruppen die Handlung (die natürlich im Gebiet spielt), bereiten Bühnenbild und Kostüme vor, üben sich im Schauspiel und müssen am Ende ein Dutzend Vorstellungen geben. Die Besucher kommen aus der ganzen Stadt, Vorurteile werden revidiert, das Interesse am Stadtteil wächst. Viele Hände haben geholfen, auch viele öffentliche, dieses Projekt zu verwirklichen. Die Akteure haben schon die nächste Idee; man hat ja Zeit – und endlich kann man damit etwas Sinnvolles tun...

Diese Liste typischer Situationen ließe sich mit ähnlich spannenden Projekten fortführen. Wichtiger jedoch sind die wesentlichen Schlussfolgerungen, die sich aus diesen Beschreibungen ziehen lassen:

- ⇒ **Die Soziale Stadt lebt vom Engagement ihrer Bürger** und von der Kooperation der Akteure aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und verschiedensten Einrichtungen mit den Bürgern.
- ⇒ **Gemeinschaftliches, soziales Engagement braucht Raum** – einen Ort, an dem die Interessierten und Engagierten einander begegnen, miteinander arbeiten, Pläne schmieden und umsetzen können.
- ⇒ **Die Soziale Stadt braucht Geld:** Begegnungsstätten müssen eingerichtet und umgebaut werden, Freiflächen – wie etwa Schulgelände oder Grünanlagen – gestaltet werden, Wohnungen und Wohnumfeld saniert werden. Insbesondere die Umsetzung zentraler Anker-Projekte ist mit ehrenamtlichem Engagement allein nicht zu bewältigen.

Aus alledem erschließt sich die herausragende Bedeutung des Bund-Länder-Programms für die künftige Entwicklung benachteiligter Quartiere. Die Initiative zur Weiterentwicklung und Ausweitung des Programms „Soziale Stadt“ kann daher aus Sicht der Wettbewerbsauslober nur begrüßt werden.

Soziale Stadt

Stellungnahme zur Anhörung im Bundestags-Ausschuss
für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen am 13. April 2005

Stellungnahmen zum Fragenkatalog

Zielerreichung

Da bei den Wettbewerbskriterien weder die Darstellung aller Aktivitäten sämtlicher im Gebiet tätigen Einrichtungen noch die Erfassung und Beschreibung der Entwicklung und erfolgreichen Abfederung vorhandener Missstände über einen längeren Zeitraum hinweg im Mittelpunkt standen, können aus den Ergebnissen keine quantitativen Hinweise zur Erfolgskontrolle des Bund-Länder-Programms abgeleitet werden.

Es wird jedoch sehr deutlich, dass die sozialen Spannungen nicht nur in einigen wenigen „Problemgebieten“ größerer Städte auftreten, sondern als bundesweite Herausforderung in nahezu allen Regionen betrachtet werden müssen. Dies zeigt die regionale Verteilung der in den drei Wettbewerben eingereichten Projektansätze.

Bundesland	Bewerbungen 2000	Bewerbungen 2002	Bewerbungen 2004	Summe
Brandenburg	8	8	15	31
Berlin	10	28	26	64
Baden-Württemberg	12	17	21	50
Bayern	9	25	24	58
Bremen	3	5	2	10
Hamburg	3	10	5	18
Hessen	3	17	18	38
Mecklenburg-Vorp.	3	9	2	14
Niedersachsen	10	17	21	48
Nordrhein-Westfalen	14	38	32	84
Rheinland-Pfalz	2	6	2	10
Saarland	2	2	5	9
Schleswig-Holstein	4	4	3	11
Sachsen	5	12	11	28
Sachsen-Anhalt	6	6	11	23
Thüringen	7	9	7	23
SUMME	101	214	205	520

Das sich aus der obigen Tabelle ergebende Bild bekräftigt jedoch lediglich die Bedeutung der Zielsetzung und ermöglicht keine Schlussfolgerungen zur (bisherigen) Zielerreichung.

Soziale Stadt

Stellungnahme zur Anhörung im Bundestags-Ausschuss
für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen am 13. April 2005

Persönliche Einschätzung:

- *Die Messbarkeit der Ausgangslage, die Entwicklung von „harten“ Erfolgskriterien und die Möglichkeiten zu deren regelmäßiger Überprüfung stoßen in einem „weichen“ Handlungsfeld stets auf große Schwierigkeiten.*
- *Schon die Definition des Ziels kann strittig sein – jedenfalls dann, wenn man mit der „Stabilisierung“ eine eher physikalische Begriffsauslegung verbindet, die sich damit zufrieden geben würde, lediglich ein noch weiteres „Abdriften“ stoppen zu wollen. Ein solches Ziel würde zu kurz greifen – wichtig ist die Entfaltung einer positiven Dynamik in den Gebieten.*
- *Diesbezügliche Mess-Kriterien liegen keineswegs auf der Hand und müssen sorgfältig – auch unter dem Blickwinkel ihrer Handhabbarkeit – entwickelt werden. Dabei ist insbesondere zu berücksichtigen, dass sich sowohl die Ausgangslagen wie auch die in Betracht kommenden Lösungsmöglichkeiten in den einzelnen Gebieten sehr stark unterscheiden (Innenstadtquartiere, Großsiedlungen in Randlage). Ein einfaches, universales und zugleich zielführendes Evaluierungsinstrument wird es kaum geben können, ein differenzierendes „Baukasten-System“ würde der Komplexität der Materie eher gerecht werden.*

Strategische Handlungsfelder

Ressourcenbündelung

Im Rahmen des Wettbewerbs konnten ganz unterschiedliche Kooperationsstufen und strategische Ansätze ermittelt werden. Es gab und gibt sowohl Projekte, die ihren Ausgangspunkt in einer kleinen Initiative – etwa einem Verein – haben und sich ganz bewusst nur um eine inhaltlich und räumlich eng begrenzte Aufgabe kümmern als auch breite Bündnisse, die über „Runde Tische“ und Konferenzen sämtliche im Gebiet tätigen Akteure miteinander vernetzen.

Weiterhin fällt auf, dass die Prioritäten in der Praxis sehr unterschiedlich gesehen und gesetzt werden. Einerseits gibt es Lösungsstrategien, die im ersten Schritt viele Ressourcen in die gemeinsame Erarbeitung eines von allen Akteuren getragenen Gesamtkonzeptes stecken (naturgemäß in allen offiziellen Programmgebieten im Zusammenhang mit dem integrierten Handlungskonzept); andererseits finden sich auch immer wieder „Macher“ – seien es nun Wohnungsunternehmen, Schulen oder Bürgerinitiativen – die einfach im kleinen Kreise mit der Arbeit beginnen und darauf setzen, durch schnelle und sichtbare Erfolge andere Akteure für das Gebiet und für die Sache zu gewinnen.

- ⇒ Die **Bündelung von (Arbeits-)Ressourcen** orientiert sich stark an der jeweiligen Ziel- und Problemstellung. Wenn auch die Reihenfolge – vom Gesamtkonzept zur Projektumsetzung oder von erfolgreichen Mikro-Projekten zum Gesamtkonzept? – unterschiedlich gehandhabt wird: das Erfordernis, viele Akteure in den Prozess mit einzubeziehen, wird in nahezu allen Projekten gesehen und verwirklicht.

Im Hinblick auf die **Bündelung finanzieller Mittel** ergibt der Wettbewerb ebenfalls ein buntes Bild:

Soziale Stadt

Stellungnahme zur Anhörung im Bundestags-Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen am 13. April 2005

- Etwa die Hälfte der Projekte aus den Wettbewerben beteiligt haben, arbeitet in einem anerkannten Programmgebiet, das zumindest grundsätzlich Förderung erhält, ohne dass damit zwangsläufig auch die finanzielle Unterstützung der konkreten Arbeit der Einreicher verbunden wäre.

Wiederum etwa bei der Hälfte dieser Projekte (also bei insgesamt rund 25%) werden Mittel aus dem Programm Soziale Stadt mit Förderungen aus anderen Programmen kombiniert – insbesondere mit LOS-Mitteln, aber auch Mitteln aus der Städtebauförderung, dem Stadtumbau oder anderen Landesprogrammen.

- Die zweite Hälfte der Einreicher arbeitet in Gebieten, die nicht im Rahmen der sozialen Stadt gefördert werden. Hier reicht das Spektrum von der Selbstfinanzierung (Eigenmittel der Wohnungsunternehmen, laufende Budgets öffentlicher und sozialer Einrichtungen, ausgeprägtes ehrenamtliches Engagement ...) über vereinzelt Sponsoring durch Gewerbetreibende bis zur Teilfinanzierung über verschiedenste Förderprogramme des Landes, des Bundes und der EU.
 - ⇒ Aus den Projekterläuterungen wird jedoch deutlich, dass die Beschaffung von Mitteln aus unterschiedlichen öffentlichen „Quellen“ nicht einfach ist und derzeit noch ein besonders intensives Engagement einzelner „Drahtzieher“ erfordert.

Anknüpfend an bereits getroffene Aussagen erscheint das Programm Soziale Stadt geeignet, um als Leitprogramm Ausgangspunkt für die (wenn auch verbesserungsfähige) Mittelbündelung aus unterschiedlichen Bereichen zu sein.

Vor diesem Hintergrund ist das Programm auch – als Teil der Städtebauförderung – jedenfalls nicht an grundsätzlich ungeeigneter Stelle platziert. Insbesondere da bauliche Maßnahmen so gut wie immer ihren spezifischen Beitrag zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in den Gebieten leisten müssen.

Persönliche Einschätzung:

- *Es ist jedoch zu bedenken, dass die Probleme nach wie vor mit der Sanierung von Gebäuden und Wohnumfeldmaßnahmen allein nicht zu bewältigen sind. Die Kombination mit nicht-investiven (Betrieb und Pflege von Einrichtungen und Anlagen) und inhaltlich-organisatorischen (Entwicklung und Umsetzung von Angeboten für die Bewohner) Schritten muss sichergestellt und weiter entwickelt werden.*

Kooperationen mit externen Akteuren

Auch hinsichtlich der Mitwirkung(sbereitschaft) externer Akteure lässt sich aus dem Wettbewerb ein differenziertes Bild ableiten:

- ⇒ In innerstädtischen Lagen gehen die Aktivitäten häufig von im Gebiet ansässigen sozialen Einrichtungen (Beratungszentren, Schulen, ...) oder Anwohnern einer Straße aus. Hier finden sich häufig gelungene Kooperationen mit Politik, Verwaltung und „öffentlichen“ Trägern unterschiedlicher Art. Schwierig hingegen ist häufig das Bemühen, die Unterstützung einzelner Hauseigentümer oder der ortsansässigen Händler und Gewerbetreibenden zu gewinnen.

Soziale Stadt

Stellungnahme zur Anhörung im Bundestags-Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen am 13. April 2005

- ⇒ In Großsiedlungen und Plattenbaugebieten sind häufig die Wohnungsunternehmen eine wesentliche Triebfeder der Arbeit. Die Frage nach der Mitwirkung der Eigentümer stellt sich hier also weniger. Schwieriger sind hingegen „soziale“ Träger, die im Gebiet noch nicht aktiv sind und wiederum die übrige lokale Ökonomie jenseits der Wohnungswirtschaft zu mobilisieren.

Soziale Stadt

Stellungnahme zur Anhörung im Bundestags-Ausschuss
für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen am 13. April 2005

Persönliche Einschätzung:

- *Impulse für eine bessere Einbeziehung externer Akteure könnten ggf. über Modelle eines intensiven Praxis-Austausches zwischen „Lösungs-Erfahrenen“ und „Lösungs-Bedürftigen“ gesetzt werden.*
- *Wer Informationen zur Sozialen Stadt sucht, findet inzwischen in zahllosen Publikationen, Veranstaltungen und Internet-Plattformen ein schier endloses Angebot. Für den Erfolg an Ort und Stelle ist jedoch ausschlaggebend, vor allem diejenigen, die nicht von vornherein aus eigenem Antrieb interessiert sind, „ins Boot zu holen“! Hier kann ein Praxis-Austausch, mit gleich gesinnten (aber bereits aktiven) Kollegen aus anderen Kommunen Wunder wirken.*
- *Wenn sich ein solcher Erfahrungsaustausch jedoch auf das Angebot von Veranstaltungen beschränkt, können nicht alle Potenziale genutzt werden. Bedenkenswert wäre eventuell der Ansatz, auf der Grundlage von Evaluierung und Begleitforschung ein Zielgruppen-spezifisches „Mentoren- und Trainingsprogramm“ zu entwickeln, das dann allerdings eher auf Länder-Ebene umzusetzen wäre, um die räumliche „Tuchfühlung“ zwischen „Aktivisten“ und „Aspiranten“ (beispielsweise aus dem Bereich „Lokale Ökonomie“) nicht zu gefährden.*

Leit-Motto wäre also: „Was der Kollege in X kann, das kann ich auch!“

Aktivierung und Beteiligung

Aus den eingereichten Wettbewerbsunterlagen geht hervor, dass „dauerhaft selbst tragende Strukturen“ in nahezu allen Projekten angestrebt werden. Dies bezieht sich jedoch zunächst einmal auf die inhaltliche Projektarbeit. Wohl wissend, dass Fördermittel endlich sind, werden vielfältige Wege beschritten, um durch ehrenamtliches Engagement die Kosten gering zu halten, laufende Kosten durch vorhandene „Normal-Budgets“ gegenzufinanzieren und Sponsoren für Investitionen und Sonder-Aktivitäten zu gewinnen.

Die hohe Quote von Projekten, die im Wettbewerb selbst tragende Strukturen anstreben, darf jedoch allein schon deshalb nicht überbewertet werden, weil genau dies eines der ausgeschriebenen „harten“ Wettbewerbskriterien war und daher selbstredend von den Wettbewerbsteilnehmern alle vorfindbaren Argumente für dessen Erfüllung in die Bewerbung eingebracht wurden. In der Sache scheinen die meisten Projekte vom fachlich-inhaltlich-organisatorischen „Selbstläufertum“ eher weiter entfernt zu sein.

Die im Katalog enthaltenen Fragestellungen zielen jedoch weniger auf die Tragfähigkeit der Projektarbeit selbst als viel mehr auf die Dauerhaftigkeit der Bewohnerbeteiligungsverfahren ab. Hier bestätigt der Wettbewerb Erfahrungen, die auch jenseits der Sozialen Stadt die Bürgerbeteiligung prägen, zum Teil zeigen sich aber auch Besonderheiten.

⇒ Gerade im kleinteiligen Bereich gehen viele Aktivitäten von den Bewohnern aus – zumindest diese „Kernmannschaft“ muss dann jedenfalls nicht mehr aktiviert, sondern allenfalls hinsichtlich ihrer Öffnungsbereitschaft für weitere Bürger motiviert werden.

Soziale Stadt

Stellungnahme zur Anhörung im Bundestags-Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen am 13. April 2005

- ⇒ Werden Prozesse „von oben“ angestoßen, sind die Effekte wie bei anderen Fragen der Stadtentwicklung auch: die Einen fühlen sich (positiv wie negativ) betroffen, die Anderen nicht. Je größer die Projektgebiete und die Kreise der öffentlichen Akteure sind, desto größer ist auch bei der Sozialen Stadt das Bestreben, die Mitwirkungsbereitschaft durch klassische und aufwändigere Beteiligungs-Instrumente (Konferenzen, Planungszellen, Zukunftswerkstätten etc.) zu fördern.
- ⇒ Viele Bürgerinnen und Bürger sind grundsätzlich ansprechbar – insbesondere, wenn es um die konkrete Arbeit im eigenen räumlichen Umfeld geht. Die umfangreichen ehrenamtlichen Aktivitäten in den Gebieten sind hierfür ein eindeutiger Beleg.
- ⇒ Schwierig ist stets der Übergang „von einer Generation auf die nächste“ – wenn die Initiatoren das Ruder aus der Hand geben (sollen oder wollen) und engagierte Bürger „nachwachsen“ müssen.

Persönliche Einschätzung:

- *Das Leitbild vom „aktivierende Staat“ hat eine breite gesellschaftliche Basis, ist aber dennoch besonders schwierig umzusetzen.*
- *Die offenen Beteiligungsverfahren (Bürgerversammlungen, Umfragen etc.) stehen stets unter dem Verdacht, vor allem die „Berufsbürger“ zu mobilisieren – mit der Gefahr, Entscheidungen gegen den Willen der „schweigenden Mehrheit“ zu treffen.*
- *Viele professionelle Instrumente haben ihre Bewährungsprobe längst hinter sich und können ein wissenschaftlich abgesichertes Meinungsbild hervorbringen. Inwieweit dabei jedoch die individuelle Bereitschaft, einen Prozess aktiv mit gestalten zu wollen, gefördert wird, ist eine ganz andere Frage.*
- *Gerade in der Sozialen Stadt ist es besonders wichtig, die Lösung ganz konkreter Probleme im Bereich des persönlichen räumlichen Horizontes zu thematisieren. Hier kann die Mitwirkungsbereitschaft entfacht werden.*
- *Je abstrakter, komplexer und grundsätzlicher die anstehenden Weichenstellungen werden, desto geringer sind die Chancen, beim durchschnittlichen Bewohner der Problem-Gebiete Gehör auf Interesse zu stoßen. Dies zeigt sich in der Sozialen Stadt ebenso wie im Stadtumbau.*

Programmbegleitung / Evaluation / Stadtentwicklungsbericht

In diesem Punkt kann an die bereits weiter oben erwähnten Aussagen zur Zielerreichung und zum Erfordernis einer stärkeren Einbindung unterschiedlicher Akteure angeknüpft werden.

- ⇒ Die Programmbegleitung sollte fortgesetzt werden, um auch weiterhin innovative Lösungswege aufspüren und ihnen zur Umsetzung verhelfen zu können. Neben den Möglichkeiten der generellen Wissensverbreitung ergeben sich dadurch auch wichtige Erkenntnisse, um selbst tragende Strukturen entwickeln und Programmgebiete nicht nur

Soziale Stadt

Stellungnahme zur Anhörung im Bundestags-Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen am 13. April 2005

- ⇒ aus Gründen des Zeitablaufs oder des Geldmangels, sondern auch mit einer günstigen Prognose aus der Förderung entlassen zu können.
- ⇒ Die Evaluierung sollte fortgesetzt werden, um „die Spreu vom Weizen“ trennen zu können. Gerade auf dem Gebiet der sozialen Stadt sind Experimente nicht nur möglich, sondern auch dringend erforderlich. Hier kann eine fortlaufende Evaluierung wichtige Hinweise zur inhaltlichen Weiterentwicklung liefern – so schwierig das Unterfangen vom Grundsatz her auch ist.
- ⇒ Beides zusammen (Evaluierung und Programmbegleitung) könnte die Grundlage für die Entwicklung neuer Aktivierungs-Instrumente sein.

Inhaltliche Handlungsfelder

Lokale Ökonomie / Beschäftigung

Signifikante Beschäftigungseffekte sind – jedenfalls hinsichtlich einer quantitativen Betrachtungsweise und bezogen auf den ersten Arbeitsmarkt – in den eingereichten Wettbewerbsunterlagen nicht zu erkennen. Abgesehen von den Ressourcen, die eher von außen kommend für das Gebiet eingesetzt werden (Planungs- und Kommunikations-Büros, Quartiersmanager, Sozialarbeiter ...), entstehen in den Gebieten vorrangig Qualifizierungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten, die auf eher niedrigem Niveau (Reinigungs- und Aufräumarbeiten, Hausmeistertätigkeiten, Seniorenbetreuung, Lehrküche, ...) angesiedelt sind, in aller Regel dem 2. Arbeitsmarkt zugeordnet werden müssen, zeitlich befristet sind und den Beschäftigten nur selten eine wirklich neue und dauerhafte Perspektive geben.

Trotz dieser pessimistischen Grundaussage dürfen die positiven Effekte, die sich insbesondere für das Gebiet und seine Bewohner ergeben, nicht unterschätzt werden! Ein sauberer Park lädt mehr zur Nutzung ein, die Begrüßung durch den Concierge schafft Verbundenheit mit dem Haus, Einkaufshilfen oder Begleit-Dienste für den Besuch von Ärzten oder Ämtern steigern die Lebensqualität für Senioren immens.

Was die Kooperationsmöglichkeiten auf dem Gebiet der Beschäftigung angeht, zeigt sich wiederum ein nunmehr schon vertrautes Bild: in den Großsiedlungen werden viele Aktivitäten durch die Wohnungsunternehmen getragen, die häufig über Tochtergesellschaften Qualifizierungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für die Bewohner im Gebiet anbieten. Nicht unwesentlich ist hier auch die Steuerungsmöglichkeit über die Vergabe von Aufträgen an örtliche Handwerker oder ebenjene Beschäftigungsgesellschaften.

In den innerstädtischen Quartieren fällt die Wohnungswirtschaft als Akteur weitgehend aus. Hier müssen verstärkt Bündnisse mit den ortsansässigen Gewerbetreibenden geschlossen werden – Projekte „künstlicher“ Beschäftigungsgesellschaften können die inhaltliche Arbeit für das Quartier auch hier wesentlich unterstützen.

- ⇒ Von den „Beschäftigungseffekten“ profitieren die Bewohner als eigentliche Nutznießer der Arbeit mehr als die einzelnen in die befristeten Qualifizierungsmaßnahmen hinein vermittelten Teilnehmer. Insoweit sind vor allem die mittelbaren Wirkungen für die Problemgebiete bedeutsam.

Soziale Stadt

Stellungnahme zur Anhörung im Bundestags-Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen am 13. April 2005

- ⇒ Diesbezügliche Qualifizierungsmaßnahmen werden aus ganz unterschiedlichen Programmen finanziert. Ungeachtet dessen würde eine Beschäftigungsoffensive für den ersten Arbeitsmarkt die Lebensverhältnisse sehr viel wirksamer verbessern.

- ⇒ Schließlich zeigt der Wettbewerb, dass in den Gebieten der sozialen Stadt vielfach auch Gelegenheiten geschaffen werden, um die Versorgung Einkommensschwacher zu verbessern: „Umsonstläden“, Tauschbörsen und öffentliche „Mittagstische“ dokumentieren dies.

Soziale Stadt

**Stellungnahme zur Anhörung im Bundestags-Ausschuss
für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen am 13. April 2005**

Kombination mit Stadtumbau

Aus den Wettbewerbsergebnissen ergibt sich hierzu, dass es in Einzelfällen durchaus gelungen ist, Mittel aus den Programmen Stadtumbau und Soziale Stadt im gleichen Gebiet zu konzentrieren. Ob dies im Ergebnis für die Entwicklung im Gebiet förderlich war und insoweit als künftige Strategie empfehlenswert erscheint, lässt sich nicht ohne weiteres beurteilen. Folgendes ist hierzu – auch aus der übrigen Tätigkeit unseres Verbandes heraus – zu bedenken:

- ⇒ Faktisch dominiert derzeit der Abriss von Wohngebäuden den Stadtumbau – die Aufwertungsmaßnahmen werden zwar in den Stadtentwicklungskonzepten behandelt, deren Umsetzung erfolgt jedoch aus den verschiedensten Gründen nicht mit der gleichen Priorität.
- ⇒ Die tatsächlichen Bevölkerungsveränderungen und deren Dynamik haben vielfach die den Konzepten zugrunde liegenden Annahmen überholt und erfordern einen laufenden und flexiblen Anpassungsprozess.
- ⇒ Funktionstüchtige Instrumente zur Aktivierung der Bevölkerung sind (sofern es um Probleme geht, die über die Frage, wann das eigene Haus abgerissen wird, hinausgehen) für den Stadtumbau noch nicht gefunden.
- ⇒ Der Komplexitätsgrad der Aufgabenstellung steigt noch weiter an, wenn die eher kleinteiligen Maßnahmen zur Förderung der Sozialen Stadt sich neben einem diesbezüglichen integrierten Handlungskonzept auch noch in ein Gesamtkonzept des Stadtumbaus einfügen müssen. Hierdurch können neue Probleme bei der Akteursvernetzung und Entscheidungsfindung entstehen und die bereits weiter oben angeführten Schwierigkeiten der Bewohneraktivierung verstärkt werden.
- ⇒ Alles in allem erscheint das gemeinsame Wirken an einem wirklich integrierten Gesamtprozess zwar systematisch richtig und insoweit auch anstrebenswert – das Risiko folgenreicher Fehlentscheidungen steigt aber entsprechend an.

Schule / Bildung

Im Rahmen der Wettbewerbe wurden viele Beispiele eingereicht, die eindrucksvoll dokumentieren, wie wichtig die Institution Schule für die Quartiere ist. Es zeigt sich auch, dass (eine engagierte Schulleitung vorausgesetzt) gute Möglichkeiten bestehen, hier neue, über die Bildungsfunktion weit hinausreichende Quartierszentren wachsen zu lassen.

Die beobachteten Aktivitäten betreffen dabei vor allem den Bereich der Grundschulen. Hier lassen sich auch viele Partner finden, die die Lebensbedingungen der „Kleinen“ fördern möchten. Über die Kinder selbst – die dann im Unterricht und in Projektwochen in das Geschehen einbezogen werden – werden deren Eltern erreicht. Auf diese Weise kann ein Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen, das den Nährboden für vielgestaltige weitere Projekte liefert.

Soziale Stadt

Stellungnahme zur Anhörung im Bundestags-Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen am 13. April 2005

⇒ Weiterführende Schulen sind offenbar weit weniger in die Entwicklung der Sozialen Stadt einbezogen.

Migration / Integration

Mindestens zwei von drei Beschreibungen zur Ausgangslage der eingereichten Projekte betonen als Besonderheiten der Bevölkerungszusammensetzung neben der Einkommensschwäche hohe Quoten von Bewohnern mit Migrationshintergrund. Ausländer- und Aussiedleranteile von mehr als 30 % sind eher die Regel als die Ausnahme.

Demzufolge sind auch in der Mehrzahl der Wettbewerbsbeiträge entsprechende Schwerpunkte in der Projektarbeit zu erkennen. Im Ergebnis verändert sich aber an der Grundproblematik nur sehr langsam und in bescheidenem Umfang etwas. Die Problemlage ist dabei wesentlich komplexer als gemeinhin angenommen wird. Es geht meist nicht um die Frage wie viele Nichtdeutsche der deutschen Bevölkerung gegenüber stehen und wie man beide Seiten zueinander führen könnte.

- ⇒ Die Heterogenität der Lebenswelten erfordert gesteigerte Integrationsanstrengungen. In vielen Gebieten leben Bewohner aus 20, 30 oder 50 Nationen! Hier müssen neue Wege zur wirklich multi-kulturellen Arbeit gefunden werden.
- ⇒ Dies dürfte ein wesentliches Arbeitsfeld für die Weiterentwicklung der Sozialen Stadt sein, zumal sich diese Buntheit der Kulturen auch in den anderen inhaltlichen Aufgabefeldern (Bildung, Arbeit, Sicherheit ...) niederschlägt.
- ⇒ Zumindest auf der Grundlage der Wettbewerbsbeiträge zeichnet sich ab, dass Quartiere mit hohen und dazu heterogenen Anteilen aus unterschiedlichen Kulturen – jedenfalls dann, wenn bauliche und Wohnumfeldmängel und ein geringes Einkommensniveau als weitere Merkmale hinzutreten – regelmäßig die Voraussetzungen für eine Ausweisung als Programmgebiet erfüllen dürften.

Innere Sicherheit

Das Thema Innere Sicherheit wurde, wenn auch nicht besonders häufig, so aber doch bei einzelnen zum Wettbewerb eingereichten Beiträgen berührt, was sich dann in drei Richtungen niederschlägt: zum Einen geht es dabei um den Bereich des Vandalismus in all seinen Facetten (mutwillige Zerstörungen, Graffitis), zum Anderen um Auseinandersetzungen zwischen Gruppen von Jugendlichen aus unterschiedlichen Kulturkreisen und schließlich auch um den Ausgleich der mitunter abhanden gekommenen, sozialen Kontrolle durch organisatorische Maßnahmen.

- Vandalismus wurde in unterschiedlichen Gebieten als Problem benannt. In innerstädtischen Lagen betraf dies aber eher punktuelle Bereiche, wie beispielsweise einen bestimmten Spielplatz, während in den großen Siedlungen in Randlagen auch das Vandalismusproblem großflächiger anzutreffen ist.

Soziale Stadt

Stellungnahme zur Anhörung im Bundestags-Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen am 13. April 2005

- Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Jugend-Gangs scheinen aus dem Blickwinkel des Wettbewerbs eher ein Problem der Großsiedlungen zu sein – wobei die Frage, wer wen nicht leiden kann, naturgemäß stark von der jeweiligen Bevölkerungszusammensetzung abhängt.
- Konkrete Maßnahmen betrafen neben dem Bemühen, über die Sozialarbeit Zugang zu den streitbaren Akteuren zu bekommen, in innerstädtischen Lagen eher die aktive Betreuung und Umgestaltung der punktuellen und in Mitleidenschaft gezogenen Treffpunkte, während es in den Großsiedlungen vermehrt Ansätze gibt, das Sicherheitsempfinden der Bewohner mit verschiedenen Maßnahmen zu steigern (Concierge-Lösungen, Sicherheits-Patrouillen). In diesem Zusammenhang gibt es auch einzelne Ansätze, in denen Beratungseinrichtungen mit der Polizei gemeinsam in Bürgerzentren aktiv sind.

Persönliche Einschätzung:

- *All diese Phänomene und Probleme sind zweifellos der Kriminalität zuzurechnen. Dies jedoch auf einer Ebene, die für den „normalen“ Bewohner eher eine Belästigung als eine objektive Gefährdung darstellt. Das individuelle Empfinden kann hier jedoch ganz anders ausgeprägt sein, so dass in den Situationen, in denen es Hinweise zu einer gehäuften Beeinträchtigung des persönlichen Sicherheitsempfindens gibt, konstruktive Lösungen entwickelt werden sollten.*
- *In der Gesamtschau sind viele Aktivitäten im Bereich der Sozialen Stadt eher auf das Vorfeld der Problematik ausgerichtet. Die Präventionsarbeit wurde in sehr vielen Projektbeiträgen thematisiert – hierzu gibt es inzwischen sehr vielfältige Ansätze. Auch das aktive Konfliktmanagement spielt eine zunehmend größere Rolle – über Bewohner, die als „Streitschlichter“ eingesetzt werden, können viele Probleme abgefangen werden, bevor ein „Überschwappen“ der Energie in kriminelle und bedrohliche Handlungen erfolgt. Auch diese Ansätze sollte mit verstärkter Aufmerksamkeit gefördert werden.*

Berlin, den 8. April 2005

Dr. Walter Metscher
Wissenschaftlicher Referent

Dipl. Ing. Gerhard Kier

Fachbereich Planen und Stadtentwicklung
Landeshauptstadt Hannover

Anhörung Sozial Stadt am 13. April 2005, Berlin, Paul-Löbe-Haus

Fragenkatalog:

Zielerreichung:

Die Stabilisierung und Aufwertung von durch sozialen und städtebaulichen benachteiligten Stadtteilen ist nicht innerhalb kurzer Zeiträume zu erreichen. Im Bericht zur Zwischenevaluation des Deutschen Instituts für Urbanistik ist dies richtigerweise ausführlich dargestellt. Hier sind Zeiträume von knapp fünf Jahren nicht ausreichend aussagekräftig. Und die Erfahrungen aus den klassischen Sanierungsgebieten zeigen auch eher einen durchschnittlichen Zeithorizont von 15 Jahren.

Die Tagesarbeit der betroffenen Akteure, insbesondere des Quartiermanagements, leidet daher unter einem überhöhten frühzeitigen Erfolgsdruck. Dieser überhöhte Erfolgsdruck kann in der Regel nicht erfüllt werden, zumal es diesen Gebieten noch schwerer fällt, sich von der allgemeinen Entwicklung abzukoppeln.

Und hier ist folgende Bemerkung angebracht: das Programm Soziale Stadt kann natürlich leider nur in den Gebieten durchgeführt und gefördert werden, die in den jeweiligen Bund-Länder-Vereinbarungen aufgeführt sind. Alle Fachleute wissen, dass darüber hinaus weiterer Handlungsbedarf besonders auch in den Großstädten besteht. Die finanzielle und personelle Kraft der Kommunen reicht aber nicht aus, weitere Gebiete zur Aufnahme in das Programm anzumelden. - Und selbst wenn eine Anmeldung erfolgt, ist die Aufnahme in das Programm nicht gewährleistet.

Im Abschlußbericht des Netzwerkknoten Quartiermanagement des Netzwerkes Kommunen der Zukunft ist ein Strategischer Stadtteilentwicklungsansatz dargestellt worden. Axel Voigt, Koordinator im Programmgebiet Eimsbüttel, Hamburg, beschreibt hier Methoden für die Erhebung und regelmäßige Auswertung von Kontextindikatoren auf der Programmebene, der Quartiersebene und der Projektebene. Als beispielhafte Instrumente bieten sich z.B. Zielvereinbarungen, regelmäßige Auswertungsgespräche, Auswertungsworkshops oder Sozial Audits an. Einbezogen werden sollten auf jeden Fall beteiligte Anwohner/innen und Mitglieder von Beteiligungsgremien. Der jeweilige Fortschritt in der Gebietsentwicklung kann durch die Fortschreibung der integrierten Handlungskonzepte sowie durch eine regelmäßige Berichterstattung gegenüber den Auftraggebern und Stadtteilgremien dokumentiert werden.

Ohne jetzt im Einzelnen diese Indikatoren darzustellen, kann sicherlich für die mir bekannten Fördergebiete festgestellt werden, dass sich in den kurzen Zeiträumen zum Beispiel in der Zusammensetzung der Bewohnerstruktur keine nennenswerten Veränderungen ergeben haben. Dennoch ist zu spüren und teilweise auch zu messen, dass sich Veränderungen ergeben. Hier ist insbesondere das oft neu erwachte oder erstmalige ehrenamtliche Engagement vieler Bewohnerinnen und Bewohner festzustellen. Man kümmert sich wieder, man schimpft wieder, aber man engagiert sich auch. Die Bewohnerinnen und Bewohner sind motiviert und spüren, dass sie in der Verwaltung Ansprechpartner haben, im Quartiermanagement offene Ohren vorfinden und sogar Fördermittel zur Verfügung stehen.

Die Frage, mit welchen Instrumenten sichergestellt werden kann, dass die Programmausweisung sich nicht als Dauermaßnahme verfestigt, wenn der gesetzlich festgehaltene besondere Entwicklungsbedarf als Voraussetzung nicht mehr besteht, muss eher umgekehrt lauten: wie kann sichergestellt werden, dass nach Auslaufen der Förderung kein besonderer Entwicklungsbedarf mehr besteht.

Ressourcenbündelung

Grundsätzlich kann das Programm Soziale Stadt nicht die Aufgabe einer eventuell erforderlichen Verwaltungsreform übernehmen, geschweige denn dafür verantwortlich sein. Genauso wenig können kommunale Akteure vor Ort die Koordinierung oder Steuerung der Verwaltung übernehmen. Das Programm kann daher nicht als Leitprogramm dienen, um Ressourcen aus unterschiedlichen Bereichen zu bündeln. Die Ressourcenbündelung sehe ich grundsätzlich als Aufgabe der Kommunalverwaltung und wird auch dort in der Regel wahrgenommen. Anfänglich genoss das Programm hohe Aufmerksamkeit sowohl in der Politik als auch in der Verwaltung. Es besteht die Gefahr, dass mit sinkender Aufmerksamkeit auch die Bereitschaft zur Ressourcenbündelung sinkt. „man geht wieder zum Alltag über, weil das ja weniger interdisziplinären Koordinierungsaufwand erfordert. Nachholbedarf - wenn man es so nennen will - besteht in der Regel in den Kommunen, die erstmalig in das Förderprogramm aufgenommen wurden. In Niedersachsen wird der Erfahrungsaustausch unter anderen durch die Landestreuhandstelle unterstützt.

Kooperationen

Der Schwerpunkt liegt im Wesentlichen oft auf der örtlichen Ebene in der Einbeziehung der Wohnungswirtschaft mit ihrem eigenen Wohnungsbestand und in der Einbeziehung der lokalen Ökonomie, insbesondere eigentümergeführte Unternehmen. Aber auch Stadtkulturarbeit, Integrationsprojekte, und vieles mehr können als gelungene Kooperationsbeispiele genannt werden. Die Best-Practice Beispiele sind inzwischen außerordentlich zahlreich in Veröffentlichungen und natürlich auch im Internet zu finden. Auch hier ist es wichtig, die Kooperation von vornherein auf Dauer anzulegen.

Aktivierung / Beteiligung

Das Ziel einer aktiven Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner ist unbestritten. Es gibt projektbezogen viele Beispiele. Sich dauerhaft selbst tragende Bewohner-

strukturen, die nicht nur projektbezogen sich äußern, sondern stadtteilbezogen eigene Aktivitäten entwickeln gibt es. Das Programm Soziale Stadt kann hier als besonderes Aktivierungsprogramm bezeichnet werden. An die Dauerhaftigkeit dürfen jedoch keine überzogenen Forderungen gestellt werden, wie zum Beispiel die Registrierung als eingetragener Verein. Wie in den meisten Gremien wird es auch hier Höhen und Tiefen geben.

Im Neubaugebiet Hannover-Kronsberg, dem EXPO-Stadtteil, wurde die Erfahrung gemacht, dass sich mit dem Themenwechsel von der Bauphase mit Lärm und Schmutz und entstehender Infrastruktur zum Stadtteilleben im Tagesalltag ein tiefer Einbruch in der Mitarbeit im Stadtteilforum ergeben hat. Gleichzeitig ist aber eine große Zunahme im ehrenamtlichen Engagement außerhalb des Stadtteilforums festzustellen. Ähnliche Erfahrungen werden auch in den Soziale Stadt – Gebieten zu erwarten sein, wenn das jeweilige Programm mit seinen Fördermöglichkeiten ausläuft.

Besondere Schwierigkeiten gibt es gelegentlich im Zusammenspiel mit gewählten Kommunalvertretern, weil diese sich als die eigentlichen Repräsentanten verstehen, aber auch mit Personen oder Organisationen, die sich schon lange mit der Entwicklung des Quartiers beschäftigten, ohne dass sie ein Förderprogramm oder andere Hilfestellungen zur Verfügung hatten.

Programmbegleitung

Die Programmbegleitung durch das Deutsche Institut für Urbanistik sollte fortgesetzt werden. Wie im Bericht der Bundesregierung zur Nachhaltigen Stadtentwicklung (Drucksache 15/4610) dargestellt, hat das Programm neben den unmittelbar gebietsbezogenen Wirkungen auch Impulse gegeben für die Entwicklung neuer Steuerungsformen der Stadtentwicklung. Damit zeigt die Zwischenevaluierung, dass die innovativen Impulse der ressort- und ämterübergreifenden Kooperation auf das allgemeine Verwaltungshandeln übergehen. Der Bericht erwähnt hier besonders die Einbeziehung verwaltungsexterner Akteure, die Einsetzung des Quartiersmanagement und die Beteiligungsangebote.

Lokale Ökonomie

Aus der lokalen Sicht ist die Initiierung und Unterstützung der Selbstorganisation der lokalen Ökonomie für die Identifikation der Einwohnerinnen und Einwohner mit ihrem Quartier von großer Bedeutung. Kooperationen mit Kammern und Verbänden stehen allerdings in der Regel in Konkurrenz zu den Firmen in anderen Stadtquartieren. Die Kammern und die Verbände haben hier eine gesamtstädtische oder fachspezifische Betrachtung.

Integration / Migration

Im Rahmen der Vorbereitenden Untersuchung werden alle sozialen und städtebaulichen Kriterien erfasst. Ein hoher Anteil von Migrantinnen und Migranten kann nicht automatisch Voraussetzung für die Anmeldung als Programmgebiet sein. Entsprechend ihren Anteil an der Bevölkerung müssen Migrantinnen und Migranten zwingend einbezogen werden, um dem Programmansatz zur Stabilisierung der Bevölke-

rungsstruktur gerecht zu werden. Die Wohnungsunternehmen achten durchaus auf vernünftige Durchmischung der Bewohnerstruktur, wobei auch unmittelbar auf die Bewohnerschaft Einfluss genommen wird.

Die Region Hannover hat gemeinsam mit der Stadt ein Projekt „Mobile Wohnbegleitung“ ins Leben gerufen: Der Anteil an Mieterinnen und Mietern mit erheblichen persönlichen und sozialen Problemen in Belegrechtswohnungen wird immer größer. Probleme die dadurch sichtbar werden, sollen dort gelöst werden, wo sie entstehen, frühzeitig und unkonventionell. Mit der Mobilen Wohnbegleitung sollen zum Beispiel bestehende Mietverhältnisse gerettet werden, indem Mieterinnen/Mietern der Verbleib in der Belegrechtswohnung ermöglicht wird oder schwierige Antragstellerinnen/ Antragsteller in neue Mietverhältnisse vermittelt und bei der Integration in ein neues Wohnumfeld unterstützt werden.

Innere Sicherheit

Erste Handlungsfelder, die bei den Einwohnerinnen und Einwohnern genannt werden, sind eigentlich immer die Themen Sicherheit und Sauberkeit im Stadtteil. Dabei ist in der Regel das subjektive Sicherheitsempfinden stärker von Unsicherheit betroffen, als es die Statistik widerspiegelt. Das Thema Sauberkeit und auch Vandalismus und Graffiti hat mit der empfundenen Wertschätzung zu tun. Das Gefühl, die Stadt kümmert sich um uns nicht, macht sich an der Sauberkeit im Stadtteil und an der Nicht- oder erst sehr späten Beseitigung von Vandalismusschäden fest. Die entsprechenden Handlungswünsche und -ansätze sind zwar allgemein bekannt, müssen aber auch sehr ernst genommen werden. Hier zeigt sich oft als erstes, ob die Verwaltung Glaubwürdigkeit beweist.

Die Kriminalstatistik zeigt keine nennenswerten Veränderungen, dazu sind in den Städten die Zusammenhänge zu großräumig. So ist der Tatort im Villenviertel dort zwar erfasst, aber die Täterzuordnung erfolgt nicht nach Wohnsitz. Auffallend wäre eher die Veränderung im Stadtteilimage. Diese kleinen Schritte müssen aber dokumentiert und wahrnehmbar gemacht werden.